Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz-bericht 2001

Niedersachsen

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz-bericht 2001

Niedersachsen

Einleitung

Der vorliegende niedersächsische Verfassungsschutzbericht informiert über das zurückliegende Jahr 2001.

Rechtsextremistische Bestrebungen stellen weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar, wenn auch aufgrund der Anstrengungen der Vergangenheit positive Trends zu verzeichnen sind. Die Zahl der Skinhead-Konzerte ist in Niedersachsen rückläufig und im bundesweiten Vergleich sehr klein. Neonazistische Kameradschaften haben keinen Zulauf mehr, die Straftaten entwickelten sich rückläufig.

Zur Zufriedenheit besteht allerdings kein Anlass, da sich in anderen Bereichen Zuwächse ergeben haben.

Die Diskussion über das NPD-Verbotsverfahren und die damit zusammenhängende Kontroverse über den Einsatz von so genannten V-Leuten haben den Verfassungsschutz nicht unberührt gelassen. Ein Nachrichtendienst kann allerdings ohne diese Informanten seine gesetzlichen Aufgaben nicht erfolgreich durchführen und sicherheitsgefährdende Aktivitäten nicht zutreffend einschätzen.

Die Anschläge des islamistischen Terrorismus vom 11. September in den USA haben vor Augen geführt, wie gefährlich militante Islamisten werden können. Die Landesregierung hat auf diese neue Herausforderung unverzüglich reagiert und Personalverstärkungen auch beim Verfassungsschutz vorgenommen. Ein erstes Ergebnis der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie war das Verbot des Kalifatsstaates. Die Aktivitäten der mitgliederstärksten islamistischen Organisation in Deutschland, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), werden weiterhin beobachtet. Sie gibt sich als Sachwalter der Interessen unserer türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus, tatsächlich baut sie aber an einer islamistischen Parallelgesellschaft.

Der militante Linksextremismus befindet sich noch immer in einer Organisierungskrise. Seine Aktivitäten und Anstrengungen, demokratische Gruppen und Protestbewegungen im Sinne seiner revolutionären Ziele zu beeinflussen und zu instrumentalisieren, sind weitgehend erfolglos geblieben.

Mit dem jährlichen Verfassungsschutzbericht wird die Öffentlichkeit über Arbeitsergebnisse des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz (NLfV) unterrichtet. Zur Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes zählen auch die Wanderausstellung zum Rechtsextremismus, Veranstaltungen mit Referenten des NLfV sowie die Internetseiten. Sie stellen Beiträge zur Prävention und zum Zurückdrängen extremistischer Positionen gerade unter jungen Menschen dar.

Inhaltsübersicht

Einleitung **3**

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) **6**

Extremismus im Internet **6**

Rechtsextremismus 13

Einführung 13

Rechtsextremismus-Potenzial 16

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus 17

Neonazistische Bestrebungen 19

- Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten/insbesondere Skinheads und Neonazis 19
- Verbote neonazistischer Vereinigungen 26
- Neonazistische Kameradschaften 27
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 30
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) 32

Rechtsextremistische Parteien 33

- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 33
- Junge Nationaldemokraten (JN) 48
- Deutsche Volksunion (DVU) 52
- Die Republikaner (REP) 58

Weitere rechtsextremistische Organisationen 64

- Deutsche Liga für Volk und Heimat 64
- Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) 65

Neue Rechte 66

Linksextremismus **70**

Einführung 70

Linksextremismus-Potenzial 72

- Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten 73
- Autonome Organisierungsdebatte 75
- Medien der autonomen Szene 79
- Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus 83
- Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus 90
- Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Kernenergie 93
- Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen die Castor-Transporte 95

Kommunistische Plattform der PDS (KPF) 99

Rote Hilfe e.V. (RH) 101

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 104

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 106

Linksruck 107

Ausländerextremismus **109**

Einführung 109

Mitglieder-Potenzial extremistischer Ausländerorganisationen 113

Kalifatsstaat 114

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) 117

Muslimbruderschaft (MB) 122
Hizb Allah (Partei Gottes) 126
Arabische Mudjahedin 129
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)/ Deutsche Türk-Föderation (ATF) 131
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 134
Devrimci Sol (Dev Sol)/ DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol 145
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) 150
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/ Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) 153
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 156

Scientology-Organisation (SO) 159
Einführung 159
Beobachtung durch Verfassungsschutzbehörden 160
Organisation 161
Scientology in Niedersachsen 162
„Gemeinde Hannover“ 162
SO-Aktivitäten 163
Hinweistelefon 164

Spionageabwehr 165
Einführung 165
Nachrichtendienste in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion am Beispiel der russischen Aufklärungsdienste SWR und FSB 168
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas 170
Iran 170
Syrien 170
Irak 171
Libyen 171
Türkei 171
Nachrichtendienste Chinas und Nordkoreas 172
Wirtschafts- und Geheimschutz 172

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen 175
Bedienstete 175
Haushalt 175
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS) 175
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel 176
Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern 178
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 178
Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen 178
Pressearbeit 179
Wanderausstellung 181
Internet 182

Definition der Arbeitsbegriffe 184

Stichwortverzeichnis 188

Ortsregister 197

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Die Erfassung der Staatsschutzdelikte ist Aufgabe der Polizeibehörden.

Im Jahr 2001 sind bundesweit erstmals die Staatsschutzdelikte nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen neuen Melde- und Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität (PMK)" erfasst worden. Ein Vergleich dieser Daten mit den Daten aus den Vorjahren ist damit nicht ohne weiteres möglich, da früher nur extremistische Straftaten erfasst wurden, ab 2001 aber darüber hinausgehend alle Straftaten, die politisch motiviert sind.

Somit wird generell eine größere Bandbreite erfasst, was zu einer entsprechenden Steigerung der Delikte führen kann.

Bundesgebiet

Bei Drucklegung lagen für das Bundesgebiet abgestimmte Zahlen noch nicht vor.

Niedersachsen

Wegen der beschriebenen größeren Bandbreite registrierte die Polizei 1.047 Straftaten für den Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität links" (im Vorjahr 664), 1.571 Straftaten für den Bereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts" (im Vorjahr 1.777) und 73 Straftaten für den Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität" (im Vorjahr 65). Davon waren Gewalttaten im Bereich „links" 300 (Vorjahr 74), im Bereich „rechts" 132 (Vorjahr 137) und in der politisch motivierten Ausländerkriminalität 10 (Vorjahr 12). Im Bereich „rechts" handelte es sich bei etwa 55 % (862) der Delikte um sog. Propagandadelikte (z. B. Hakenkreuzschmierereien).

Durch die konsequenten Polizeimaßnahmen gegen Skinheadkonzerte konnte deren Zahl (nach polizeilicher Zählweise) von 15 im Jahr 2000 auf fünf in 2001 reduziert werden, die dann – soweit sie der Polizei rechtzeitig bekannt wurden – aufgelöst wurden. Es ist dadurch eine Verdrängung in andere Länder festzustellen.

Die starke Steigerung in der PMK „links" ist auf die geänderte Erfassung zurückzuführen, weil erstmals alle politisch motivierten Straftaten im Zusammenhang mit den Castortransporten hier gezählt wurden.
Da sie in den meisten Fällen jedoch nicht extremistisch motiviert sind, wurden sie früher in der alten Staatsschutzstatistik nicht erfasst.

Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 wurden 157 politisch motivierte Resonanzstraftaten erfasst. Von den insgesamt 437 so genannten Resonanzstraftaten waren 324 Milzbrandverdachtsfälle, von denen wiederum 92 politisch motiviert waren.

Extremismus im Internet

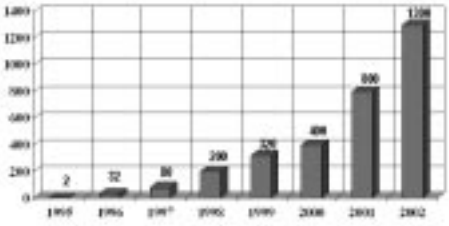
Das Internet, dessen Bedeutung als weltweites Kommunikationsmedium in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen hat, bietet Extremisten eine willkommene Plattform, ihre verfassungsfeindlichen Ziele und Ideen zu propagieren und weltweit unmittelbar zu verbreiten.

Aktivitäten von Rechtsextremisten im Internet

Das Internet ist für Rechtsextremisten ein immer wichtiger werdendes

Medium für Agitation und Propaganda. Trotz einer intensiven Diskussion über Möglichkeiten der Zurückdrängung rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet hat sich auch im Jahr 2001 die Zahl rechtsextremistischer bzw. neonazistischer deutscher Internetadressen stark erhöht. Wurden Anfang des Jahres 2001 noch 800 Seiten von den Verfassungsschutzbehörden gezählt, so waren es ein Jahr später bereits 1.300. Aus der folgenden Grafik ist die zahlenmäßige Entwicklung der Homepages ersichtlich:

Entwicklung rechtsextremistischer deutscher Seiten im Internet



Das Internet hilft Extremisten, die regional, organisatorisch und ideologisch zersplitterte Szene zumindest informativ zu vernetzen. Die internationale Struktur des Internet ermöglicht es zudem weitgehend, die Risiken deutscher Strafverfolgung zu minimieren. In Deutschland strafbare Inhalte werden von Rechtsextremisten über Provider verschiedener Länder, in denen sogar Bombenbauanleitungen oder Morddrohungen als freie Meinungsäußerung straflos sind, ins Netz eingestellt. Die elektronische Kommunikation wird intensiv für die Koordination und Mobilisierung der Szene genutzt. Eine wesentliche Gefahr ist darin zu sehen, dass es damit sogar ermöglicht wird, sich – insbesondere unter Zuhilfenahme von Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechniken – der möglichen Überwachung durch die Sicherheitsbehörden teilweise zu entziehen.

Darüber hinaus verfügen Rechtsextremisten mit dem Internet über ganz neue Möglichkeiten, Personen außerhalb ihres engen Umfeldes unmittelbar anzusprechen, die sie auf der Straße mit ihren Flugblättern oder Publikationen niemals erreichen würden. Natürlich ist nicht unmittelbar festzustellen, wer sich beim Surfen im Netz aus Neugier oder aus Zufall auch extremistische Seiten ansieht. Konkrete Auswirkungen, wie beispielsweise ein Anstieg des extremistischen Mitgliederpotenzials, lassen sich allenfalls mittel- bis langfristig messen. Allerdings ist bekannt, dass rechtsextremistische Parteien über ihren Internet-Auftritt neue Mitglieder gewinnen konnten.

Rechtsextremistische Aktivitäten im Internet nehmen aber nicht nur quantitativ zu, es ist auch eine qualitative Verbesserung festzustellen. Zum einen wird mit technisch immer raffinierteren Elementen für verfassungsfeindliche Ziele geworben; Rechtsextremisten binden z. B. aufwendige Grafiken und Animationen ein, bieten Skinhead-Musik über Tondateien kostenlos an und verbreiten via Internet sogar eigene TV- und Radiosendungen. Zum anderen verschärfen sich die Inhalte: Hier wird gehetzt und zum Rassenhass aufgestachelt, der Anwendung von Gewalt zugesprochen. So genannte „schwarze Listen“ bis hin zum Mordaufruf bedrohen politische Gegner und auch detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen sowie andere Sabotagetipps zählen zum verfassungsfeindlichen Angebot im Internet.

Die Gefährlichkeit solcher, nicht nur von Rechtsextremisten ins Netz gestellten Anleitungen, zeigt der Fall eines 15-jährigen Schülers aus dem Landkreis Nienburg: Er verletzte sich im Mai beim Nachbau eines Sprengsatzes, als dieser explodierte.

Nicht zu verkennen ist, dass die wirksame Bekämpfung rechtsextremistischer Inhalte in diesem weltweit ausgerichteten Medium internationale Lösungen erfordert. Angesichts der unterschiedlichen Rechtsanschauungen einzelner Staaten sind grundlegende Erfolge nicht absehbar. So wurden strafbare Inhalte nur zögerlich und nach mehrfacher Intervention deutscher Stellen gelöscht. Die deutschen Verfassungsschutzbehörden betonen deshalb gegenüber den Sicherheitsbehörden anderer Staaten die Notwendigkeit der Strafverfolgung im Hinblick auf bestimmte Internet-Inhalte.

Insbesondere jüngere Menschen, können über das Internet leicht erreicht werden. Gerade diese Zielgruppe lässt sich durch neue technologische Entwicklungen wie die kostenlose Verbreitung von Musik in MP3-Dateiform ansprechen. Fehlender Zugang zum rechtsextremistischen Milieu und Hemmschwellen, die Bürger davon abhalten, sich mit rechtsextremistischer Ideologie und den verfassungsfeindlichen Zielen solcher Organisationen zu beschäftigen, werden durch die Möglichkeit, im Internet anonym zu surfen und zu recherchieren, überwunden.

Exekutivmaßnahme gegen Betreiber der neonazistischen Internet-Seite „Radio Wolfsschanze"

Am 15. Mai durchsuchten Beamte des Landeskriminalamtes Niedersachsen nach Hinweisen des Verfassungsschutzes die Wohnungen von acht Verdächtigen im Alter zwischen 19 und 35 Jahren, die an der Erstellung und Verbreitung der Internet-Sendungen von „Radio Wolfsschanze" beteiligt waren. Bei den Durchsuchungen im Landkreis Gifhorn und in Oldenburg, die sich auf insgesamt elf Objekte erstreckten, wurden neben rechtsextremistischem Propagandamaterial auch mehrere PCs sowie eine CD mit einer bislang unveröffentlichten fünften Sendung von „Radio Wolfsschanze" sichergestellt.

Auf der anonym über ausländische, anfangs US-amerikanische, später russische Provider betriebenen Homepage „Rastenburg" wurden seit August 1999 in unregelmäßigen Abständen insgesamt vier Sendungen eines Internet-Radios „Großdeutscher Rundfunk – Radio Wolfsschanze" verbreitet. Die Inhalte dieser Sendungen waren volksverhetzend und gewaltverherrlichend. Es wurden indizierte und strafrechtsrelevante Lieder sowie fiktive Reportagen, z. B. aus dem Erdbebengebiet in der Türkei, angeboten. Auszug:

> *„Zehntausend von leblosen Kanaken auf den Straßen – ich kann mich vor Freude kaum halten. … Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen!"*

Die einzelnen Sendungen waren jeweils nur vorübergehend im Internet abrufbar. Sie werden aber weiter von verschiedenen rechtsextremistischen Homepage-Betreibern zum Herunterladen angeboten.

Die extrem antisemitischen und fremdenfeindlichen Sendungen von „Radio Wolfsschanze" fanden innerhalb der rechtsextremistischen Internet-Szene erhebliches Interesse. Durch die Exekutivmaßnahme konnte die kurz bevorstehende Internet-Veröffentlichung der bereits produzierten fünften Sendung verhindert werden.

Die Betreiber von „Radio Wolfsschanze" waren in der Vergangenheit stets bemüht, Hinweise auf ihre Identität zu verschleiern und agierten unbeeindruckt von zahlreichen Identifizierungen anderer anonymer Homepagebetreiber. Die Exekutivmaßnahmen

dürften andere Betreiber strafrechtlich relevanter rechtsextremistischer Internetbeiträge verunsichern und eine abschreckende Wirkung entfalten.

Musiktauschbörsen

Während die Musiktauschbörse Napster für die Verbreitung neonazistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Musikstücke bedeutungslos wurde, eröffneten andere Tauschbörsen den Zugriff auf neonazistische Musikstücke.
Neonazis bieten unverändert auf ihren Internet-Seiten einschlägige Musikstücke zum Herunterladen an.

Eine im Juli anonym über einen britischen Provider in das Internet eingestellte Homepage bietet nach Angaben der Betreiber die „möglichst vollständige Indizierungsliste der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS)" an. Die Liste mit über 200 Einträgen enthält Angaben der BPjS zu den Fundstellen der Beschlagnahme- bzw. Indizierungs-Beschlüsse. Bei etwa der Hälfte der angegebenen CDs ist ein Link zu derzeit fünf MP3-Anbietern gesetzt, von denen die jeweiligen Musikstücke heruntergeladen werden können. Die Urheber dieser Musikdateien, die Namen wie „HOLOCAUST 88" oder „hatecore" tragen, sind nicht bekannt. Andere Betreiber von MP3-Seiten, auf welchen sich indizierte CDs befinden, werden von den Betreibern des neuen Sammelverzeichnisses aufgefordert, einen entsprechenden Link zu ihrer Homepage legen zu lassen.

Ein Teil der rechtsextremistischen Szene betrachtet die Indizierung von CDs durch die BPjS oder gerichtliche Beschlagnahmebeschlüsse praktisch als Anschaffungstipp. So erklärte beispielsweise der Betreiber einer solchen MP3-Seite zur Indizierung der CD „Ihre

Ehre hieß Treue“ der Rostocker Skinhead-Band „Nordmacht“, die Indizierung dürfte bei den Konsumenten eher die entgegengesetzte Wirkung als die vom „Verfassungsschutz“ beabsichtigte erzielen. Solche Verurteilungen seien eher als Gütesiegel zu werten. Eine ähnliche Aktion bei den in Niedersachsen produzierten „Zillertaler Türkenjägern“ habe die Verkaufszahlen der CD gesteigert.

Propaganda-Aktivitäten des amerikanischen Neonazis LAUCK im Internet

Auf der NSDAP/AO-Internetseite des amerikanischen Neonazis Gary Rex LAUCK wird ein menschenverachtendes antisemitisches Computer-Spiel „Der SA-Mann“ zum Herunterladen angeboten.

Auf seiner Website, die in 16 Sprachen abrufbar ist, wird umfangreiches, wöchentlich aktualisiertes Propagandamaterial zum Kauf angeboten. Nazi-Computerspiele können, ebenso wie nationalsozialistische Musikstücke, heruntergeladen werden.
LAUCK wurde am 22. August 1996 vom Landgericht Hamburg wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt und nach Verbüßung am 23. März 1999 in die USA abgeschoben.
Das Vorgehen gegen die neonazistischen Bestrebungen LAUCKs wird dadurch erschwert, dass in den USA die nach deutschem Recht z. B. als Volksverhetzung strafbaren Texte durch das amerikanische Rechtsverständnis von Meinungsfreiheit geschützt sind.

Der Bundesgerichtshof erklärte am 12. Dezember 2000 in einer richtungweisenden Entscheidung die Verbreitung der „Auschwitz-Lüge“ nach § 130 III StGB sowie volksverhetzende Äußerungen nach § 130 I StGB per Internet aus dem Ausland für strafbar. Der BGH bejahte die Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts im Fall volksverhetzender Äußerungen im Internet, die über einen ausländischen Server ins Netz gestellt werden, wenn diese Veröffentlichungen Nutzern in Deutschland zugänglich sind und wenn diese volksverhetzenden Äußerungen „den Frieden im Inland stören“. Anlass für diese Grundsatzentscheidung waren die von dem Australier Gerald Frederick TOBEN, dem Leiter des revisionistischen Adelaide-Institute, verbreiteten „Auschwitz-Lügen“.

Aktivitäten von Linksextremisten im Internet

Anders als Rechtsextremisten verzichten Linksextremisten bei ihrer weltweiten Kommunikation über das Internet häufig auf reißerische, multimediale Darstellungsformen. Ihnen ist eher an der Information für Aktionen zu bestimmten Anlässen gelegen. Allerdings werden auch audiovisuelle Möglichkeiten zur Verbreitung von Nachrichten genutzt.

Im Rahmen einer „Online-Demonstration“ während einer Aktionärsversammlung der Lufthansa AG am 20. Juni wurde die Website der Lufthansa AG zu Beginn der Hauptversammlung der Aktionäre einige Minuten gestört, zu einem Ausfall des Systems kam es nicht. Das Ziel der Initiatoren dieser „Online-Demonstration“, das Internetportal der Lufthansa AG zu blockieren, wurde damit nicht erreicht.

Neben zahlreichen niedersächsischen bzw. auch in Niedersachsen aktiven Gruppierungen bekannten sich die

Autonome Antifa (M) aus Göttingen und der Verband der StudentInnen aus Kurdistan öffentlich zu ihrer Teilnahme am „e-Protest".

Zu dem „e-Protest" aufgerufen hatte die aus Angehörigen der autonomen/antiimperialistischen Szene bestehende Initiative „Libertad!". Der „e-Protest" stelle eine *„Versammlung einer vernetzten Gemeinschaft auf einer Website* (dar) *… mit dem Ziel, durch die kollektive Präsenz eine gewisse Störung zu verursachen"*. In einer Medienkampagne, u. a. in der als Beilage zur Tageszeitung taz verbreiteten Zeitung „deportation class", wurde dazu aufgefordert, während der Aktionärsversammlung der Lufthansa AG am 20. Juni in Köln das Internetportal der Fluglinie zu blockieren, um gegen die Beteiligung der Lufthansa AG an Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern zu protestieren. Um jedem – unabhängig von Computerkenntnissen – die Teilnahme an dem „virtuellen Go-In" zu ermöglichen, steht eine eigens programmierte „Online Protest Software" zum Herunterladen im Internet zur Verfügung. Mit der Durchführung der Abschiebeflüge mache sich die Lufthansa AG zum Handlanger und Profiteur des „staatlichen Rassismus":

> *„Wenn Konzerne, die an Abschiebungen Geld verdienen, ihre größten Filialen im Internet aufbauen, muss man genau dort demonstrieren. ECommerce? Wir können auch eProtest."*

Angesichts des starken Medieninteresses wurde die Aktion von den Initiatoren als Erfolg gewertet. So erklärte der Sprecher der Initiative „Libertad!", das „schmutzige Geschäft mit der Abschiebung" sei über Wochen in den Medien präsent gewesen. Ziel der Demonstration sei nicht ein technischer Knockout des Servers gewesen, sondern eine Verstärkung der Kritik an den Abschiebungsflügen durch massive Beteiligung an der Aktion und entsprechende Berichterstattung.

Den e-Protest begleitend störten etwa 20 Angehörige antirassistischer Gruppen und Initiativen durch Protestrufe und mit Transparenten den Beginn der Aktionärsversammlung. Nachdem Ordner die Störer aus der Halle entfernten, schlossen sie sich den etwa 50 Personen an, die vor der Halle gegen die Abschiebungsflüge durch die Lufthansa demonstrierten.

Die Online-Demonstration stellte eine in der Bundesrepublik neuartige Aktionsform dar, die laut Aussage der Initiatoren dazu beitragen könne, Aktionen zu „globalisieren". In einem nach der Lufthansa-Aktion im Internet eröffneten Diskussionsforum wurde angeregt, diese Protestform gegen die Firma Siemens wegen ihrer maßgeblichen Beteiligung am Atomgeschäft im Rahmen der Proteste gegen den nächsten Castor-Transport einzusetzen.

Im Zusammenhang mit den Aktionen gegen den Castor-Transport von La Hague nach Gorleben berichtete indymedia[1] über die Protestaktionen, wobei auch Linksextremisten ein Forum zur Darstellung gegeben wurde. Bei der Kommunikationsform des so genannten „open postings" fungiert indymedia als Moderator.
Neben zahlreichen Beiträgen u. a. vom Presseteam der linksextremistisch beeinflussten Initiative „x-tausendmal-quer" über Gleisblockaden im Wendland stellten unbekannte Verfasser Fotos ein, die unter der Überschrift „Zugeschaut – mitgebaut" Gleis-

[1] Nach einer Selbstdarstellung ist indymedia ein unabhängiges „internationales hierarchiefreies Netzwerk", das sich „als Teil des weltweiten Widerstandes gegen die kapitalistische Globalisierung" versteht.

aktionen in Form unterhöhlter Gleise und gelöster Schrauben an einer Bahnlinie zeigten. Auf eine positive Resonanz dieses Medienprojektes bei Linksextremisten weist die Veröffentlichung eines Beitrages von indymedia zur Kommunikationsstruktur während des Castor-Transportes auf der Homepage des autonomen Anti-Atom-Plenums Berlin hin.

Rechtsextremismus

Einführung

Der politikwissenschaftliche Begriff des politischen Extremismus lässt sich aus einer Negativdefinition gleichsam als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat bestimmen. Dem so definierten Extremismus zuzuordnen sind politische Bestrebungen und zugrunde liegende Ideologien in demokratischen Verfassungsstaaten, die sich gegen dessen fundamentale Prinzipien richten. Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies die vom Bundesverfassungsgericht 1952 in seiner Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festgelegten fundamentalen Werte und Normen (Grund- und Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte sowie das Mehrparteienprinzip mit dem Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition).

Zur Grobunterscheidung der extremistischen Strömungen dienen die Bezeichnungen „rechts“ und „links“. Rechts- und Linksextremismus differieren in ihrem Verhältnis zu den Werten der Aufklärung, insbesondere hinsichtlich der Bedeutung des Gleichheitsprinzips. Während Linksextremisten, die sich selbst ideengeschichtlich der Tradition der Aufklärung zurechnen und sich sogar als deren Vollender wähnen, die Individualrechte hinter das Gleichheitsprinzip zurücktreten lassen, ist für rechtsextremistisches Denken eine in einer antiaufklärerischen Tradition wurzelnde Ideologie der Ungleichheit grundlegend. Linksextremisten bekämpfen unsere demokratische verfassungsmäßige Ordnung, weil sie die Grundprinzipien, auf die sie sich verpflichtet hat, angeblich systembedingt nicht realisieren kann und wollen sie durch ein anderes politisches System ersetzen. Rechtsextremisten lehnen bereits die in der Aufklärung wurzelnde normative Grundlage des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland ab, das sie durch ein völkisch-kollektivistisches politisches System ablösen wollen.

Rechtsextremistischem Denken liegt die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde. Der Ungleichwertigkeit von Menschen als zentralem, integrierendem Kernstück rechtsextremistischer Ideologien entsprechen folgende Erscheinungs- und Ausdrucksformen:

- Aggressive, menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Rassistische Sichtweisen
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem Leben“
- Überbewertung der eigenen Nation bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen (Nationalismus)
- Orientierung an einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken)
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (Antipluralismus)
- Behauptung natürlicher Hierarchien (Biologismus)
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus)
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen von Konflikten
- Übertragung militärischer Prinzipien und Verhaltensformen auf die zivile Gesellschaft (Militarismus).

In der politischen Diskussion über Rechtsextremismus werden gelegentlich die Begriffe Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus synonym verwendet. Diese begriffliche Unschärfe erschwert

die Analyse konkreter Erklärungsmuster für rechtsextremistische Ideologieelemente.

Während Ausländerfeindlichkeit die konkrete Ablehnung und Diskriminierung von Ausländern beschreibt, eignet sich der Begriff der Fremdenfeindlichkeit für eine weiterreichende, auf sozialen Vorurteilen beruhende Feindbildkonstruktion, die in die Ausgrenzung des als „fremd" Stigmatisierten auch soziale, sozio-ökonomische, religiöse sowie kulturelle Kriterien einbezieht. Die Abwehrhaltung gegenüber dem von der Standardnorm abweichenden, als „fremd" empfundenen „Anderen" richtet sich gegen soziale Randgruppen wie Obdachlose, Kranke, Behinderte, Sozialhilfeempfänger und auch gegen gesellschaftliche Minderheiten wie Homosexuelle.

Dem Begriff der Rasse bzw. dem Rassismus liegt die Annahme zugrunde, dass sich Menschen in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden. Eine bedeutsame Definition von Rassismus hat der in Paris lehrende, aus Tunesien stammende Sozialpsychologe Albert Memmi entwickelt, der Rassismus definierte als *„verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers…, mit der eine Aggression gerechtfertigt werden soll."*

Der Antisemitismus – ein Sonderfall der Fremdenfeindlichkeit – stellt eine spezifische Form der Abwehr religiöser bzw. ethnischer Gruppen dar, die in spezifischer Weise von tradierten Vorurteilsstrukturen in der Gesellschaft getragen ist. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat der zunächst religiös-kulturell begründete Antisemitismus vor dem Hintergrund der sich herausbildenden Rassentheorien eine rassistische Ausprägung erhalten. Juden galten als eigene, volksfremde Rasse, deren Bestreben es ist, Völker weltweit zu zerstören.

Eine weitere begriffliche Unschärfe betrifft die synonyme Verwendung des Begriffs Neonazismus für Rechtsextremismus. Der Begriff Neonazismus eignet sich besonders eindeutig für die Bezeichnung von Bestrebungen, die sich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Nicht jeder Rechtsextremist ist ein Neonazi, jeder Neonazi darf als Rechtsextremist bezeichnet werden. Zu den neonazistischen Organisationen gehören in erster Linie die so genannten Kameradschaften, die HNG, die NSDAP/AO. Kennzeichnend für die rechtsextremistische Skinhead-Szene ist ebenfalls eine neonazistische Ausrichtung. Die Gruppe der Neonazis im weiteren Sinne zuzurechnen sind die so genannten Revisionisten, soweit sie durch die Leugnung oder Relativierung der deutschen Kriegsschuld bzw. des Holocaust (Auschwitz-Lüge) den Nationalsozialismus zu rehabilitieren versuchen.

Ein weiterer als Synonym für Rechtsextremismus und Neonazismus verwendeter Begriff ist der des Neofaschismus, der als politischer Kampfbegriff den freiheitlichen Rechtsstaat als „faschistoid" diskreditiert. Faschismus im engeren Sinne bezeichnet den italienischen Faschismus, eine von Benito Mussolini in Italien zu Beginn der 20er-Jahre begründete politische Bewegung. Organisationen, die sich in die Tradition des historischen italienischen Faschismus stellen, werden als neofaschistisch bezeichnet.

Die Wahrnehmung des Rechtsextremismus war im Jahr 2001 maßgeblich geprägt von der Diskussion um die beim Bundesverfassungsgericht eingebrachten NPD-Verbotsanträge. In dem Verbotsverfahren soll der Nachweis geführt werden, dass die NPD eine

Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus aufweist und durch das Zusammenwirken mit militanten Neonazis in aggressiv-kämpferischer Weise die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen versucht. Ungeachtet der Verbotsdiskussion konnten die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) in Niedersachsen einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen.

Auch im Bereich der militanten Rechtsextremisten, insbesondere der rechtsextremistischen Skinheads, war erneut sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen ein gegenüber dem Vorjahr erhöhtes Personenpotenzial festzustellen. Auf die menschenverachtenden, zu Gewalttaten aufhetzenden Texte der Skinhead-Musik reagierte der Staat im Oktober erstmals mit der Festnahme von Mitgliedern einer Skinhead-Band wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Es handelt sich hierbei um die 1992 gegründete Skinhead-Band Landser, die in der Skinhead-Szene Kultstatus genießt.

Die rechtsextremistische Skinhead-Szene bildet ein Rekrutierungsfeld für die neonazistischen Kameradschaften. Kennzeichnend für auch in Niedersachsen festzustellende personelle Überschneidungen zwischen der Kameradschafts- und Skinhead-Szene war die im April vom sächsischen Innenminister verbotene Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS), die beide Szenen in sich ansatzweise integriert und verknüpft hat. Die Zahl der Kameradschaften und der in ihnen organisierten Neonazis blieb in Niedersachsen konstant. Nach wie vor bilden die Kameradschaften neben der NPD das größte Mobilisierungspotenzial für rechtsextremistische Demonstrationen.

Die beiden rechtsextremistischen Parteien Die Republikaner (REP) und die Deutsche Volksunion (DVU) haben weiter an Bedeutung verloren. Deutlich wurde dies am Scheitern der REP bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im März sowie am desaströsen Abschneiden der DVU bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September. Zudem haben beide Parteien bundesweit einen hohen Mitgliederverlust zu verzeichnen. Die niedersächsischen Landesverbände beider Parteien sind organisatorisch nach wie vor nicht in der Lage, größere Aktivitäten zu entfalten. Während die REP bei den niedersächsischen Kommunalwahlen im September nur marginale Wahlergebnisse erreichten, verzichtete die DVU von vornherein auf eine Teilnahme.

Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus setzen auf verschiedenen Ebenen an. Während die Aussteigerprogramme konkrete Angebote an ausstiegsbereite Rechtsextremisten umfassen und einen Ausstieg aus der Szene eröffnen sollen, setzen Präventionsprogramme, die auf eine Erziehung zur Toleranz abzielen und die Empfänglichkeit für entsprechende Feindbilder abbauen sollen, eher auf eine langfristige Wirkung. Ein Beispiel hierfür ist die Landesinitiative „for respect – Jugend in Niedersachsen für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz“.

Rechtsextremismus-Potenzial[2]

Bundesrepublik Deutschland	**2000**	**2001**
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten[3]	9.700	10.400
Neonazis[4]	2.200	2.800
Parteien:	36.500	33.000
NPD	6.500	6.500
DVU	17.000	15.000
REP[5]	13.000	11.500
Sonstige Organisationen	4.200	4.300
Summe	**52.600**	**50.500**
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften[6]	**50.900**	**49.700**

Niedersachsen[7]	**2000**	**2001**
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	900	1.100
Neonazis	350	350
Parteien:	2.350	2.300
NPD	450	500
DVU	1.300	1.200
REP	600	600
Sonstige Organisationen	150	170
Summe	**3.750**	**3.920**
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	**3.700**	**3.850**

[2] Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

[3] Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

[4] Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene. Bei der Anzahl der Gruppen werden nur diejenigen neonazistischen Gruppierungen und diejenigen der rund 150 Kameradschaften erfasst, die ein gewisses Maß an Organisierung aufweisen.

[5] Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

[6] Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen (für das Jahr 2001: 800).

[7] Die für den Bund eingefügten Fußnoten gelten entsprechend auch für Niedersachsen.

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus

Die nationalsozialistische Herrschaftsperiode der Jahre 1933 bis 1945 stellt für deutsche Rechtsextremisten sowohl in ideologischer als auch in historischer Perspektive einen besonderen Bezugspunkt dar. Sie müssen sich mit dieser Phase der deutschen Geschichte nicht zuletzt auch deshalb auseinander setzen, weil die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland auf einem demokratischen Konsens beruht, dass ein Herrschaftssystem wie das nationalsozialistische nicht wieder entstehen darf. Nach wie vor reagiert die öffentliche Meinung äußerst sensibel, wenn weltanschauliche Positionen eine Nähe zum Nationalsozialismus vermuten lassen. Rechtsextremisten agieren daher aus einer Position der Defensive heraus; sie stehen unter Rechtfertigungsdruck.
Nur wenige Rechtsextremisten verherrlichen den Holocaust offen. Eine Ausnahme bilden insofern die NSDAP/AO sowie Teile der Skinhead- und der neonazistischen Kameradschafts-Szene. Die meisten Rechtsextremisten hingegen verharmlosen oder relativieren die nationalsozialistischen Verbrechen, indem sie die Opferzahlen in Abrede stellen oder stark relativierende Vergleiche mit an Deutschen insbesondere nach 1945 begangenen Verbrechen anstellen. Diese Positionen werden mit dem Begriff Revisionismus bezeichnet. Die deutlichste Ausprägung erfährt der Revisionismus in Form der nach § 130 Abs. 3 des Strafgesetzbuches strafbaren Leugnung der Massenvernichtung von Juden in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern („Auschwitz-Lüge").

Zwar ist der Revisionismus konstitutiv für den Neonazismus, doch sind im Umkehrschluss nicht alle Revisionisten als Neonazis zu bezeichnen. Vielmehr lassen sich revisionistische Positionen in verschiedenen Erscheinungsformen bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisen. Dem Revisionismus kommt auf diese Weise eine ideologische Klammerfunktion zu. Die DVU, die den Holocaust nicht grundsätzlich leugnet, verbindet beispielsweise mit den in der National-Zeitung verbreiteten revisionistischen Stereotypen das Ziel, die Wehrmacht und die deutsche Nation zu exkulpieren. Andere Rechtsextremisten meinen, mit revisionistischen Positionen das aus ihrer Sicht Positive am Nationalsozialismus weltanschaulich retten zu können. Eher intellektuell ausgerichtete Rechtsextremisten benötigen den Kunstgriff Revisionismus, um an antidemokratische Elitetheorien anknüpfen zu können, die in die nationalsozialistische Weltanschauung eingeflossen und damit diskreditiert sind. Darüber hinaus haben Szeneanwälte wie der Hamburger Neonazi Jürgen RIEGER bei der Verteidigung von Rechtsextremisten vor Gericht immer wieder auf revisionistische Thesen zurückgegriffen.

In gewisser Hinsicht stellt der Revisionismus aber auch eine mehr oder weniger kaschierte Form des Antisemitismus dar. Es wird suggeriert, dass die Juden und der Staat Israel den Holocaust als Erpressungsinstrument einsetzen, bzw. ihn gezielt übertreiben, um von einer Opferrolle der Deutschen und einem verewigten deutschen Schuldkomplex zu profitieren. Diese antisemitischen Implikationen, die in Teilen der arabischen Welt besonderen Anklang finden, sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass der Revisionismus kein deutsches, sondern ein internationales Phänomen darstellt. Die führenden Revisionisten kommen aus dem Ausland, wie die Franzosen Robert

FAURISSON und Paul RASSINIER, der Schweizer Jürgen GRAF oder der Brite David IRVING, der eine Zentralfigur des Revisionismus darstellt. Nach einem Urteil des Londoner High Court vom April 2000 in einem von IRVING angestrengten und verlorenen Prozess darf er als Rassist und Antisemit bezeichnet werden. Eine Berufung gegen das Urteil lehnte das Londoner Gericht im Juli ab. IRVING muss die Kosten der Verteidigung in Höhe von umgerechnet sechs Mio. DM tragen.

Von den USA aus wirkt das Institute for Historical Review, von Amsterdam aus der 1985 gegründete Verlag Vrij Historisch Onderzoek und von Australien aus das Adelaide Institute, das von dem in Deutschland wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe verurteilten australischen Staatsbürger Frederick THOBEN geleitet wird. Einer der bekanntesten Revisionisten, der deutsche Staatsbürger Ernst ZÜNDEL, der 1958 als 18-Jähriger nach Kanada auswanderte, ist inzwischen von Kanada nach Memphis (Tennessee) verzogen. Seit 1995 betreibt er die Homepage ZUNDELSITE, auf der er neben Bild- und Textangeboten sowie Ton- und Videosequenzen auch den so genannten „Leuchter-Report" verbreitet. Der „Leuchter-Report", ein pseudowissenschaftliches Gutachten, das beweisen soll, das die Vernichtung von Juden in Gaskammern nicht stattgefunden haben kann, wurde zur Verteidigung ZÜNDELs erstellt, als dieser sich wegen der Verbreitung einer revisionistischen Schrift vor einem kanadischen Gericht verantworten musste. Inzwischen hat das kanadische Menschenrechtstribunal die ZUNDELSITE wegen Hasspropaganda für rechtswidrig erklärt und ZÜNDEL aufgefordert, die Verbreitung über das Internet einzustellen.

Ein weiteres, für die revisionistische Szene wichtiges, pseudowissenschaftliches Gutachten, das „Rudolf-Gutachten", das die Judenvernichtung durch Zyklon B in Auschwitz bestreitet, geht auf den deutschen Staatsbürger Germar RUDOLF zurück, der sich einer vom Stuttgarter Landgericht gegen ihn verhängten Freiheitsstrafe durch Flucht nach Großbritannien entzogen hat. Der von ihm dort betriebene Verlag Castle Hill Publishers gibt die revisionistischen „Vierteljahreshefte für Geschichtsforschung" heraus.

Die Gefahr des Revisionismus besteht in seiner unterschwelligen Wirkung. Den im Internet eingestellten, in einer wissenschaftlichen Sprache abgefassten Texten, z. B. von David IRVING, ist der rechtsextremistische Gehalt nicht auf den ersten Blick anzumerken. Im Internet recherchierende, mit der Auswertung solcher Texte nicht vertraute „Besucher" können deren tendenziöse Inhalte für seriöse historische Informationen halten. Eine ähnliche Wirkung entfalten revisionistisch ausgerichtete Verlage, deren Programme neben revisionistischer Literatur auch nichtextremistische Veröffentlichungen zur deutschen Frühgeschichte enthalten. Zu nennen ist hier in erster Linie der Grabert-Verlag aus Tübingen. Zu den größeren revisionistischen Verlagen gehört ferner der in Kiel ansässige, seit 1980 von Dietmar MUNIER geführte Arndt-Verlag, der eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Schriften von David IRVING im deutschsprachigen Raum spielt.

Neonazistische Bestrebungen

Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten/ insbesondere Skinheads und Neonazis

Die Zahl der subkulturell geprägten und der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist im Jahr 2001 in Niedersachsen weiter angestiegen. Sie wird für 2001 auf 1.100 Personen geschätzt, gegenüber 900 im Jahr 2000.

Diesem Personenkreis werden außer den rechtsextremistischen Skinheads mit einer latenten Gewaltbereitschaft, auch die Straftäter dieser Szene sowie die militanten Neonazis zugerechnet. Regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinhead-Szene bilden die Räume Aurich, Braunschweig, Celle, Hildesheim, Lüneburg, Northeim, Oldenburg, Schaumburg, Stade, Uelzen sowie die Region Hannover. Die Entwicklung der Anhänger in Niedersachsen bewegt sich im bundesweiten Trend dieser Szene. In Deutschland werden dem Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus 10.400 Personen und damit 700 Personen mehr als im Vorjahr zugerechnet.

Zur Entwicklung der Skinhead-Subkultur[8]

Skinheads prägen maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung des gewaltbereiten Rechtsextremismus. Die Skinhead-Bewegung formierte sich Ende der 60er-Jahre in Großbritannien aus drei anderen Subkulturen, den „Modernists" (Mods), den „Rude-Boys" und den „Boot-Boys". Das Erscheinungsbild dieser Gruppierungen, das Vorbildcharakter für die Skinhead-Bewegung haben sollte, ähnelte sich stark: schwere Stiefel, Jeans und T-Shirt; die Haare wurden im Laufe der Szeneentwicklung immer kürzer. Wie ihre Vorgänger entstammten auch die Skinheads aus Arbeiterkreisen. Sie bekannten sich demonstrativ zu ihrer sozialen Herkunft und leiteten daraus einen subkulturellen Stolz, ja sogar eine Art elitären Anspruch ab. Bis Mitte der 70er-Jahre war die erste Generation der Skins wieder verschwunden.

In den Jahren 1976/77 bildete sich wiederum in Großbritannien aus Teilen der Punk-Szene eine zweite Skinhead-Bewegung. Die Subkultur der Skins der ersten Generation war von denjenigen Punks wiederentdeckt worden, die mit den neu hinzugekommenen gestylten Mode-Punks nichts mehr zu tun haben wollten. Ende der 70er-Jahre erreichte die Politisierung der Skinheads in Großbritannien ihren Höhepunkt. Die Einflussnahme von politischen Parteien und Organisationen aus dem rechtsextremistischen Lager trug hierzu in einem entscheidenden Maße bei. Zunächst hatte die 1967 gegründete National Front (NF) mit ihren Bemühungen große Erfolge, die Skinheads in ihre politischen Aktivitäten einzubinden. Anfang der 80er-Jahre wurde die Beeinflussung der rechtsextremistischen Skinheads durch die NF durch radikalere Gruppierungen wie British Movement (BM) oder später Blood & Honour (B & H) abgelöst.

Ende der 70er-Jahre entwickelten sich die ersten Skinhead-Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Skinhead-Kult gelangte zum einen über Angehörige der hier stationierten britischen Streitkräfte nach Deutschland, zum anderen kamen deutsche Punks über Fanzines (Szene-Zeitschrif-

[8] Ausführlich zu dieser Thematik: Christian Menhorn: Skinheads: Porträt einer Subkultur. Extremismus und Demokratie, Baden-Baden 2001.

ten) mit der englischen Skinhead-Szene und der so genannten Oi!-Bewegung in Berührung. Insbesondere militante Punks begannen mit der neuen Subkultur zu sympathisieren und wechselten Anfang der 80-Jahre in die Skinhead-Szene. Während dieser Phase lebten die beiden unterschiedlichen Subkulturen relativ friedfertig nebeneinander, doch das „Schmuddel-Image" der Punk-Bewegung und die Beeinflussung der Punks durch linkes Gedankengut führten zu sich verschärfenden Gegensätzen.

Die Politisierung der deutschen Skins erfolgte auf unterschiedliche Weise. Zum einen wurden ein Großteil der Skinheads ohnehin durch eine latent fremdenfeindliche Grundeinstellung geprägt. Hinzu traten der Einfluss der rechtsorientierten britischen Szene sowie Einflussnahmen neonazistischer deutscher Organisationen wie der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

Mit dem Fall der Mauer 1989 erlebte die gesamtdeutsche Skinhead-Szene einen sprunghaften Anstieg, da in der ehemaligen DDR erheblich mehr Skins existierten, als in der Bundesrepublik angenommen worden war. Seit der Wiedervereinigung verzeichnet die Szene einen in etwa gleichbleibenden Anstieg von mehr als 10 % jährlich. Eine Ausnahme bildeten die Jahre 1993/94, als die Skinhead-Szene infolge der fremdenfeindlichen Brandanschläge von Mölln (23. 11. 1992) und Solingen (29. 5. 1993) durch öffentlichen Druck in die Defensive geriet.

Strömungen der Skinhead-Bewegung

Zur Skinhead-Bewegung gehören neben rechtsextremistisch bzw. neonazistisch orientierten Anhängern, wie den Hammerskins oder den Angehörigen der Gruppierung Blood & Honour, auch viele „unpolitische" sowie linke Skinheads. Letztere stellen nur eine Minderheit in der Skinhead-Bewegung dar. Zu ihnen gehören die 1987 erstmals in Deutschland in Erscheinung getretenen Skinheads Against Racial Prejudice (SHARP) und die so genannten Redskins, die sich 1993 in den USA unter der Bezeichnung RASH (Red & Anarchist Skinheads) organisierten. Während die „antifaschistische" Zielsetzungen verfolgenden Sharps in Deutschland kaum noch Bedeutung haben, zählen die Redskins bundesweit zwischen 150 und 200 Personen.

Die so genannte Oi!-Bewegung[9] umfasst einen „unpolitischen", eher spaßorientierten Teil der Skinhead-Szene. Ursprünglich wurde die Oi!-Szene auch von Angehörigen anderer jugendlicher Subkulturen getragen. Mit dem Begriff Oi! verbinden diese Jugendlichen ein gemeinsames Lebensgefühl. Von zentraler Bedeutung sind für sie Musik, Alkohol, Sex und Spaßorientierung. Der Anteil dieser Bewegung an der Skinhead-Szene dürfte inzwischen bei bis zu 50 % liegen, wobei die Oi!-Skins in den alten Bundesländern prozentual stärker vertreten sind als in den neuen.

In der übrigen Skinhead-Szene ist eine durch aggressive Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und einen überbetonten Männlichkeitskult gekennzeichnete Weltanschauung vor-

[9] Der Ursprung der Oi!-Bewegung liegt im Großbritannien der 70er-Jahre. Bei dem Wort „Oi!" dürfte es sich um einen Slangbegriff handeln, der aus dem Londoner East End stammt und soviel wie „Hey!" bedeutet. Das Ausrufezeichen, hinter dem „Oi!" unterstreicht den aggressiven, rauen Eindruck des Wortes. Dass Oi! zum Oberbegriff dieser Richtung geworden ist, ist vermutlich der Skinhead-Band „Cockney Rejects" zu verdanken, die ihre Songs bei Live-Konzerten nicht mehr mit dem üblichen „One, two, three" anzählten, sondern mit „Oi, Oi, Oi!".

herrschend. Wenn sich auch Symbolik und weltanschauliche Äußerungen dieser Skinheads unübersehbar am historischen Nationalsozialismus orientieren, sollte hieraus nicht vorschnell auf eine Verfestigung dieser Weltanschauung geschlossen werden. Eine Ausnahme davon bilden die Blood & Honour-Skins und die Hammerskins, die sich als eine elitäre politische Vorhut der „weißen Rasse" verstehen.

Blood & Honour

Die nach der nationalsozialistischen Parole „Blut und Ehre" benannte, in Deutschland seit dem 14. 09. 2000 verbotene Gruppierung Blood & Honour (B & H) wurde 1987 durch den Frontmann der englischen Skinhead-Band Skrewdriver Ian Stuart DONALDSON, der am 14. 09. 1993 tödlich verunglückte, gegründet. Im Gründungsjahr von B & H erschien erstmals auch das gleichnamige Magazin. Das Ziel der Organisation war es, dem rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene eine organisatorische Basis zu schaffen, den Zusammenhalt durch Konzerte zu stärken und über die Musik die Weltanschauung zu verbreiten.

Der Erfolg der Mutterorganisation in Großbritannien hat seit Anfang der 90er-Jahre die Gründung zahlreicher Divisionen und Sektionen in anderen Ländern zur Folge. Die Bezeichnung Division steht für die landesweite Organisation; der Begriff Sektion wird für regionale Gruppierungen verwendet. Die deutsche Division von Blood & Honour wurde 1994 in Berlin gegründet. Zum Zeitpunkt des Verbots der Organisation am 14. September 2000 durch das Bundesinnenministerium gehörten der in allen Bundesländern mit Sektionen präsenten Division Deutschland ca. 200 Personen an. In Niedersachsen bestanden drei Sektionen: die Sektion „Niedersachsen" mit Sitz in Hildesheim, die Sektion „Nordmark" im nordöstlichen Niedersachsen und die Sektion „Weser-Ems".

Das Verbot von Blood & Honour wurde vom Bundesministerium des Innern insbesondere damit begründet, dass sich die Organisation gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete. Blood & Honour bekannte sich zu Hitler und anderen führenden Nationalsozialisten, propagierte eine mit dem Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes unvereinbare rassistische Politik und strebte eine Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung an. Das eindeutige Bekenntnis zu Hitler und führenden Nationalsozialisten wird durch verschiedene Äußerungen in Publikationen belegt, wonach sich die Organisation als „national-revolutionäre Bewegung, der Adolf Hitlers Ideale zugrunde liegen", beschrieb.

Die Organisation spielt nach dem Verbot keine Rolle mehr, insbesondere in Norddeutschland sind noch Aktivitäten einzelner Anhänger dieser Organisation feststellbar.

Hammerskins

Die rassistischen Hammerskins wurden 1986 in den USA gegründet. Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, alle weißen und rechtsextremistischen Skinheads weltweit in einer sog. „Hammerskin Nation" zu vereinigen. Als Symbol der Organisation fungieren zwei gekreuzte Zimmermannshämmer – ein Symbol, das in den 20er-Jahren von einem Teil der US-amerikanischen Arbeiter

bewegung benutzt wurde. In der Bundesrepublik sind die Hammerskins erstmalig 1991 in Brandenburg in Erscheinung getreten. Wie Blood & Honour sind auch die Hammerskins in Sektionen untergliedert. Die meisten der niedersächsischen Hammerskins gehören der Sektion „Nordmark“ an, die von dem Lüneburger Skinhead Sven GREWE geleitet wird. In diese Sektion sind auch die Hammerskins aus Schleswig-Holstein eingebunden. Ein anderer Teil der niedersächsischen Hammerskins ist in der Sektion „Bremen“ organisiert, die ihre Mitglieder auch im benachbarten Umland rekrutiert.

Skinhead-Musik: „Soundtrack zur arischen Revolution“

Die Skinhead-Musik nimmt in der gesamten Skinhead-Bewegung eine zentrale Stellung ein. Sie stellt das die Szene maßgeblich prägende Stilelement dar. Jugendliche kommen durch die Texte der Skinhead-Musik häufig zum ersten Mal mit der rechtsextremistischen Szene in Berührung. Die Musik vermittelt ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Dabei entfalten die politisch eindeutigen Botschaften der Texte zunächst eine eher unterschwellige Wirkung. Die Texte sind von aggressiver Menschenverachtung geprägt. Ihr Feindbild stellen neben Ausländern, insbesondere Türken und Farbige, auch Juden und Minderheiten wie Homosexuelle, so genannte linke „Zecken“ und Sozialhilfeempfänger dar.

Beispielhaft hierfür ist die seit Herbst in der Skinhead-Szene in Umlauf befindliche, durch antisemitische und neonazistische Tiraden geprägte Demo-CD „Jetzt erst recht!“ der neuen rechtsextremistischen Band „Kommando 99“. Der Song „All kikes[10] are filthy“ beginnt mit den Sätzen:

„Wer ist es, der nicht haben will, dass in der Welt Friede sei? Wer ist es, der den Unfrieden unter den Menschen braucht, um selbstsüchtigen Zielen nachjagen zu können? Es ist das Volk der Juden.“

In dem Song „Groß-Berlin“ heißt es:

„Für Groß-Berlin marschieren wir, für Adolf Hitler kämpfen wir. Die rote Front ist wie ein Feind, SA marschiert, macht uns die Straße frei.“

Bei Skinhead-Konzerten, die eine besondere Bedeutung für den Zusammenhalt der Szene haben, wird die Musik zum Gemeinschaftserlebnis. Auf das konsequente Einschreiten der Sicherheitsbehörden reagieren die Veranstalter solcher Konzerte mit zunehmender Konspiration. Die Ankündigung des Veranstaltungsortes erfolgt in der Regel erst kurz vor Konzertbeginn, Besucher werden über Mobiltelefon-Mitteilungen ins Zielgebiet geleitet.

In Niedersachsen sind für 2001 vier größere Skinhead-Konzerte berichtenswert. Ein Konzert der amerikanischen Gruppe Youngland im Rahmen einer von 100 Personen besuchten Geburtstagsfeier in Kirchseelte, Landkreis Oldenburg, wurde am 5. März von den Veranstaltern beendet, nachdem die Polizei wegen Ruhestörung einzuschreiten drohte. Die Gruppe Youngland setzte anschließend ihre Tour durch Norddeutschland mit zwei Kon-

[10] Amerikanisches Schimpfwort für Juden.

zerten in Schleswig-Holstein und in Sachsen-Anhalt fort.

Am 7. April veranstalteten Hammerskins der Sektion Bremen wiederum in Kirchseelte ein Konzert mit der Band Schlachtruf, an dem ca. 80 Personen teilnahmen. Die Polizei sorgte für eine zügige Beendigung des Konzerts.

Am 29. September fand in der Schützenhalle in Tostedt, Landkreis Harburg, ein von der ehemaligen Blood & Honour-Sektion Niedersachsen organisiertes Konzert mit den Bands Ultima Ratio (BW), Youngland (USA) und Nordmacht (MV) statt. Die als unverfängliche Diskoveranstaltung angemeldete Veranstaltung sollte im Anschluss an den örtlichen Flohmarkt stattfinden. Zu dem Konzert fanden sich ca. 500 Personen ein. Die stärker werdende Präsenz der Polizei veranlasste die Veranstalter, das Konzert vorzeitig zu beenden. Widerstandshandlungen gegen Polizeikräfte unterblieben. Allerdings wurden im Schützenhaus Barrikaden und Wurfgegenstände vorgefunden, die bei einem Einschreiten der Polizei hätten eingesetzt werden können.
Eine am 20. April, an Hitlers Geburtstag, im Rahmen einer Geburtstagsfeier in Adelheidsdorf, Landkreis Celle, geplante Veranstaltung wurde durch polizeiliches Eingreifen bereits im Vorfeld verhindert.

Der Handel mit rechtsextremistischen CDs stellt unverändert ein lukratives Geschäft für die Betreiber dar mit Gewinnspannen von teilweise bis zu 500 %. Die CDs werden in der Regel im Ausland produziert und bei Konzerten oder über rechtsextremistische Musikvertriebe verkauft. Zu diesen Vertrieben gehört in Niedersachsen der seit 1998 bestehende, im Bereich Aurich ansässige „Moin Moin Records"-Versandhandel des ehemaligen JN-Funktionärs Cord PLEIS, der am 10. Januar von der Polizei durchsucht wurde. Die Polizei stellte über 5.000 Tonträger mit rechtsextremistischen Liedtexten sicher, des Weiteren umfangreiches Propagandamaterial, Computer, Funktelefone. Grundlage des Verfahrens war ein Amtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft Göteborg (Schweden). Dort war ein Ermittlungsverfahren wegen Verbreitens von Tonträgern mit volksverhetzendem Inhalt anhängig, u. a. wegen der in englischer und schwedischer Sprache verfassten CD „For Blood & Honour" der schwedischen Band „Storm". Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft gegen den Inhaber des Versandhandels ist dem Landgericht Aurich zugeleitet worden.

Am 14. August wurden auf Beschluss der Staatsanwaltschaft Bochum zeitgleich in Bochum, Wuppertal, Dresden, Lübeck und Hannover acht Wohnobjekte durchsucht. Die Maßnahme richtete sich gegen fünf Personen, die verdächtigt wurden, Tonträger mit neonazistischen Inhalten sowie entsprechend bedruckten Textilien international vertrieben zu haben. Allein bei dem in Bochum wohnhaften Hauptbeschuldigten stellten die Beamten u. a. etwa 300 Tonträger und 5.000 Bekleidungsstücke mit zum Teil strafrechtlich relevanten Logos sicher. Gegen diesen und einen weiteren Beschuldigten aus Lübeck wurde Haftbefehl erlassen. Die Auswertung der beschlagnahmten Gegenstände dauert noch an.

Anlass für die Durchsuchung bildeten Erkenntnisse aus einem seit Dezember 2000 bei der Staatsanwaltschaft Potsdam anhängigen Ermittlungsverfahren zu Vertriebsstrukturen rechtsextremistischer Musik. Bekannt wurden dabei Verbindungen zwischen dem Hauptbeschuldigten und einem in Brandenburg ansässigen Skinhead-Musikvertreiber, die sich auf die Verbreitung der strafrechtlich relevanten CD „Ran an den Feind" der Band Landser bezogen.

Skinhead-Fanzines

Eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt der Skinhead-Szene spielen neben der Skinhead-Musik so genannte Fanzines. Der aus den Worten „Fan" und „Magazine" gebildete Begriff Fanzine stammt aus England, wo diese Hefte mit Szeneinformationen erstmals erschienen sind. Fanzines sind keine spezifische Erscheinung der Skinheads. Der Begriff wird auch von anderen Subkulturen zur Bezeichnung ihrer Info-Hefte verwendet.

Zum Inhalt von Skinhead-Fanzines gehören Informationen über Szenebands und neue Musikstücke, Berichte von Konzerten und Parties sowie Interviews mit Szeneangehörigen. Politische Gegner werden in den Darstellungen häufig in aggressiver menschenverachtender Weise verhöhnt. Die erste Ausgabe der von den „Weißen Patrioten" aus Oldenburg im Februar herausgegebenen „Ha-ha Antifa Zeitung" beispielsweise ist gekennzeichnet von extremem Antisemitismus, der massiv gegen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verstößt und eindeutig verfassungsfeindlich ist. Ein „Go Ost (wo der Jude schreit)!" überschriebenes Gedicht aus „eigener Produktion" enthält folgende Zeilen:

„Go Ost, der Adi ist bereit
Go Ost, wo der Jude schreit
Go Ost, Die Kammer ist schon auf
Go Ost, und wir sind stolz darauf.
Go Ost, vergasen ist so schön
Go Ost, dabei kann man so viel klön
Go Ost, wir Gasen alle weg
Go Ost, denn Juden sind nur Dreck."

Die Auflagenhöhe von „Fanzines" hat in Einzelfällen bis zu 15.000 Hefte pro Ausgabe betragen. In der Regel überschreitet die Auflage einige hundert Exemplare nicht. Im Jahr 2001 sind bundesweit ca. 30 bis 35 rechtsextremistische Fanzines bekannt geworden. In Niedersachsen erschien neben dem bereits genannten Heft in Oldenburg auch das Fanzine Violence in Braunschweig.

Straftaten der Skinhead-Szene

Brutale Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von rechtsextremistischen Skinheads auf der Straße ausgetragenen „politischen" Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern, zu denen Menschen gehören, die wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status als fremd und damit „undeutsch" empfunden werden. Die Gewaltausübung erfolgt häufig spontan unter dem Einfluss von Alkohol. Auch im Jahr 2001 ist es bundesweit wiederholt zu gewaltsamen Übergriffen durch rechtsextremistische Skinheads gekommen. Niedersachsen bildete keine Ausnahme. Am Himmelfahrtstag, dem 24. Mai, verübten Angehörige der so genannten Wiesenauer Szene, die eine Hakenkreuz-Fahne mit sich führten, in Hannover und Langenhagen gewalttätige Übergriffe, in deren Verlauf mehrere Passanten verletzt wurden. Einem Iraner wurden so schwere Verletzungen zugefügt, dass er fünf Tage lang stationär behandelt werden musste. Die Beteiligten der Skinhead-Gruppe wurden von der Polizei zur Verhinderung weiterer Straftaten in Gewahrsam genommen.

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es in der Nacht vom 1. September in Aurich, als ca. 30 Skinheads versuchten, eine Diskothek zu stürmen. Auf Grund ihres alkoholisierten Zustandes wurde ihnen jedoch von den Sicherheitskräften der Diskothek der Zutritt

verwehrt. Daraufhin begaben sich die Skinheads, die sich mit Knüppeln bewaffnet hatten, in eine Gaststätte und grölten rechtsextremistische Parolen. Da die Situation zu eskalieren drohte, stellte die Polizei die Personalien fest und sprach Platzverweise aus. Weil die Platzverweise nicht befolgt wurden, nahm die Polizei die Rädelsführer in Gewahrsam.

Zwischen dem 30. September und 5. Oktober nahm das Landeskriminalamt Berlin mit Unterstützung der zuständigen Landeskriminalämter im Auftrag des Generalbundesanwalts die Mitglieder der rechtsextremistischen Band Landser fest. Gegen die Verhafteten ermittelte die Bundesanwaltschaft wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Ziel der konspirativ vorgehenden Band sei es nach ihren Angaben „Volksverhetzungsdelikte zu begehen". Bei ihren Zuhörern schaffe die Band ein „Klima der Gewaltbereitschaft". In den Liedern werde u. a. zu Brandstiftung und Mord ermuntert. So heißt es in einem Lied:

„Wenn in der Nacht die Kreuze brennen, dann könnt ihr stinkenden Kaffer um eure Leben rennen."

Ziel der Band-Mitglieder ist es, den „Soundtrack zur arischen Revolution" zu liefern.

Im Rahmen der Maßnahmen durchsuchte die Polizei über 20 Objekte in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie konnte umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmen, das die Bandstruktur sowie die Beteiligung der Beschuldigten an CD-Herstellung und Vertrieb belegt.

Nach der Festnahme der Mitglieder der Skinhead-Band Landser wurden in der rechtsextremistischen Szene Solidaritätsaufrufe veröffentlicht. So werben u. a. die rechtsextremistischen „Nationalen Info-Telefone" (NIT) „Rheinland" und „Sachsen" sowie das NIT „Bündnis Rechts" für ein „offizielles Landser-Solidaritätskonto", auf dem Geld „für den bevorstehenden Rechtskampf gegen den Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung" gesammelt werden soll.

Auf seiner Homepage im Internet solidarisierte sich auch der amerikanische Neonazi Gary Rex LAUCK mit der Gruppe Landser. Die NSDAP/AO werde als Zeichen der Solidarität die Lieder „dieser legendären Musikgruppe" weiterhin verbreiten, damit die deutsche Justiz keinesfalls ihr Ziel erreiche, „jeden anständigen und mündigen Deutschen zu unterdrücken", indem sie ihm diese Musik „Andersdenkender" verwehre:

„Die Judenknechte der brd sollen wissen: Uns bringt ihr nicht zum Schweigen, WIR lassen uns nicht vorschreiben, was wir hören und was nicht! Landser lebt weiter!"

Die Band Landser existiert seit 1992 und hat seither mehrere indizierte Tonträger mit strafbaren Inhalten veröffentlicht. Bandmitglieder sind auch als Anführer der Berliner neonazistischen Gruppierung „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft" aufgetreten und seit Jahren auch führende Aktivisten der neonazistischen Szene im Raum Berlin/Brandenburg.

Dem Ermittlungsverfahren kommt die Funktion eines Pilotprojekts zu: Erstmals ermittelt der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) gegen Mitglieder einer rechtsextremistischen Band und ihre Unterstützer wegen Herstellung, Produktion, Vertrieb und Verbreitung rechtsextremistischer Skinhead-Musik. Landser gilt in der Szene als populärste rechtsextremistische Musikgruppe in Deutschland sowie als wichtiger Produzent und Vertreiber rechtsextremistischer Skinhead-Musik.

Verbote neonazistischer Vereinigungen

Verbotsverfügungen	Vereinigung	Verbotsbehörde
26. 11. 1992	Nationalistische Front (NF)	Bundesministerium des Innern
08. 12. 1992	Deutsche Alternative (DA)	Bundesministerium des Innern
18. 12. 1992	Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)	Niedersächsisches Innenministerium
21. 12. 1992	Nationale Offensive (NO)	Bundesministerium des Innern
07. 06. 1993	Nationaler Block (NB)	Bayerisches Staatsministerium des Innern
08. 07. 1993	Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
25. 08. 1993	Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
10. 11. 1994	Wiking Jugend e.V. (WJ)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
24. 02. 1995	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
22. 02. 1995	Nationale Liste (NL)	Behörde für Inneres Hamburg
12. 05. 1995	Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	Innenministerium des Landes Brandenburg
22. 07. 1996	Skinheads Allgäu	Bayerisches Staatsministerium des Innern
14. 08. 1997	Kameradschaft Oberhavel	Innenministerium des Landes Brandenburg
09. 02. 1998	Heide-Heim e. V. und Heideheim e.V.	Niedersächsisches Innenministerium
10. 08. 2000	Hamburger Sturm	Behörde für Inneres Hamburg
12. 09. 2000	Blood & Honour – Division Deutschland mit Jugendorganisation White Youth	Bundesministerium des Innern
03. 04. 2001	Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) mit Skinheads Sächsische Schweiz – Aufbauorganisationen und Nationaler Widerstand Pirna	Sächsisches Staatsministerium des Innern

Neonazistische Kameradschaften

Als Reaktion auf zahlreiche Verbote neonazistischer Vereine seit Anfang der 90er-Jahre begannen sich Neonazis neu zu organisieren. Auf Ortsebene entstanden fünf bis 20 Personen starke Gruppen ohne vereinsmäßige Struktur und formale Mitgliedschaften. Diese so genannten Kameradschaften, die die kleinste Einheit der „nationalen Bewegung" bilden, sollen einem Konzept des führenden Hamburger Neonazis Thomas WULFF zufolge jederzeit als „nicht organisierte Einheiten" mobilisierbar sein. Bei Kundgebungen treten die Kameradschaften in einem geschlossenen Block auf, um als so genannte Freie Nationalisten, also als keiner rechtsextremistischen Partei zugehörige Rechtsextremisten, ihre Präsenz zu demonstrieren.

In Niedersachsen sind 2001 20 Kameradschaften aktiv. Die Zahl der aktiven Anhänger ist im Vergleich zum Vorjahr nicht angestiegen. Den regionalen Schwerpunkt mit zehn Kameradschaften bildet der Regierungsbezirk Lüneburg. Als Schwerpunktbereiche sind daneben die Räume Hannover und Südniedersachsen zu nennen. Die Kameradschaften nutzen intensiv das Internet für ihre Selbstdarstellung und Agitation. Sie sind mit zahlreichen Homepages vertreten.

Kameradschaften vereinen nicht nur Neonazis aus verbotenen Organisationen, sondern auch andere subkulturell geprägte und gewaltbereite Rechtsextremisten. Die im April vom sächsischen Innenminister verbotenen rassistischen und antisemitischen „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) beispielsweise waren als Kameradschaft organisiert und vereinten in sich sowohl Neonazis als auch die subkulturell verankerten rechtsextremistischen Skinheads. Skinhead-Konzerte dienten der ersten Kontaktaufnahme bei der Rekrutierung von neuen Kameradschaftsmitgliedern. Interessierte Jugendliche erhalten anschließend in den Kameradschaften ihre Einführung in die „politische Arbeit". Die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Kameradschaftsabenden vermittelt den Jugendlichen auch ein Gemeinschaftserlebnis, ohne dass sie sich hierfür in die festen Strukturen eines rechtsextremistischen Vereines oder einer Partei einbinden lassen müssen. Das Einstiegsalter liegt bei etwa 16 Jahren. In Einzelfällen nehmen auch noch über 30-jährige Personen an den Treffen teil. Der überwiegende Teil der Veranstaltungsteilnehmer ist männlich. Thematisch konzentrieren sich die Kameradschaftsabende auf die Organisation von möglichst öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen und Konzerten, die Planung von Aktionen gegen politische Gegner sowie die politische und weltanschauliche „Schulung". Dabei wird verstärkt über die Anwendung von Gewalt diskutiert.

Eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung der Kameradschaften aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, die sich selbst als „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland" (NSAN) bezeichnen, spielt das im Raum Hamburg agierende „Aktionsbüro Norddeutschland". Das „Aktionsbündnis" ist nach wie vor der in Norddeutschland aktivste rechtsextremistische Verbund mit erheblicher Außen- und Öffentlichkeitswirkung. Sein Mobilisierungspotenzial bei Veranstaltungen beträgt mindestens 150 Personen, wobei neben Neonazis auch Skinheads und Mitglieder der NPD/JN aktiviert werden können. Auf der Homepage der „Freien Nationalisten" sind inzwischen mehrere Internet-Sei-

ten der neonazistischen Szene miteinander verlinkt, u. a. das Aktionsbüro Norddeutschland, das Freie Infotelefon Norddeutschland (FIT), der Nationale Informationsdienst Mitteldeutschland, der Arbeitskreis Mädelschar, der Club 88 in Neumünster und das Zentralorgan, das „freie Politmagazin" der rechtsextremistischen Szene. Diese Internetpräsenz dient der Koordination von Aktionen, der Bekanntgabe von Terminen und der Verbreitung von Propaganda.

Die von den Freien Nationalisten in Niedersachsen angemeldeten Demonstrationen orientierten sich kontroversen politischen Themen, die als geeignet eingeschätzt wurden, um über das rechtsextremistische Spektrum hinaus inhaltlich auch die demokratische Öffentlichkeit anzusprechen. So richtete sich eine am 7. April in Uelzen durchgeführte Demonstration unter dem Motto „(R)ECHTE Argumente statt dumpfe linke Gewalt! – Contra Castor! Gewalt kommt von Links!" gegen den im März durchgeführten Castor-Transport. An der Kundgebung der „Freien Nationalisten" nahmen ca. 150 Personen teil. 200 gewaltbereite und linksextremistische Gegendemonstranten verhinderten den anschließenden Aufzug. Nach Abschluss der Kundgebung in Uelzen versammelten sich 55 Neonazis zu einer von der Polizei anschließend aufgelösten spontanen Versammlung in Bad Bevensen.

Eine weitere Veranstaltung der Freien Nationalisten am 27. Oktober in der Oldenburger Innenstadt hatte den amerikanischen Afghanistan-Feldzug zum Thema. Das Motto der im Internet von einer „Arbeitsgruppe AMI GO HOME" angekündigten Demonstration lautete „Für Frieden und Freiheit aller Völker – Gegen US-Imperialismus und Kriegshetze!". An der von Gegendemonstrationen begleiteten Veranstaltung beteiligten sich ca. 90 Personen. Die Reden auf der Abschlusskundgebung am Hauptbahnhof hielten der Hamburger Neonazi Christian WORCH und Jörg WRIEDEN, der NPD-Landesvorsitzende von Bremen.

Einen wiederkehrenden Anlass für Aktivitäten der neonazistischen Szene bildet der Todestag von Rudolf Heß[11], der sich am 17. August zum 14. Mal jährte. In Niedersachsen war ein deutlicher Anstieg von propagandistischen Aktivitäten mit Transparenten, Plakaten und Aufklebern zu verzeichnen. Der Schwerpunkt lag im Regierungs-

[11] Der Hitler-Stellvertreter geriet im Mai 1941 in England in alliierte Kriegsgefangenschaft, als er nach einem Alleinflug ohne Mandat Friedenskontakte zur britischen Regierung aufnehmen wollte. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurde Heß zu lebenslanger Haft verurteilt. Während der Gefangenschaft in der Berliner Haftanstalt Spandau beging er am 17. August 1987 im Alter von 93 Jahren Selbstmord. Seitdem wird er von der rechtsextremistischen Szene als Idol und „Märtyrer für den Frieden" verehrt.

bezirk Hannover. Öffentliche Aufmerksamkeit konnte damit allerdings nur in geringem Maße erzielt werden, da angebrachtes Propagandamaterial durch die Polizei meist umgehend entfernt wurde.

Der neonazistische Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER[12] organisierte erstmals nach zehn Jahren wieder eine zentrale Gedenkveranstaltung im bayrischen Wunsiedel, dem Ort der Grabstätte von Rudolf Heß. Am 18. August nahmen rund 900 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter ca. 50 Personen aus Niedersachsen, an einer Kundgebung mit anschließendem Trauermarsch teil. Als Redner traten RIEGER sowie der Hamburger Neonazi WORCH auf, der ein Grußwort des inzwischen verstorbenen Heß-Sohnes Wolf-Rüdiger Heß verlas. Das Landratsamt Wunsiedel hatte die Veranstaltung verboten. Nachdem das Verwaltungsgericht Bayreuth dieses Verbot bestätigt hatte, stellte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im Beschwerdeverfahren die aufschiebende Wirkung des von RIEGER erhobenen Widerspruchs wieder her, so dass die Demonstration stattfinden konnte. In einer kurzen Begründung erklärte das Gericht, von der Versammlung gehe keine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus.

Wunsiedel mit seinem hohen symbolischen Wert für die neonazistische Szene wird mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren erneut als Stätte für eine zentrale Gedenkveranstaltung genutzt werden. RIEGER hat bereits entsprechende Veranstaltungen bis in das Jahr 2010 beim Landratsamt Wunsiedel angemeldet.

Neben dieser zentralen Demonstration führten Rechtsextremisten vornehmlich in ostdeutschen Städten Demonstrationen zum Gedenken an Rudolf Heß durch. Im Mittelpunkt einer vom NPD-Kreisverband Priegnitz-Ruppin am 18. August in Wittstock/Brandenburg durchgeführten, von 70 Personen besuchten Demonstration stand eine Rede des Neonazis und damaligen NPD-Funktionärs Steffen HUPKA. In Köthen (Sachsen-Anhalt) unterband die Polizei am 11. August einen nicht angemeldeten Fackelaufzug von 70 Rechtsextremisten, die die Parole „Wir gedenken Rudolf Heß!" skandierten. Ein weiterer nicht angemeldeter Aufzug fand am 17. August in Laage (Mecklenburg-Vorpommern) unter Beteiligung von 200 Rechtsextremisten statt. Im dänischen Hillerod wurde am 4. August ein Rudolf-Heß-Gedenkmarsch durchgeführt, an dem sich auch deutsche Rechtsextremisten beteiligten.

[12] Der 1946 geborene RIEGER war die Zentralfigur der Hetendorfer Tagungswochen. Als Leiter der Artgemeinschaft und der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung vertritt er eine mit der nationalsozialistischen Rassenideologie übereinstimmende rassistische Weltanschauungslehre.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a. M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	500	550
Niedersachsen:	55	65
Publikation:	Nachrichten der HNG (erscheint monatlich, Auflage 600 Exemplare)	

Die 1979 gegründete, seit 1991 von Ursula MÜLLER geleitete neonazistische HNG konzentriert ihre Aktivitäten auf die ideelle und materielle Betreuung weltweit inhaftierter Gesinnungsgenossen, die Herausgabe der Nachrichten der HNG und die Durchführung von Mitgliederversammlungen. Die Mitgliederzahlen der HNG sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, von 300 im Jahr 1994 auf derzeit ca. 550 Mitglieder. Auch in Niedersachsen war im vergangenen Jahr ein Anstieg der Mitgliederzahlen zu registrieren.

Am 31. März trafen sich die Mitglieder der HNG zu ihrer Jahreshauptversammlung in einer Gaststätte in Spiekerhausen, Landkreis Göttingen. Etwa 400 Personen – größtenteils Skinheads – nahmen teil. Auch Gäste aus Frankreich, den Niederlanden und Österreich waren anwesend. Die Vorsitzende Ursula MÜLLER übermittelte Grußbotschaften von Rechtsextremisten aus Uruguay und Neuseeland. Einen Schwerpunkt der Diskussion bildeten die Verbotsanträge gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

Erneut wurde der Veranstaltungsort bis zuletzt geheim gehalten. Im Einladungsschreiben waren lediglich zwei Treffpunkte an Autobahnraststätten in Hessen genannt, von wo aus die Teilnehmer weitere Informationen erhielten. Die Veranstaltung fand ohne Außenwirkung statt. Auf den Anfahrtswegen sowie am Veranstaltungsort führte die Polizei Kontrollen durch.

Die HNG ist für die ideologische Entwicklung des Rechtsextremismus zwar bedeutungslos, doch steht sie weltanschaulich in der Kontinuität des historischen Nationalsozialismus. Das dokumentiert sich beispielhaft daran, dass den in jeder Ausgabe der Nachrichten der HNG abgedruckten Gefangenenlisten ein Foto von Rudolf Heß vorangestellt ist. Heß gilt der HNG als die Symbolfigur des politischen Gefangenen bzw. als Märtyrer des nationalsozialistischen Friedenswillens. Der Bundesrepublik Deutschland wird jede Legitimation abgesprochen. Sie wird als ein „Regime“ bezeichnet, das „von Anfang an auf Meinungskontrolle und Lizenzpresse aufgebaut“ sei (Nachrichten der HNG, Mai 2001).

Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt in der psychischen Unterstützung der Inhaftierten, denen das Bewusstsein vermittelt werden soll, dass sie kein Unrecht begangen haben. Auf diese Weise möchte die HNG sicherstellen, dass die Gefangenen dem rechtsextremistischen Spektrum nach der Entlassung nicht verloren gehen. In den HNG-Nachrichten abgedruckte Dankesbriefe dokumentieren den Erfolg dieser Strategie:

„Besten Dank für die Unterstützung (Eintrag in die Gefangenenliste, Briefmarken u. s. w.). Sie war mir die gesamte Haftzeit über eine enorme Hilfe. Durch die HNG habe ich viele Kontakte knüpfen können, die auch draußen weiter Bestand haben werden. Derzeit habe ich noch Einschluß und liege bis zur Entlassung in der ‚Terroristenzelle'. Da will das System auf meine letzten Tage noch einmal seine ganze Macht beweisen. Aber egal, ich laß mich nicht unterkriegen, in acht Tagen bin ich ‚frei' (– eben das, was man im BRD-Regime unter ‚Freiheit' versteht)."
(Nachrichten der HNG, September 2001)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz:	Lincoln (Nebraska/USA)
Leitung:	Gary Rex LAUCK
Publikation:	NS-Kampfruf (erscheint zweimonatlich)

Die 1972 von Gary Rex LAUCK, einem US-Bürger, gegründete NSDAP/AO steht, wie bereits der Name signalisiert, weltanschaulich in der direkten Tradition des historischen Nationalsozialismus. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich auf die Herstellung und Verbreitung von NS-Propagandamaterial, darunter Faksimile- und Reprint-Drucke von NS-Literatur, Flugblättern und Plakaten. Die den Nationalsozialismus verherrlichende, offen rassistische und antisemitische Publikation NS-Kampfruf erscheint zweimonatlich. Die NSDAP/AO ist der größte ausländische Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene.

LAUCK wurde 1996 vom Landgericht Hamburg wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Am 19. März 1999 wurde er aus der Haft entlassen und in die USA abgeschoben. Seit seiner Haftentlassung hat LAUCK seine Propaganda-Aktivitäten zu einem großen Teil ins Internet verlagert. Seine Website bietet die Möglichkeit, Nazi-Computerspiele und Musikstücke (wie z. B. das „Horst-Wessel-Lied") kostenfrei herunterzuladen. Auch verbreitet LAUCK eine modifizierte Version des PC-Spiels Moorhuhnjagd; dabei sind die abzuschießenden Hühner durch einen Davidstern gekennzeichnet. Neu ist auch das Computerspiel „Der SA-Mann". Dieser soll so viele Hakenkreuz-Flugblätter wie möglich verteilen, wobei ihn flüchtende jüdische Ghetto-Bewohner behindern. Seinen menschenverachtenden Zynismus treibt LAUCK auf den Höhepunkt mit dem Angebot einer Nachbildung eines „Zyklon B Kanisters in Museumsqualität – Marke Konzentrationslager Auschwitz" zum Kaufpreis von 120 DM.

In unregelmäßiger Form verbreitet LAUCK darüber hinaus im Internet die NS-Nachrichten der NSDAP/AO. Die Kommentierung der Terroranschläge vom 11. September in den USA in den NS-Nachrichten gibt ein Beispiel für den zwanghaften Antisemitismus der NSDAP/AO:

„Als das New Yorker World Trade Center vor den Augen der Menschheit in sich zusammenfiel, brach nicht nur die Hauptschaltzentrale der jüdischen Finanzmacht zusammen. Auch das wohl am meisten sichtbare Symbol der jüdischen Weltmacht zerbrach. Dies ist in der Tat der Grund, weshalb die Zwillingstürme zerstört wurden."

„Die Amerikaner sind das verabscheuungswürdigste Volk auf dieser Erde, weil deren Politiker gemeinsame Sache mit Israel machen."

„Die Bürger New Yorks erhielten bloß einen Vorgeschmack des Terrors, den

ihre fehlgeleiteten Väter und Großväter vor sechzig Jahren den zivilen Männern, Frauen und Kindern von Hamburg und Dresden angetan haben."

Die Bemühungen deutscher Sicherheitsbehörden, amerikanische Provider dazu zu veranlassen, der NSDAP/AO keinen Speicherplatz mehr zur Verfügung zu stellen, waren vorübergehend teilweise erfolgreich. Inzwischen tritt LAUCK mit seiner NSDAP/AO allerdings selbst als Provider auf.

Rechtsextremistische Parteien

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	6.500	6.500
Niedersachsen:	450	500
Publikationen		
Bund:	Deutsche Stimme (erscheint monatlich, Auflage: ca. 10.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (erscheint seit September 2001 zweimonatlich, Auflage: 1.000)	

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde am 28. November 1964 in Hannover gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten maßgebliche Vertreter der Deutschen Partei, die Gesamtdeutsche Partei/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten sowie die Deutsche Reichspartei (DRP). Die DRP unter Vorsitz von Adolf von THADDEN hatte sich nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 durch das Bundesverfassungsgericht zunächst zur größten rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik entwickelt.

Ziel der Neugründung war die Einigung des zersplitterten rechtsextremistischen Lagers nach dem SRP-Verbot. In ideologischer Hinsicht und personell wies die NPD Kontinuitäten sowohl zur SRP als auch zur NSDAP auf. Erster Vorsitzender der neu gegründeten NPD war Fritz THIELEN aus Bremen, stellvertretender Vorsitzender wurde Adolf von THADDEN aus Niedersachsen. Die NPD erhielt bei der Bundestagswahl 1965 bereits 2,0 % der Stimmen. Zwischen 1966 und 1969 erzielte die NPD größere Wahlerfolge, mit Ergebnissen zwischen 5,8 % und 9,8 % zog sie in sieben von damals elf Landesparlamenten ein (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein). 1969 verfehlte sie mit 4,3 % der Stimmen nur knapp den Einzug in den Bundestag.

Wahlergebnisse von einem Prozent der Stimmen sowie eine negative Mitgliederentwicklung von 28.000 im Jahr 1969 auf 8.500 im Jahr 1978 waren charakteristisch für den Niedergang der NPD in den 70er-Jahren. Bei der Bundestagswahl 1980 erzielte die NPD mit 0,2 % das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung. Diese Wahlniederlage führte zu einer anhaltenden Krise der Partei, die einen Mitgliederrückgang auf 5.900 Personen im Jahr 1982 nach sich zog. Erst durch die aggressive Thematisierung der Ausländerfeindlichkeit zu Lasten vergangenheitsbezogener Themenfelder seit Anfang der 90er-Jahre rückte die NPD wieder in den Blickpunkt des Interesses. Parteiinterne Auseinandersetzungen, insbesondere um den 1991 zum Bundesvorsitzenden gewählten Günther DECKERT brachten die NPD in eine existenzbedrohende Lage. So sank die Zahl der Mitglieder auf den Tiefstand von 2.800 im Jahr 1995. Mit der Wahl des bayerischen NPD-Landesvorsitzenden Udo VOIGT zum Bundesvorsitzenden 1996 vollzog die Partei einen Wandel von einer traditionellen rechtsextremistischen Wahlpartei zu einer Partei, die sich als Spitze einer nationalistischen Protestbewegung versteht. Die NPD wählte dafür die Bezeichnung Nationale Außerparlamentarische Opposition (NAPO). Ursächlich für die Radikalisierung war u. a. die bewusste Einbindung von Neonazis und Skinheads, die nach zahlreichen Verboten neonazistischer Organisationen in den Jahren 1992 bis 1996 eine neue politische Heimat in der NPD fanden. Der 1969 gegründeten Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (JN), kam dabei die Rolle eines Bindegliedes zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Organisationen zu, die sie in abgeschwächter Form bis zum heutigen Tag ausfüllen.

Organisationsstruktur und politische Entwicklung der NPD

Derzeit verfügt die NPD bundesweit über 15 Landesverbände, die in ca. 200 Unterorganisationen (Bezirks- oder Kreisverbände) gegliedert sind. Die Mitgliederzahl blieb bundesweit mit 6.500 Mitgliedern auf dem Niveau des Vorjahres. Der frühere NPD-Bundesgeschäftsführer und heutige Vorsitzende der niedersächsischen NPD, Ulrich EIGENFELD, wurde auf einer Parteivorstandssitzung am 27./28. Januar in Bad Harzburg zum NPD-Generalsekretär ernannt. In seine neue Zuständigkeit fällt die Verbesserung von Strukturen und Abläufen in den Landesverbänden. Als sein Nachfolger im Amt des Bundesgeschäftsführers wurde der Neonazi Frank SCHWERDT bestimmt.

Die im Jahr 1999 vollzogenen Abspaltungen von der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, die Soziale Volkspartei (SVP) und der Bund

Deutscher Patrioten (BDP) stellten auch 2001 aufgrund eigener Inaktivität keine Konkurrenz zur NPD dar.

Als Kritiker der Parteiführung hatte sich im Mai 2000 eine innerparteiliche Oppositionsgruppe „Revolutionäre Plattform 2000" (RPF) gegründet, ein etwa 30 Personen umfassender Zusammenschluss von „revolutionären Nationalisten in der NPD/JN". Die RPF bestand aus jüngeren NPD- und JN-Funktionären und sollte nach längeren Konfrontationen und eines von der NPD-Parteiführung im Dezember 2000 getroffenen Unvereinbarkeitsbeschlusses in Form einer Arbeitsgemeinschaft in die NPD integriert werden. Leitbild für die von einer nationalistischen Weltanschauung geleitete RPF, die ähnlich wie die neonazistischen Freien Nationalisten an der NPD den fehlenden revolutionären Impetus kritisieren, ist das Konzept eines „nationalen Sozialismus". Ihre ideologischen Vorstellungen in den „Grundsätzen der RPF" lassen das grundlegende ideengeschichtliche Strukturmerkmal des Rechtsextremismus, den Glauben an eine angeborene Ungleichheit der Menschen und eine daraus abgeleitete Ideologie, deutlich hervortreten:

„Wir anerkennen die genetische und kulturelle – da naturbedingte – Vielfalt der Menschen und Völker und sehen daher in jedem Gleichheitsdenken ein unnatürliches Bestreben. Nicht ‚Jedem das Gleiche', sondern ‚Jedem das Seine' ist unser sozialistischer Grundsatz."

Am 24. Januar 2001 löste sich die RPF als eigenständige Organisationsform formal auf. Wegen andauernder Auseinandersetzungen zwischen der NPD und den RPF-Aktivisten um den aus Hannover stammenden Neonazi Steffen HUPKA war die angekündigte Arbeitsgemeinschaft in der NPD nicht realisiert worden. Unter der alten Bezeichnung RPF führten deren Vertreter, darunter Steffen HUPKA, der von der NPD-Parteiführung des Amtes des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden enthobene Jürgen GERG und Alexander FEYEN, gemeinsam mit Neonazis wie Christian WORCH und Thomas WULFF erneut Veranstaltungen durch. Auf dem „3. Strategiekongress" am 17./18. März sowie auf dem unter der neuen Bezeichnung „Kritische Nationalisten innerhalb und außerhalb der NPD" durchgeführten „4. Strategiekongress" in Mosbach (Thüringen), an dem 100 Anhänger teilnahmen, fanden Strategiediskussionen über einen mit „revolutionären Kräften" aus den Reihen der Freien Nationalisten neu zu besetzenden Bundesvorstand der NPD statt.

Der ehemalige führende Funktionär der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front" (NF) HUPKA, der bis März 2000 Mitglied des NPD-Parteivorstands und Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt war, wurde Mitte Dezember vom NPD-Bundesvorstand wegen parteischädigenden Verhaltens im Zusammenhang mit seinen RPF-Aktivitäten aus der Partei ausgeschlossen. Der Landesverband Sachsen-Anhalt warf ihm im Parteiausschlussverfahren vor, im Zusammenwirken mit Freien Nationalisten die Arbeit des eher traditionell nationaldemokratisch ausgerichteten Landesvorstands zu behindern. HUPKA begründete die Auflösung der RPF am 12. Januar 2002 damit, die Gruppierung habe ihre Aufgabe als Kritiker der Parteiführung erfüllt. HUPKA strebt jedoch weiterhin an, mit Hilfe von Neonazis und innerparteilichen Oppositionellen den NPD-Vorstand auf dem nächsten Bundesparteitag zu stürzen.

Kennzeichnend für die Konfrontationen zwischen der NPD-Führung und Neonazis waren die Auseinandersetzungen um den neonazistisch ausge-

richteten schleswig-holsteinischen Landesverband unter Vorsitz des militanten Neonazi Peter BORCHERT. Auf dem Landesparteitag am 23. September verhängte der NPD-Vorsitzende VOIGT den organisatorischen Notstand über den Verband und suspendierte den Vorstand. Er begründete diesen Schritt damit, dass der Landesverband unter den Einfluss „parteifremder Elemente" gebracht werden sollte. Der kommissarische Landesvorsitz wurde dem NPD-Generalsekretär Ulrich EIGENFELD übertragen. Mit Beschluss vom 8. November gab das Landgericht Berlin dem Antrag des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein auf vorübergehende Außervollzugsetzung des organisatorischen Notstandes statt. Das NPD-Bundesschiedsgericht folgte am 15. Dezember der Gerichtsentscheidung und hob die Verhängung des Notstandes über den Landesverband auf.

Auf den am 30. Januar von der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Verbotsantrag reagierte die NPD mit einem außerordentlichen Bundesparteitag am 3./4. März in Lichtenhaag (Bayern), auf dem der Parteivorsitzende Udo VOIGT dem wegen seiner Prozessführung innerparteilich in Kritik geratenen Prozessbevollmächtigten der NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, Horst MAHLER[13], das Vertrauen aussprach. Zu den Kritikern MAHLERs gehörte insbesondere der JN-Bundesvorsitzende Sascha ROßMÜLLER.

Entwicklung in Niedersachsen

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Mitgliederzahl der NPD in Niedersachsen um ca. 11% auf rund 500 Personen angewachsen. Der Mitgliederzuwachs ist einerseits auf den Nachwuchs aus den Reihen der Jungen Nationaldemokraten zurückzuführen, die ihren Statuten gemäß spätestens mit der Vollendung des dreißigsten Lebensjahres die JN verlassen. Andererseits hat sich die NPD noch weitgehender als bisher für Angehörige aus neonazistischen Kameradschaften geöffnet. Angehörige aus den freien Kameradschaften sind insbesondere in diejenigen niedersächsischen NPD-Kreisverbände eingetreten, die von ehemaligen Neonazis geführt oder mitgeführt werden, so z. B. im Bereich Göttingen/Südharz, Harburg-Land und Oldenburg. Die Zahl der Kreisverbände blieb nach der Neugründung des Kreisverbandes Emsland/Bentheim und der Auflösung des Kreisverbandes Diepholz/Nienburg bei 14. Der Kreisverband Uelzen/Celle wurde aus organisatorischen Gründen umstrukturiert und in den größeren Unterbezirk Zentralheide überführt.

Auf dem Parteitag am 24. Juni in Rhade (LK Rotenburg/Wümme) wurden der Landesvorsitzende Ulrich EIGENFELD sowie seine drei Stellvertreter Adolf DAMMANN, Friedrich PREUß und Horst NOLTE in ihren Äm-

[13] Der 1936 in Schlesien geborene MAHLER entwickelt sich zu einer Kristallisationsfigur für den deutschen Rechtsextremismus, seit er sich – vom linksextremistisch-terroristischen politischen Spektrum her kommend – für nationalistische Positionen einsetzt und teilweise neonazistische Vorstellungen vertritt.
MAHLER war in seiner Jugend Mitglied der FDJ. Nach Abschluss der Schulausbildung studierte er Rechtswissenschaften an der FU Berlin. Wegen seiner Zugehörigkeit zum linksextremistischen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) wurde er aus der SPD ausgeschlossen. Anfang der 70er-Jahre engagierte sich MAHLER für die terroristische RAF, von der er sich im Zuge seiner zehnjährigen Haftzeit distanzierte. Nach seiner Haftentlassung rief MAHLER wiederholt zu einer nationalistischen Sammlungsbewegung jenseits von links und rechts auf. 1999 begann MAHLER sich in seinen Positionen der NPD anzunähern, der er im August 2000 beitrat.

tern bestätigt. Als Beisitzer wurden vier jüngere NPD-Mitglieder gewählt. Der Unterbezirk Lüneburg ist seither im Vorstand mit drei Personen überproportional vertreten, während andere Unterorganisationen wie z. B. die Kreisverbände Osnabrück, Uelzen/Celle oder Wolfsburg keinen Vertreter im Vorstand haben. Fünf Beisitzer im Vorstand gelten als uneingeschränkte Befürworter der Parteiöffnung gegenüber Neonazis.

Der Niedersachsen-Spiegel, die Zeitschrift des NPD-Landesverbandes, erschien im Jahr 2001 nicht mehr in gewohnter Form im vierteljährlichen Rhythmus, sondern seit September stark verkürzt nur noch als zweiseitige Beilage der monatlich erscheinenden Deutschen Stimme, dem Organ der Bundespartei.

Im Internet sind neben dem Landesverband die Kreisverbände Diepholz/Nienburg, Harburg-Land und Hannover mit Homepages vertreten. Besonders aktiv bei dieser Internetpräsenz ist der Kreisverband Hannover. Er betreibt dort seit Anfang September ein Radio.

Teilnahme an Wahlen

Marginale Wahlergebnisse erzielte die NPD bei den Kommunalwahlen in Hessen am 18. März. Sie kandidierte lediglich für drei Kreistage sowie in acht kreisangehörigen Gemeinden und errang insgesamt 13 Mandate (1997: 30). Bei der Landtagswahl am 25. März in Baden-Württemberg, bei der die NPD in 34 der 70 Wahlkreise antrat, erhielt sie nur 0,2 % der Stimmen. Ebenfalls negative Ergebnisse erzielte die Partei bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 25. März mit 0,5 % (9.136 Stimmen). Bei den Bürgermeister- und Landratswahlen in Sachsen am 10. Juni war die NPD erfolgreicher. So erhielten die Kandidaten z. B. in Königstein 16,2 %, in Hohnstein 9,0 %, in Sebnitz 7,6 %, im Landkreis Sächsische Schweiz 4,1 % der Stimmen.

An den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 9. September beteiligte sich die NPD in den Räumen Oldenburg, Helmstedt und Göttingen unter eigenem Namen und in den Landkreisen Stade und Lüneburg als „Bündnis Rechte" bzw. „Unabhängige Wählerliste Landkreis Lüneburg" (UWL). Dabei konnte sie im Helmstedter Stadtrat mit 3,1 %, in der Samtgemeinde Nord-Elm mit 5,1 % und in der Gemeinde Süpplingen mit 9,7 % der abgegebenen Stimmen jeweils einen Sitz erringen. Das „Bündnis Rechte" im Bereich Stade erhielt mit 3.693 Stimmen 1,5 %. Mit diesem Wahlergebnis verlor der NPD-Funktionär Peter BRINKMANN im Stader Kreistag sein 1996 erlangtes Mandat. Die „UWL" im Bereich Lüneburg erreichte mit 2.028 Stimmen 0,9 %.

Hohe Stimmenverluste musste die NPD bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und zu den Hamburger Bezirksversammlungen am 23. September mit dem Verlust von zwei Dritteln ihrer Stimmen hinnehmen und erzielte nur 368 Stimmen. Für die NPD enttäuschend war auch ihr Ergebnis bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin am 21. Oktober, wo es der NPD nicht gelang, ein Mandat zu erringen (0,9 % Abgeordnetenhauswahl, 0,8 % Bezirksverordnetenversammlungen).

Diese Wahlergebnisse verdeutlichen die gegenwärtige Bedeutungslosigkeit der NPD als Wahlpartei. Im Rahmen des von ihr propagierten „Drei-Säulen-Konzeptes" räumt die NPD dem „Kampf um die Parlamente" zurzeit noch keine Priorität ein.

Programmatik

Die NPD versteht sich als Fundamentalopposition zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Auf den „Trümmern des liberalkapitalistischen Systems" strebt sie eine „nationale politische Ordnungsform" an. Vorrangiges politisches Ziel ist die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich", eine bereits in ihrem Parteiprogramm von 1967 enthaltene Forderung. Dieser grundlegend systemüberwindende Ansatz der NPD manifestiert sich in dem im Februar 2001 veröffentlichten „Staatspolitischen Positionspapier" des von Jürgen SCHWAB[14] geleiteten Arbeitskreises Volk und Staat beim NPD-Parteivorstand. Das Positionspapier führt aus Sicht der NPD den „Nachweis, dass die Bundesrepublik tatsächlich keine Demokratie ist". Ein in der Parteizeitung Deutsche Stimme veröffentlichter Kommentar zu diesem Positionspapier verdeutlicht den systemüberwindenden Ansatz:

> *„Eingehend beschreibt die NPD … die Symptome der als schwer erkrankt wahrgenommenen Gesellschaft und fordert, diese Symptome zu beseitigen. Diese Vorgehensweise ähnelt einem Arzt, der einem mit Geschwüren übersäten Patienten zwar die eitrigen Geschwülste herausschneidet, aber nicht die Ursachen des Krankheitsbefalls berücksichtigt … (I)m politischen Raum muß die Therapie mit der Neuordnung der staatspolitischen Konstruktion der Gesellschaft beginnen, weil hier die Ursachen für die Erkrankung zu finden sind … (W)eil mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Liberalismus und Parlamentszentrierung die Hauptursachen der kranken Gesellschaft unserer Gegenwart sind."*
> (Michael FUCHS, Staatspolitische Grundsatzdebatte, Deutsche Stimme, Nr. 7/2001)

Charakteristisch für die programmatische Zielsetzung der NPD ist die kontinuierliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung, die als „oligarchisches" und „fremdgesteuertes", „gegen die nationalen Interessen gerichtetes" System und als Statthalterschaft internationaler Mächte diffamiert wird. Zielsetzungen wie „Umwandlung Deutschlands in einen Vielvölkerstaat", „Umbau der nationalen Leistungsgemeinschaft in eine fremdgesteuerte turbokapitalistische Ellenbogengesellschaft" oder „totaler Souveränitätsverzicht zu Gunsten fremder Interessen" markieren die verfassungsfeindlichen Bestrebungen gegenüber der diffamierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Eine fundamentale Gegnerschaft der NPD zur parlamentarischen Demokratie lassen die Positionen des führenden NPD-Mitglieds Horst MAHLER erkennen. Auf der von ihm betriebenen Internetseite „Deutsches Reich" ist eine Erklärung des „Deutschen Kollegs" mit dem Titel „Reformation der NPD" veröffentlicht, in der die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie propagiert wird:

> *„Alle Parteien … auf deutschem Boden nach 1945 waren reichsfeindlich, gesetzeswidrig und damit politkriminelle Vereinigungen, insofern sie am nationalen Befreiungskrieg sich nicht beteiligt haben. Auch die NPD war rechtswidrig, insofern sie a) als Partei und b) als Demokrat handelte und dergestalt die Ohnmacht*

[14] Jürgen SCHWAB (Jg. 1967) war der jüngste Kreisvorsitzende der Republikaner auf Bundesebene. Seit März 1999 wird er im Impressum der Deutschen Stimme geführt. Sein 1999 veröffentlichtes Buch „Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik" wurde in der Deutschen Stimme (Nr. 2/2000) wegen seines Konzeptes eines „Neuen Nationalismus" auf der Grundlage des völkischen Prinzips gelobt.

des Souveräns ausnutzte, der gar nicht darüber befinden durfte, ob er politische Parteien oder Parlamente oder demokratische Regierungsbildung überhaupt zulassen wollte."
(Erklärung des Deutschen Kollegs vom 1. September 2001, Internet)

Die aggressive Verfassungsfeindlichkeit der NPD zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland ist auch die zentrale Aussage des auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 3./4. März einstimmig verabschiedeten Leitantrags des Parteivorstandes, in dem unter der Überschrift „Eine nationaldemokratische Abrechnung mit dem System" die Bundesrepublik Deutschland mit „internationalistischer Fremdbestimmung" herabgewürdigt wird:

„Hinter diesem tatsächlichen politischen und gesellschaftlichen Wirkungsgefüge der BRD zeichnet sich eine usurpierte Macht ab, ein jenseits der verfassungsmäßigen Ordnung etabliertes, real herrschendes oligarchisches System, welches konspirativ, unter Ausschaltung der Öffentlichkeit über Schicksals- und Existenzfragen des Volkes entscheidet … Das real existierende oligarchische System der BRD hat sich von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entfernt ... und gefährdet eindeutig die Existenz des deutschen Volkes!"

Die NPD sieht sich als Verfechterin der „nationalen, demokratischen Selbstbestimmung" und propagiert hierfür ihr Modell der Volksgemeinschaft, *„die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten."*

In diesen Positionen offenbart die NPD ihren völkisch-kollektivistischen Ansatz („Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus", Ziff. 3 des Parteiprogramms), der – ausgehend von der Kategorie des Volkes als zentraler Größe – den Individuen nur im Rahmen der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft Rechte zugesteht und staatlichen Schutz gewährt. Die Überbetonung des Kollektivgedankens im Sinne einer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der Volksgemeinschaft ist kennzeichnend für die Ideologie der NPD. Das Volk wird als homogene Einheit, als eine Unterschiede negierende völkische Gemeinschaft definiert, in der Einzelpersonen unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrnehmen. Charakteristisch für das ideologische Grundverständnis der NPD ist die Übersteigerung der zentralen Konzepte wie der „Gemeinschaft", der „Nation", des „Organismus" und des „Volkes". Das Volk als ethnisch definierte „Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft" wird in seiner ideologischen Bedeutung, seinen kulturellen Eigenarten und ethnischen Besonderheiten überbetont. Diese Übersteigerung prägt zentrale Konzeptionen der NPD wie „Volksganzes", „Volksgemeinschaft", „Volkscharakter", „Volkswille" und „völkisches Denken".

Ausdruck dieses völkisch-kollektivistischen Denkens und der Volksgemeinschaftsideologie ist die durchgängig von der NPD propagierte Vorstellung einer „Überfremdung Deutschlands" durch die „Umwandlung in einen Vielvölkerstaat":

„Wir sind Repräsentant der schweigenden Mehrheit unseres Volkes. Daher werden wir von denen angeklagt, die das Deutsche Volk abschaffen und in unserem Land eine Heimstatt für multiethnischen Mischmasch organisieren wollen."
(Udo VOIGT, Deutsche Stimme, Nr. 4/2001)

Das Szenario eines vermeintlich drohenden „Volkstodes“ bildet eine Konstante in den Beiträgen in der Deutschen Stimme. Ein u. a. von Udo VOIGT, Horst MAHLER, Manfred BÖRM und Manfred ROEDER unterzeichnetes Pamphlet „Den Völkern die Freiheit – Den Globalisten ihr globales Vietnam“ agitiert gegen den so genannten amerikanischen „Werteimperialismus“ im „Heiligenschein der ‚Menschenrechte‘“ als einer Kriegshandlung gegen das deutsche Volk:

> *„Der Nationale Widerstand ist sich darin einig, daß die ethnische Durchmischung des Deutschen Volkes erzwungen ist, daß unser Volk in der Gefahr ist, das Opfer eines Völkermordes zu werden.“*
> (Deutsche Stimme, Nr. 10, Oktober 2001)

Das von der NPD in ihrem Programm postulierte „lebensrichtige Menschenbild“, das eine Relativierung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte darstellt, wird ergänzt durch die Positionen des von Horst MAHLER geführten Deutschen Kollegs, das sich für die Abschaffung des Primats der Menschenrechte ausspricht:

> *„Das Deutsche Kolleg anerkennt kein irdisches Recht über den Völkern. Völker sind sich selbst das weltlich Höchste und unterliegen somit Kategorien wie Schuld und Sühne nicht. Sie haben das Recht und die Pflicht, Krieg zu führen oder Frieden zu wahren. Das ist Völkerrecht, das die Schreckensherrschaft der Menschenrechte bricht.“*
> (Erklärung des Deutschen Kollegs vom 3. September, Internet)

Menschenrechte haben in der verfassungsfeindlichen Zielsetzung der NPD nur im Rahmen der Volksgemeinschaft Gültigkeit. So gilt der grundgesetzlich garantierte Gleichheitsgrundsatz nach Auffassung des Vorsitzenden des beim Parteivorstand angesiedelten Arbeitskreises „Volk und Staat“, Jürgen SCHWAB, im Rahmen einer zu schaffenden „Neuen Ordnung“ nur für den Kreis der ethnisch Gleichen. Unter Berufung auf Carl Schmitt postuliert SCHWAB, um die Gleichheit des Volkes zu erhalten, müsse das Volk abgegrenzt werden von „dem Fremden und Ungleichen, die Gleichheit Bedrohenden“:

> *„Ebenso muß klar sein, daß es bei einer Demokratie … nicht um die fiktive ‚Herrschaft‘ von Völkern (im Plural) bzw. einer ethnisch undefinierbaren Wohnbevölkerung geht. Demokratie und demokratisches Wahlrecht setzt kulturelle und staatsbürgerliche Gleichheit voraus – im Gegensatz zur ‚multikulturellen‘ Ungleichheit. Für Carl Schmitt jedenfalls steht fest, daß es in der Demokratie nur die Gleichheit der Gleichen und den Willen derer, die zu den Gleichen gehören, gebe. Hingegen sei die Gleichheit aller Menschen als Menschen nicht Demokratie, sondern eine bestimmte Art Liberalismus.“*
> (Jürgen SCHWAB, „Klarheit im Denken und Handeln beim Thema ‚Neue Ordnung‘“, in: „Profil – Nationaldemokratische Schriftenreihe“, Nr. 11, Februar 2001)

Die Ablehnung des Grundsatzes der Gleichheit aller Individuen geht einher mit der Negation der Menschenwürde von als „fremd“ definierten, nicht zur ethnisch homogenen Volksgemeinschaft gehörenden Menschen. An die Stelle der Menschenwürde und der Grundrechte treten ideologische Prinzipien wie „Bewahrung des Volkes“, der „Rasse“ und der „Kultur“.

Elementare Bestandteile der NPD sind fremdenfeindliche und rassistische Zielsetzungen, wie die grundlegende Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Ausländern. So fordert der NPD-Parteivorstand in einem auf der

Bundesvorstandssitzung am 1./2. September beschlossenen „5-Punkte-Rückführungsprogramm“ die Ausgliederung aller Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem sowie das Verbot für Ausländer, Eigentum an Grund und Boden in Deutschland zu erwerben. Bereits erworbenes Grund- und Wohneigentum sei zurück zu übertragen (Deutsche Stimme, Nr. 9/2001). Fremdenfeindlichkeit verbindet sich mit einer insgesamt integrationsfeindlichen Haltung, die eine Konstante der Berichterstattung in der Deutschen Stimme bildet. Unter der Überschrift „Ballungszentren bald ohne Deutsche?“ wird in einem Beitrag Einwanderung als „Überfremdungsstrategie“ bezeichnet und Integration als „Verdummungsprogramme“.

Die insgesamt minderheitenfeindliche Grundausrichtung der NPD zeigt sich in ihrer Agitation gegen die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, die in völkischer Diktion als „Abwertung der Volksgemeinschaft“, „volksschädigend“ und „nicht-tolerierbares Dekadenzphänomen der Spaßgeneration“ bezeichnet wird:

> *„Die rechtliche wie moralische Homosexualisierung des Volkes ist ein weiterer Schritt zu seiner Abschaffung.“*
> (Jürgen W. GANSEL, „Homo-Ehe. Frontalangriff auf die deutsche Familie“, Deutsche Stimme, Nr. 8, August 2001)

Ausgehend von der Volksgemeinschaftsideologie der NPD diffamiert Udo VOIGT die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften als Teil des „geplanten Verfalls der BRD-Gesellschaft“, als Plan der „Siegermächte“, „das deutsche Volk in seiner Substanz und Wesensart zu zerstören“ und argumentiert mit dem nationalsozialistischen Begriff des „gesunden Volksempfindens“:

> *„Eine selbsternannte politische ‚Elite‘, die solchen Verfallserscheinungen nicht nur nicht entgegentritt, sondern diese noch umjubelt. Solche Kreise wollen natürlich ein Verbot der NPD, die für normale Verhältnisse eintritt und nicht Abartigkeiten, sondern ein gesundes Volksempfinden fördert.“*
> (Udo VOIGT, „Ich bin normal – und das ist besser so!“, Deutsche Stimme, Nr. 7, Juli 2001)

In der Programmatik der NPD besitzt der Nationalismus einen hohen Stellenwert bei ihrer ideologischen Standortbestimmung. Die NPD bezeichnet sich selbst als „nationalistisch“.

Deutlich wird die nationalistische Konstante der NPD in der Agitation gegen die am 27. November in Berlin (wieder) eröffnete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“.[15] Das Motto der NPD-Demonstration am 1. Dezember in Berlin „Schützt unsere

[15] Die vom Hamburger Institut für Sozialforschung unter dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ konzipierte Wehrmachtsausstellung wurde am 5. März 1995 in Hamburg eröffnet. Öffentliche Kritik an Pauschalierungen und einzelnen Bildern der Ausstellung führte im November 1999 zur vorläufigen Schließung.
Eine Expertenkommission bescheinigte den Organisatoren im November 2000, dass die Ausstellung „keine Fälschungen“ enthalte und ihre Grundaussage „der Sache nach richtig“ sei. Nach vollständiger Überarbeitung bzw. Neukonzeption wird die Ausstellung unter dem veränderten Titel „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ gezeigt.
Die Agitation von Rechtsextremisten gegen die Ausstellung ist geprägt von revisionistischen und militaristischen Positionen. Ein Hauptmotiv des rechtsextremistischen Protestes ist neben der generellen Leugnung der in der Ausstellung dargestellten Verbrechen die Aufrechnung mit den Verbrechen der Kriegsgegner und damit die Relativierung der völkerrechtswidrigen Aktionen von Teilen der Wehrmacht als „kriegsbedingte Gewaltakte“. Durchgängiges Motiv ist die vermeintliche „Verunglimpfung der Wehrmacht“, der die Rechtsextremisten positive Wehrmachtstraditionen entgegensetzen.

Väter – Stoppt die Verräter“ gegen die „Schandausstellung der Unbelehrbaren“, die als „deutschfeindliche, generationsverhetzende Anti-Wehrmachtsausstellung“ diffamiert wurde, markiert den ideologischen Standpunkt der NPD. In ihrer unkritischen positiven Parteinahme für die Wehrmacht transportiert die NPD ein revisionistisches Geschichtsbild, mit dem sie den Nationalsozialismus von Kriegsverbrechen freizusprechen versucht. In diesem Bemühen der Exkulpation der Wehrmacht und der Leugnung der deutschen Kriegsschuld manifestiert sich die Nähe der NPD zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem.

Gegenwärtiger agitatorischer Schwerpunkt in der Deutschen Stimme ist neben der Kampagne gegen das laufende NPD-Verbotsverfahren die Anti-Globalisierungs-Kampagne, in deren Rahmen Globalisierung von einem nationalistischen und völkisch-kollektivistischen Standpunkt aus kritisiert wird. In ihrer Globalisierungskritik

übersteigert die NPD – ähnlich wie bei ihren antiamerikanischen und antikapitalistischen Positionen – nationale Identität und Volksgemeinschaftsideologie. Die Agitation gegen Globalisierung enthält zudem eine antisemitische Verschwörungs-Komponente durch die behauptete Machtübernahme internationaler jüdischer Finanzkreise. Der Globalisierung, beschrieben als *„Zerstörung der Völker, Kulturen und Nationalstaaten zwecks Schaffung der Weltdiktatur des großen Geldes“*, wird die solidarische Volksgemeinschaft als Lebensprinzip des deutschen Volkes entgegengehalten:

> *„Keine Macht außer dem Volk als Lebensgemeinschaft körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen, die durch Raum, Zeit und Blut zu einer kapitalismusresistenten Schutz-, Solidar- und Notgemeinschaft verwachsen sind, kann der Zwingherr der Welt-Plutokraten sein. Diese … Volksgemeinschaft ist das höchste irdische Gesetz, der letzte Wert, der gegen die marxistischen Klassenkämpfer genauso zu verteidigen ist wie gegen die plutokratischen Klassenkämpfer.“*
> (Jürgen W. GANSEL, „Nationalismus als Zwingherr des Globalkapitalismus“, Deutsche Stimme, Nr. 9, September 2001)

Die antisemitische Grundausrichtung der NPD manifestiert sich insbesondere auch in den Äußerungen des führenden NPD-Mitglieds Horst MAHLER. MAHLER hat den seit Oktober 2000 im Internet verbreiteten Text „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ im Namen des Deutschen Kollegs gemeinsam mit den Rechtsextremisten Reinhold OBERLERCHER und Uwe MEENEN herausgegeben. Der Aufruf enthält eine Aneinanderreihung von antisemitischen Aussagen. Zu Beginn heißt es: *„Das Deutsche Kolleg fordert das Ver-*

bot aller vom jüdischen Volksgeist beeinflussten Vereinigungen und Einrichtungen, weil sie Völkermorde unterstützen." Unter der Überschrift „Der Judaismus ist eine tödliche Gefahr für die Völker" schließt sich eine Vielzahl antisemitischer Vorstellungen, Vorurteile und Verschwörungsansichten an:

„Wir sehen nicht länger darüber hinweg, dass Jahwe … seinem auserwählten Volk die Ausmordung, Zersetzung und Zerstörung anderer Völker verheißt und gebietet, sondern wir organisieren den Widerstand der Völker gegen diesen Vernichtungsfeldzug des Judaismus."

„Wir wissen aus den heiligen Büchern der Juden, dass deren Feindschaft gegen die Völker die Wurzel des Antisemitismus ist…"

„Wir haben mit großen Anstrengungen in Erfahrung gebracht, dass die beiden Weltkriege gegen das deutsche Reich unter maßgeblicher Beteiligung jüdischer Bankiers und jüdischer Medien organisiert wurden…"

„Wir erkennen in der massiven Überfremdung unseres Volkes und der anderen europäischen Völker die Strategie zur Auslöschung der Gojim-Völker. Die auf diesem Wege entstehende rassisch, völkisch und kulturell durchmischte Weltbevölkerung ist der jüdischen Weltherrschaft wehrunfähig preisgegeben."

MAHLERs Konstruktion eines „jüdischen Volksgeistes" und die Behauptung einer „jüdisch-amerikanischen Weltverschwörung gegen das deutsche Volk" bilden eine ideologische Verknüpfung von Antisemitismus und Antiamerikanismus, die exemplarisch sind für programmatische Positionen der NPD.

Die Stellungnahmen der NPD zu den Terroranschlägen vom 11. September gegen die USA sind eingebettet in den Kontext antiamerikanischen, volkskollektivistischen Denkens. Die USA werden als Protagonisten des individualistischen Prinzips dargestellt, das sie als imperialistische Supermacht anderen Völkern zu oktroyieren bestrebt seien. Am deutlichsten kommt die antiamerikanische Sichtweise in den Stellungnahmen von MAHLER auf der von ihm betriebenen Homepage des Deutschen Kollegs zum Ausdruck, in der die Anschläge uneingeschränkte Zustimmung erfahren:

„Die militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft sind – weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten – eminent wirksam und deshalb rechtens…"

Die Haltung der NPD zu den Terroranschlägen ist gleichwohl ambivalent. Einerseits werden die Terroraktionen als Befreiungskampf der Völker gegen die gleichmacherische, ethnische Unterschiede negierende Globalisierung interpretiert; andererseits liefern die Anschläge in den USA ein willkommenes Argument, um gegen die Gefahren der Einwanderungspolitik und multikulturellen Gesellschaft zu agitieren.

Strategie und Taktik – Zusammenarbeit mit Neonazis

Im Rahmen ihrer seit Oktober 1997 verfolgten Strategie, die Rolle der NPD als Wahlpartei durch eine verstärkte aktionistische Orientierung zu ergänzen, forcierte die NPD den „Kampf um die Straße". Die NPD versteht sich als „Speerspitze der nationalen Erneuerung" im Bündnis mit den „aktiven Kräften des nationalen Widerstandes". Zur Durchsetzung ihrer Zielsetzung der „nationalen Befreiung Deutschlands" bedient sich die NPD einer Taktik, die der italienische marxistische Revolu-

tionstheoretiker Antonio Gramsci entwickelt hatte. Gramsci hatte die Bedeutung der Erringung der kulturellen Hegemonie als Vorbedingung für einen revolutionären Umsturz herausgearbeitet. Die NPD strebt unverändert die ideologische Vorherrschaft im vorpolitischen Raum an. „Befreite Zonen" sollen die Keimzellen für eine spätere Machtübernahme im gesamten Land bilden. Die aktionistische Orientierung und die Zusammenarbeit mit Neonazis soll dazu dienen, eine nationalistische Gegenkultur zu schaffen.

Michael FIEDLER, Mitglied im niedersächsischen Landesvorstand, beschreibt im Niedersachsen-Spiegel dieses strategische Konzept:

> *„Die vor allem im mitteldeutschen Bereich in guten Ansätzen klar erkennbare Doktrin der befreiten selbstverwalteten Zonen nationalistischer Jugend-Kultur und -Politik ist dem Gegner ein erkennbarer Dorn im Triefauge. Denn in diesen zumindest lokal begrenzten ‚Zonen' wurde der vorpolitische Raum, teilweise extrem subkulturell, erschlossen. (D)ie ‚befreiten Zonen' werden … der militante Flügel des gesunden Volksempfindens'."*
>
> (Michael FIEDLER: Wir werden siegen! Gedanken zur Bismarckschen Reichsgründung; in: Niedersachsen-Spiegel, Nr. 1/2000)

Ungeachtet des gegen sie laufenden Verbotsverfahrens hält die NPD an der Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppen und Skinheads fest, mit denen sie den „Kampf um die Straße" führen will. Ein von der NPD im August 2000 im Zusammenhang mit der Diskussion über ein mögliches Parteiverbotsverfahren anfangs selbst auferlegter vorübergehender Demonstrationsverzicht hatte zunächst zu einer vorübergehenden Distanzierung der NPD von gewaltbereiten Neonazis und Skinheads geführt. Am 21. Juni bekräftigte die Parteiführung ihren Willen, weiterhin mit allen rechtsextremistischen Gruppen zu kooperieren. In einer Internetmeldung des Parteivorstandes vom 25. Juni heißt es zu den Verbotsanträgen:

> *„Die NPD-Führung läßt sich von derlei plumpen Spaltungsversuchen allerdings nicht beeindrucken und steht weiterhin zur punktuellen und themenbezogenen Zusammenarbeit mit allen im nationalistischen Sinne konstruktiven Kräften."*

Ihren Ausdruck findet diese Zusammenarbeit insbesondere in den gemeinsam durchgeführten Demonstrationen. Dabei stellten die Freien Nationalisten, eine Vernetzung neonazistischer Kräfte im norddeutschen Raum um den Hamburger Neonazi Thomas WULFF, auch im Jahr 2001 das Hauptkontingent der Teilnehmer. Bei den Veranstaltungen zum 1. Mai in Berlin-Hohenschönhausen, Dresden, Mannheim, Augsburg und Essen nahmen insgesamt rund 3.300 Personen teil. Mit den rund 1.200 Teilnehmern einer Neonazi-Demonstration in Frankfurt/M., zu der die „Bürgerinitiative für deutsche Interessen" (BDI), eine aus dem Umkreis der RPF um Steffen HUPKA quasi in Konkurrenz zur NPD gegründete Organisation, aufgerufen hatte, gelang es den Rechtsextremisten, insgesamt rund 4.500 Personen zum 1. Mai zu mobilisieren. In dieser Größenordnung liegt seit Jahren die obere Mobilisierungsgrenze des aktionsorientierten Rechtsextremismus, dem unter maßgeblicher Führung der NPD Neonazis und Skinheads als „Nationaler Widerstand" zuzurechnen sind. Anlässlich dieser symbolträchtig mit sozialen und wirtschaftlichen Themen besetzten NPD-Veranstaltungen konnten die Ordnungsbehörden mit Verbotsverfügungen vor den Verwaltungsgerichten keine Erfolge erzielen. Darüber hinaus wurde die Verbots-

schwelle durch höchstrichterliche Rechtsprechung deutlich heraufgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht legte in einem Beschluss vom 24. März strenge Vorgaben für Verbote von Demonstrationen fest. Danach ist Voraussetzung für das Verbot einer Veranstaltung die Darlegung konkreter Tatsachen für die Gefahr von Volksverhetzung oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Az. 1 BvQ 13/01-Beschluss v. 24. 03. 2001).

Als großen Erfolg wertete die NPD die am 16. Juni in Göttingen durchgeführte Demonstration unter dem Motto *„Stoppt den Globalisierungswahn – Freiheit für die Völker"*, an der etwa 550 Anhänger der NPD und JN, Skinheads und Kameradschaftsangehörige aus dem norddeutschen Raum sowie aus Nordrhein-Westfalen und Hessen teilnahmen. Das zunächst von der Stadt Göttingen verfügte Verbot der Veranstaltung wurde von den Verwaltungsgerichten aufgehoben.

Beispielhaft für gemeinsame Demonstrationen von NPD und Neonazis war auch die von Steffen HUPKA und Thomas WULFF am 1. September in Leipzig initiierte „Großdemonstration des Nationalen Widerstandes", bei der die Neonazis WORCH, WULFF und HUPKA neben dem schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzenden Peter BORCHERT als Redner auftraten. An der Veranstaltung beteiligten sich 200 Rechtsextremisten. Die unter dem Motto „Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik – Keine Stimme den Kriegsparteien" am 3. Oktober in Berlin veranstaltete Demonstration von NPD-Funktionären, innerparteilichen Kritikern und führenden Neonazis dokumentiert das Zusammenwirken der NPD mit der neonazistischen Kameradschaftsszene. Deutlich wurde dies auch in der Rednerliste. Frank SCHWERDT, Peter BORCHERT, Steffen HUPKA, Christian WORCH sowie der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT thematisierten in ihren Redebeiträgen die Terroran-

schläge in den USA, die sie als Zeichen des *„Widerstandes der unterdrückten Völker sowie als Kampf der Völker gegen Globalisierung"* rechtfertigten.

Einen erneuten Anlass für gemeinsame Aktionen gab die Wiedereröffnung der überarbeiteten „Wehrmachtsausstellung", gegen die am 1. Dezember in Berlin etwa 3.300 NPD-Anhänger, Neonazis und Skinheads demonstrierten.[16] Aus Niedersachsen beteiligten sich etwa 500 NPD-Anhänger, Neonazis und Skinheads. Ungeachtet der Differenzen mit neonazistischen Gruppen gelang es der NPD erneut, sich als „Speerspitze" eines breiten Bündnisses des „Nationalen Widerstandes" darzustellen.

NPD-Verbotsverfahren

Am 30. Januar stellte die Bundesregierung den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD durch das Bundesverfassungsgericht. Bundestag und Bundesrat folgten mit eigenen Anträgen am 30. März. Im Mittelpunkt der Begründung des Antrags der Bundesregierung steht der systemüberwindende Ansatz der NPD, ihre erklärte Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie ihre aktiv kämpferische, aggressive Vorgehensweise, deren Nachweis Voraussetzung für ein Verbot ist. Der NPD wird vorgeworfen, die Organisationsform einer politischen Partei zur Überwindung der parlamentarischen Demokratie zu nutzen. Im Antrag des Bundestages wird vor allem die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus hervorgehoben, während im Antrag des Bundesrates die Verbindung der NPD mit militanten Neonazis und gewaltbereiten Skinheads im Vordergrund steht.
Mit seinem Antrag nahm der Bundesrat die Verantwortung wahr, die den Ländern und ihren Vollzugsbehörden in der Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen obliegt. Die Länder haben durch ihre Verfassungsschutz- und Polizeibehörden besondere Kenntnisse und Erfahrungen mit verfassungsfeindlichen Gefährdungspotenzialen. Diese Schwerpunktsetzungen und Erfahrungen mit der Ausnutzung des Parteienprivilegs durch neonazistische Gruppierungen haben Eingang in die Antragsbegründung gefunden. Damit trägt der Bundesrat den spezifischen Interessen der Länder an der Bekämpfung des militanten Rechtsextremismus vor Ort Rechnung. Der Antrag belegt anhand zahlreicher NPD- und JN-Publikationen deren verfassungsfeindliche Zielsetzungen, die Demokratie- und Rechtsstaatsfeindlichkeit, die rassistisch motivierte Ablehnung von Menschenwürde und die Friedensfeindlichkeit der NPD. Darüber hinaus wird besonders die enge Verbindung und die Einbindung der gewaltbereiten Neonazi- und Skinhead-Szene in die NPD und die JN nachgewiesen: Diese Gruppen gehören zu den Anhängern der NPD. Die Öffnung der NPD für diese neonazistisch orientierten Gruppierungen hat zu einem symbiotischen Verhältnis zwischen ihnen und der NPD geführt. Auf dieser Grundlage verfolgt die NPD ihre verfassungsfeindlichen Zielsetzungen gegen unsere freiheitliche demokratische

[16] Der Start der Wehrmachtsausstellung am 1. März 1997 in München markierte zugleich den Beginn der Strategie der NPD des „Kampfes um die Straße". Damals hatte die NPD im Verein mit den JN 4.300 Demonstranten, darunter Skinheads und Neonazis, unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher und wir sind stolz auf sie!" mobilisieren können. In der Folgezeit war die Wehrmachtsausstellung an verschiedenen Ausstellungsorten von NPD-initiierten Demonstrationen, an denen sich immer wieder auch Neonazis beteiligten, begleitet.

Grundordnung in besonders kämpferischer, aggressiver Weise. Das gesamte Vorgehen der NPD und ihres Anhänger-Umfeldes wird – wie der Bundesratsantrag aufzeigt – von dem Ziel beherrscht, unsere rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie einschließlich der Gewährleistung der Menschenrechte zu beeinträchtigen und langfristig zu zerstören. NPD/JN bieten einen ideologischen Nährboden, auf dem rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gedeihen und Fremdenhass, Antisemitismus sowie menschenverachtende Feindschaft gegenüber dem politischen Gegner geschürt werden. Nach Auffassung des Bundesrates dürfen die als verfassungswidrig bewerteten Aktivitäten der NPD nicht länger auch noch über die Wahlkampfkostenerstattung mit Steuergeldern finanziert werden.

Mit Beschluss vom 22. Januar 2002 hob das Bundesverfassungsgericht die für Februar festgesetzten Termine zur mündlichen Verhandlung im Verbotsverfahren der NPD auf. Zur Begründung führte der 2. Senat des Gerichts aus:

„Ein Abteilungsleiter des Bundesministeriums des Innern hat den Berichterstatter telefonisch darüber unterrichtet, dass eine der zur mündlichen Verhandlung geladenen Anhörungspersonen eine Aussagegenehmigung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vorlegen werde. Dabei handelt es sich um ein langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes und des Vorstandes eines Landesverbandes der Antragsgegnerin. Äußerungen dieser Anhörungsperson sind von den Antragstellern mehrfach als Beleg für die Verfassungswidrigkeit der Antragsgegnerin angeführt worden.

Die Termine zur mündlichen Verhandlung sind aufzuheben, weil die Mitteilung des Bundesministeriums des Innern prozessuale und materielle Rechtsfragen – auch hinsichtlich des Beschlusses vom 1. Oktober 2001 – aufwirft, die bis zum Verhandlungstermin nicht geklärt werden können."

Diese Entscheidung des 2. Senats wird verständlich, wenn man berücksichtigt, dass in der telefonischen Mitteilung des Bundesministeriums des Innern (BMI) der Sachverhalt über die Tätigkeit der Anhörungsperson Wolfgang FRENZ für das LfV Nordrhein-Westfalen, den das Gericht geladen hatte, in wesentlichen Punkten unvollständig übermittelt wurde. Da das BMI es auch abgelehnt hatte, eine vom Berichterstatter erbetene schriftliche Stellungnahme vorzulegen, musste der Senat davon ausgehen, dass FRENZ gegenwärtig noch V-Mann eines LfV sei.

Als die Prozessbevollmächtigten der drei Antragsteller wenige Tage später zu Beratungen zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung zusammenkamen, wurden sie lediglich über den Umstand unterrichtet, dass es sich bei FRENZ um einen ehemaligen V-Mann handelt. Ohne Erwähnung blieb die

vorhergehende telefonische Mitteilung des BMI gegenüber dem Senat, mit der der ehemalige V-Mann namentlich genannt worden war. Die Prozessbevollmächtigten waren deshalb auch nicht darüber informiert, dass der 2. Senat eine schriftliche Stellungnahme des BMI zu der telefonischen Mitteilung über den ehemaligen V-Mann angefordert hatte. Eine vollständige und rechtzeitige Unterrichtung des Gerichts über die frühere Tätigkeit und die tatsächlichen, positiv zu wertenden Gründe für seine „Abschaltung" als V-Mann war deshalb den Prozessbevollmächtigten zum Zeitpunkt der Beratungen verwehrt. Sie hätte den 2. Senat wahrscheinlich zu einer anderen Entscheidung veranlasst.

In Unkenntnis der Anforderung einer schriftlichen Stellungnahme des Bundesinnenministeriums durch den 2. Senat vereinbarten die Prozessbevollmächtigten unter Zurückstellung von erheblichen Bedenken wegen des eingeforderten Quellenschutzes für den ehemaligen V-Mann, auf die Rechtsgrundlagen des Einsatzes von V-Leuten und die Verwertung von „Materialien" ehemaliger V-Leute erst in den Eröffnungsplädoyers offensiv einzugehen, zu denen es durch die Aufhebung der Termine für die mündliche Verhandlung nicht mehr kam.

Als die geheim gehaltene Tätigkeit des ehemaligen V-Mannes FRENZ sowie weiterer V-Leute im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren öffentlich bekannt wurde, entwickelte sich eine kontroverse öffentliche Debatte über den notwendigen Umfang des Einsatzes von V-Leuten durch die Verfassungsschutzbehörden sowie die Verwendung ihrer „Erkenntnisse" für die Begründung der NPD-Verbotsanträge. Diese politische Diskussion dauert an.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz		
Bund:	Dresden	
Niedersachsen:	Langwedel, Landkreis Verden	
Vorsitzende		
Bund:	Sascha ROßMÜLLER	
Niedersachsen:	Florian CORDES	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	500	500
Niedersachsen[17]:	35	70
Publikationen		
Niedersachsen	JN-Intern (erscheint zweimonatlich, Auflage: 600) Der Rebell (erscheint vierteljährlich, Auflage 1.000)	

[17] Die Zahlen für Niedersachsen enthalten nicht die Anwärter.

Als einzige rechtsextremistische Partei verfügt die NPD mit den Jungen Nationaldemokraten (JN) über eine zahlenmäßig relevante und mobilisierungsfähige Jugendorganisation. Mit einer Gesamtzahl von 500 Mitgliedern (einschließlich der Anwärter) bildet sie die größte und aktivste Organisation jüngerer Rechtsextremisten in Deutschland. Die 1969 gegründeten JN sind nach Satzung der NPD „integraler Bestandteil" der Mutterpartei, verfügen jedoch über einen eigenständigen Handlungsspielraum. Der 1999 als Nachfolger des in den NPD-Bundesvorstand gewechselten Holger APFEL zum JN-Vorsitzenden gewählte Sascha ROßMÜLLER[18] sowie weitere JN-Funktionäre gehören auch dem NPD-Bundesvorstand an.

Im Zuge der auf dem Bundeskongress 1996 erfolgten Umwandlung der JN in eine Kaderorganisation, die sich aus Mitgliedsanwärtern, Mitgliedern/Aktivisten, Kaderanwärtern und Kadern zusammensetzt – mittlere und höhere Führungsebenen werden nur noch durch Kaderanwärter und Kader besetzt –, erfuhren die JN eine deutliche neonazistische Ausrichtung. Insbesondere den von den Partei- und Organisationsverboten der 90er-Jahre betroffenen Neonazis boten sich die JN aufgrund ihrer Kaderstruktur als aktive legale Organisation an und stellten somit ein Auffangbecken für die Neonazi-Szene dar. So gehören zur JN-Anhängerschaft und -Führungsschicht inzwischen eine größere Anzahl kooperationsbereiter Neonazis. Aus diesen Positionen wirken die den JN angehörenden Neonazis in das nicht organisierte neonazistische Lager wie die Freien Kameradschaften hinein und führen der Organisation neue Mitglieder zu. Der Bundesvorsitzende ROßMÜLLER gilt als Befürworter der Zusammenarbeit mit Neonazis. Im Vergleich zu den Vorjahren haben die JN als Scharnier zwischen Neonazis und NPD an Bedeutung verloren, da Neonazis inzwischen über eigenständige Organisationsformen verfügen und zunehmend eigene Aktivitäten entfalten.

Die JN führten auf Bundesebene in den letzten beiden Jahren wenige eigene Veranstaltungen durch. Das von ihnen in der Zeit vom 1. bis 4. Juni in der Pfalz zusammen mit Angehörigen der Nationalen Jugend Schweden veranstaltete traditionelle Pfingstlager enthielt vor allem für die JN charakteristische, an das Gemeinschaftsgefühl appellierende militärische Elemente

[18] Der 1972 im niederbayerischen Straubing geborene ROßMÜLLER, 1991 Gründungsmitglied des neonazistischen Nationalen Blocks, wurde 1996 in den JN- und NPD-Landesvorstand Bayern gewählt. Im April 1999 übernahm der seit 1997 bereits als stellvertretender Vorsitzender fungierende ROßMÜLLER die Führung der JN. Seit März 2000 ist er gewähltes Mitglied im NPD-Parteivorstand.

wie Fahnenappelle und Orientierungsschulungen.

Auf dem JN-Bundeskongress am 22. September in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Vorpommern) unter Beteiligung führender NPD-Funktionäre wie Holger APFEL, Horst MAHLER und Hans-Günther EISENECKER hob ROßMÜLLER die positive Mitgliederentwicklung der JN hervor, die er auf konzeptionelle Neuerungen sowie die Ausweitung der politischen Basisarbeit zurückführte. Da die NPD frühere originäre JN-Aufgaben übernommen habe, insbesondere die Anmeldung und Durchführung von Demonstrationen, sei es primäre Aufgabe der JN nunmehr, junge Menschen auf ihrer „Wellenlänge" anzusprechen und langsam an die NPD heranzuführen. Die von der JN-Führung dargelegte positive Entwicklung der Organisation kontrastiert mit den vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Alexander DELLE skizzierten organisatorischen Defiziten in einzelnen Landesverbänden – der Landesverband Nordrhein-Westfalen versinke im Chaos, in Bayern und Hessen herrsche totale Unordnung. Dem niedersächsischen Landesverband wurde demgegenüber gute Arbeit bescheinigt.

Auf einem im April in Ehningen (Baden-Württemberg) durchgeführten Strategieseminar des JN-Bundesverbandes formulierte ROßMÜLLER konzeptionelle Neuerungen vor allem hinsichtlich der Mitgliederwerbung, bei der auf nationalsozialistischen Sprachgebrauch verzichtet werden müsste. ROßMÜLLER hob erneut die Bedeutung einer „Basisverstärkung" sowie intensiverer politischer Schulung hervor und betonte das Selbstverständnis der JN als „nationalistische Jugendorganisation mit revolutionärem Geist und Elan":

„Hinsichtlich der Aktionsformen und deren Schwerpunkten fand ein gewisser Strategiewechsel statt … Schärften die JN Anfang/Mitte der 90er-Jahre das Profil der Partei vor allem durch spektakuläre Aktionen oder auch Demonstrationen, wurden Bundesaktionen in der jüngeren Vergangenheit zugunsten der Unterstützung von Stützpunktaktivitäten im jeweils engeren Heimatkreis zurückgestellt, das Demonstrationswesen von der erneuerten NPD übernommen und klassische jugendpflegerische Aufgaben im Bereich alternativer Freizeitgestaltung im Sinne identifikationsstiftender Gemeinschaftserlebnisse stärker in Betracht gezogen."
(Interview mit Sascha ROßMÜLLER in der Deutschen Stimme, Nr. 8, August 2001)

Der im Verlaufe des Jahres auf 70 Kader-Mitglieder angewachsene niedersächsische Landesverband wählte auf dem Landeskongress am 13. Januar Florian CORDES aus Weyhe zum Nachfolger des nicht wieder in den Vorstand gewählten Danny MARQUARDT. Stellvertretender Landesvorsitzender wurde der aus Celle stammende Benjamin POLECK. Gezielte Mitgliederwerbungen, die vor allem auf die Aktivitäten des neuen Landesvorsitzenden zurückgingen, führten bereits im ersten Halbjahr zu einer Steigerung von 35 im Vorjahr auf etwa 70 Kader.

Seit Anfang des Jahres 2001 gibt der niedersächsische Landesverband mit „JN-Intern" und „Der Rebell" zwei Informationsblätter heraus. JN-Intern soll zweimonatlich mit einer Auflage – nach eigenen Angaben – von 600 Exemplaren erscheinen. Der Rebell soll vierteljährlich mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren regional von der JN-Organisationseinheit „JN im Bremer Umland" herausgegeben werden und soll als Zielgruppe „Schülerinnen und Schüler im Bremer Umland" anspre-

chen. Als „Amtsleiter Neue Medien" mit dem Schwerpunkt „Präsentation der JN im Internet" fungiert bereits seit August 2000 Benjamin POLECK. Im Internet sind die JN durch den Landesverband Niedersachsen sowie durch die Stützpunkte Verden/Diepholz, Lüneburger Heide und Schaumburg/Hannover-Land vertreten.

Besondere Aktivitäten entfalten die niedersächsischen Jungen Nationaldemokraten in den Landkreisen Stade, Rotenburg, Verden, Nienburg und Schaumburg. Neben internen Veranstaltungen wie dem alljährlichen „Großen Kameradschaftswochenende" wurde beispielsweise gegen öffentliche Lesungen des Leiters des Hamburger Instituts für Sozialforschung und Initiators der Wehrmachtsausstellung, Jan-Phillip Reemtsma, am 19. April in Nienburg und am 8. Mai in Hameln demonstriert.

Die JN vertreten einen systemüberwindenden, revolutionären Ansatz, der jedoch deutlich aggressiver und kämpferischer zum Ausdruck gebracht wird als durch die NPD. So führte der Bundesvorsitzende ROßMÜLLER aus:

„Die kulturbolschewistische und völkerverachtende Politik der europäischen Demokratie ist das Bodenloseste, was dieser geschichtsträchtige Kontinent je erlebt hat."

(JN-Intern, Heft 1/01, Frühjahr 2001)

In ähnlich verächtlicher Weise äußerte sich der bis Januar 2001 amtierende niedersächsische Landesvorsitzende MARQUARDT über die Demokratie, indem er die Bedeutung des Kampfes der JN für die „Neuordnung des deutschen Lebens" und den „Wiederaufstieg der deutschen Nation" hervorhob:

„Anstatt die Segnungen der Demokratie zu empfangen, das heißt im Kampf aller gegen alle teilzunehmen, gingen sie in Opposition zu dem bestehenden System und setzten ihre ganze Kraft für die angeblich veralteten Ideale ein. Ideale, für die unsere Großväter an allen Fronten ihr Leben gaben."

(JN-Intern, Heft 1/00, Dezember 2000)

Fremdenfeindliche Akzente erhält der von der JN völkisch definierte Nationalismus in der Betonung einer „nationalen Identitätslosigkeit der Deutschen", die verursacht sei durch die „fortschreitende Überfremdung" und „fremdländische Handlanger". Die Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus wird in einem in der JN-Intern veröffentlichten Beitrag zur „Deutschen Weihnacht" am Beispiel der völkisch-biologistischen Betonung einer „völkischen Freiheit" deutlich, die es gegen „entartete Völkervermischung und Völkervermengung" aufrechtzuerhalten gelte. In dem Beitrag wird anhand der einer „Rassenseele" entstammenden germanischen Bräuche und Kulte „völkischen Ursprungs" eine Höherwertigkeit der germanischen „Rasse" gegenüber als minderwertig empfundenen „Rassen" konstruiert:

„Was uns heute als kirchliches Brauchtum, als christlicher Geist und Kultur erscheint, das ist oft ältestes Volksgut und Ausdruck unserer eigensten Rassenseele. Wäre das nicht so, dann müßte überall auf der Welt die gleiche Kulturentwicklung eingesetzt haben, nachdem die Völker missioniert waren. In Afrika müßten genau so wie am Rhein die gotischen Dome in den Himmel ragen und musikalische Werke wie die eines Bach und Händel sein."

(JN-Intern, Heft 1/00, Dezember 2000)

Die Wesensverwandtschaft der JN zum Nationalsozialismus manifestiert sich auch in der Glorifizierung der nationalsozialistischen Kriegsführung, insbesondere der Waffen-SS, die zum einen in den Protestaktionen gegen die Wehrmachtsausstellung deutlich wird,

die sich auch wiederfindet in den Publikationen der JN. Heroisierende, zum tatsächlichen Kriegsgeschehen völlig unkritische Verherrlichungen der Taten von SS-Verbänden weisen auf diese Identifikation mit der SS hin:

„Diesem Kommandeur, hochgeachtet und verehrt von seinen Soldaten, sind auch wir als junge Aktivisten, im Kampf stehend für ein besseres Deutschland, verpflichtet!"
(a. a. O.)

Diese Identifikation gipfelt in dem auszugsweisen Abdruck der in alliierter Kriegsgefangenschaft verfassten Memoiren eines SS-Führers, in denen das Selbstverständnis der Waffen-SS als Befreier Europas von der „bolschewistischen Bedrohung aus dem Osten", als „abendländischer Gefechtsvorposten" deutlich wird:

„Vertreter unseres gesamten Kulturkreises halten stumm die Wacht. Und wenn ihre Grabhügel auch eingeebnet sind und viele Länder sich noch immer ihrer edelsten Söhne schämen, so ist es doch einzig dieser Avantgarde der Europaidee zu danken, wenn Dschingis-Khans Erben ihre Panzer noch nicht am Atlantik in die Schwemme fahren."
(a. a. O.)

Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Land:	Burgdorf (Region Hannover)	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY (München)	
Land:	Richard CARLS (Saterland)	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	17.000	15.000
Land:	1.300	1.200
Publikation:	National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (erscheint wöchentlich, Auflage ca. 45.000)	

Die 1987 gegründete DVU[19] ist eine Schöpfung des rechtsextremistischen Münchner Verlegers Dr. Gerhard FREY. Vorläuferorganisation war ein seit 1971 bestehender, als Auffangorganisation für ehemalige NPD-Mitglieder gedachter gleichnamiger Verein, dessen Aktivitäten sich insbesondere gegen die Ostpolitik des damaligen Bundeskanzlers Brandt richteten. FREY bestimmt die politischen Aktivitäten der DVU bis heute unangefochten allein; zu nennenswerten Veränderungen der Pro-

[19] Bis 1991 führte die Partei die Bezeichnung „Deutsche Volksunion – Liste D".

grammatik und der Aktionsformen ist es bisher nicht gekommen. Aufmerksamkeit hat die DVU zumeist immer nur dann erregt, wenn ihr Wahlerfolge gelangen, wie zuletzt bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt (12,8 % der Stimmen) und 1999 in Brandenburg (5,3 %). Darüber hinaus ist sie aufgrund einer Sonderregelung des Wahlgesetzes in der Bremer Bürgerschaft vertreten. Die von FREY verfolgte Strategie, Wahlkämpfe als Materialschlachten zu führen, kann in großen Flächenländern nicht reproduziert werden. Die DVU konzentriert sich daher auf kleinere bzw. einwohnerschwächere Bundesländer, wo sie mit dem gleichen finanziellen Mitteleinsatz prozentual mehr Bürger erreichen kann als in den einwohnerstarken Flächenstaaten. In Niedersachsen sind Wahlerfolge bislang ausgeblieben. Hier hat die Partei zumeist auf eine Wahlteilnahme verzichtet, wie im Fall der niedersächsischen Kommunalwahlen am 9. September.

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September, die im Mittelpunkt der Parteiaktivitäten des Jahres 2001 standen, ging die in mehreren Bundesländern erprobte Strategie allerdings nicht auf. Obwohl die DVU schätzungsweise zwei Mio. DM in eine aufwändige Werbekampagne investierte, erreichte sie lediglich 0,7 % der Stimmen. Bei der vorangegangenen Hamburger Wahl hatte sie den Einzug in die Bürgerschaft mit einem Stimmenergebnis von 4,9 % nur knapp verfehlt. Das die Erwartungen enttäuschende Ergebnis dürfte auch auf den Erfolg der Partei Rechtsstaatliche Offensive zurückzuführen sein, die potenzielle Wähler der DVU attraktiver fanden.

Obwohl die DVU programmatische Nähe zu Positionen der REP aufweist, gibt es zwischen den beiden Parteien auf Betreiben der REP keine Wahlabsprachen mehr. Auf internationaler Ebene unterhält die DVU Kontakte zur französischen Front National (FN), zum belgischen Vlaams Blok und zum britischen Revisionisten David IRVING. An der traditionellen Großkundgebung der DVU in der Passauer Nibelungenhalle am 29. September nahmen der Vlaams Blok-Funktionär Hubert VERHELST und der deutsch-südafrikanische Rechtsextremist Claus NORDBRUCH teil, der mit dem Freiheitspreis der National-Zeitung ausgezeichnet wurde. Die Zahl der Teilnehmer an dieser bedeutendsten Veranstaltung der DVU blieb mit 1.200 Personen deutlich hinter den Zahlen der Vorjahre zurück.

Organisationsstruktur

Die in 16 Landesverbände gegliederte DVU wird von ihrem Vorsitzenden FREY dominiert. Von der Münchener Zentrale aus bestimmt er die politischen Richtlinien und die Personalentscheidungen in autokratischer Manier unter Missachtung der Grundsätze innerparteilicher Demokratie. Die Parteimitglieder – von einer Parteibasis im eigentlichen Sinn des Wortes kann mangels realer Mitbestimmungsbefugnisse nicht gesprochen werden – sind für FREY lediglich in Hinsicht auf Wahlkampfeinsätze und als Abnehmer seiner Verlagsprodukte[20] von Interesse. Einer innerparteilichen Diskussion räumt FREY ebenso wenig Platz ein, wie er den Widerspruch von Kritikern duldet. Ein Beispiel für seine autokratischen Führungsmethoden lieferte der gemeinsame Parteitag der DVU-Landes-

[20] Dr. FREY gehört der DSZ-Verlag (Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH) und seiner Frau der FZ-Verlag (Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH), dem der Deutsche Buchdienst angeschlossen ist.

verbände Sachsen-Anhalt und Thüringen am 11. März. Als Reaktion auf die mangelnde Zahlungsmoral von DVU-Landtagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt stellte FREY eine Beteiligung der DVU an der Landtagswahl des Jahres 2002 in Frage. Die Parlamentskandidaten der DVU werden nicht nach dem Kriterium fachlicher Eignung nominiert, sondern nach dem Grad ihrer Treue zu Dr. FREY bestimmt. Als Folge hiervon wird die DVU von Abgeordneten repräsentiert, die für eine ernsthafte parlamentarische Mitarbeit in der Regel nicht geeignet sind. Umso leichter fällt der Münchener Parteizentrale die Steuerung der Abgeordneten, z. B. durch die Vorbereitung von Reden.

Auch in finanzieller Hinsicht hält Dr. FREY die DVU in vollständiger Abhängigkeit. Nach Angaben ihres Finanzprüfers ist die DVU derzeit mit 8,7 Mio. DM verschuldet. Dr. FREY kreditiert diese Summe zinslos und lässt der Partei außerdem jährlich Großspenden zukommen. Den Angaben des Finanzprüfers der Partei zufolge betrug die Summe der von der DVU im Rechenschaftsjahr 2000 eingenommenen Spendengelder 2.661.960 DM, wobei mehr als eine Mio. DM von Dr. FREY entrichtet wurden. Die staatlichen Zuschüsse an die Partei beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 1.651.831 DM.

Der 1988 gegründete niedersächsische Landesverband befindet sich trotz der Appelle FREYs, Parteistrukturen aufzubauen, weiterhin in einem schlechten organisatorischen Zustand. Abzulesen ist dies an der Zahl der Mitglieder, die seit Jahren kontinuierlich abnimmt: von 1.600 Personen im Jahre 1998 über 1.500 bzw. 1.300 Personen in den Jahren 1999 und 2000 auf nunmehr 1.200 Mitglieder. Der Landesverband ist in Kreisverbände unterteilt. Auf Kreisebene bestehen darüber hinaus so genannte Stammtische, die als Vorstufe für die Gründung von Kreisverbänden gedacht sind.

Im Jahr 2001 waren in Niedersachsen lediglich zwei größere Veranstaltungen der DVU zu registrieren. Ihren Landesparteitag führte die niedersächsische DVU gemeinsam mit dem Landesverband Hamburg am 8. April in Rhade (Landkreis Rotenburg/Wümme) durch. Die niedersächsischen Delegierten unter den 250 Teilnehmern der Veranstaltung bestätigten Richard CARLS (Saterland) als Landesvorsitzenden. Im Mittelpunkt des Parteitages stand eine Rede Dr. FREYs, der solche länderübergreifenden Veranstaltungen nutzt, um die Mitglieder stärker an sich zu binden.

Bereits am 18. Februar hatte der Landesverband Bremen seinen Parteitag ebenfalls in Rhade in Anwesenheit FREYs durchgeführt. Es beteiligten sich ca. 250 Mitglieder und Sympathisanten der DVU aus den nördlichen Bundesländern.

Weltanschauung und Programmatik

Die Positionen der DVU basieren nicht auf einer zusammenhängenden Weltanschauung. Vielmehr appelliert die Partei auf eine spezifische Art und Weise an Ressentiments. Sie schürt Ängste bzw. versucht von bestehenden Ängsten zu profitieren, indem sie durch demagogische Übertreibung Gefahrenszenarien heraufbeschwört. Ausgehend von einem nationalistisch überhöhten Begriff der Volkszugehörigkeit werden Minderheiten und einzelne soziale Gruppen der deutschen Gesellschaft, insbesondere Ausländer und Juden, ausgegrenzt und stigmatisiert. Zwar achtet die DVU bei ihrer politischen Agitation darauf, dass die

Grenze der Strafbarkeit nicht überschritten wird, ihre Position steht jedoch in einem unübersehbaren Widerspruch zu dem für die freiheitliche demokratische Grundordnung konstitutiven Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Grundgesetz. Die floskelhaften Bekenntnisse der DVU zum Grundgesetz sind formaler Natur; ihre Positionen würden, bestimmten sie die deutsche Politik, das Grundgesetz sinnentleeren. Ohnehin betrachtet die DVU die grundgesetzliche Ordnung als von den Siegermächten oktroyiert und von den so genannten Altparteien[21] willfährig exekutiert.

Die Positionen der DVU kommen in der FREY-eigenen, mit 45.000 Exemplaren auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikation National-Zeitung zum Ausdruck, die das inoffizielle Parteiorgan darstellt. Die National-Zeitung bestand im Mai 50 Jahre. Zunächst erschien sie unter der Bezeichnung Deutsche Soldaten-Zeitung, bevor sie zehn Jahre später in Deutsche National-Zeitung umbenannt wurde. Seit der 1999 erfolgten Zusammenlegung mit der von FREY 1985 von Waldemar SCHÜTZ erworbenen Deutschen Wochen-Zeitung führt die wöchentlich erscheinende Publikation den Titel National-Zeitung, zunächst noch mit dem inzwischen entfallenen Untertitel Deutsche Wochen-Zeitung. Glorifizierende Beiträge über die Wehrmacht sind bis heute eine Konstante der Berichterstattung. Hiermit trägt die National-Zeitung ihrem Gründungsnamen nach wie vor Rechnung. Antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Stereotype bestimmen die Berichterstattung. Durch die schablonenhafte Wiederholung von vereinfachenden, bestimmten sozialen Gruppen, suggestiv, nicht argumentativ Schuld zuweisende Erklärungsmuster für soziale Missstände werden Assoziationsketten hervorgerufen und Feindbilder konstruiert. Einem ähnlichen Muster unterliegen die Reden FREYs, die Wahlpropaganda der DVU und die Einlassungen ihrer parlamentarischen Vertreter.

[21] Rechtsextremisten umschreiben mit den Begriffen Alt-, System- oder Lizenzparteien die demokratischen Gründungsparteien der Bundesrepublik Deutschland SPD, CDU/CSU und FDP. Die abwertend verwendeten Begriffe sollen suggerieren, dass die für das Grundgesetz verantwortlichen Parteien Vollzugsorgane fremder Interessen sind.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindliche Stereotype stehen regelmäßig im Mittelpunkt der Berichterstattung der National-Zeitung und der Wahlkampfstrategie der DVU. Ständig wird das Szenario von einem durch Zuwanderung existenziell bedrohten deutschen Volk gezeichnet, wie folgende Auswahl von Überschriften der National-Zeitung eindrücklich veranschaulicht:

„Massenzuwanderung – Segen oder Fluch? – Das Programm zur Umvolkung der Deutschen" (NZ 20/01 vom 11. 5. 01); *„Überfremdung bedroht die Völker Europas – Die Überlebensfrage der Alten Welt"* (NZ 04/01 vom 19. 1. 01); *„Millionen Türken wollen kommen – Was Ankaras EU-Beitritt bringt"* (NZ 32/01 vom 3. 8. 01); *„Vor Völkerwanderung nach Deutschland? – Die furchtbaren Folgen der EU-Erweiterung"* (NZ 23/01 vom 1. 6. 01); *„Brauchen wir noch mehr Ausländer? – Wohin die Überfremdung führt"* (NZ 19/01 vom 4. 5. 01); *„Massenhaft Zigeuner im Anmarsch – Millionen warten auf den Startschuss durch EU-Osterweiterung"* (NZ 19/01 vom 4. 5. 01). *„Die Türken kommen! – Was Deutschland blühen könnte"* (NZ 45/01 vom 2. 11. 01).

Wie „Bild“ lügt und fälscht

Schweinejournalismus im Springer-Blatt

Seite 3

National+Zeitung

Deutsche Wochen-Zeitung

B 2296

Millionen Türken wollen kommen

Was Ankaras EU-Beitritt bringt

Der Hamburger Bürgerschaftswahlkampf am 23. September war von ähnlichen Parolen geprägt: *„Deutschland den Deutschen“*, *„Istanbul den Türken, Hamburg den Deutschen“*; *„Hamburg ausländisch oder Hamburg deutsch?“*; *„Ein Asylantenheim vor Ihrer Haustür“*. In einem Wahlkampfspot der DVU verkündete ein Redner:

> *„Die Deutschen sollen in Hamburg wieder Herr im eigenen Haus sein. Deutsche dürfen gegenüber Ausländern nicht benachteiligt werden. Deutsche sollen wieder alle Rechte bekommen, die ihnen zustehen. Es sollen nicht noch mehr Ausländer hereingelassen werden. Hamburg soll wieder deutscher werden!“*

Auf dem Parteitag der niedersächsischen DVU führte der Vorsitzende FREY hinsichtlich des von der türkischen Regierung angestrebten EU-Beitritts, die Folgen dramatisch übertreibend, aus:

> *„Was bliebe an Deutschland noch deutsch, wenn bis zu 30 Millionen Türken ins Land strömen würden, einschließlich importierter Kämpfe … dies ist das Abendland und es muss das Abendland bleiben und wir wollen nicht ein Teil des Morgenlandes werden.“*

Die Ausführungen zur Ausländerpolitik verweisen auf einen antiindividualistischen Ansatz. Die DVU agitiert nicht in den die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte kennzeichnenden individualrechtlichen, sondern in völkisch-kollektivistischen Kategorien.

Antisemitismus und Revisionismus

Antisemitische Äußerungen sind eine zweite Konstante der DVU-Programmatik. Zwar leugnet die DVU die Tatsache des Holocausts nicht grundsätzlich, doch relativiert sie ihn durch Vergleiche mit an Deutschen begangenen Verbrechen oder durch Hinweise auf das Vorgehen der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten. Das Engagement des Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland Paul Spiegel gegen den Rechtsextremismus kommentiert die National-Zeitung unter der Überschrift „Sind wir ein Volk von Ausländerfeinden? – Spiegels Hetze gegen die Deutschen“ mit den Worten:

> *„Im Gegensatz zu diesem jeder Grundlage entbehrenden Horrorszenarium vermisst man jegliche Kritik Spiegels an dem furchtbaren Unrecht Israels gegenüber den versklavten Palästinensern, obgleich er sich im-*

mer wieder zu den Vorgängen in Nahost äußert".

(National-Zeitung, Nr. 36, v. 31. 8. 2001)

Ebenfalls in der National-Zeitung forderte FREY von der „politischen Vertretung jüdischen Lebens in Deutschland", dass

„… sich führende Juden in Deutschland endlich unmissverständlich zur anhaltenden und zunehmenden Entrechtung der Palästinenser in deren altangestammten Land äußern".

(National-Zeitung, Nr. 1-2, v. 5. 1. 2001)

Solche, antisemitische Ressentiments bedienenden Äußerungen offenbaren, dass deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens nicht wirklich als Deutsche akzeptiert, sondern mit Israel identifiziert und damit ausgegrenzt werden. Der Freispruch des Landgerichts Kempten im Fall eines ehemaligen REP-Funktionärs, der den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Michel Friedman als „Zigeunerjude" tituliert hatte – das Gericht wertete die Bezeichnung als von der Meinungsfreiheit gedeckt –, provozierte den folgenden zynischen, die beiden Opfergruppen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik herabwürdigenden Kommentar des stellvertretenden DVU-Bundesvorsitzenden Bruno WETZEL:

„Man fragt sich allerdings, warum sich Friedman und Spiegel vom Begriff ‚Zigeuner' derart distanzieren, nachdem sich doch Juden und Zigeuner wegen des erlittenen Schicksals im Dritten Reich häufig solidarisch verbunden zeigen … (A)nzumerken ist, dass es nicht sinnvoll sein kann, Michel Friedman, den Abkömmling einer polnisch-jüdischen Familie aus Krakau, mit Ausdrücken an der Grenze zur Strafbarkeit oder gar darüber hinaus zu belegen. Als Nachweis dafür, dass er es nicht besonders gut mit den Deutschen meint, genügt es vollkommen, ihn zu zitieren …"

(National-Zeitung, Nr. 36, v. 31. 8. 2001)

Die Wehrmacht wird von Kriegsverbrechen frei gesprochen. Die Wehrmachtsangehörigen gelten der DVU als die auch von ehemaligen Gegnern respektierten besten und tapfersten Soldaten der Welt, die sich aufgeopfert hätten, um die deutsche Bevölkerung in den ehemaligen Ostgebieten in Sicherheit zu bringen. Die dieser Glorifizierung widersprechende, die Verstrickung der Wehrmacht in den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg thematisierende so genannte Wehrmachtsausstellung steht deshalb seit Jahren im Mittelpunkt der politischen Agitation FREYs.

Die Berichte über die soldatischen Tugenden der Wehrmachtssoldaten offenbaren ein militaristisches Grundverständnis, das die demokratische Einbindung der Bundeswehr in den demokratischen Rechtsstaat konterkariert. Darüber hinaus wird die Einbindung der Bundeswehr in internationale Bündnissysteme nicht akzeptiert. Die DVU sieht hierin den Beweis fehlender Souveränität der Bundesrepublik Deutschland.

Die Republikaner (REP)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER	
Niedersachsen:	Peter LAUER	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	13.000	11.500
Niedersachsen	600	600
Publikationen		
Bund:	Der Republikaner (erscheint monatlich/zweimonatlich, Auflage 20.000 Exemplare)	
Niedersachsen:	Wir Republikaner in Niedersachsen (im Berichtsjahr nicht erschienen)	

Die 1983 von zwei ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten und dem Fernsehjournalisten Franz SCHÖNHUBER gegründeten REP bestimmten in den folgenden Jahren, nicht zuletzt aufgrund ihrer Wahlerfolge[22], in den Medien das Erscheinungsbild des deutschen Rechtsextremismus. Die NPD befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer Krise und die DVU als um dieselbe Wählerklientel konkurrierende rechtsextremistische Wahlpartei wurde erst vier Jahre später „gegründet". Vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen profitierte die Partei damals von einer kontroversen Zuwanderungsdebatte. Bis heute ist die von den REP mit fremdenfeindlichen Aussagen bestrittene Einwanderungsdebatte von zentraler Bedeutung für ihre Programmatik.

Der Aufstieg der Partei war von Anfang an aber auch begleitet von personellen Auseinandersetzungen in der Führung, in deren Verlauf der heutige Parteivorsitzende Rolf SCHLIERER 1994 SCHÖNHUBER an der Spitze der REP ablöste, nachdem dieser einen mehrfachen Positionswechsel in der Frage der Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien vollzogen hatte.[23] SCHÖNHUBER hatte gegen den von ihm selbst initiierten Ruhsdorfer Beschluss aus dem Jahr 1990 verstoßen, mit dem sich die REP von an-

[22] 1989 erreichten die REP bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 7,5 % und bei den Europawahlen 7,1 % der Stimmen.

[23] Der Ruhsdorfer Beschluss hat folgenden Wortlaut: „Niemand der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen (z. B. NPD, DVU, EAP, ANF, KNS, Wiking-Jugend etc.) eine aktive Rolle gespielt hat, darf in Zukunft eine Rolle in unserer Partei übernehmen. Zur Einhaltung dieses Beschlusses bedarf es keiner Ersatzspruchkammer, zuständig ist dafür der Bundesvorstand."

deren rechtsextremistischen Parteien abgrenzen. SCHLIERER bemüht sich seitdem um ein angepasstes Erscheinungsbild seiner Partei. Ungeachtet bestehender Anhaltspunkte für Fremdenfeindlichkeit möchte die Führung um SCHLIERER die REP als eine nationalkonservative Partei im Rahmen des demokratischen Parteienspektrums darstellen.

Der von SCHLIERER betriebene Imagewechsel konnte den Abwärtstrend der letzten Jahre nicht stoppen. Die REP haben kontinuierlich Mitglieder verloren. Dieser Trend setzte sich 2001 fort: zählte die Partei 1998 bundesweit noch 15.000 Mitglieder, so waren es 1999 14.000 und im Jahre 2000 13.000 Mitglieder. Derzeit beläuft sich der Mitgliederstand auf nur noch 11.500 Personen. Erschwerend für die öffentliche Profilierung kommt hinzu, dass die REP seit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 25. März in keinem Länderparlament mehr vertreten sind. Gegenüber den vorangegangenen Landtagswahlen büßten sie 4,7 % ein; 1992 hatte das Stimmenergebnis im Stammland des Bundesvorsitzenden sogar noch 10,9 % betragen. Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 23. September und zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober bestätigten den Abwärtstrend. In Hamburg erreichten die REP lediglich 0,1 % der Stimmen (–1,7 %), in Berlin 1,3 % (–1,4 %). Trotz dieses – auch aus Sicht der REP – Wahldebakels ist SCHLIERERs politische Linie nicht grundsätzlich gefährdet. Der Bundesvorstand sprach SCHLIERER einen Tag nach den Wahlen einstimmig sein Vertrauen aus. SCHLIERERs Konkurrent, der baden-württembergische Landesvorsitzende Christian KÄS, der für eine radikalere Politik der REP steht, wurde von seinem Landesverband zwar für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Er scheiterte jedoch mit seinem Versuch, den Abgrenzungsbeschluss gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien aufzuweichen. Insgesamt offenbart die innerparteiliche Entwicklung eine wachsende Unfähigkeit zur inhaltlichen und personellen Neupositionierung. Es zeichnet sich eine tiefgehende Krise ab, die allmählich existenzielle Züge annimmt.

Organisation und Aktivitäten

Die REP verfügen in allen Bundesländern über Landesverbände. Vorsitzender des in vier Bezirksverbände und einzelne Kreisverbände untergliederten niedersächsischen Landesverbandes ist Peter LAUER, der gleichzeitig den Kreisverband Hannover-Stadt führt. LAUER verficht die politische Linie des Bundesvorsitzenden SCHLIERER und ist auf Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien bedacht.

Das Blatt „Wir Republikaner in Niedersachsen" ist im Jahr 2001 nicht erschienen. Die in der Regel monatlich in einer Auflage von 20.000 Exemplaren erscheinende Parteizeitung „Der Republikaner" berichtet eher pamphletartig, als dass sie einen theoretischen Anspruch erhebt. Daneben haben die REP ihre Internet-Präsenz in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des niedersächsischen Landesverbandes stand die Teilnahme an den Kommunalwahlen am 9. September, auf die sich die REP intensiv vorbereitet hatten, um sich landesweit eine gute Ausgangsbasis für die Landtagswahlen des Jahres 2003 zu verschaffen. Dem organisatorisch und finanziell nach wie vor schwachen niedersächsischen Landesverband gelang jedoch keine flächendeckende Mobilisierung. In vielen Be-

reichen Niedersachsens musste die Partei mangels Kandidaten oder weil sie die erforderlichen Unterschriftenlisten nicht vorweisen konnte auf eine Kandidatur verzichten. Sie erlangte mit geringem Stimmenanteil lediglich jeweils einen Sitz in den Stadträten von Hannover, Celle, Wilhelmshaven, Garbsen und Lehrte. Darüber hinaus ist sie mit jeweils einem Mandatsträger im Kreistag Celle sowie in der Regionsversammlung Hannover vertreten.

Die niedersächsischen REP forcieren die Jugendarbeit, wobei der Jugendorganisation der Partei, der Republikanischen Jugend Niedersachsen, eine besondere Rolle zukommt. Diese RJ verfügt über einen Landesjugendbeauftragten und über Jugendbeauftragte in mehreren Kreisverbänden. Das bescheidene Freizeitangebot der Jugendorganisation beschränkte sich auf ein Sommerzeltlager, ein Sommerfest und sporadische Grillabende. Alle Veranstaltungen finden auf dem Privatbesitz von Mitgliedern statt.

Fremdenfeindlichkeit als dominierendes Ideologieelement

Schwerpunkte der programmatischen Orientierung der REP sind die deutsche Nation und das deutsche Volk. Nicht die Individualrechte sind Bezugspunkt politischer Vorstellungen der REP, sondern das Wohl des Volkskörpers, das dem Recht des Einzelnen übergeordnet wird. Umgekehrt werden die dem Individuum zugesprochenen Rechte an seine Volkszugehörigkeit gekoppelt. Die Ausführungen des niedersächsischen Landesvorsitzenden Peter LAUER in einem „Diskussionsbeitrag" über „Familienpolitik" verdeutlichen diesen Zusammenhang:

„Nicht eine ‚multikulturelle Gesellschaft', sondern Menschen, die sich

als Angehörige einer historisch und kulturell gewachsenen Schicksalsgemeinschaft begreifen, werden eine friedliche und glückliche Zukunft in einem Land gestalten können. Solche Schicksalsgemeinschaften sind Völker."

(Familienpolitik. Ein Diskussionsbeitrag von Peter LAUER, hrg. v. REP-Landesverband Niedersachsen)

Als Keimzelle einer solchen Schicksalsgemeinschaft stellt LAUER die Familie heraus, weshalb die Pflege „gesunder Familienstrukturen eines der obersten Ziele deutscher Politik sein" müsse. LAUER fordert „Unser Land braucht deutsche Kinder" und leitet aus diesem Postulat die Forderung nach gezielter Ungleichbehandlung der in Deutschland lebenden Familien deutscher bzw. anderer Volkszugehörigkeit ab:

„Da es in Deutschland darum geht, das Aussterben des deutschen Volkes zu verhindern, sollte das Erziehungsgehalt[24] *nur deutschen Familien zukommen. Völker, die einen hohen Geburtenüberschuß aufweisen, benötigen nicht die gleichen Hilfsmaßnahmen wie sterbende Völker."*

(a. a. O.)

In ihrem Parteiorgan und in sonstigen Verlautbarungen schüren die REP die Furcht vor einer islamischen Machtergreifung in Deutschland. Der Islam und nicht etwa der islamistische Extremismus oder Terrorismus erhält Feindbildcharakter. Er wird als eine mit der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik unvereinbare Religion dargestellt. Bürger muslimischen Glaubens werden auf diese Weise stigmatisiert und ungeachtet des grundgesetzlich verbrieften Rechtes auf freie Religionsausübung ausgegrenzt. Eine Vor-

tragsveranstaltung im Plenarsaal der REP-Fraktion im baden-württembergischen Landtag brachte dies in aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Bereits in seiner Begrüßungsrede erklärte der REP-Vorsitzende SCHLIERER unter Berufung auf einen Orientalisten, dass *„man es beim Islam mit einer objektiv verfassungsfeindlichen Gruppierung zu tun habe."* Er glaube

„… feststellen zu können, daß der Islam und die freiheitlich demokratische Grundordnung, daß der Islam und das Grundgesetz nicht vereinbar sind."

(„Können Muslime Demokraten sein?", Drucksache der Fraktion der REP im Landtag von Baden-Württemberg)

Aus diesem Werturteil leitete SCHLIERER die Forderung nach Einschränkung der Religionsfreiheit ab:

„Toleranz und Intoleranz sind zwei Dinge, die sich eben nicht miteinander kombinieren lassen. Ein toleranter Staat, der einer intoleranten

[24] Die Gewährung von Erziehungsgehalt ist eine Forderung LAUERs, die er in seinem Diskussionsbeitrag näher erläutert.

Religion freien Raum läßt, gibt sich selbst auf."
(a. a. O.)

Das in Art. 33 GG jedem Deutschen unabhängig von seiner Religionszugehörigkeit verbriefte Recht auf gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt wird von SCHLIERER ebenfalls in Frage gestellt. SCHLIERER spielte auf einen Vortrag[25] an, bei dem

„… als Resümee gewissermaßen im Raum stand, daß der liberale Staat zulassen müsse, daß Muslime ungeachtet ihrer Auffassungen[26] hier in ‚wirklich' beamtete Stellungen kommen, daß sie gewissermaßen teilhaben an der Macht. Und daß dies mit den Grundsätzen, wie wir sie heute vertreten, vereinbar sein müsse. Ich frage an dieser Stelle, wo steht geschrieben, daß sich ein liberaler Staat selbst aufgeben muß?"
(a. a. O.)

SCHLIERER sieht das deutsche Volk als existenziell gefährdet an, wenn die islamische Gefahr nicht zurückgedrängt wird:

„Wehret den Anfängen. Wir wollen nicht zu Fremden im eigenen Land werden. Es gibt Grenzen der Toleranz. Was jetzt gefragt ist, ist das uneingeschränkte und klare Bekenntnis zur eigenen Identität."
(a. a. O.)

Die vom niedersächsischen Landesverband vertretenen Positionen zur Ausländerpolitik zeichnen sich durch ähnliche Bedrohungsszenarien aus. Die Zuwanderung wird dramatisiert und als monokausales Erklärungsmuster für viele soziale, aber auch für ökologische Probleme instrumentalisiert:

„Bei einer Anzahl von 7 – 10 Millionen Ausländern in Deutschland ist die Grenze der Übersiedlung schon längst überschritten mit schwerwiegenden und kaum noch zu bewältigenden Folgen, die sich fortlaufend verschärfen, weil der ungebremste jährliche, in die Hunderttausende gehende Zuzug unverändert anhält."
(Programm zur Ausländerpolitik: Massenzuwanderung – Gefahr für Deutschland, hrg. v. Landesverband Niedersachsen der REP)

Als Folgen der Zuwanderung werden eine Belastung und Gefährdung von Umwelt und Natur, die Zersiedelung der Landschaft, zusammenbrechender Autoverkehr sowie Probleme bei der Müll- und Abfallentsorgung überzeichnet. Zusammenfassend stellen die REP fest:

„Unser Land ist in dreifacher Gefahr: Zerstörung unserer Landschaften, Natur und Heimat; Zerrüttung unserer Finanzen und Verlust der Identität unseres Volkes."
(a. a. O.)

Die dargelegten Positionen verdeutlichen, dass die REP noch immer in der Kontinuität des fremdenfeindlichen ideologischen Erbes aus ihrer Gründungsphase stehen. Nach wie vor bestimmt die Agitation gegen Zuwanderung, verbunden mit dem Schüren von Fremdenangst, in nahezu monothematischer Weise die öffentlichen Äußerungen der REP. Eine Positionierung im demokratischen Spektrum – am 1. September beschloss der Bundesvorstand eine „Schärfung des Profils als rechte demokratische Opposition" – erscheint insbesondere vor dem Mitgliedschaft und Funktionäre durch langjährige Agitation prägenden programmati-

[25] Es handelt sich nach den Worten SCHLIERERs um eine Vortragsveranstaltung, an der ein Jahr zuvor in Stuttgart der ehemalige Verfassungsrichter Böckenförde und die baden-württembergische Kultusministerin Schavan teilgenommen haben.

[26] Aus dem Kontext ergibt sich, dass SCHLIERER nicht etwa auf Islamisten anspielt, sondern die angeblich allen Muslimen eigenen Auffassungen meint.

schen Hintergrund wenig wahrscheinlich, zumal SCHLIERER, wie seine Aussagen zum Islam dokumentieren, inhaltlich nicht wirklich mit der rechtsextremistischen Vergangenheit seiner Partei bricht.

Gerichtsurteile

Der Wehrdisziplinarsenat des Bundesverwaltungsgerichtes sprach zwei Zeitsoldaten, die in Baden-Württemberg als Funktionäre der REP wirken, mit der Begründung frei, dass trotz erheblicher Anhaltspunkte nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden könne, dass die REP als Gesamtpartei eine verfassungsfeindliche Partei seien. Das Gericht würdigte in seinem Urteil, das von den REP als Beleg für ihre angeblich demokratische Ausrichtung interpretiert wird, die Abgrenzungspolitik SCHLIERERs gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien und die Absicht, sich von Mitgliedern zu lösen, die sich fremdenfeindlich und verfassungsfeindlich äußerten. Gleichwohl sind Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen, aufgrund derer der Verfassungsschutz die REP beobachtet, unübersehbar. Das Niedersächsische Oberwaltungsgericht stellte am 19. 10. 2000 in einem vom Land Niedersachsen angestrengten Berufungsverfahren gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 29. 11. 1993 fest, dass tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und in ausreichender Zahl für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen vorlägen, so dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln erfüllt seien. Mit Beschluss vom 1. Juni 2001 hat das Bundesverwaltungsgericht die gegen diese Gerichtsentscheidung gerichtete Beschwerde der REP wegen Nichtzulassung der Revision als unzulässig verworfen. Das Urteil ist damit rechtskräftig.

Weitere rechtsextremistische Organisationen

Deutsche Liga für Volk und Heimat

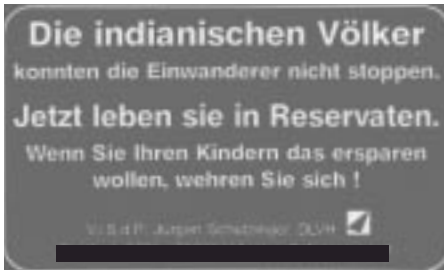
Sitz		
Bund:	Villingen-Schwenningen	
Niedersachsen:	Braunschweig	
Vorsitzende		
Bund:	Jürgen SCHÜTZINGER, Ingo STAWITZ, Marianne STOLPMANN	
Niedersachsen:	Bernd Louis HEID	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	300	200
Niedersachsen:	30	30

Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) trat in ihrem Gründungsjahr 1991 mit dem erklärten Ziel an, die Zersplitterung des rechtsextremistischen Spektrums auf drei Parteien – NPD, REP und DVU – mit dem Selbstverständnis einer Sammlungsbewegung der nationalen Rechten zu überwinden. Bei Wahlen erzielte die DLVH indes nur marginale Ergebnisse. Sie gab deshalb 1996 ihren Parteienstatus auf, um ihren Mitgliedern zu ermöglichen, sich anderen rechtsextremistischen Parteien anzuschließen. Doch selbst dieser Schritt konnte den Verein seinem Ziel bis heute nicht näher bringen. Obwohl sich die DLVH gegenüber Neonazis geöffnet hat, musste sie auch im vergangenen Jahr bundesweit Mitgliederverluste und, damit verbunden, finanzielle Einbußen hinnehmen.

Den Mitgliedern wurde anlässlich der Umwandlung in einen Verein ein neues Manifest vorgelegt, das die politischen Grundlagen und Ziele umreißt. Es enthält Positionen, die auf eine bewusste Benachteiligung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger hinauslaufen und damit in ihrer Grundtendenz den programmatischen Aussagen der REP und der DVU ähneln:

„Die DEUTSCHE LIGA wendet sich entschieden gegen maßlose und unkontrollierte Einwanderung, gegen Asylmissbrauch und Überfremdung. Deutschland darf nicht zum Vielvölkerstaat werden.

Die DEUTSCHE LIGA bekennt sich zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung der nationalen Präferenz. Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Versorgung müssen vorrangig den Einheimischen zur Verfügung gestellt werden."



In Niedersachsen agiert unter der Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen (AG-Ostpreußen) ein Ableger der DLVH, der regelmäßig – häufig mit bekannten rechtsextremistischen Referenten wie Dr. Rigolf HENNIG, Horst MAHLER und Wolfgang JUCHEM – Vortragsveranstaltungen in Hannover durchführt. Der Vorsitzende der AG-Ostpreußen Heinrich MOCK zeichnet darüber hinaus auch für Veranstaltungen anderer rechtsextremistischer Gruppierungen verantwortlich.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)

Sitz:	Eckernförde, bisher Wolfsburg
Vorsitzender:	Georg-Albert BOSSE, Eckernförde, bisher Wolfsburg
Publikation:	Recht und Wahrheit (erscheint zweimonatlich als Doppelausgabe, Auflage ca. 2.500 Exemplare)

Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) ist gegenwärtig als eine „Ein-Mann-Organisation" des wegen Leugnung des Massenmordes an Juden und Volksverhetzung verurteilten Rechtsextremisten Georg-Albert BOSSE zu bezeichnen. Gegründet wurde die DDF 1983 von dem 1997 verstorbenen Ernst Otto REMER[27], dem Mitbegründer und zweiten Vorsitzenden der verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP).

BOSSE setzt seine Schwerpunkte auf die zweimonatliche Herausgabe der Zeitschrift Recht und Wahrheit und die Durchführung so genannter Lesertreffen, die bislang zweimal jährlich stattfanden. Recht und Wahrheit enthält rassistisch, nationalistisch und antisemitisch gefärbte Artikel verschiedener rechtsextremistischer Autoren. Charakteristisch ist für die DDF darüber hinaus die Verbreitung von geschichts- und gebietsrevisionistischen Thesen.

Recht und Wahrheit

Das führende parteiunabhängige Zweimonatsmagazin

[27] REMER war als Kommandeur des Wachbataillons „Groß-Deutschland" maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gegen Hitler beteiligt.

Die Lesertreffen haben Multiplikatorenfunktion, indem sie dieses Gedankengut einem größeren Kreis von Rechtsextremisten durch Vorträge vermitteln sollen. Das Frühjahrslesertreffen fand im Mai in Ilfeld (Thüringen) statt. Es nahmen ca. 150 Personen teil. Während sich die Teilnehmer der vorangegangenen Lesertreffen überwiegend in einem Alter von 60 bis 80 Jahren befanden, war der Teilnehmerkreis dieses Mal zu einem Drittel 25 Jahre oder jünger. Das zeigt, dass das auf den Lesertreffen verbreitete Gedankengut auch jüngere Neonazis anspricht.

Als Redner trat unter anderen der bekannte Rechtsextremist Wolfgang JUCHEM auf. JUCHEM fungiert als Leiter der revisionistischen Gruppierung „Aktion Freies Deutschland", die die Kriegsschuld Deutschlands leugnet und antisemitische und ausländerfeindliche Auffassungen verbreitet.

BOSSE gab während des Lesertreffens bekannt, dass es sich für absehbare Zeit um das letzte Lesertreffen handele. Grund dafür sei sein Wohnorts- und der damit verbundene Verlagsortswechsel von Wolfsburg nach Eckernförde im Sommer des Jahres.

Neue Rechte

Die Richtungsbezeichnung Neue Rechte steht für eine akademisch-intellektuelle, „modernisierte" Spielart antidemokratischen Denkens, oft auch als Begriff für eine „Intellektualisierung" des Rechtsextremismus. Der Begriff der Neuen Rechten bezeichnet eine ideologische Strömung im Rahmen rechtsextremistischer Publikationsforen, deren Autoren für eine bestimmte Tradition antidemokratischen Denkens stehen. Die Theoretiker der Neuen Rechten fühlen sich primär dem Erbe der so genannten Konservativen Revolution[28] der Weimarer Republik verpflichtet und vertreten hieran anknüpfend eine radikal antiegalitäre Ausrichtung. Als Grenzgänger zwischen demokratischem und rechtsextremistischem Parteienspektrum verfolgen Vertreter der Neuen Rechten das Ziel, rechtsextremistische Ideologieelemente in den demokratischen Diskurs zu infiltrieren, um langfristig auf eine kulturelle Hegemonie, d. h. auf Diskurshoheit, hinzuwirken.

Hervorgegangen aus einer Zusammenfassung rechter Intellektuellenzirkel um den französischen Publizisten Alain de BENOIST[29], verkörpern die französische Nouvelle Droite und die deutsche Neue Rechte eher eine Denkschule als eine politische Bewegung. Die Vorstellung eines Kampfes zur Erlangung der kulturellen und geistigen vor der politischen Hegemonie im Sinne des italienischen marxistischen Revolutionstheoretikers Antonio

[28] Zu den wichtigsten Autoren der Konservativen Revolution zählen Oswald Spengler („Untergang des Abendlandes", 1918/1922), der Staatsrechtler Carl Schmitt („Der Begriff des Politischen", 1927, „Legalität und Legitimität", 1932), Ernst Jünger („Stahlgewitter", 1920), Arthur Moeller van den Bruck („Das 3. Reich", 1923), Edgar Julius Jung („Die Herrschaft der Minderwertigen", 1927). Kennzeichnend für die meisten Vertreter der Konservativen Revolution war die Forderung nach Errichtung eines autoritären Systems sowie die Propagierung eines mythischen Reichsgedankens („Endreich" als germanisches Ideal).

[29] Die von BENOIST 1968 gegründete Denkschule G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation erhält ein Forum für ihre Programmatik in den Zeitschriften „Nouvelle École", „Élements" sowie „Krisis".

Gramsci geht von der Notwendigkeit der Erlangung der Meinungsführerschaft aus. Die Eroberung der politischen Macht setze die Vorherrschaft über politische Leitbegriffe des kulturellen Überbaus einer Gesellschaft voraus. Der Historiker Weißmann formulierte hierzu in einem Interview mit der Jungen Freiheit:

> *„Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht um die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen…, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser."*
>
> (Junge Freiheit, Nr. 36 vom 31. 8. 2001)

In Anlehnung an die sich als Gegenbewegung zur Französischen Revolution verstehende Konservative Revolution und ihres Kampfes gegen den durch Aufklärung, Liberalismus und Marxismus hervorgebrachten „Egalitarismus" orientiert sich die Neue Rechte an den europäischen Werten von vor 1789. Die geistigen Voraussetzungen für Demokratie infrage stellend, postuliert sie ein Zurück hinter die Errungenschaften der Französischen und Amerikanischen Revolution, hinter die Etablierung der Menschen- und Bürgerrechte. Betont werden voraufklärerische Wertvorstellungen wie Bindung an eine Volksgemeinschaft und natürliche Ungleichheit der Menschen und Rassen.

In der Überbetonung der Bedeutung des Volkes, seiner kulturellen Eigenarten und rassischen Besonderheiten negieren Vertreter der Neuen Rechten konstitutive Elemente eines demokratischen Grundkonsenses wie Individual- und Menschenrechte. In ihrem strikt antiindividualistischen Ansatz ordnen Vertreter der Neuen Rechten das Individuum Großorganisationen rigoros unter: Natur, Volk und Ethnie gelten als naturhaft gewachsene, auf Dauer angelegte Größen, denen sich das Individuum unterzuordnen hat. Deutlich wird dieser antiindividualistische Ansatz im Leitfaden des von Pierre KREBS nach dem Vorbild der französischen G.R.E.C.E. um BENOIST gegründete Thule-Seminars:

> *„Während das System im allgemeinen … eifrig die Durchsetzung einer multirassischen, das heißt monoprimitiven Gesellschaft ethnosuizider Völker in Europa voranpeitscht, propagiert die Systempresse dieses Ziel mit Hilfe skrupelloser Verdrehung und verbrecherischer Verschleierung der eindeutigen ethnokulturellen Tatsachen. In dieser gefährlichen Zeit ist das ‚Thule-Seminar' die einzige Bewegung, die kompromißlos … die sogenannte transatlantische Wertegemeinschaft angreift; eine heidnisch-metaphysische Alternative zum Judäo-Christentum erarbeitet; sich zum europäischen biokulturellen Bewußtsein bekennt…"*
>
> (Wissen eint – Wille siegt, Leitfaden des Thule-Seminars, o. O., 2000)

Pierre KREBS verbindet mit dem Terminus „Verwestlichung der Welt" die Vorstellung von einer

> *„… systematischen Beseitigung aller wesentlichen Spuren des organisch Gewachsenen zu einer unförmigen Masse, in der weder Völker noch Kulturen weiter unterscheidbar wären".*
>
> (Deutsche Stimme, Nr. 9, September 1999).

Charakteristisch für neurechte Ansätze ist ein organisch-biologistisches Verständnis von Volk und Gemeinschaft. In ihrer für die „biokulturelle Weiterentwicklung der europäischen Völker", für die „ethnokulturelle Neugeburt Europas", die der „multirassischen und multikulturellen Zersetzung" entgegenwirke, propagiert das Thule-Seminar eine völkische und biologistische Definition von Ethnien. In Anlehnung

an Oswald Spengler werden Kulturkreise als quasi organische Systeme begriffen, die dem „westlichen Zivilisationsmodell" entgegengestellt werden.

Der Fixierung auf die ethnisch reine Nation entspricht die antipluralistische Konzeption eines autoritären, machtbewussten Staates als Garant der homogenen Volksgemeinschaft. Zentrale Kategorie ist demnach das Postulat ethnischer Homogenität, die übersteigerte Bindung an eine Volksgemeinschaft und daraus abgeleitet die Ausschließung der Fremden aus der staatlichen Gemeinschaft.

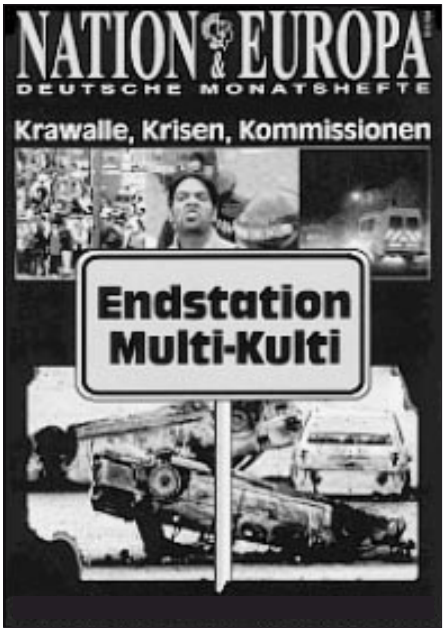
Die Neue Rechte verbirgt ihre fremdenfeindliche, rassistische Grundtendenz in dem von ihr propagierten Konzept des Ethnopluralismus[30]. Zentrale Kategorie des Denkens ist das Volk. Im Vordergrund steht die Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Kulturen sowie einer „organisch kulturellen Identität". Das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft wird abgelehnt, weil es eine Vermischung unterschiedlicher Kulturen und damit den Verlust der eigenen kulturellen Identität bedeute. Bestimmend hierbei bleibt der Zusammenhang zwischen biologischer Bestimmung des Volkes und einer von behaupteten Rassemerkmalen bestimmten Kultur. In der neurechten Konzeption steht demnach „kulturelle Überfremdung" für einen „biologischen Schaden" eines Volkes. Konkretisiert wird dieser ethnopluralistische Ansatz in der rigorosen Gegnerschaft zu einer liberalen Einwanderungspolitik.

Demokratie wird vielfach im neurechten Denken als Ordnungsprinzip wegen des ihr immanenten Gleichheitsgedankens und ihrer kompromissorientierten Entscheidungsfindung abgelehnt. Zentrale Kategorie in der neurechten Ideologie ist ein identitäres Verständnis von Regierung und Volk. Propagiert wird ein autoritärer, den Volkswillen verkörpernder Staat, Parteien als Ausdruck der Heterogenität sowie das Repräsentationsprinzip gelten als undemokratisch, als „systembedingte Schwäche des liberalen Parteienstaates".

Das Staatsverständnis der Neuen Rechten ist geprägt von dem Gedanken der Rückkehr zu einem mitteleuropäischen Hegemonialstaat unter Ausblendung des Gründungskonsenses der alten Bundesrepublik – des Eingeständnisses deutscher Verantwortung für den 2. Weltkrieg sowie für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Demokratisierungsbemühungen der westalliierten Siegermächte nach 1945 sowie das Grundgesetz werden als Ergebnisse alliierter „Umerziehung" diskreditiert. Zentrales Moment dieser Absolutsetzung nationaler Identität, die in der Ablehnung der angeblich nur durch „Umerziehung" aufgezwungenen freiheitlichen demokratischen Wertvorstellungen mündet, ist die Revision des deutschen Geschichtsbildes sowie die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen.

Eine Reihe unterschiedlicher Publikationen bietet Vertretern der ideologisch heterogenen Neuen Rechten ein entsprechendes Forum. Allerdings sind diese Publikationsorgane ideologisch ausschließlich in Richtung der Neuen Rechten ausgerichtet, finden sich doch dort auch andere Ideologievarianten neben neurechten Positionen. Zu den

[30] Ethnopluralismus bedeutet (wörtlich): Vielfalt von sprachlich-kulturell einheitlichen Volksgruppen und Völkern. Der rechtsextremistische Charakter der „ethnopluralistischen" Konzeption der Neuen Rechten ergibt sich aus der Fixierung ihrer Weltanschauung auf „Ethnien": Der Bürger existiert nicht als Individuum im Sinne des Grundgesetzes mit unveräußerlichen Menschenrechten, sondern nur als Bestandteil des Kollektivs, dem ethnisch definierten Volk als Subjekt der Geschichte.



der Neuen Rechten zuzurechnenden Zeitschriften gehören z. B. die seit 1951 in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheinende Coburger Monatsschrift Nation & Europa, die von Manfred ROUHS vierteljährlich herausgegebene Zeitschrift Signal – Das patriotische Magazin (früher: Europa Vorn), die zweimonatlich vom rechtsextremistischen Verlag der Freunde (VdF) herausgegebene Zeitschrift Sleipnir sowie als derzeit wohl bedeutendstes Publikationsorgan für die Neue Rechte die Wochenzeitung „Junge Freiheit". Die Junge Freiheit wurde 1986 von Schülern und Studenten gegründet und erscheint in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. Zu den Autoren zählen sowohl Vertreter unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen als auch Autoren des demokratischen Spektrums. Die politischen Themenschwerpunkte der Jungen Freiheit spiegeln auch die ideologischen Zielsetzungen der Neuen Rechten wider. Zentrale Themen sind die Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses, die Thematisierung eines „Werteverfalles" und eines „Verlustes der nationalen Identität", die Forderung nach einem „starken Staat" sowie die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Die ihrem Selbstverständnis gemäß parteipolitisch ungebundene Junge Freiheit versteht sich als moderne nationalkonservative Zeitung. Sie strebt eine Vernetzung der „patriotischen" Kräfte in Deutschland an, um eine publizistische, rechtsintellektuelle Subkultur zu schaffen.

Linksextremismus

Einführung

Wie Rechtsextremisten lehnen auch Linksextremisten grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab. Als Fernziel streben alle linksextremistischen Zusammenschlüsse die Beeinträchtigung bzw. die Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland an. Obwohl das linksextremistische Spektrum gegenwärtig in z. T. sektiererische, sich gegenseitig befehdende Organisationen und Gruppierungen zerfällt, lassen sich die gemeinsamen Wesensmerkmale des Linksextremismus bestimmen.

Ideengeschichtlich wurzeln linksextremistische Ideologien in den zwei kapitalismuskritischen, ins 19. Jahrhundert zurückreichenden europäischen Denktraditionen Marxismus und Anarchismus. In der Folgezeit ist es zu umfangreichen Weiterentwicklungen dieser Strömungen gekommen. Unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen entstanden Ideologien wie Leninismus, Trotzkismus und Maoismus, die wiederum die Theoriediskussionen deutscher linksextremistischer Gruppierungen beeinflusst haben. Insbesondere die linksextremistische Imperialismustheorie hat von diesen Ideologien wesentliche Impulse erhalten. Insgesamt sind linksextremistische Gruppen in ihrer theoretischen Grundlegung ohne die Wirkungsgeschichte des Marxismus nicht zu verstehen. Die Weltanschauung der Autonomen verknüpft beispielsweise Bestandteile nahezu aller linksextremistischen Denktraditionen.

Die in der Französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung aufgreifend, wollen Linksextremisten die Menschheit aus Abhängigkeiten befreien und jegliche Herrschaftsverhältnisse abschaffen. Der Gleichheitsbegriff markiert insoweit einen fundamentalen Unterschied zum Rechtsextremismus, der in dieser Hinsicht als eine antimodernistische Ideologie der Ungleichheit bezeichnet werden kann und ideengeschichtlich hinter die Zeit der Aufklärung zurückfällt.

In ihrer politischen Analyse stimmen Linksextremisten darin überein, dass das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland von Kapitalinteressen dominiert und auf Herrschaftsabsicherung ausgerichtet sei. Ein solches System halten sie für grundsätzlich nicht reformierbar. Die tagespolitischen Aktivitäten linksextremistischer Vereinigungen sind deshalb in der Regel auf die Förderung des revolutionären Fernziels und die Erhaltung des revolutionären Spielraums ausgerichtet. Während marxistisch-leninistische Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) oder die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) der kommunistischen Partei in Hinsicht auf die angestrebte Revolution eine wesentliche Rolle im Sinne einer Avantgarde des revolutionären Subjekts, der Arbeiterklasse, zusprechen, halten es anarchistische Gruppierungen, die die Vereinbarkeit von Weg und Ziel propagieren, für möglich, auch auf diesem Wege das bestehende politische System zu überwinden.

Alle linksextremistischen Organisationen stimmen darin überein, dass ein solcher revolutionärer Umsturz ein internationales Zusammenwirken revolutionärer Kräfte erfordert (Internationalismus). Linksextremisten eint darüber hinaus der Glaube an die Utopie und Machbarkeit einer in sich be-

friedeten, klassenlosen Gesellschaft, die eine von Klassenkämpfen geprägte Geschichte zum Abschluss bringt und mit der kommunistischen Gesellschaft die höchste Stufe menschlichen Zusammenlebens erreicht.

Das Erscheinungsbild des Linksextremismus in Deutschland hat sich seit dem Zusammenbruch des von der Sowjetunion beherrschten kommunistischen Ostblocks stark gewandelt. Zwei Gründe sind hierfür ausschlaggebend: zum einen konnten linksextremistische Organisationen wie die DKP nicht mehr auf die bisherige von Seiten der DDR geleisteten massiven Unterstützungsleistungen zurückgreifen, was ihren Aktionsradius schlagartig einschränkte; zum anderen stellte der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch der Ostblockstaaten, das Scheitern des Modells des so genannten realen Sozialismus Linksextremisten vor erhebliche Orientierungs- und Legitimationsprobleme, da ihr Glaube an die Machbarkeit ihrer kommunistischen Utopie vielfach verloren ging. Linksextremistische Theoriemodelle verloren an Attraktivität, ein Entzauberungsprozess setzte ein.

Von diesem Paradigmenwechsel sind die linksextremistischen Organisationen bis heute gekennzeichnet, wie das Beispiel DKP am anschaulichsten demonstriert. Die DKP ist auf Bundes- und Landesebene überaltert, ihr Mitgliederstand stagniert – gemessen an früheren Mitgliederzahlen – auf niedrigem Niveau, eine ideologische Weiterentwicklung, die überzeugend auf die Veränderungen eingeht, ist nicht zu erkennen. Vergleichbares gilt für den Zustand der ebenfalls marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisationen MLPD und KPF, die in Niedersachsen mit kleinen Gruppen politisch-ideologisch überzeugter Mitglieder ein eher sektiererisches Randdasein führen. Der Tätigkeits- und Organisationsschwerpunkt der KPF liegt in den neuen Bundesländern, wo sie politische Resonanz bei in der DDR früher privilegierten Schichten findet. In Westdeutschland mit seiner andersgearteten Geschichte ist die KPF ähnlich unattraktiv wie die DKP, von der sie sich ideologisch nur geringfügig unterscheidet.

Unter den linksextremistischen Zusammenschlüssen tritt die auf 1.100 Mitglieder angewachsene trotzkistische Organisation Linksruck durch Aktivitäten besonders hervor. Sie hat sich von den sozialistischen Modellen der Sowjetunion und der DDR distanziert. In Niedersachsen verfügt Linksruck bislang nur über wenige Orts- und Hochschulgruppen, wobei Hannover den Aktionsschwerpunkt bildet. Auf Kundgebungen versucht die auf Außenwirkung bedachte Organisation Zustimmung bei anderen Linksextremisten zu finden.

Zu ihren Methoden gehört insbesondere die trotzkistische Taktik des Entrismus (gezielte Unterwanderung anderer Organisationen). Allerdings wird Linksruck dabei nicht überall akzeptiert, so dass derzeit noch nicht prognostiziert werden kann, ob die Organisation sich als dauerhafte Größe innerhalb des linksextremistischen Spektrums etablieren kann.

Eine Organisation mit starkem Niedersachsenbezug stellt die Rote Hilfe dar. 550 von 4.100 Mitgliedern leben in Niedersachsen. In Göttingen befinden sich der Sitz der Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der Publikation Die Rote Hilfe. Die Bedeutung der Roten Hilfe für das linksextremistische Spektrum liegt weniger im ideologischen Bereich als in ihrer Klammerfunktion über Organisationsgrenzen hinweg, indem sie das Gefühl linker Solidarität vermittelt.

Herausragende Erscheinung innerhalb des Linksextremismus sind nach

wie vor die Autonomen, die vom Umbruch in Osteuropa am wenigsten tangiert wurden, weil sie ideologisch nicht auf das Modell des so genannten Sozialismus fixiert waren. Im Gegensatz zu den kommunistischen Organisationen sind die Autonomen nach wie vor durch ihr erhebliches Gewaltpotenzial und ihre Militanz gekennzeichnet. Deutlich wurde dies – wenn auch in einem gegenüber früheren Jahren reduzierten Maß – bei den Protestaktionen, die im März und November die Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben begleiteten.

Mit den Castor-Transporten und dem Zwischenlager Gorleben findet der autonome Systemwiderstand nach wie vor ein konkretes Angriffsziel von exemplarischer Bedeutung. Niedersachsen rückt deshalb immer wieder ins Zentrum der von Autonomen gesuchten militanten Konfrontation mit dem „Atomstaat" und seinen Sicherheitskräften. Allerdings ist festzustellen, dass die Mobilisierungskraft der militanten Autonomen nachlässt. Der Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung und Zunahme der politischen Unterstützung für die notwendigen Transporte dürften zumindest auf Bundesebene eine demotivierende Wirkung entfalten. Als neues Themenfeld rückt für die militanten Autonomen auch die Anti-Globalisierungs-Bewegung in das Blickfeld ihres Interesses. Wie im Falle der Anti-Atom-Bewegung schließen sie sich nichtextremistischen Protestaktionen an. Zwar vermögen sie die Demonstrationen zahlenmäßig nicht zu dominieren, aber sie tragen auch hier zum Schaden eines demokratischen Anliegens in einem hohen Maß Militanz in die Aktionen.

Linksextremismus-Potenzial[31]

Bundesrepublik Deutschland	**2000**	**2001**
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten[32]	27.000	26.300
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten[33]	7.000	7.000
Summe	**34.000**	**33.300**
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	**33.500**	**32.900**

Niedersachsen[34]	**2000**	**2001**
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	465	465
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	680	670
Summe	**1.145**	**1.135**

[31] Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

[32] Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

[33] In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene" umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

[34] Die für den Bund eingefügten Fußnoten gelten entsprechend auch für Niedersachsen. Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von ca. 2 % wie beim Bund ist verzichtet worden.

Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Anhänger	2000	2001	
Bund:	7.000	7.000	
Niedersachsen:	680	670	
Publikationen			
Bund:	INTERIM, Berlin		(14-tägig)
Niedersachsen:	RAZZ, Hannover		(bis August monatlich, inzwischen eingestellt)
	EinSatz!, Göttingen		(unregelmäßig)
	göttinger Drucksache		(wöchentlich bis 14-tägig)
	Alhambra, Oldenburg		(monatlich)
	Fight back! Braunschweig		(unregelmäßig)

Autonome sind Anhänger einer Ideologie, die sich an anarchistische und kommunistische Theorien anlehnt. Sie orientieren sich an dem anarchistischen, undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung der 60er-Jahre und deren fundamentaler Kritik an der als kapitalistisch, imperialistisch und faschistisch bezeichneten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Kennzeichnend und namensgebend für die Autonomen war ihre radikale Kritik an dem bürokratischen Organisationsverständnis des Marxismus-Leninismus mit einer zentralistischen Partei als revolutionärer Avantgarde. Das Gesellschaftskonzept des Anarchismus mit seiner Vorstellung der Selbstorganisation des menschlichen Zusammenlebens anstelle staatlicher Ordnung und der Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft prägte die zentralen Begriffe Spontaneität, Autonomie der Lebensweise und Selbstorganisation der Unterdrückten. Mit der Ökologie- und der Anti-Atom-Bewegung entstanden im Zusammenhang mit dem Bedeutungsverlust dogmatischer linksextremistischer Ideologien Ende der 70er-Jahre undogmatische linksextremistische Gruppierungen mit autonomer Ausrichtung.

Die Autonomen verfügen über keine geschlossene Gesellschaftskonzeption, kein einheitliches Weltbild. Identitätsstiftend wirkt ein Grundgefühl von Antistaatlichkeit und das bewusste Ausscheren aus dem als kapitalistischen Verwertungsprozess empfundenen Gesellschaftssystem sowie die Gegnerschaft zum kapitalistischen System als Ursache aller gesellschaftlichen Missstände. Erst diese Gegnerschaft zum Staat und zum Kapitalismus wirkt integrierend auf die autonome Bewegung. Die Autonomen prägend sind neben anarchistischen („herrschaftsfreie Gesellschaft“) und anarcho-kommunistischen Ideologieelementen (Ablehnung jeden Privateigentums – „Alles gehört allen“) vor allem Kapitalismus- und Imperialismuskritik.

Aktions- und Themenfelder der Autonomen orientieren sich an den „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates, denen die Menschen im kapitalistischen

System ausgeliefert seien: Kampf gegen staatliche Repression, Kampf gegen Umstrukturierung, Antifaschismus, Antiimperialismus, Antimilitarismus sowie Antirassismus, Kampf gegen Patriarchat und sexuelle Unterdrückung. Nach Auffassung der Autonomen unterliegt der Mensch einer dreifachen Unterdrückung durch Kapitalismus, patriarchale Strukturen und Rassismus. Ein zentraler Ansatz in der autonomen Argumentation ist die Behauptung einer systembedingten sozialen Ungerechtigkeit. Ihre utopische Gesellschaftskonzeption fordert deshalb die Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen, die Schaffung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Autonome greifen Themenfelder auf, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden. Sie schließen sich häufig in ihren Aktionen an bereits bestehende gesellschaftliche Protestbewegungen an und versuchen diese für die Propagierung ihrer eigenen ideologischen Ziele zu instrumentalisieren. Diese Vorgehensweise führt zu einem eher aktionsbezogenen Extremismus, für den in den vergangenen Jahren insbesondere Themenfelder des gesellschaftlichen Protests wie EXPO, Atomenergie, Gentechnologie sowie die soziale Frage und die Asylthematik Ansatzpunkte für autonome Beeinflussung sowie teilweise militanten Widerstand gaben. Kennzeichnend für diesen anlassbezogenen Extremismus ist die Austauschbarkeit der Themenfelder sowie deren Stilisierung zum Symbol für das von den Autonomen abgelehnte System.

Die für die autonome Bewegung in den letzten Jahren zu konstatierende Mobilisierungsschwäche wurde insbesondere im Verlaufe ihrer Aktivitäten gegen die EXPO 2000 deutlich, die sich trotz mehrjähriger autonomer Diskussion zu keinem Kristallisationspunkt autonomer Aktivitäten entwickeln konnte. Auch das Themenfeld Anti-Castor, das mit den beiden Castor-Transporten im März und im November noch einmal Gelegenheit für die Mobilisierung der autonomen Bewegung hätte geben können, erwies sich als nur bedingt zugkräftig. Neben diesem Wegbrechen von autonomen Themenfeldern erwiesen sich insbesondere vielfältige staatliche Maßnahmen sowie gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus – im autonomen Verständnis „Staatsantifaschismus“ als Tendenzen, die dem autonomen Themenfeld Antifaschismus die ideologische Exklusivität nahmen. Die für das autonome Selbstverständnis elementaren Themenfelder wie Castor-Widerstand und Antifaschismus wurden von Protestbewegungen repräsentiert, denen sich Autonome mit ihren z. T. militanten Aktionen zwar teilweise anschlossen, die sie jedoch nicht dominieren konnten. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei dem Themenfeld Anti-Globalisierung ab, das sich zu einem neuen zentralen Betätigungsfeld für die Autonomen zu entwickeln beginnt. Auch in dieser Protestbewegung dominiert der von den Autonomen als bürgerlich geschmähte demokratische Protest, weshalb Autonome mit verstärkter Militanz in Erscheinung treten müssen, um sich innerhalb der Protestbewegung zu profilieren.

Die nach wie vor von einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gekennzeichneten Aktivitäten der Autonomen haben neben ihrer ideologischen Zielrichtung auch einen hohen Stellenwert, den der Zusammenhalt der Szene zu vermitteln. Die Mobilisierbarkeit der Anhänger lässt sich vielfach eher durch lebensweltbezogene, milieubedingte Aktionen erreichen, bei denen Militanz eine zentrale Rolle spielt. Die

ursprünglich von Autonomen befürwortete Abgrenzung von Gewalt gegen Personen gegenüber der Gewalt gegen Sachen wird zunehmend durchlässiger. An ihre Stelle tritt eine extensiv ausgelegte Unterscheidung von Gewalt gegen Beteiligte und Gewalt gegen Unbeteiligte. Aktueller Ausdruck für dieses Militanz ausdrücklich einbeziehende autonome Selbstverständnis ist das im November in der INTERIM veröffentlichte „militant manifesto" mit grundlegenden Thesen zur Notwendigkeit politischer Gewalt.

Für die Mobilisierungs- und Identitätskrise der Autonomen kennzeichnend ist neben dem Wegbrechen geeigneter Themenfelder das interne Diskussionsverhalten der Autonomen, das von Randproblemen wie der internen Sexismusdebatte über Monate überlagert wurde.

Autonome Organisierungsdebatte

Die Organisierungsdebatte der autonomen Szene geht zurück auf ein von der Göttinger Autonomen Antifa (M)[35] (AA[M]) bereits 1991 publiziertes Diskussionspapier, das die Grundlage für die von militant-autonomen Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet in Wuppertal 1992 gegründete „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) bildete.
Die AA(M) hatte in ihrem Papier bemängelt, dass die Unverbindlichkeit

autonomer Strukturen eine kontinuierliche „Theorie" und „Praxis" verhindere und Autonome damit zu einem bedeutungslosen Nischen- und Ghettodasein verdammt seien. Trotz grundsätzlicher Ablehnung hierarchischer und bürokratischer Strukturen folgte ein Teil des autonomen Spektrums der Auffassung, dass effektive politische Arbeit auf Dauer nur in einer stärker organisierten Bewegung möglich sei. Bei moderater Fluktuation blieb die Zahl der Mitgliedsgruppen der AA/BO über Jahre relativ konstant. Nach Austritten einzelner Gruppen im Jahr 2000 bestand die AA/BO zu Jahresbeginn nur noch aus sieben Gruppen – darunter aus Niedersachsen auch weiterhin die Göttinger AA(M) – sowie drei Gruppen mit „Beobachterstatus".

Die abnehmende Bedeutung der AA/BO – als zunächst bundesweit bedeutsamstes autonomes Organisierungsmodell – innerhalb der autonomen Szene war nicht zuletzt eine Antwort auf die allgemeine Mobilisierungsschwäche der Szene sowie auf das Wegbrechen geeigneter Themenfelder. Der revolutionäre Ansatz der Autonomen, die Überwindung des herrschenden Systems, ließ sich nicht in geeigneter Weise anhand der Themenfelder Kernenergie und Antifaschismus transportieren. In ein politisch-ideologisches Dilemma geriet die autonome Bewegung vor allem durch umfangreiche staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, die dem autonomen Antifaschismus-Kampf gegen den Rechtsextremismus die nur behauptete Exklusivität nahmen. So klagen Autonome seit längerem über „die Aneignung des Antifaschismus-Begriffs durch die bürgerliche Mitte". Der durch vielfältige staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entstandene „heuchlerische Staatsantifaschismus" erschwere

[35] Das M steht für das Treffen der Gruppe am Mittwoch.

es ihr zunehmend, sich als radikale, revolutionäre Linke zu positionieren und ihre konsequente Systemopposition zu verdeutlichen.

Die Identitätskrise der AA/BO wurde zusätzlich gefördert durch die Auswirkungen der so genannten „Sexismusdebatte“[36], die zu einem schwerwiegenden Verlust an Mitgliedsgruppen[37] und Akzeptanz der AA/BO in der Szene geführt hatte.

Nach dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung erhoffte man sich von der Durchführung eines bundesweiten Kongresses, der insbesondere als Diskussionsforum für die Erschließung neuer Themenfelder jenseits des für die autonome Szene bestimmenden Antifaschismus dienen sollte, die Trendwende. Die Auflösung der AA/BO erfolgte zu Beginn des Monats April und wurde auf dem „Antifa-Kongress 2001“ vom 20. bis 22. April in Göttingen bekannt gegeben. Zu dem Kongress, der von der örtlichen AA(M), der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und dem Leipziger autonomen Bündnis gegen Rechts (BgR) in Form von Diskussionen, Workshops und Vorträgen veranstaltet wurde, kamen mehr als 500 Teilnehmer. Mit der Ausweitung des Adressatenkreises vor allem in das Spektrum antirassistischer Gruppen hinein – gelang es den Initiatoren, diese hohe Teilnehmerzahl zu erreichen. Dennoch lieferte der Kongress keine konkreten Ergebnisse. Daher konzentrierte insbesondere die AA(M) ihre Erwartungen auf ein Folgetreffen im Juli in Leipzig, auf dem sich eine autonome Nachfolgeorganisation für die AA/BO konstituieren sollte. Im Vorfeld des Leipziger Treffens hatten die Göttinger erklärt, dass eine gemeinsame Organisation das praktische Fundament sein müsse. Sie sei *„der Weg zu einer antikapitalistischen Praxis, welche sich dem Gedanken der revolutionären Negation der bestehenden Verhältnisse“* auch weiterhin verpflichtet fühle (Internet-Veröffentlichung der AA[M], Mai 2001). Ein neues bundesweites Organisationsmodell, das seine Aktivitäten neben dem die autonome Szene nach wie vor einenden Themenfeld Antifaschismus auf die Felder Antirassismus und Anti-Globalisierung ausdehnt, konnte jedoch auch in Leipzig nicht verwirklicht werden.

Etwa zeitgleich mit dem Leipziger Treffen erschien die erste Ausgabe der bundesweit vertriebenen Schrift „Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität“, deren Redaktion sich aus Mitgliedern des autonomen „Bündnisses gegen Rechts Leipzig“ (BgR) sowie den ehemaligen Mitgliedsgruppen der AA/BO, der „Antifa Bonn/Rhein-Sieg“, der „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB) und der Göttinger AA(M) zusammensetzt. Als Herausgeber der „Phase 2“ fungiert der schon als Veranstalter des „Antifa-Kongresses 2001“ in Erscheinung getretene Göttinger „Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.“, ein Tarnverein der AA(M).

[36] Im Mittelpunkt der „Sexismusdebatte“ steht das Verhalten der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), die zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit der Göttinger AA(M) die Führungsrolle in der AA/BO einnahm. Der AAB wurde vorgeworfen, nicht entschieden genug gegen einen Vergewaltiger in den eigenen Reihen vorgegangen zu sein. Um die Heftigkeit der szeneinternen Auseinandersetzung nachvollziehen zu können, muss man sich vergegenwärtigen, dass sexistisches Verhalten als Ausprägung des Glaubens an die Höherwertigkeit des männlichen und der Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts für Autonome einer rassistischen Handlungsweise gleichwertig ist. Sexismus stellt für Autonome die institutionalisierte Form der Diskriminierung dar. Der Berliner Vorfall in den eigenen Reihen berührte daher deren weltanschauliches Selbstverständnis.

[37] U. a. verließ im Jahr 2000 mit dem Braunschweiger „Antifaschistischen Plenum“ die vorletzte niedersächsische Gruppierung die AA/BO.

Für die Redaktion der Zeitschrift ist die „Frage der nicht-parteiförmigen, linksradikalen Organisierung nicht abgeschlossen". Abgeschlossen sei „lediglich eine erste Phase". Hauptaufgabe sei, „die Diskussion über den Eintritt in Phase 2 zu organisieren". Der gewählte Name der Zeitschrift steht mithin für das Ziel, eine „neue linksradikale Organisation" zu schaffen. Die Bedeutung des Untertitels „Zeitschrift gegen die Realität" wird in der Erstausgabe erläutert:

„Will die Restlinke nicht in den Strudel von Verbesserungen der bürgerlichen Realität und Anpassung an diese geraten, muss sie sich jenseits des Kapitalismus verorten; ein Ort, den es Hier und Jetzt nicht geben kann und der durch Revolution erst zu schaffen wäre. Durch diese Zielsetzung ist das Abgleiten in den Reformismus und das Mitmachen in den gegebenen Verhältnissen ausgeschlossen."

Die an autonomen Argumentationsmustern ausgerichtete ideologische Ausrichtung der Zeitschrift kommt bereits in der Erstausgabe deutlich zum Ausdruck. Der beste Schutz gegen die Integrationskraft des Kapitalismus sei demnach die Radikalität:

„Nicht nur in der Form, der Militanz, sondern vor allem im Inhalt. Es wäre falsch, wenn ein linksradikaler Ansatz … seine eigentlichen Ziele verschweigt. Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer herrschaftsfreien, ausbeutungsfreien und klassenlosen Gesellschaft, mit einem Wort – Kommunismus. Das Mittel ist die soziale Revolution". („Phase 2", Ausgabe 1/01, Sommer 2001)

Bei ihrem Bemühen um einen neuen autonomen Organisierungsansatz sehen die Autoren der „Phase 2" den Antifaschismus auch weiterhin als „Politisierungsfeld und Anknüpfungspunkt" der Autonomen zur Beeinflussung der Protestbewegung auch für eine „Vermittlung grundsätzlicher Gesellschaftskritik". Vor dem Hintergrund der als „Staatsantifaschismus" bezeichneten staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus propagiert die „Phase 2" jedoch einen Schulterschluss mit antirassistisch ausgerichteten Gruppen[38]. Die „rassistischen Verhältnisse" gehörten „kritisiert, angegriffen, abgeschafft", die hierzu notwendigen Strategiediskussionen zu führen sei Aufgabe der Zeitschrift.

Deutlich wird bei den Bemühungen um eine organisatorische Erneuerung der Ansatz einer programmatischen und strategischen Neuformierung, die die stärkere Einbeziehung weiterer Themenfelder jenseits des autonomen Antifaschismus-Kampfes beinhaltet. Die Autoren der „Phase 2" sind der Ansicht, dass eine neue linksradikale Orientierung über die bloße Addition mehrerer Teilbereiche hinausgehen müsse. Skeptisch äußert sich die Göttinger Redaktionsgruppe zur Frage, ob die Beteiligung an Globalisierungsprotesten der richtige Weg für eine Neuorientierung sein könne:

„In ihrer Heterogenität bietet diese Bewegung nicht automatisch Anknüpfungspunkte. In welchem Rahmen die revolutionäre Linke dort antikapitalistische Politik vorantreiben kann, ist noch nicht auszumachen. In der Wartehaltung zu verharren ist aber ebenso falsch wie der

[38] Das Thema Antirassismus steht im autonomen Verständnis in einem engen ideologischen Zusammenhang mit dem Aktionsfeld Antifaschismus. Rassismus ist danach ein wesentliches Element der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten Gesellschaft. Dem Staat wird hierbei vorgeworfen, durch seine vermeintlich rassistische Grundausrichtung rechtsextremistische Strukturen zu fördern.

unkritische Bezug auf reformerische Ansätze."
(a. a. O.)

Obwohl die Zeitschrift Phase 2, anders als autonome Publikationen wie die Berliner INTERIM oder die Radikal im Allgemeinen um einen strafrechtlich unangreifbaren Inhalt bemüht ist, demonstriert sie offen ihre Sympathie für einen terroristischen Anschlag der Roten Armee Fraktion (RAF), indem der Erstausgabe ein „Abschiebeknast-Bastelbogen" beigefügt ist, der zusammengebaut ein Modell der JVA Weiterstadt darstellen soll. Die RAF hatte auf diese Haftanstalt im März 1993 einen schweren Sprengstoffanschlag verübt.

In der im Herbst erschienenen zweiten Ausgabe der „Phase 2", deren Auflage nach Angaben um 1.000 auf 3.000 Exemplare gesteigert wurde, gestand eine Göttinger „Organisierungs-AG" das Scheitern der Bemühungen ein.

Der Ansatz habe sich „ins Nichts" aufgelöst, bevor genauere Konturen entstehen konnten. Verantwortlich sei die Konzentration auf lokale, regionale Aktionen und Strukturen, wie sie sich seit Jahren in der Antifa-Bewegung entwickelt habe. Eine neue regionale Struktur, wie sie hier grundsätzlich kritisiert wird, hat sich mittlerweile – offenbar unter Federführung der ehemaligen Mitgliedsgruppe der AA/BO, der Autonomen Antifa Lüdenscheid – in Nordrhein-Westfalen gebildet. Die im Wesentlichen aus neun Gruppen bestehende „Red Community / NRW" geht ansonsten konform mit den Forderungen der Phase 2: *„Eine gesellschaftliche Relevanz erfährt unser Kampf erst, wenn er über das Thema Antifa hinausgeht und das auch nur in einem organisierten Rahmen".* Ohne diesen seien gesellschaftliche Veränderungen nicht möglich. Im Hinblick auf eine verstärkte Beteiligung an und Beeinflussung von Globalisierungsprotesten propagieren die Autoren der Phase 2, sich zur Abschaffung des Kapitalismus durch eine gewalttätige, revolutionäre Umwälzung zu organisieren und dafür tragfähige politische Strukturen zu schaffen:

„Wir sehen in den radikalen Tendenzen der ‚Antiglobalisierungsproteste' eine Chance, Antikapitalismus wieder als feste Größe im Spektrum kritischen Denkens und Handelns zu etablieren – trotz aller Schwierigkeiten, in eine Bewegung zu intervenieren, in der von sozialdemokratischen Positionen bis zu esoterisch angehauchtem Utopismus ziemlich vieles Platz findet … Für jene, die es mit der Abschaffung des Kapitalismus halten, ist klar, dass der Vorgang der Umwälzung, auch bekannt unter ‚Revolution', nicht ohne gewalttätige Auseinandersetzungen ablaufen wird … Längerfristig wird es nicht ausreichen, sich unverbindlich und spontan zu vernetzen, ohne haltbare

und auch politisch tragfähige Strukturen zu schaffen…"
(„Phase 2", Ausgabe 2/01, Herbst 2001)

Die Göttinger Redaktionsgruppe der Phase 2 besteht aus ihrer elitären, linksextremistischen Perspektive darauf, sich vom „Heer der Weltverbesserer und konstruktiven Mitstreiter der Globalisierungsbewegung" abzuheben. Autonomer Widerstand müsse sich als relevante Kraft an den Auseinandersetzungen beteiligen und dürfe nicht profillos daraus hervorgehen. An anderer Stelle wird nach den Ereignissen in Genua darauf verwiesen, dass die Göttinger AA(M)

„… mit den konstruktiven Teilen der GlobalisierungskritikerInnen nichts zu tun haben will, sondern dass es der Antifa darum gehen muss, mittels unvermittelbarer Militanz ihre Fundamentalopposition zum System, ihre Verweigerung von Verbesserungsvorschlägen deutlich zu machen."
(Phase 2, Ausgabe 2/01, Herbst 2001)

Medien der autonomen Szene

Autonome Linksextremisten nutzen ihre sowohl regional als auch überregional erscheinenden Publikationen als Mittel der Kommunikation untereinander sowie zur Propagierung ihrer politischen Ziele. Auch die Herstellung einer sog. „Gegenöffentlichkeit" soll durch diese Publikationen erreicht werden, da aus der Sicht der Autonomen die „bürgerlichen Medien" zumeist unzureichend und undifferenziert berichteten. In Niedersachsen besitzen diese Publikationen überwiegend nur regionale Bedeutung. Sie dienen insbesondere als Mobilisierungs- und Diskussionsforum für autonome Themenfelder, wie z. B. den Widerstand gegen Castor-Transporte oder die militärische Intervention in Afghanistan.

Weiterhin zunehmende Bedeutung besitzen das Internet sowie die Nutzung des Short-Message-Systems (SMS) zur Alarmierung und Information. Über eine Vielzahl von eigenen Internet-Homepages stellen sich autonome Gruppierungen einem breiten Publikum dar, wobei vor allem kurzfristige Aufrufe zu Demonstrationen eingestellt werden. Trefforte und Kontakttelefonnummern werden ebenso veröffentlicht wie Flugblätter und Stellungnahmen.

Die seit 1988 in Berlin wöchentlich erscheinende autonome Szenezeitschrift INTERIM nimmt unter den Druckschriften der Szene bundesweit unverändert eine führende Stellung ein. Bezüge nach Niedersachsen ergeben sich insbesondere durch Veröffentlichung einer Vielzahl von Beiträgen, die sich thematisch mit dem militanten Widerstand gegen Castor-Transporte beschäftigen. Neben Selbstbezichtigungen zu militanten Aktionen autonomer Castor-Gegner wurden u. a. Anleitungen zur Durchführung von Sabotageaktionen an Gleisanlagen veröffentlicht. In der INTERIM Nr. 521 vom 8. März wurden detaillierte Hinweise für die technische Durchführung und die erforderlichen Hilfsmittel für strafbare Aktionen wie das Heraustrennen von Schienenstücken und das Unterhöhlen der Gleise durch Entfernung des Gleisschotters veröffentlicht. Dem Beitrag war eine Karte des niedersächsischen Wendlandes beigefügt.

Dass sich Angehörige der autonomen Szene Berlin nicht nur an militanten Aktionen gegen Castor-Transporte im Wendland beteiligen, zeigt ein Bekennerschreiben „Autonomer Gruppen" in der INTERIM Nr. 537 vom 1. November. Unter der Überschrift „Kampf dem Castor heißt Kampf dem System" be-

zeichneten die unbekannten Autoren ihre in der Nacht zum 23. Oktober verübten Anschläge auf Bahnstrecken an verschiedenen Stellen Berlins als „Fortführung der Kampagne gegen die Atomindustrie und die involvierten Konzerne":

„Seit Jahren haben militante Gruppen mit … Angriffen auf die Deutsche Bahn, Siemens, RWE etc. deutlich gemacht, dass die Atomindustrie verwundbar ist … Außer einem Zähneknirschen beim ‚Konsens' hat die breite Ablehnung wenig Unterschiede zum alten Atomprogramm bewirkt … Gerade die Deutsche Bahn bietet sich als Profiteur von Castor-Transporten mit ihrer empfindlichen Infrastruktur als Ziel einer … Kampagne besonders an."

In einer in der INTERIM Nr. 529 vom 28. Juni veröffentlichten Erklärung thematisieren die Angehörigen einer „militanten gruppe" u. a. die Anwendung von Gewalt gegen Personen im Rahmen ihres politischen Kampfes.

Die Autoren beklagen die derzeitige Unfähigkeit der radikalen Linken, die Vorhaben der Herrschenden entscheidend zu stören. In der Zukunft gehe es darum, die Initiative wieder zurückzugewinnen. Dazu reichen nach Auffassung der Autoren die bisher eingesetzten Mittel offenbar nicht aus:

„Für uns als militante AktivistInnen steht eine Debatte um den Einsatz von weitergehenden Mitteln an; und zwar eine Debatte in alle erdenklichen Richtungen. Wir müssen die Ebene der reinen Proklamation von ‚revolutionären Ansprüchen' verlassen, wenn unsere militante Politik zu einem wirkungsvollen Faktor in der Konfrontation … werden soll."

Im Vorwort derselben Ausgabe zeigen die Verantwortlichen der INTERIM eine ambivalente Reaktion auf die von der „militanten gruppe" eingeforderte Diskussion: Die Forderung nach dem „Einsatz von weitergehenden Mitteln" sei in dieser Form „absolut ungenau und diffus, eher Ausdruck einer nachvollziehbaren Ohnmacht." Der Abdruck der Texte der „militanten gruppe" in der INTERIM stellt einen ersten Schritt in Hinblick auf die von den Autoren geforderte Diskussion um den Einsatz „weitergehender Mittel" dar. Innerhalb der autonomen Szene ist die Forderung der „militanten gruppe", auch militant gegen Personen vorzugehen, bisher nur bei einem geringen Teil auf Zustimmung gestoßen.

In eine ähnliche Richtung weisen Argumentationsmuster eines als „militant manifesto" in der INTERIM (Ausgabe Nr. 538 vom 15. November) veröffentlichten, thesenartig in zwölf Kernforderungen bzw. Grundsätzen abgefassten autonomen Diskussionspapiers zur „politischen Gewalt".

„Politische Gewalt ist nicht indifferent. Sie schließt eine Vielzahl von Möglichkeiten ein, vom aktiven zivilen Ungehorsam bis zu bewaffneten Aktionen … Die Anwendung politischer Gewalt bedeutet daher die Übernahme einer hohen Verantwortung für sich selbst wie für andere. Sie darf nie terroristisch, d. h. gegen Unbeteiligte gerichtet sein. Unbeteiligte sind für uns aber nicht diejenigen, die das Herrschaftssystem gewaltsam verteidigen, als Polizisten, Politiker oder Militärangehörige; ebensowenig diejenigen, die die Herrschaftsstrukturen noch verschärfen wollen, als Faschisten, Rassisten, Sexisten; und letztlich auch nicht die ‚oberen Zehntausend', die Menschheit und Natur in ihrem Privatbesitz wähnen."

(a. a. O.)

Damit wird der Begriff der „terroristischen Aktion" neu definiert. Als ihr Ziel formulieren die Autoren, die Herrschaft

von Menschen über Menschen zu beenden. Dazu bedürfte es langfristig einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Es gehe nicht um eine Teilhabe an der heutige Macht, sondern um deren Zersetzung.

Unmissverständlich stellen die Autoren die Anwendung politischer Gewalt als notwendige, aber nicht hinreichende Aktionsform politischen Handelns heraus, nicht als Selbstzweck, aber als taktisches Mittel im politischen Kampf. Die Autoren des „manifesto" fordern kategorisch die moralische und politische Vertretbarkeit gewaltsamer Aktionen ein. Handlungen müssten gemessen werden am „Respekt für das Leben und an der politischen Moral einer möglichen besseren Welt."

In Göttingen bildet die „göttinger Drucksache" das wichtigste Kommunikationsmedium der autonomen Szene. Die Zeitschrift veröffentlichte neben Beiträgen zu regionalen Themen- und Aktionsschwerpunkten auch Verhaltenshinweise bei konkreten Aktionen. In der Ausgabe Nr. 412 vom 2. November wurden unter der Überschrift „Wie halten wir den Castor diesmal in Göttingen auf?" taktische Hinweise zur Organisation in Kleingruppen veröffentlicht. Jede Kleingruppe brauche Fahrräder, Ortskenntnisse, Handy und Stadtplan. Die telefonische Vernetzung mit einer Infozentrale solle die Information über die jeweiligen Aktionsschwerpunkte an der Schienenstrecke sicherstellen.

Die noch in den vergangenen Jahren monatlich herausgegebene Göttinger Zeitschrift „Einsatz! Zeitung für autonome Politik", deren Herausgeber hinsichtlich der Diktion der Beiträge der Autonomen Antifa (M) zugerechnet werden können, erschien im Berichtszeitraum in unregelmäßigen Abständen.

Auf der Titelseite der Januar-Ausgabe („Globalisierung, EU und der Widerstand dagegen") kritisieren die Autoren die aus ihrer Sicht „rückwärtsgewandte" Ausrichtung des größten Teils der Anti-Globalisierungsbewegung auf das bestehende politische System. Auch wenn diese Bewegung nach den militanten Ausschreitungen gegen die WTO-Tagung in Seattle zu einer Projektionsfläche für viele geworden sei, die nach einer *„weltweiten, strömungsübergreifenden Bewegung gegen den globalen Kapitalismus"* suchten, seien dafür die inhaltlichen Ansatzpunkte nicht gegeben. Für die „Linke" werde jedoch in Aktionen gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel *„der Aufstand gegen die herrschenden Verhältnisse greifbar"*. Das lediglich sporadische Erscheinen der „Einsatz" im Berichtsjahr war u. a. zurückzuführen auf das Engagement der Autonomen Antifa (M) für eine Neuorganisierung der Szene, nachdem im April die Antifaschistische Aktion/Bundesweite

Organisation (AA/BO) aufgelöst worden war.

In Hannover stellte das autonome Szeneblatt „RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover" im August mit seiner 136. Ausgabe nach mehr als zwölf Jahren sein Erscheinen ein. Neben anhaltenden finanziellen Problemen gaben die Verantwortlichen im Vorwort der Juni-Ausgabe die mangelnde Unterstützung innerhalb der regionalen Szene für die notwendige „klandestine" Struktur des Szene-Blattes an:

„Wir fanden und finden es wichtig, linksradikale Zeitungen so zu organisieren, dass sie sich dem Überwachungs- und Verfolgungsinteresse des Staates möglichst weitgehend entziehen können. Das bedingt … eine konspirative Organisierung … Der für uns notwendige unterstützende Rahmen existiert nicht mehr in ausreichendem Maße."

(RAZZ, Nr. 134, Juni 2001)

Weitere Details wollten die Verfasser nicht preisgeben, um den „Repressionsorganen keine Infos in die Hände zu spielen." Für die Zukunft wünschten sie sich das Entstehen eines neuen Projektes, das von einer „politisch heterogenen Gruppe" getragen werden solle. Nach früheren Angaben der unbekannten Herausgeber war die RAZZ an mehr als 40 Orten in Hannover erhältlich und wurde an mehr als 90 Adressen im In- und Ausland verschickt.

Die Verantwortlichen der RAZZ – sie traten u. a. unter dem Pseudonym „Katharina STOCK („Kathi") auf – hatten bereits in der März-Ausgabe 2000 über finanzielle Schwierigkeiten geklagt – die monatlichen Kosten wurden mit ca. 1.800 DM angegeben. Die RAZZ hatte ihren thematischen Schwerpunkt in den vergangenen Jahren auf den militanten EXPO-Widerstand ausgerichtet und insbesondere Beiträge der dem autonomen Spektrum zuzuordnenden Anti-EXPO-AG aus Hannover veröffentlicht. Im Verlauf der EXPO 2000 entwickelte sich die RAZZ jedoch zu einem reinen Diskussionsforum, das in einer Art Nachlese die größtenteils ohne besondere Öffentlichkeitswirksamkeit verlaufenen Aktionen des EXPO-Widerstandes thematisierte.

Die letzten Ausgaben der RAZZ bestanden überwiegend aus dem Abdruck von Beiträgen anderer linksextremistischer Szenepublikationen. Sofern eigene Beiträge der hannoverschen autonomen Szene abgedruckt wurden, beschäftigten sich diese thematisch fast ausschließlich mit den Perspektiven autonomer Politik und dem Themenfeld Antifaschismus. Ein Nachfolgeprojekt für die RAZZ wurde bisher nicht realisiert. Seit der Einstellung der RAZZ erfolgen Veröffentlichungen der autonomen Szene Hannover über die Internet-Homepage der in diesem Jahr neu gegründeten Antifaschistischen Aktion Hannover.

Im Raum Oldenburg ist die nach dem gleichnamigen Kommunikationszentrum der regionalen Szene benannte Zeitschrift Alhambra das bekannteste Diskussionsforum. Nach Angaben im Impressum gehören zu den Unterstützern der Zeitung neben der Antifaschistischen Aktion Oldenburg und dem im Alhambra ansässigen Antifa-Café u. a. die DKP Oldenburg sowie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). Im vergangenen Jahr war der Anteil der von Oldenburger Linksextremisten veröffentlichten Beiträge rückläufig zugunsten des Abdrucks von Texten anderer Szenepublikationen. Einer der Alhambra-Schwerpunkte der vergangenen Jahre war unverändert die Berichterstattung über die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Gruppen in der Region. In der März-Ausgabe kün-

digten die Verantwortlichen der seit mehreren Jahren existierenden Rubrik „Antifa Aktuell – ein Projekt der Antifaschistischen Aktion Oldenburg" deren vorläufige Einstellung an mit der Begründung, nach über vier Jahren sei „die Luft raus".

Das Thema Antifaschismus besitzt für die Oldenburger Szene jedoch unveränderte Relevanz. In einem in der September-Ausgabe der Alhambra veröffentlichten Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration in Oldenburg richten sich die Verfasser gegen die seit Jahren von „FaschistInnen" praktizierte Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten wie u. a. Obdachlosen, Punks und „links aussehenden Menschen". Der Aufruf endet mit der Parole *„Faschismus angreifen – immer und überall! Den Nazis die Straße nehmen!"*

In der Region Braunschweig stellt die vorübergehend auch im Internet eingestellte Publikation Fight Back! – Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig – ein zentrales Kommunikationsmedium der linksextremistischen Szene dar. Eigenen Angaben zufolge wird die Zeitschrift, die dem Antifaschistischen Plenum/Jugendantifa Aktion (AP/JAA) zugerechnet werden kann, kostenlos an Schulen, Jugendzentren und Kneipen verteilt. Fight Back! erschien im vergangenen Jahr lediglich bis zum Juli mit drei Ausgaben, bei denen Antirassismus und Antifaschismus im Mittelpunkt standen.

Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus

Der militante Antifaschismus hat in der autonomen Szene nach wie vor eine herausgehobene Bedeutung. Als Feindbilder gelten nicht nur alle rechtsextremistischen organisierten Bestrebungen, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland selbst. Der freiheitliche Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland und die Gesellschaft werden in einer angeblich ungebrochenen faschistischen Tradition mit dem NS-Staat gesehen, dessen ökonomische und politische Strukturen erhalten geblieben und weiterentwickelt worden seien. Autonome Zusammenschlüsse nutzen die berechtigte öffentliche Empörung über rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten für eigene politische Ziele. Sie versuchen nachzuweisen, dass der Rechtsextremismus ein notwendiges, ein unausweichliches Merkmal der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik darstelle, und sprechen dem als faschistisch und rassistisch charakterisierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland die Fähigkeit ab, Rechtsextremismus erfolgreich bekämpfen zu können. Über die politische Instrumentalisierbarkeit hinaus erfüllt der autonome antifaschistische Kampf eine wichtige

organisationsinterne Funktion: er ist für den Zusammenhalt des autonomen Spektrums von herausragender Bedeutung. Die von einem „revolutionären Antifaschismus“ geprägten Aktionen der Autonomen konzentrieren sich nicht nur auf rechtsextremistische Strukturen, sondern auch auf das diese Strukturen angeblich fördernde kapitalistische System. So formuliert die Autonome Antifa (M) als Zielsetzung in ihrer im Internet verbreiteten Selbstdarstellung, dass antifaschistische Politik, die sich ausschließlich auf einzelne Nazis oder faschistische Organisationen richte, nur begrenzt Erfolg haben könne. Vielmehr müsse sie die Wurzeln des Faschismus, die im kapitalistischen Verwertungssystem angelegt seien, beseitigen.

Ein im Mai von der militanten AA(M) verbreitetes Flugblatt für eine Demonstration gegen die NPD am 16. Juni in Göttingen verdeutlichte das linksextremistische Verständnis von Antifaschismus, in dem keine Grenzen zwischen den zu bekämpfenden rechtsextremistischen Gruppierungen und dem demokratischen Rechtsstaat existieren:

„Demokratie und Faschismus unterscheiden sich in der Umsetzung des nationalen Wohls nur in der Wahl der Mittel; im gemeinsamen Ursprung aus der kapitalistischen Vergesellschaftung besteht ihre Wesensverwandtschaft. Für die radikale Linke heißt das, daß ihr Gegner – unabhängig vom Kampf gegen Nazis oder der Auseinandersetzung mit demokratischen Rassisten – immer diese Gesellschaft als Ganzes ist. Ein Ende des bürgerlichen Wahnsinns, von dem auch der Rassismus nur Symptom ist, ist nur durch ihre Abschaffung möglich.“

In der Februarausgabe der hannoverschen Szenepublikation RAZZ wird die direkte Konfrontation mit Rechtsextremisten als wesentlicher Bestandteil des autonomen Antifaschismuskampfes bezeichnet. Nach Auffassung einer „militanten Gruppe“ müsse Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat in Staat und Gesellschaft bekämpft werden, da „rechte Aktionen und Parolen nicht im Vakuum“ entstünden. Gleichzeitig müsse man „den Nazis“ jedoch dort mit Militanz entgegentreten, wo ihre Anziehungskraft am stärksten sei:

„Konzerte müssen gestört, Aufmärsche blockiert und Zentren angegriffen werden. Im weiteren Sinne gehören dazu auch Aktionen gegen Kader und kontinuierlich agierende Anhänger. Angriffe auf Wohnungen und Fahrzeuge und (wenn durchführbar und Unbeteiligte nicht gefährdet werden) auf Personen dienen der Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und sind zugleich Ein- und Angriffe gegen ihr nazistisches Weltbild. Nazis angreifen. Kampf dem rassistischen Normalzustand.“

(RAZZ, Nr. 130, Februar 2001)

Die Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Rechtsextremisten verdeutlichen deren wechselseitige Verachtung. Auch im Jahr 2001 kam es wieder zu militanten Auseinandersetzungen von Autonomen mit Rechtsextremisten.

Im August wurde eine Gruppe von NPD-Funktionären, die Unterlagen für die Teilnahme an den Kommunalwahlen einreichen wollten, vor dem Göttinger Kreishaus massiv beschimpft. Im Landkreis Göttingen wurden nahezu sämtliche ausgehängte NPD-Wahlplakate entfernt. Am 1. September wurden NPD-Anhänger, die zuvor einen Informationsstand in der Oldenburger Innenstadt betrieben hatten, von 40 vermummten Personen mit rohen Eiern beworfen. Eine Woche später verschafften sich Autonome im Anschluss an eine Demonstration gegen Rechtsextre-

mismus Zugang zum Oldenburger NPD-Wahlkreisbüro, verstreuten dort vorgefundene Broschüren auf der Straße und den anliegenden Grundstücken und setzten sie zum Teil in Brand.

Eine übliche, von Autonomen offen propagierte Taktik ist es, im Rahmen von Bündnisdemonstrationen aus dem Schutz demokratischer Proteste heraus in Kleingruppen militant gegen den rechtsextremistischen Gegner vorzugehen. Konnte sich das autonome Spektrum bisher damit rühmen, auch durch militante Auseinandersetzungen maßgeblich zu den Verboten von rechtsextremistischen Demonstrationen beigetragen zu haben, weil die Versammlungsbehörden u. a. wegen drohender Konfrontationen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sahen, zeichnete sich in der Jahresmitte ein Umschwung ab. In Anbetracht der nunmehr nach positiven gerichtlichen Entscheidungen möglichen Kundgebungen der Rechtsextremisten war auf autonomer Seite eine gesteigerte Gewaltbereitschaft zu verzeichnen. Beispielhaft dafür stehen die Demonstrationen in Göttingen am 16. Juni sowie in Oldenburg am 27. Oktober.

Der von Autonomen so bezeichnete „Fahndungsantifaschismus" ist durch die systematische Ausspähung von Rechtsextremisten gekennzeichnet. Die Ergebnisse so genannter Antifa-Recherchen werden zur Erstellung von Steckbriefen genutzt. Die „göttinger Drucksache" beispielsweise machte in ihrer Ausgabe vom 17. August neben Namen und Anschrift auch die bisherigen Aktivitäten von NPD-Kandidaten zur Kommunalwahl bekannt. Die Veröffentlichung unter ausdrücklicher Benennung der Adresse der Kandidaten war auch als Aufforderung an die autonome Szene zu verstehen, militante Aktionen durchzuführen. Auch in der u. a. von Göttinger Autonomen im Sommer herausgegebenen Broschüre „16/06/GÖ Reader gegen den Naziaufmarsch"[39] wurden im Rahmen einer Dokumentation über den Werdegang rechtsextremistischer Organisationen zahlreiche Fotos von regional als auch überörtlich bekannten Rechtsextremisten veröffentlicht. Die Broschüre schließt mit dem Slogan: „Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!" und stellt damit eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen dar.

Die militante Form dieser „antifaschistischen Selbsthilfe" wird von Teilen der autonomen Bewegung als unzureichend kritisiert, da diese Form der blinden Militanz eher für eine „perspektivlose und realitätsferne politik der deutschen antifa" stehe. In einem in der INTERIM vom 29. November veröffentlichten Beitrag kritisieren die Autoren einen Vorfall antifaschistischen Übereifers, in dem irrtümlich zwei Homosexuelle in vermeintlichem „Skinhead-Look" Opfer eines antifaschistisch motivierten Angriffs wurden:

„… antifa-action als letzte bastion aller, deren politische analyse sich auf den eigenen und den dresscode des vermeintlichen feindes beschränkt. Hier kann man(n) noch einmal so richtig zuschlagen und das auch noch für's gute gewissen. … den faschis-

[39] Die Bezeichnung steht für den 16. 6. 2001, an dem eine Demonstration gegen eine NPD-Demonstration in Göttingen stattfand.

mus zumindest hat man(n) nicht besiegt und das kapital macht weiter. … das was zählt, ist und bleibt die analyse bestehender herrschaftsverhältnisse und die daraus abgeleitete Praxis."
(INTERIM, Nr. 539, 29. 11. 2001)

Nicht zuletzt angesichts der vielfältigen staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wie insbesondere dem beantragten NPD-Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht sieht sich die autonome Szene mit der schwindenden Attraktivität ihres zentralen Aktionsfeldes Antifaschismus konfrontiert. Antifaschismus als Ansatzpunkt zur Vermittlung antikapitalistischer und systemgegnerischer Positionen wird von staatlichem und gesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus zunehmend überlagert. Der Beitrag „Das Projekt Antifa" aus der Leipziger autonomen Szenepublikation Klarofix (Nr. 1/2001) beschreibt die Verunsicherung, die sich innerhalb der autonomen Szene breit macht, seit die Bundesregierung die *„Gegnerschaft zur NPD und anderen Naziglatzen aus einem autonomen in ein staatliches Projekt verwandelt"* habe. Die Verfasser folgern daraus, dass die gesellschaftlichen Ursachen für das Entstehen von Rechtsextremismus – nach Auffassung von Autonomen das kapitalistische System – stärker in den Vordergrund der politischen Agitation zu stellen sei.

Eine „militante Gruppe" verdeutlichte im Februar in der hannoverschen autonomen Szenepublikation RAZZ Nr. 130, was aus autonomer Sicht von dem als „antifaschistisches Sommertheater" herabgewürdigten staatlichen Engagement gegen Rechtsextremismus zu halten ist. Aus ihrer Perspektive nutzt der Staat seine Maßnahmen gegen Rechtsextremismus als Vorwand, um seinen „Repressionsapparat" auf faschistische Art und Weise zur Unterdrückung „fortschrittlicher" Kräfte einzusetzen:

„Unter dem Label ‚gegen Rechts' wird eine Politik des starken Staates und der ‚Inneren Sicherheit' praktiziert, die sich in Einschränkungen des Demonstrationsrechts, Verboten, verschärfter Videoüberwachung in den Innenstädten und polizeilichen ‚Störer'-Dateien ausdrückt. Diese Maßnahmen werden verschiedene gesellschaftliche Gruppen treffen und nur zu einem kleinen Teil die Neonaziszene. Wenn letztere aktuell ‚Argumente statt Verbote' (NPD-Slogan) herbeijammert, kann das nicht verwischen, daß der Weg zum totalitären Überwachungsstaat schon immer Bestandteil faschistischer Weltanschauung war."
(RAZZ, Nr. 130, Februar 2001)

In dem Beitrag „Eine Schwalbe macht noch keinen (Antifa-)Sommer" der Broschüre „16/06/GÖ Reader gegen den Naziaufmarsch" wird die Auffassung vertreten, dass gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus

lediglich an Symptomen kuriere, um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zu gefährden. Es müsse jedoch darum gehen, die grundlegenden Strukturen aufzudecken und anzugehen. Dazu gehöre auch, die „Bindeglieder und Gemeinsamkeiten von FaschistInnen und DemokratInnen bezüglich Ideologie und Praxis aufzudecken und anzugreifen".

Das Thema Antirassismus ist in den Mittelpunkt der Agitation der autonomen Szene gerückt. Die Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus stehen im ideologischen Verständnis der Autonomen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Ursachen für Rassismus werden gleichfalls nach autonomer Ideologie in der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft gesehen. Dem demokratischen Rechtsstaat wird hierbei vorgeworfen, durch seine vermeintlich rassistische Grundausrichtung rechtsextremistische Strukturen zu fördern. Die AA(M) agitierte im Sinne dieser autonomen Doktrin des angeblich staatlich institutionalisierten Rassismus im Mai in dem Flugblatt gegen den NPD-Aufmarsch am 16. Juni:

„Völkische Ideologie, Antisemitismus und Rassismus entstehen nicht aus dem Nichts, quasi als angeborener Hass gegen das ‚Fremde', sondern sind notwendige kapitalistische Denkformen. Vergleicht man die Analysen des demokratischen Rassismus und seines völkischen Gegenparts, erkennt man, dass die Unterschiede zwischen beiden nur graduell sind. Der völkische ist konsequenter, der demokratische kann flexibler auf die wechselnden Anforderungen des Marktes reagieren. Beiden ist gemein, dass sie sich auf die Nation berufen, deren Wohl alles sei. Beide sehen in MigrantInnen eine Bedrohung dieses Wohls und beide sind bereit, diese vermeintliche Bedrohung unter Anwendung von Gewalt abzuwenden. Die eine Variante bedient sich der Form Abschiebung, die andere der des offenen Terrors."

Die Ausländer- und Asylpolitik wird als rassistische Ausgrenzungspolitik diffamiert, die wiederum den Nährboden für den „bürgerlichen Rassismus" bilde. In der autonomen Publikation INTERIM wird unter der Überschrift „Rassistische Verhältnisse bekämpfen!" die Ideologie eines vermeintlich in den gesetzlichen Strukturen angelegten Rassismus deutlich, der das demokratisch legitimierte Asylverfahrensgesetz sowie das Asylbewerberleistungsgesetz als rassistische Gesetze diffamiert:

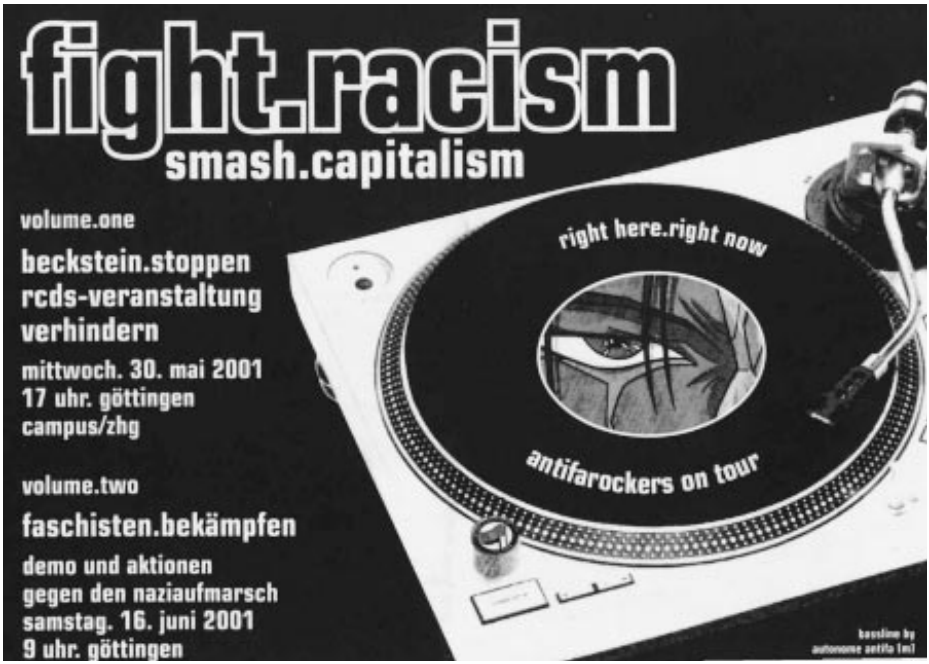
„Es findet so eine Verzahnung von staatlichen, zivil-gesellschaftlichen und individuellen rassistischen Strukturen statt, die auf eine bessere Ausbeutung, Kontrolle und Marginalisierung von Minderheiten gerichtet ist. Die Funktion des Rassismus für die Verwertungslogik des Kapitals wird hier mehr als deutlich, wenn die Differenzierung in ‚gute', also verwertbare, und ‚schlechte', sprich überflüssige AusländerInnen beachtet wird."

(INTERIM, Nr. 525, 3. 5. 2001)

Der Beitrag endet mit dem Aufruf:

„Solidarität mit den Flüchtlingen! Weg mit der Residenzpflicht! Bildet Banden und seid subversiv! Auf allen Ebenen und mit allen Mitteln, ob bunt oder militant, wichtig ist der Widerstand!".

Die Aktivitäten der Autonomen richten sich nicht allein gegen die Bundesregierung als Verantwortliche für die als rassistisches Sonderrecht bezeichnete Ausländergesetzgebung. Angriffsziele boten ebenso Unternehmen, die aus autonomer Sicht einen wirtschaftlichen Nutzen aus der als



rassistisch bezeichneten Asylpolitik zögen.

In diesem thematischen Kontext durchgeführte Aktionen gegen die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber richteten sich gegen die Lufthansa AG. Mit der Durchführung der Abschiebeflüge mache sich das Unternehmen zum Handlanger und Profiteur des „staatlichen Rassismus". In einer Kampagne wurde unter Beteiligung von niedersächsischen Autonomen dazu aufgefordert, während der Aktionärsversammlung der Lufthansa AG deren Internetportal mit der massenhaften Versendung von E-Mails zu blockieren. Die Aktion führte lediglich zu einer kurzfristigen Störung der Homepage. In der im Juni u. a. von der Initiative Libertad! produzierten Publikation „deportation.class" hieß es:

„Wenn Konzerne, die an Abschiebungen Geld verdienen, ihre grössten Filialen im Internet aufbauen, muss man genau dort demonstrieren. Ecommerce? Wir können auch e-Protest."

Linksextremistische Aktivitäten gegen das „Geschäft mit der staatlichen Abschiebemaschinerie" umfassten nicht zuletzt auch Anschläge. Die göttinger Drucksache Nr. 400 vom 15. Juni dokumentierte die Selbstbezichtigung einer „kämpfenden gruppe ‚Kola Bankole'"[40], die einen fehlgeschlagenen Brandanschlag auf ein Fahrzeug des Bundesgrenzschutzes in Göttingen verübte. Der Angriff sei gegen den BGS als ausführendes Organ des „staatlichen Rassismus", als „Teil der staatlichen Abschiebemaschinerie" gerichtet gewesen. Eine Gruppe „dr. zdavko nikolov dimitroff"[41] bezichtigte sich in der

[40] Der nigerianische Asylbewerber Kola Bankole starb 1994 bei seiner Abschiebung.

[41] Dr. Zdravko Nikolov Dimitroff wurde am 10. 12. 1999 in Braunschweig bei dem Versuch, ihn in Abschiebehaft zu nehmen, in Notwehr erschossen.

INTERIM Nr. 526 vom 17. Mai, in Berlin die Reifen eines LKW zerstochen zu haben. Die betroffene Firma sei am Bau eines „Abschiebeknastes" beteiligt gewesen und damit für das Leid der dort inhaftierten Menschen verantwortlich. Seit Jahren verdienten Unternehmen wie das Deutsche Rote Kreuz, verschiedene Lebensmittelketten sowie die Lufthansa und andere am „staatlichen Terror gegen Migranten". Gleichzeitig seien sie das schwächste, am besten angreifbare Glied in der rassistischen Maschinerie:

„… durch beharrlichen widerstand können sie zum ausstieg aus dem scheiß geschäft … gezwungen werden. alle aufgezählten unternehmen haben diverse adressen in berlin und viele sind auch bundesweit zu treffen. ein blick ins branchenbuch genügt…"

(INTERIM, Nr. 526 vom 17. Mai 2001)

Einen weiteren Schwerpunkt des Widerstandes gegen die demokratisch legitimierte Ausländer- und Asylpolitik bildete die Agitation gegen die Greencard-Regelung für besonders qualifizierte ausländische Arbeitskräfte. Sie wurde als Ausdruck einer ausschließlich an der kapitalistischen Verwertungslogik orientierten Ausländerpolitik diffamiert:

„Der Verwertungsrassismus bedient die objektiven Notwendigkeiten, mit denen sich ein moderner bürgerlicher Nationalstaat abgeben muss, wenn er den Anschluss im ‚Krieg der Standorte' nicht verlieren will … : ‚Ausländer, die uns nützen'. Das Kriterium, anhand dessen diese Nützlichkeit festgestellt wird, ist die Verwertbarkeit für die deutsche Nationalökonomie … Mit Menschenfreundlichkeit hat das nichts zu tun, sondern allein mit schnöder Ausbeutung von Arbeitskraft für das Kapital."

(Beitrag „Verwertungswahn und völkische Rhetorik" aus der Broschüre „fight rassism – smash capitalism" der AA[M])

Auch die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September wurden von Autonomen genutzt, antikapitalistische und antirassistische Positionen zu transportieren. Die Reaktionen der autonomen Szene zeichneten sich durch einen antiimperialistischen Antiamerikanismus aus. Die Terrorakte wurden als zwangsläufige Folge des von den USA dominierten weltpolitischen Systems dargestellt und die Auswirkungen der Anschläge mit dem Hinweis auf andere, dem „US-Imperialismus" zugeschriebene Opfer der Vergangenheit relativiert. Die AA(M) vertrat in dem im Oktober verbreiteten Flugblatt „war is coming home" die These, dass die Gewalt im Kapitalismus begründet liege. Die hoch entwickelten Industrienationen organisierten durch Wirtschafts- und Militärbündnisse Gewalt und Terror, um ihre Weltordnung durchzusetzen. Humanitäre oder emanzipatorische Werte spielten lediglich vordergründig eine Rolle. Die Durchsetzung von Grundrechten wie Freiheit, Gleichheit und Privateigentum diene lediglich dem freien Markt, der wiederum die Grundlage von Ausbeutung und Unterdrückung in den Entwicklungsländern bilde und deren Bevölkerung mangels Teilhabe am Wohlstand ausgrenze.

Aus Protest gegen die militärischen Gegenschläge der NATO in Afghanistan zerstörten in der Nacht des 8. Oktober 40 teils vermummte Autonome zehn Schaufensterscheiben in der Göttinger Innenstadt. In der November-Ausgabe der autonomen Göttinger Szenepublikation EinSatz! wurde die wahllose Zerstörung als gewollt destruktiv dargestellt. Die Täter entzögen sich damit

dem konstruktiven Dialog, missachteten das Gewaltmonopol des Staates und verließen so den nationalen Konsens. Die Verfasser des Artikels bezeichneten die so genannte „Scherbendemo" als gelungenen Start in das 21. Jahrhundert, der auch der Göttinger Linken eine neue Dynamik verleihen sollte.

Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus

Ein zunehmend an Bedeutung gewinnendes Aktionsfeld von Linksextremisten stellt der Kampf gegen Globalisierung und Neoliberalismus dar. Dabei bilden insbesondere Demonstrationen gegen die weltweite Globalisierung seit den militanten Ausschreitungen anlässlich der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im November 1999 in Seattle den Kristallisationspunkt einer sich weltweit formierenden heterogenen Protestbewegung. Sie eint der Widerstand gegen die behauptete weltumspannende Ausbreitung einer sozial deregulierten Wirtschaftsordnung und die dadurch bedingte Verschärfung der Armut. Bei den vielfältigen Protesten gegen Gipfelkonferenzen[42] der Europäischen Union (EU), des

[42] An den Protesten gegen die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 30. November bis 3. Dezember 1999 in Seattle/USA beteiligten sich insgesamt 50.000 Demonstranten. Etwa 1.000 Menschen protestierten vom 27. Januar bis 1. Februar 2000 in Davos/Schweiz gegen das Weltwirtschaftsforum. Gegen die Frühjahrstagung von Weltbank und IWF vom 16.–18. April 2000 in Washington/USA demonstrierten 10.000 Globalisierungsgegner. In Prag/Tschechische Republik demonstrierten am 26. und 27. September 2000 etwa 9.000 Menschen gegen die Jahrestagung der Weltbank und des IWF. An Protestaktionen gegen den EU-Gipfel in Nizza vom 7.–10. Dezember 2000 beteiligten sich etwa 60.000 Globalisierungsgegner. Etwa 25.000 Demonstranten führten vom 20.–23. April 2001 Protestkundgebungen gegen den Wirtschaftsgipfel 34 amerikanischer Staaten in Quebec/Kanada durch.

Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die jährlichen Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8-Gipfel) gelten die führenden Industriestaaten sowie supranationale Einrichtungen wie IWF und Weltbank als Sinnbild des weltweiten Kapitalismus. Tagungen dieser Organisationen werden seit Seattle weltweit regelmäßig von teilweise gewalttätigen Protestaktionen begleitet.

Das Spektrum dieser „Anti-Globalisierungsbewegung" stellt sich als sehr vielfältig dar und reicht von autonomen Zusammenschlüssen und Anarchisten über Trotzkisten des „Linksruck-Netzwerkes" bis zu demokratischen Organisationen und Gewerkschaften. Das öffentliche Erscheinungsbild dominieren dabei die zahlenmäßig in der Minderheit befindlichen militanten Globalisierungsgegner mit ihren gewalttätigen Aktionen.

Linksextremisten kritisieren im Rahmen ihres Engagements gegen die weltweite Globalisierung insbesondere die Dominanz eines wirtschaftlichen Rationalitätsprozesses, dem politische Entscheidungen untergeordnet seien (Neoliberalismus). Diese politische Bewertung, die bei der Mehrheit der Demonstranten nicht mit einer Ablehnung des demokratischen Systems verbunden ist, bietet linksextremistischen Kapitalismuskritikern einen ideologischen Ansatzpunkt zum Schulterschluss. Von der Mehrheit der Protestbewegung unterscheidet sie, dass sie das politische System als von der Verwertungslogik des Kapitals bestimmt betrachten. Aus ihrer Sicht ist eine ursächliche Bekämpfung des Neoliberalismus innerhalb dieses Systems nicht möglich.

Den medienwirksamen Auftakt der szeneintern auch als „Gipfelevents" bezeichneten Veranstaltungen bildete im Berichtszeitraum der EU-Gipfel am 15. und 16. Juni in Göteborg/Schweden, in dessen Verlauf es aus Gegendemonstrationen heraus zu schweren gewalttätigen Ausschreitungen kam. Aus einer Menge von 20.000 Demonstranten heraus beteiligten sich daran bis zu 1.000 militante Globalisierungsgegner verschiedener Nationalitäten.

Die gewalttätigen Protestaktionen in Göteborg verstärkten die Mobilisierungsbereitschaft innerhalb der linksextremistischen Szene für militante Aktionen gegen das Treffen der G8-Staaten vom 20. bis 22. Juli in Genua/Italien. Bereits im Vorfeld dieses Gipfeltreffens wurde von der linksextremistischen Szene eine Vielzahl von Aufrufen zur Militanz im Rahmen der für Genua geplanten Protestaktionen veröffentlicht. Die Göttinger Gruppierung „Schöner Leben – Initiative zur Überwindung des Kapitalismus" äußerte sich in der zum Gipfeltreffen veröffentlichten Zeitung „Göttinger Bewegungsmelder – Beiträge zur Überwindung von Herrschaftsverhältnissen" zu den Zielen ihres Engagements. Der Gipfel diene als Anlass, *„kreativ, entschlossen und öffentlichkeitswirksam gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse zu protestieren"*. Für die Göttinger Gruppierung symbolisiert der Gipfel die bekämpften kapitalistischen Strukturen:

„Der Gipfel steht für die … strukturell verfestigte … gewalttätig und geschickt verteidigte Herrschaft über das Leben der Menschen. Er ist damit eine illegitime Zusammenkunft … Wir streben eine andere, Markt und Macht überwindende, Entwicklungslogik der menschlichen Gesellschaft an…"

Nach Auffassung der Gruppierung behindert die bestehende ökonomische, politische und soziale Ordnung die kurzfristige Umsetzung ihrer Ziele, die

sich *„gegen rassistische Flüchtlingspolitik, Zwangsmaßnahmen zur Lohnarbeit oder ausbeutende Welthandelsstrukturen"* richten, die sie massiv und öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck bringen. Die Überwindung des Kapitalismus ist für die Autoren ein „Kampfprozess", zu dem die fortdauernde Aufdeckung struktureller Ausbeutung und Unterdrückung gehöre.

Auch die AA(M) rief in einem im Juli veröffentlichten Internetbeitrag zur Teilnahme an den Gipfelprotesten auf. Es gehe nicht darum, einen reformistischen „netteren Kapitalismus", sondern eine gemeinsame linke Perspektive zu fordern, die die *„gegenseitige Bedingtheit von Staat und Kapital aufzeigt und angreift – mit dem Ziel ihrer Abschaffung."*

Die Aktionen gegen das Treffen in Genua erreichten die sich bereits im Vorfeld abzeichnende Intensität. Am 20. Juli kam es zu schweren, gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Gipfelgegnern und Sicherheitskräften. Zahlreiche Menschen wurden verletzt. Ein italienischer Globalisierungsgegner wurde von der Polizei in einer Notwehrsituation erschossen. Sein Tod hatte weltweite Protestaktionen zur Folge, an denen sich auch eine Vielzahl von Linksextremisten beteiligte. In Niedersachsen fanden überwiegend friedliche Demonstrationen statt, an denen jeweils bis zu 100 Personen in Göttingen, Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Oldenburg und Goslar teilnahmen.

Infolge der Ereignisse in Genua wurde innerhalb der linsextremistischen Szene Militanz im Rahmen derartiger Protestaktionen diskutiert. Im Vorwort einer Ausgabe der Berliner Publikation INTERIM, die Ende Juli unter der Bezeichnung „INTERUPT – Sonderausgabe zum Genua-Gipfel" erschien, sprechen sich die Autoren zwar für gemeinsame Aktionen mit dem nicht-militanten Teil der Anti-Globalisierungsbewegung aus, betonen aber gleichwohl die aus ihrer Sicht zentrale Bedeutung von Militanz, die strategische Funktion autonomer Gewalt:

„Nicht zuletzt durch militante Proteste, auch durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Spektren des Globalisierungswiderstandes wird immer mehr Menschen auf dieser Welt klar, daß Armut kein Schicksal ist, sondern von kapitalistischen Profitinteressen garantiert und fortgeschrieben wird … Für uns hat Gewalt eine strategische Funktion. Der Genua-Gipfel wäre nie, niemals so unter (politischen) Druck geraten, wenn es nicht das militante Drohpotenzial gegeben hätte, wenn nicht vorher Göteborg gewesen wäre. Die G8 wären nie so ins Rampenlicht gerückt, wenn nicht der Gipfel von Seattle gesprengt worden wäre."

Die AA(M) unterstreicht in einem Flugblatt vom Juli unter der Überschrift

„ASSASSINI!“ (Mörder) die revolutionäre Bedeutung des Einsatzes von Militanz zur Abschaffung des Kapitalismus:

„Ob Banken, Autos, Geschäfte oder die Polizei: Sie anzugreifen ist für die Individuen ein Vorgeschmack auf Revolte und steht in der Öffentlichkeit als ein Ausdruck, der … allein durch seine rein negative Ausstrahlung die radikale Kritik an den Verhältnissen vermittelt. Radikale Kritik ist immer destruktiv … Der militante und somit negative Ausdruck in Genua war für die linksradikale Bewegung ein Erfolg … (D)er Sinn und Zweck öffentlicher Proteste (kann) nur der sein, eine Option auf die Abschaffung und Überwindung des Kapitalismus zu transportieren.“

Die Beteiligung militanter Linksextremisten an den Anti-Globalisierungsprotesten verdeutlicht ihre Strategie, sich einer von einem breiten gewaltfreien Bündnis getragenen Protestbewegung anzuschließen und diese für die Propagierung eigener Ziele zu instrumentalisieren. Hierin zeigt sich auch erneut das Unvermögen der Autonomen, Themenfelder eigenständig entwickeln zu können. Die Ereignisse im Zusammenhang mit den Globalisierungsprotesten wie in Göteborg und Genua zeigen jedoch, dass das Themenfeld Anti-Globalisierungsproteste international an Bedeutung gewinnt und auch für deutsche Linksextremisten einen Ansatzpunkt für neue Perspektiven und Strategien zukünftiger Aktionen darstellt. Die Relevanz des Themenfeldes Anti-Globalisierung betonten inzwischen auch in der Anti-Atom-Bewegung aktive Linksextremisten, die in einem in der INTERIM am 18. Oktober veröffentlichten Beitrag „Ein Globus voller Atome – zusammen bewegen“ die Überschneidungen beider Themenfelder für die Theorie und Praxis der Autonomen aufzeigen. Beiden Bewegungen sei der globale Widerstand gegen den weltweit operierenden Kapitalismus gemeinsam.

Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Kernenergie

Der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie bildet seit 1975, als sich im baden-württembergischen Wyhl eine umfangreiche Protestbewegung gegen die geplante Errichtung eines Atomkraftwerkes formierte, ein zentrales politisches Aktionsfeld für das linksextremistische Spektrum. Waren in der Anfangsphase neben Wyhl auch Orte wie Wackersdorf und Brokdorf Kristallisationspunkte des militanten Widerstandes, so konzentrierten sich in den letzten Jahren Widerstandsaktionen nahezu ausschließlich auf Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben, das eine zentrale symbolische Bedeutung für die Anti-Atom-Kraft-Bewegung erlangt hat.

Autonome und Anarchisten, die den Protest mitgeprägt, aber nicht haben dominieren können, hoffen, den breiten Bürgerprotest für ihre politischen Zielsetzungen instrumentalisieren zu können. Handelt es sich beim politisch legitimen Engagement der übergroßen Mehrheit um einen Wertestreit, um einen Protest innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung selbst, wenn auch z. T. in Verbindung mit bewusst begangenen begrenzten Gesetzesverstößen, so verfolgen insbesondere die autonomen Linksextremisten mit ihren Aktivitäten andere, systemüberwindende Zielvorstellungen. Ihrer Ideologie zufolge wird das politische System der Bundesrepublik Deutschland vom „Verwertungsinteresse des Kapitals“ maßgeblich bestimmt und nicht vom politischen Willen der Bevölkerungsmehrheit. „Menschenverachtende Er-

scheinungen“ wie die Kerntechnologie sind deshalb ein Ausdruck der systemimmanenten Logik. Wer das Ende der friedlichen Nutzung der Kernenergie herbeiführen will, muss daher aus Sicht linksextremistischer Atomkraftgegner die Systemlogik durchbrechen, mithin das politische System revolutionär überwinden.

Ein im Vorfeld des März-Transportes aufgetauchtes Plakat verdeutlicht diesen Zusammenhang. Der mit „AnarchistInnen P Autonome“ unterschriebene Aufruf „Mit Hakenkrallen und Schienensägen der Atomlobby das Handwerk legen“ fordert: „Das GANZE System abschalten!“

Ein seit Jahren in der autonomen Szene Aktiver, der sich schon seit den 70er-Jahren dem Kampf gegen die Kernkraft widmet, stellt die diesbezüglichen Aktionen in der „anti atom aktuell“ in den Kontext einer revolutionären Strategie. Für ihn stehe die „Beseitigung des Kapitalismus … immer noch auf der Tagesordnung.“ Da gebe es *„keinen ergebnisoffenen Dialog und keinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen … die sich auf Gewalt gründen“*. Die Kampfformen, präzisiert der Autor, dürften sich

> *„… nicht auf Einsicht, Erkenntnis, Aufklärung, Überzeugung, Argumente, Appelle, Dialoge beschränken, sondern wir werden auch die politische Macht entwickeln müssen, die Verhältnisse selbst herbeizuführen … Das wird nicht ohne Gewalt gehen.“*
>
> (anti atom aktuell, Nr. 123, Oktober 2001, Themenschwerpunkt Philosophie autonomer Politik)

Die neu in Erscheinung getretene, der autonomen Szene zuzurechnende „Stiftung Unruhe“ thematisiert den Kausalzusammenhang zwischen dem Widerstand gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie und dem Kampf gegen das Gesellschaftssystem:

> *„Wir lehnen ein regulär kapitalistisch verfasstes Gemeinwesen nicht in erster Linie ab, weil es zuweilen den Ausnahmezustand verhängt … Wir lehnen es fundamental ab … Und das ist wichtig für alle Anti-Atom-AktivistInnen zu verstehen, weil es entscheidend für die politische Bestimmung jeder Praxis über den unmittelbaren Konflikt hinaus ist … Deswegen wird es von uns auch selbstverständlich eine organisatorische Kooperation mit allen Gruppen und Kräften geben, die zwar unseren Kampf nach Gesellschaftsveränderung entweder nicht wollen oder gar nicht erst verstehen, jedoch die Forderung nach einer sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen auf der Welt teilen.“*
>
> (INTERIM, Nr. 521, 8. 3. 2001)

Zur Anti-Atom-Bewegung gehörte von Beginn an die anarchistische Graswurzelbewegung, ein loser hierarchieablehnender Personenzusammenschluss, dessen Entstehungsgeschichte bis zur

Gründung der Zeitschrift Graswurzelrevolution im Jahre 1972 zurückreicht. Die 68er-Studentenbewegung hatte neben einer Wiederbelebung der marxistischen Denktradition auch zu einer Neuentdeckung anarchistischer Theorien geführt. Die Ideologie der Graswurzelbewegung ist von der Vorstellung bestimmt, durch „Macht von unten alle Formen von Herrschaft und Gewalt abzuschaffen". Die von ihr angestrebte „tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung" soll zur Überwindung von allen Hierarchien und des Kapitalismus in Richtung auf eine „basisdemokratische Gesellschaft" mit einer selbstorganisierten Wirtschaftsordnung im Sinne des libertären Sozialismus führen. Ähnlich wie der autonome verneint auch der anarchistisch motivierte Widerstand die Möglichkeit, durch Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen der bestehenden politischen gesellschaftlichen Ordnung die Logik, die vermeintlich zum Einsatz der Kernenergie geführt hat, zu überwinden:

> *„Dass der Kapitalismus als System nicht besser wird, auch wenn es ein grüner Kapitalismus ist, wird dabei wohlweislich ausgeklammert … Die ökologische Modernisierung des Kapitalismus ist demnach nicht als Schritt in die richtige Richtung anzusehen, sondern als notwendiger Schritt zur Herrschaftssicherung, zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems."*
> (Selbstdefinition der Graswurzelbewegung in jeder Ausgabe der Zeitschrift Graswurzelrevolution und Gewaltfreier Anarchismus – Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende, Verlag Graswurzelrevolution, 1999)

Während militante Übergriffe auf gegnerische Personen nach autonomer Gewaltauffassung grundsätzlich legitim sind, ist das Verhältnis der anarchistischen Graswurzelbewegung zur Gewaltfrage ambivalent. „Gewalt gegen Menschen" wird zwar strikt abgelehnt, in Anlehnung an die action directe des libertären Sozialismus jedoch gehören die im Zusammenhang mit den Castor-Transporten praktizierten Sachbeschädigungen und Sabotageakte, also „Gewalt gegen Sachen", ausdrücklich zu den anarchistischen Kampfmethoden, wenn sie als politisches Mittel nützlich und der Bevölkerung vermittelbar erscheinen. Als Voraussetzung für die Vermittelbarkeit solcher Aktionen gilt, dass sie im Rahmen einer „breiten Massenbewegung" erfolgen, ohne die „wirkungsvoller Widerstand nicht denkbar" sei:

> *„(E)rst durch das Nebeneinander aller verfügbaren Kräfte, ob autonome HandwerkerInnenaktionen, massenhafte Sitzblockaden, gewaltfreie Ankettaktionen oder eben das Einbetonieren im Gleisbett ist eine solche Wirkung zu erzielen, die auch über das Wendland hinaus das Signal setzt, dass es hier um mehr als eine Anti-Castor-Bewegung geht."*
> (Graswurzelrevolution, Nr. 259, Mai 2001)

Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen die Castor-Transporte

Im März und November wurden nach vierjähriger Pause zwei Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben durchgeführt. Linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen, darunter die Deutsche Kommunistische Partei, die Initiative X-tausendmal quer, Linksruck, Anti-Atom-Plenum Berlin sowie die Stiftung Unruhe, unterstützten im gesamten Bundesgebiet Aufrufe zur Teilnahme an den Auftaktkundgebungen in Lüne-

für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

GWR 257
März 2001

graswurzel
revolution

Otkökü Devrimi*

Graswurzelrevolution jetzt mit deutsch-/türkischsprachiger Beilage: Otkökü

Schule und Staat
Seiten 16/17

„Ich glaube nicht an die Nation"
Seiten 6/7

Finkelstein
Seite 8

Ziele und Mittel

INFO:
MORGEN
X
TAG

Auf ins Wendland!

burg bzw. im November auch in Karlsruhe. Allerdings scheiterte der Versuch, thematisch anders ausgerichtete Protestbewegungen in die Anti-AKW-Kampagne einzubinden. Obwohl der „Widerstand gegen Neoliberalismus und Globalisierung" nach Auffassung der Beteiligten „vom Atomprogramm (nicht) zu trennen" sei, gelang keine Verknüpfung der „Castor-Proteste" mit den „GlobalisierungskritikerInnen von attac" oder der „Friedensbewegung".

Die im November durchgeführten Aktionen erreichten nicht mehr das Ausmaß und die Intensität der militanten Protestaktionen des Frühjahrs. Hatten sich an der Auftaktkundgebung in Lüneburg im März noch ca. 10.000 Personen beteiligt, so kamen zu den Auftaktkundgebungen in Lüneburg und Karlsruhe im November nur noch etwa 4.000 bzw. 700 Teilnehmer. Parallel dazu verringerte sich die Anzahl der teilnehmenden Personen an den im Wendland durchgeführten Kundgebungen und Aktionen von mehreren tausend auf etwa 1.500 Personen, und im gleichen Verhältnis dazu verringerte sich auch die Anzahl der Autonomen, denen es überdies durch die geringere Teilnehmerzahl und die starke Polizeipräsenz erschwert wurde, aus dieser „Deckung" heraus Straftaten zu begehen. Auch die hauptsächlich von Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums in anderen niedersächsischen Städten wie Göttingen und Hannover unter dem Motto „Unsere Bullen bleiben zu Hause" geplanten Kundgebungen erreichten nicht die erhoffte Resonanz. Die verminderte Durchschlagskraft zeigte sich ferner darin, dass die im November verfolgte „dezentrale Kleingruppen-Strategie", bei der statt ein oder zwei „großen" Aktionen an der Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg Gleisblockaden an der gesamten Transportstrecke erfolgen sollten, ein längeres Blockieren des Zuges wie

noch im Frühjahr nicht zu bewirken vermochte.

Ungeachtet der verringerten Teilnehmerzahlen offenbarten die Aktionen gegen die Castor-Transporte das nach wie vor vorhandene militante Potenzial der linksextremistischen Castor-Gegner. So kam es am 27. und 28. März zu schweren Ausschreitungen, als militante Autonome Polizeibeamte mit Steinen bewarfen, mit Signalmunition und Stahlkugeln beschossen und ein Polizeifahrzeug in Brand setzten. Registriert wurden ca. 100 Straftaten, die zum großen Teil von militanten Linksextremisten verübt worden sein dürften: Sachbeschädigungen an Fahrzeugen, Ortstafeln, Verkehrszeichen und Gebäuden; Bombendrohungen; Anschläge auf Kraftfahrzeuge sowie Gebäude, insbesondere der Deutschen Bahn AG, gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr wie mehrere versuchte oder vollendete Hakenkrallenanschläge an Bahnstrecken, darunter vier in Niedersachsen.

Die Beteiligung militanter Linksextremisten belegt die Selbstbezichtigung „Autonomer Gruppen" zu den Hakenkrallenanschlägen im März:

„Nach wie vor ist klar, dass (es) nicht allein um AKWs geht … auch ohne all das ist dieses System unappetitlich genug. Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung wären weiter vorhanden und Ziel unseres unversöhnlichen Widerstandes. Der Anti-AKW-Kampf ist eine strategische Chance für Kämpfe in anderen Bereichen, da hier ein wirklicher Erfolg möglich ist."

Das Ausmaß militanter Aktionen entwickelte sich im November parallel zur Entwicklung der Teilnehmerzahlen rückläufig. Sowohl die Anzahl der Hakenkrallenanschläge als auch der sonstigen Anschläge auf Bahnanlagen oder auf an den Transporten beteiligte Firmen ging bundesweit zurück. Festgestellt wurden von den Sicherheitsbehörden kurzfristige Blockaden von Gleisanlagen und Straßen, Gleisunterhöhlungen, Barrikaden wurden errichtet und Schwellenschrauben entfernt. Ankett- bzw. Einbetonierungsaktionen – wie im März durchgeführt – konnten durch kontinuierliches Absuchen der Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg, bei dem drei entsprechend vorbereitete Betonblöcke aufgefunden wurden, verhindert werden. Im Verlauf der den Novembertransport begleitenden Aktionen nahm die Polizei 45 Personen fest, gegen mehr als 200 Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Größere strafbare Aktionen militanter AKW-Gegner konzentrierten sich auf die Phase im Vorfeld des Transportes: Anschläge auf die Bahnanlagen der Deutschen Bahn AG im Großraum Berlin, gefährliche Eingriffe in den Bahn- und Straßenverkehr durch Schienensägeaktionen und das Durchtrennen der Telefonleitung zur Polizeiunterkunft Neu Tramm. Ein Brandanschlag auf die Bahnbrücke über die Jeetzel, der einen Sachschaden von etwa einer Million DM verursachte, ließ nach längerer Pause die frühere Qualität von Militanz und Gewaltbereitschaft militanter Kernkraftgegner erneut erkennen.

Die Anschläge verdeutlichten zugleich, dass der Anti-Atom-Kampf für die militanten Autonomen weiterhin eine symbolhafte Bedeutung für ihren grundlegenden Systemwiderstand hat:

„Die (Anti-Atom-)Bewegung ist für uns … weiterhin ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Kritik an jeglichen Herrschaftsstrukturen. In der … Struktur der Anti-Atom-Bewegung sehen wir viele Möglichkeiten selbstbestimmten Handelns auch über den unmittelbaren Kampf ge-

gen Atomenergie hinaus. Durch kollektive Experimente auf den Camps, praktische zwischen den Gleisen … verlieren die Grenzen der Legalität an Bedeutung, weil für selbstgesteckte Ziele und eigene Wege gestritten wird."

(Selbstbezichtigungsschreiben zu dem Anschlag „Autonomer Gruppen" auf die Bahnstrecke im Großraum Berlin am 23. Oktober)

Ein Resümee der Aktionen zog die Anti-AKW-Bewegung auf ihrer Halbjahreskonferenz vom 23. bis 25. November in Leipzig, um hieraus Strategien für die kommenden Transporte zu entwickeln. An dieser Herbstkonferenz, zu der rund 120 Aktivisten und Vertreter von Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten, beteiligten sich auch autonome Gruppierungen, die in ihrer Bewertung – so ein Berichterstatter in der Internetausgabe der Zeitung „junge Welt" vom 26. November – darin einig waren, dass „die staatliche Repression … eine neue Qualität erreicht" und „viele geplante Protestaktionen ‚im Keim erstickt'" hätte.

Ein Beihefter der November-Ausgabe des Szeneblattes „Anti-Atom-Aktuell" (Nr. 124/2001, Seite F) enthielt bereits im Vorfeld des Treffens die Warnung, dass die „Fixierung auf den Castor"-Transport nach Gorleben eine Sackgasse für die Bewegung darstelle und nicht „das alleinige Handlungsfeld einer emanzipatorischen Bewegung" markieren dürfe. Die Konferenzteilnehmer propagierten deshalb eine Ausweitung ihrer Aktivitäten auf die Transporte bestrahlter Brennelemente zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich bzw. Großbritannien und auf die Transporte von und zur Urananreicherungsanlage in Gronau.

Korrespondierend mit dem Bedeutungsverlust der Anti-Atom-Bewegung hat für die autonome Szene das Themenfeld Anti-Castor-Bewegung für die politische Auseinandersetzung an symbolischer Kraft verloren. Erschwerend für die Mobilisierungsfähigkeit wirkte sich im November auch die Dominanz der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema islamistischer Terrorismus in den Medien aus, das alle weiteren Themen zweitrangig erscheinen ließ.

Für diese Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung dürfte ursächlich auch der Beschluss der Bundesregierung sein, aus der Kernenergie auszusteigen. Diese Entscheidung hat den Castor-Transporten eine größere politische Akzeptanz gegeben. Das Engagement gegen die Castor-Transporte lässt sich auch schwerer begründen, je mehr Castoren nach Gorleben gelangen. Nimmt man den Ablauf des Castor-Transports als Indiz, dürfte die Mobilisierungsbereitschaft für die Proteste gegen die Nukleartransporte künftig aus dem bundesweiten autonomen Spektrum rückläufig sein. Eine Konzentration des Widerstandes auf die regional eingebundenen autonomen Gruppierungen erscheint auf Dauer wahrscheinlicher.

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

Mitglieder	2000	2001
Bund:	2.000	1.500
Niedersachsen:	25	25
Publikationen		
Bund:	Mitteilungen der KPF (erscheint monatlich, Auflage etwa 1.000)	
Niedersachsen:	offen-siv (erscheint zweimonatlich, sowie themenbezogene Sonderausgaben, Auflage etwa 600)	

Die Kommunistische Plattform stellt sich in die Tradition der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung und beansprucht für sich, die sozialistische Identität der PDS zu wahren. Ihre Positionen, die auch großen Teilen der überalterten, dem DDR-System verhafteten Parteibasis ansprechen, gehören nach wie vor zur politischen Bandbreite der PDS. Mit dem Selbstverständnis eines kommunistischen Korrektivs versucht die KPF, Reformbestrebungen bis hin zu einer Sozialdemokratisierung der PDS entgegenzuwirken.

Die KPF verfügt über organisatorische Strukturen in fast allen Bundesländern. Niedersachsen ist mit Monika WINDHORN, Mitglied des Landesvorstandes der PDS Niedersachsen und des Sprecherrates der KPF Niedersachsen, im Bundeskoordinierungsrat, neben dem Bundessprecherrat das Leitungsgremium der KPF, vertreten.

Gleichberechtigte Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes der PDS sind die ideologisch der KPF nahe stehenden Rolf KÖHNE, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der PDS, und Dorothée MENZNER, die beide an der Erarbeitung unterschiedlicher Gegenentwürfe zum Programmentwurf des Parteivorstandes beteiligt waren.

Die Aktivitäten der KPF konzentrierten sich im Jahr 2001 auf die Auseinandersetzung um das neue Parteiprogramm der PDS. Die KPF kritisierte, dass der Parteivorstand mit dem von ihm favorisierten Programmentwurf die antikapitalistischen Wurzeln der Partei kappen möchte, um die PDS als systemkonforme Partei auch auf Bundesebene als Koalitionspartner anzudienen. Nicht zu verhindern vermochte die KPF jedoch, dass der Programmentwurf des PDS-Parteivorstandes zur Grundlage für die weitere Programmdiskussion bestimmt wurde.

Die identitätsstiftenden Antikriegspositionen, mit denen sich die PDS bundespolitisch gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr profiliert, bildeten für die führenden Funktionäre der KPF einen Rettungsanker, um das Verbleiben in der PDS mit antikapitalistischen und antiimperialistischen, in der Tendenz antiamerikanischen Parolen ideologisch zu rechtfertigen. In einem Diskussionsbeitrag[43] auf dem Dresdner Parteitag verwies Sahra WAGENKNECHT, einziges Mitglied der KPF im Parteivorstand der PDS, mit

[43] Dokumentiert in „Mitteilungen der KPF" 11/2001.

den Worten „Die PDS ist Antikriegspartei – ohne Wenn und Aber – oder sie ist nicht!“ auf die für die PDS aus ihrer Sicht geradezu existenzielle Bedeutung einer Positionierung als „Friedenspartei“.

Die von der Führungsebene der KPF vertretenen Positionen wurden von der niedersächsischen KPF auf der KPF-Landeskonferenz am 22. September in Hannover unterstützt. Die niedersächsische KPF registrierte die parteiinterne Entwicklung aus marxistischer Sicht mit Sorge. Es bestehe die Gefahr, dass sich die PDS beim Versuch der politischen Integration als sozialistische Alternative aufgebe und zur „sozialdemokratischen Ostvariante“ verkomme. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und gegen Rassismus werde in dieser Gesellschaft geführt, müsse aber „gleichzeitig die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsform“ zum Ziel haben. Der Widerspruch zwischen Kapital und Menschlichkeit, zwischen Imperialismus und Frieden sei unüberwindbar. Ein „qualitativer Sprung zur Gesellschaftsveränderung, zum Sozialismus“ sei erforderlich. Das „opportunistische“ Verhalten des „reformistischen Flügels“, der sich innerhalb der Partei etabliere, sei eine Gefahr für den Weiterbestand der PDS als sozialistische Partei. KommunistInnen in der PDS stünden vor der Aufgabe, den antikapitalistischen Grundkonsens zu verteidigen.

Die in Niedersachsen erscheinende Publikation offen-siv steht in deutlicher Opposition zur Politik der PDS-Parteiführung. Die verantwortlichen Redakteure, die ehemaligen KPF-Funktionäre Frank FLEGEL und Anna C. HEINRICH, haben jedoch stets Wert darauf gelegt, hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung des Blattes weder von der KPF noch von der als reformistisch bezeichneten Mutterpartei abhängig zu sein. Über das ideologische Selbstverständnis der offen-siv führt FLEGEL in einer über Internet verbreiteten Selbstdarstellung aus:

„Die offen-siv bezieht sich … auf den Marxismus als Analyseinstrument der kapitalistischen Gesellschaft und auf den Leninismus als eine wichtige Erfahrung auf dem Weg zum Sozialismus. Die Redaktion hält die Auseinandersetzung mit dem Reformismus, Revisionismus und Opportunismus für lebenswichtig. Deshalb nimmt … die Kritik an den revisionistischen sozialdemokratischen Zügen nicht nur der PDS ... einen wichtigen Platz in der Redaktionsarbeit ein.“
(„Selbstdarstellung der Zeitung offen-siv“ im Internet, 14. 1. 2002)

Abweichlern aus den Reihen der DKP bietet die offen-siv eine Plattform zur Veröffentlichung ihrer Thesen. Insbesondere der mit ihrer stalinistischen Ausrichtung von der DKP-Parteilinie abweichenden DKP-Gruppe Berlin Nord-Ost, deren prominentes Mitglied bis zu seinem Tode im September des Jahres Karl-Eduard von SCHNITZLER war, fühlt sich die offen-siv verbunden. Ein in der DKP-Gruppe Berlin Nord-Ost begründeten Zeitschrift Rotfuchs und später in der offen-siv (Nr. 1/01, Januar-Februar 2001) veröffentlichter Forderungskatalog für Ostdeutschland, in dem u. a. die ersatzlose „Auflösung der Gauck-Birthler-Behörde“ bei gleichzeitiger Vernichtung aller Akten sowie das „Ende der Rachejustiz“ gefordert wurde, zeugt von dieser unverhohlenen DDR-Apologetik. Sowohl die DKP-Gruppe Berlin Nord-Ost als auch die offen-siv verherrlichen gleichermaßen

die Geschichte der DDR; die Wiedervereinigung wird als „Konterrevolution“ betrachtet:

„Die am 3. Oktober 1990 annektierte DDR ist heute ein durch westdeutsche Sonderbeamte überwachtes halbkoloniales Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit zerstörter Industrie, eingeschränkter Landwirtschaft und verleumdeter Kultur.“
(Rotfuchs Nr. 34/2001)

Die zunehmende Randständigkeit der KPF korrespondiert mit dem von der Parteiführung angestrebten Transformationsprozess der PDS, der in Richtung auf Integration in das etablierte Parteiensystem voranschreitet. Es zeichnet sich allerdings nicht ab, dass sich die PDS-Parteiführung von der KPF trennen möchte, so dass deren Positionen weiterhin zur ideologischen Bandbreite der Mutterpartei gehören.

Will sie nicht zu einer sektiererischen Randexistenz verurteilt sein wie die DKP, muss die KPF ihrerseits den Bruch mit der PDS vermeiden. Sie braucht den Resonanzboden einer großen Partei, um in der gesellschaftspolitischen Diskussion überhaupt wahrgenommen zu werden.

Rote Hilfe e.V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle:	Göttingen	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	4.000	4.100
Niedersachsen:	500	550
Publikation:	Die Rote Hilfe (erscheint vierteljährlich, Auflage 5.000)	

Die von der linksextremistischen KPD/ML 1975 wieder begründete RH[44] entwickelte sich bis zum Ende der 80er-Jahre von einem kommunistisch dominierten Verband zu einer nach eigenen Angaben „parteiunabhängigen, strömungsübergreifenden Schutz- und Solidaritätsorganisation“ ohne allgemeinpolitische Betätigung. In jeder Ausgabe des Organs Die Rote Hilfe wird zu den Vereinszielen ausgeführt, dass in der Organisation

„… fortschrittliche Menschen verschiedener linker Strömungen zusammen(arbeiten), um die Solidarität für politisch Verfolgte, egal aus welchen politischen Organisationen sie kommen, auf unterschiedlichen Ebenen zu organisieren. Dabei mischt sich die Rote Hilfe nicht in innerlinke Diskus-

[44] In der Weimarer Republik gehörten der 1924 gegründeten, von der KPD dominierten Roten Hilfe Deutschland (RHD) bis zu 1 Mio. Mitglieder an. Die RHD war die deutsche und zugleich die mitgliederstärkste Sektion der von der Kommunistischen Internationale 1922 ins Leben gerufenen Internationalen Roten Hilfe. Die KPD/ML griff bei der Wiederbegründung der von den Nationalsozialisten zerschlagenen Organisation auf die alte Bezeichnung RHD zurück. Nachdem die marginalisierte KPD/ML jeglichen Einfluss innerhalb des linksextremistischen Spektrums verloren hatte, erfolgte 1986 die Umbenennung in Rote Hilfe e.V.

sionen ein, ergreift nicht Partei für die eine oder andere Strömung oder wertet Aktionen, z. B. ob sie friedlich oder militant waren …
Die Rote Hilfe kann nicht der Ort bzw. die Ersatzorganisation sein, um stellvertretend für die zersplitterte Linke politisch-inhaltlich klärende Diskussionen (z. B. über Patriarchat) zu führen."

Die mittlerweile als eingetragener Verein fungierende Organisation ist in einen Bundesvorstand sowie zahlreiche Ortsgruppen gegliedert, die nach regionalen Gesichtspunkten selbständig über die Verwendung der Spendengelder entscheiden können. Niedersächsische Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Hannover, Buchholz sowie seit Jahresbeginn in Osnabrück. Die mitgliederstärkste Gruppe befindet sich in Göttingen, wo auch der Sitz der Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der Publikation Die Rote Hilfe (RH) angesiedelt sind. Darüber hinaus verfügt die Organisation in Kiel über einen eigenen Literaturvertrieb.

Der überparteiliche linksextremistische Charakter der RH dokumentiert sich in ihrer Mitgliederstruktur. Neben DKP-Mitgliedern gehören ihr militante Autonome und Anarchisten an. Im Jahr 2001 war ein erheblicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Zwei Ereignisse, die zu organisationsübergreifenden Solidarisierungseffekten innerhalb der linksextremistischen Szene geführt haben, könnten für diese Entwicklung ausschlaggebend gewesen sein: die Wiederaufnahme der Castor-Transporte nach Gorleben und das rigorose Vorgehen der italienischen Polizei gegen in Genua demonstrierende Globalisierungsgegner, in dessen Verlauf ein Demonstrant erschossen wurde.

Als Hauptaufgabe betrachtet die RH den Kampf gegen „staatliche Repression" durch Unterstützungsleistungen für Szeneangehörige, die wegen ihres politischen Handelns – z. B. wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für strafrechtlich relevante Veröffentlichungen, Teilnahme an spontanen Streiks oder Widerstand gegen polizeiliches Handeln rechtliche Auseinandersetzungen führen. Die RH leistet finanzielle Beihilfe bei Prozesskosten und Geldstrafen, vermittelt Rechtsanwälte und betreut im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe „politische Gefangene" in den Haftanstalten, mit der Zielsetzung, die Bindung der Gefangenen an linksextremistische Zusammenhänge zu erhalten.

Die Finanzierung der RH erfolgt über Mitgliedsbeiträge und zahlreiche Spendenkonten, deren Zweckbestimmung das weite Spektrum des Engagements widerspiegelt. Die RH, Ortsgruppe Göttingen, verwaltet z. B. ein Konto „CASTOR", aus dem die so genannten Repressionskosten von Anti-Atom-Aktivisten bestritten werden sollen. Weitere Spendenkonten existieren u. a. für Globalisierungsgegner („Prag", „Göteborg" oder „Genua") oder „Antifaschisten".

Zum Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen am 18. März[45] mobilisierte die RH zum sechsten Mal gemeinsam mit der seit 1993 bestehenden linksextremistischen antiimperia-

[45] Die kommunistische Arbeiterbewegung beging den 18. März während der Weimarer Republik zunächst als Gedenktag an die Pariser Kommune, bevor die RHD den 18. März bereits damals in den Rang eines internationalen Aktionstages für politische Gefangene erhob. Das Anknüpfen hieran zeigt, dass sich die Rote Hilfe in der Tradition der frühen kommunistischen Bewegung sieht.

listisch ausgerichteten Initiative Libertad!.

„Solidarität ist Grundlage linker Politik. In allen kapitalistischen Staaten dient die (Klassen) Justiz der Sicherung der herrschenden Ordnung. Seitdem es politische Justiz gibt, ist es ihre Aufgabe, Einzelne aus revolutionären oder oppositionellen Bewegungen zu reißen und in die Knäste zu sperren – mit dem Ziel, die Einheit und Entschlossenheit der Kämpfe zu zersplittern, die diese für eine Gesellschaft fechten, in der die freie Entscheidung des Individuums Bedingung ist für die freie Entfaltung aller … In der Solidarität mit den politischen Gefangenen vermag sich das gemeinsame Ziel der Kämpfe, die solidarische Gesellschaft abzubilden."

Resonanz fand dieser Aufruf u. a. in Braunschweig, wo von der Autonomen Jugend Antifa Aktion Transparente gespannt wurden, und in Osnabrück, wo eine Demonstration unter Beteiligung von ca. 80 Personen auch aus der autonomen Szene friedlich verlief. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand der von linksextremistischen türkischen Parteien initiierte, gewaltsam beendete Hungerstreik von Gefangenen in der Türkei, die auf diese Weise ihre Verlegung aus Sammelzellen in neu errichtete Gefängnisse mit Einzelzellen verhindern wollten. Den Ereignissen in der Türkei widmete die RH, Ortsgruppe Göttingen, eine weitere Veranstaltung, die sie am 22. März gemeinsam mit der linksextremistischen Autonomen Antifa (M) in Göttingen ausrichtete.

Der von der RH und der in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK eingebundenen Föderation kurdischer Vereine YEK-KOM gegründete Rechtshilfefonds AZADI konzentrierte sich auf die Unterstützung der von der PKK initiierten Identitätskampagne und setzte sich für die Aufhebung des Betätigungsverbots für die PKK ein.

Die Bedeutung der RH liegt nicht im ideologischen Bereich, sondern in ihrer Klammerfunktion für linksextremistische Gruppierungen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt des linksextremistischen Spektrums, indem sie ungeachtet aller sektiererischen Streitigkeiten das Gefühl wechselseitiger Solidarität vermittelt. Dabei stellt der Bezug auf die kommunistische Tradition und das Anknüpfen an die kommunistische Bewegung der Weimarer Zeit den Minimalkonsens dar.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz		
Bund:	Essen	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Heinz STEHR	
Niedersachsen:	Detlef FRICKE	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	4.500	4.500
Niedersachsen:	400	unter 400
Publikationen		
Bund:	Unsere Zeit (erscheint wöchentlich, Auflage etwa 8.000)	
Niedersachsen:	Hannoversches VolksBlatt, Die Rote Spindel, Pulverturm Betriebszeitungen: Roter Käfer (VW, Braunschweig) KarlOS (Karmann, Osnabrück)	

Die 1968 von Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründete DKP war bis zum Fall der Mauer im Jahre 1989 ein Instrument der DDR-Politik. Sie wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) materiell in einem solchen Maße unterstützt, dass sie ihren gesellschaftlichen Einfluss über ihre marginale Bedeutung als Wahlpartei hinaus ausdehnen konnte. Die friedliche Revolution in der DDR und der damit verbundene Fortfall finanzieller Unterstützung durch die SED offenbarten die wahre gesellschaftliche Verankerung der DKP. Ablesbar ist dies an der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Gehörten der Partei 1978 noch 42.000 Mitglieder an, so waren es 1990 nur noch 11.000 Mitglieder, eine Anzahl, die sich im wiedervereinigten Deutschland noch einmal um mehr als die Hälfte auf 4.500 Mitglieder reduzierte.

Ungeachtet dieser Entwicklung hält die DKP programmatisch an einer dogmatischen Auslegung des Marxismus-Leninismus fest, wie sie für das Staatsverständnis der DDR konstitutiv war. Ihr politisches Handeln ist getragen von der Vorstellung, dass die Arbeiterklasse als von der Partei angeleitetes revolutionäres Subjekt mit wissenschaftlich bewiesener Notwendigkeit dazu berufen ist, das politische und gesellschaftliche System zu überwinden und durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Den Endpunkt dieser einem linearen Fortschrittsdenken verpflichteten Ideologie markiert die Vorstellung von einer

kommunistischen Gesellschaft, in der alle Klassengegensätze aufgehoben sind.

Die bundesdeutsche Gesellschaftsordnung wird gegenüber der Gesellschaftsordnung der DDR als unterlegen bewertet. Eine Erklärung des Parteivorstandes[46] zum 40. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August bringt dies in aller Deutlichkeit zum Ausdruck: *„Der Kapitalismus/Imperialismus trägt die Möglichkeit faschistischen und rassistischen Terrors und polizeistaatlicher Unterdrückung in sich"*. Er könne nur zu zivilen Verhaltensformen gezwungen werden, *„wenn im Klassenkampf die Kräfte des Fortschritts, die sozialistischen Kräfte, genügend Stärke"* aufbrächten, um ihn in die Schranke zu weisen. Dazu habe auch der „Antifaschistische Schutzwall" gedient, für dessen Errichtung man sich nicht zu entschuldigen brauche. Entschuldigen müsse man sich höchstens dafür, dass es nicht gelungen sei, *„die DDR gegen die Angriffe des Imperialismus dauerhaft zu verteidigen und den Sozialismus … zu sichern"*. Daraus ziehe man die Verpflichtung, auch künftig *„aktiv gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für den Sozialismus zu kämpfen"*.

Die Imperialismustheorie Lenins prägt die außenpolitischen Positionen der DKP. Die Terroranschläge vom 11. September in New York und Washington kommentierte der stellvertretende Parteivorsitzende Rolf PRIEMER im Parteiorgan Unsere Zeit (UZ) am 12. September mit den Worten: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten". Die Vereinigten Staaten würden nun ernten, was sie gesät hätten: *„Ausbeutung und Unterdrückung, Mord und Terror, oft im ‚Land der unbegrenzten Möglichkeiten' ersonnen"*, schlügen nun ins eigene Gesicht. Als bewusst kalkulierte Folge des Gegenschlags des „US-Imperialismus" prognostiziert PRIEMER, dass

> *„… die Zementierung der Reichtums- und Armutsverhältnisse noch brutaler und reaktionärer durchgesetzt und die Weltherrschaft der transnationalen Konzerne mehr denn je auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung noch energischer betrieben"* werde.
>
> (Unsere Zeit, 12. 9. 2001)

Herausragendes Ereignis für die Partei war die Durchführung des 12. Pressefestes der UZ vom 22.–24. Juni in Dortmund, das im jährlichen Wechsel mit dem Parteitag stattfindet. Es markierte gleichzeitig das Ende der im September 2000 begonnenen Kampagne der Partei zur Gewinnung neuer Parteimitglieder und Abonnenten der UZ. Der DKP dürfte es gelungen sein, die Zahl

[46] Die Bezirksorganisation Niedersachsen stellt mit Detlef FRICKE, Uwe FRITSCH und Wolfgang TEUBER derzeit drei Mitglieder im Vorstand der DKP.

ihrer Mitglieder und UZ-Abonnenten zu stabilisieren. Es darf jedoch bezweifelt werden, ob sie diesen Mitgliederstand beibehalten kann. Die Mitglieder sind überaltert. Eine Verjüngung der Partei wäre erforderlich, um dem natürlichen Mitgliederverlust von jährlich etwa 4 % entgegenwirken zu können. Die DKP hat angesichts ihrer Altersstruktur zwar erkannt, wie erforderlich politische Impulse wären, dennoch befindet sich die Partei im Zustand programmatischer Erstarrung. Ein den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen angepasstes neues Parteiprogramm ist nicht vor dem Parteitag im Jahr 2004 zu erwarten. Die Adaption modernerer Lesarten des Marxismus zeichnet sich jedoch nicht ab.

Gradmesser für die mangelnde politische Anziehungskraft der DKP auf die Jugend ist die Anzahl der Mitglieder aus dieser Altersgruppe. Nur etwa 200 der insgesamt 4.500 Mitglieder sind jünger als 30 Jahre. Diese sind zum Teil zugleich in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) oder der Association Marxistischer StudentInnen[47] (AMS) organisiert. Trotz formeller Unabhängigkeit werden sowohl die AMS als auch die SDAJ, deren gleichberechtigte Bundesvorsitzende die Oldenburgerin Tina SANDERS ist, von der DKP als Jugendorganisation der Partei betrachtet. Die DKP sieht in Anbetracht der weltanschaulichen Gemeinsamkeiten Rekrutierungsmöglichkeiten und unterstützt die Arbeit von SDAJ und AMS.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die bundesweit rund 2.000 Mitglieder starke MLPD mit Sitz in Gelsenkirchen verfügt in Niedersachsen nur über wenige Anhänger. Neben der Berufung auf Theorien von Marx, Engels und Lenin stützt sich die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands hervorgegangene, sich als „echte Arbeiterpartei" verstehende Organisation auf die Lehren von Stalin und Mao Tsetung[48]. Die stalinistische Grundausrichtung der MLPD kommt darin zum Ausdruck, dass sie den 20. Parteitag, den Reformparteitag der KPdSU im Jahre 1956, auf dem Chruschtschow mit den Verbrechen Stalins abrechnete, als Verrat am Sozialismus in der Sowjetunion und der DDR brandmarkte. Der Sozialismus in China wurde ihr zufolge nach dem Tod von Mao Tsetung zerstört.

Das schablonenhafte revolutionäre Fortschrittsdenken der vom Anspruch her elitären und damit sektiererischen MLPD verdeutlicht eine Resolution des Programmparteitags vom Dezember 1999, auf dem das bis heute gültige Parteiprogramm verabschiedet wurde:

„Auf dem Weg zum Sozialismus müssen viele neue qualitative Stufen im Klassenkampf erreicht werden: Der Übergang zur Arbeiteroffensive, der Übergang zur akut revolutionären Situation, der Übergang zur Partei der Massen und von der Partei der Massen zur revolutionären Massenpartei, der Übergang vom Kapitalis-

[47] Die AMS steht in der Tradition der früheren DKP-Studentenorganisation Marxistischer Studentenbund Spartakus.

[48] Mao Tsetung (1893–1976), Mitbegründer und Präsident der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China, nach dessen Lehre die Revolution in erster Linie gewaltsam als Volks- oder Guerillakrieg „vom Land in die Stadt hinein" durchgeführt werden muss. Der Maoismus gilt im Hinblick auf sein Konzept des von der Bauernschaft getragenen Volkskrieges als Theorie des chinesischen Weges zum Sozialismus.

mus zum Sozialismus, vom Sturz der Diktatur der Monopole zur Errichtung der Diktatur des Proletariats."

Die Stellungnahmen der MLPD zu den Terroranschlägen in den USA sind von der Auffassung geprägt, dass nur angeleitete Volksmassen revolutionäre Veränderungen herbeiführen können. In einem Interview mit der parteieigenen Zeitung Rote Fahne, verurteilt der Vorsitzende der MLPD, Stefan ENGEL, zwar die „individuellen und massenfeindlichen Terrorakte", aber nicht, weil er revolutionäre Gewalt grundsätzlich ablehnt, sondern weil zahlreiche Menschen getötet worden seien, die ihre Arbeitskraft als Angehörige der Arbeiterklasse hätten verkaufen müssen. Mit individuellen Aktionen könne der Kampf gegen den „US-Imperialismus", der der „Hauptfeind der Völker" bleibe, nicht geführt werden. Es gebe keine Revolution ohne die Volksmassen. Die Ereignisse in den USA lieferten dem Imperialismus deshalb einen willkommenen Vorwand, die „Unterdrückung der internationalen proletarischen Revolution" vorzubereiten.

Linksruck

Die Gruppierung Linksruck, eine von etwa 25 trotzkistischen[49] Gruppen und Zirkeln in der Bundesrepublik, strebt den Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei unter der Führung von Arbeiterräten an. Mit rund 1.100 Mitgliedern ist Linksruck die derzeit agilste und mobilisierungsfähigste Organisation im linksextremistischen Spektrum. Sie wird als deutsche Sektion vom trotzkistischen Dachverband „International Socialists"[50] (IS) mit Sitz in London angeleitet. In Niedersachsen ist Linksruck erst mit wenigen Orts- und Hochschulgruppen vertreten. Hannover bildet dabei den Aktionsschwerpunkt der Gruppierung.

Linksruck bekennt sich zum Internationalismus und zum Klassenkampf:

„Der Kapitalismus ist ein internationales System, das nur international besiegt werden kann. Der Kampf findet darum nicht zwischen Ländergrenzen, sondern zwischen Klassengrenzen statt. Darum unterstützen wir als Internationalisten Arbeitskämpfe in aller Welt ebenso, wie Bewegungen zur nationalen Befreiung unterdrückter Völker."

(„Linksruck-Leitsätze", verbreitet in jeder Ausgabe des Organs Linksruck sowie im Internet)

[49] Trotzkismus ist eine marxistische Strömung, die nach dem russischen Kommunisten Leo Bronstein, genannt Trotzki (1879–1940), benannt wurde, der gegen Stalin vergeblich um die Nachfolge Lenins rang. Endziel der trotzkistischen Lehre ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates", die Errichtung der „Diktatur des Proletariats" sind demnach unabdingbare Voraussetzungen des Aufbaus des Sozialismus. Politisches Ziel ist die „Eroberung der Macht durch das Proletariat zum Zweck der Enteignung der Bourgeoisie". Der Trotzkismus weicht vom orthodoxen Marxismus-Leninismus vor allem hinsichtlich der Revolutionstheorie und der Parteilehre ab. Wesentlicher Bestandteil des Trotzkismus ist die Theorie der „Permanenten Revolution", d. h. die sozialistische Revolution als permanenter Prozess unter Führung von Arbeiter- und Fabrikräten. Charakteristisch für trotzkistische Bewegungen ist die von ihnen zeitweise angewendete Taktik des „Entrismus", der konspirativen Infiltration von Parteien und Massenorganisationen mit dem Ziel, diese von innen auszuhöhlen und zu desorganisieren.

[50] Die von Trotzki 1938 gegründete IV. Internationale zerfiel fortan in viele rivalisierende Richtungen und Gruppen. Die hieraus als internationaler Zusammenschluss hervorgegangene Gruppierung IS beansprucht – ebenso wie alle anderen Abspaltungen – die einzig legitime Nachfolgerin Trotzkis zu sein.

Nach trotzkistischer Auffassung ist revolutionäres Subjekt die Arbeiterklasse, der es obliegt, den „wirklichen Sozialismus“ durch eine „selbständige und selbstbewusste Aktion“ herbeizuführen. Dem Avantgarde-Denken der sozialistischen Einheitsparteien erteilt Linksruck ebenso eine Absage, wie sie die Vorstellung, den Sozialismus auf parlamentarischem Wege durch Abstimmungsmehrheiten herbeizuführen, verwirft. Damit wendet sich Linksruck gegen maßgebliche Grundzüge der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Publikationsorgane sind das Magazin „Sozialismus von unten“ und die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung „Linksruck“, der die Organisation eine besondere Bedeutung zumisst. Nach einem Artikel in Linksruck vom 24. 05. 2000 ist die Arbeit mit Zeitungen *„ein wesentliches Merkmal von Organisationen…, die Widerstand von unten aufbauen wollen“*. Die Ausweitung des Netzwerkes von Lesern und Verkäufern der Zeitung könne helfen, *„die Wütenden miteinander zu verbinden und den Widerstand effektiver zu machen“*.

Protestanlässe umfassen das gesamte Spektrum linksextremistischer Agitation. Dabei werden in der Gesellschaft diskutierte Themen mit hoher Aktualität aufgegriffen wie die Globalisierungsdebatte und die amerikanische Militärintervention in Afghanistan, die Linksruck Anlass gibt, den „US-Imperialismus“ zu brandmarken. Die für Propaganda und Agitation erforderlichen, zumeist populistisch gehaltenen Materialien werden von der zentralen Leitung in Berlin zur Verfügung gestellt. Neben der Durchführung eigener Aktionen beteiligt sich Linksruck verstärkt an Kampagnen und Demonstrationen, mit dem Ziel, diese öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen zumindest optisch zu dominieren und zu Ansprachen zwecks „Rekrutierung“ vor allem jüngerer Anhänger für die eigene Organisation zu nutzen. Dabei versucht Linksruck nach außen den Anschein einer basisdemokratischen Organisation zu vermitteln. Tatsächlich ist Linksruck streng hierarchisch organisiert und duldet keine Kritik in den eigenen Reihen.

Die „Rosa-Luxemburg-Tage“, jährliche Großveranstaltung der Organisation, fanden erstmals in Berlin statt, dem neuen Sitz der zentralen Leitung. Kritiker der Gruppierung aus dem Bereich der Hamburger Anti-Globalisierungsbewegung versuchten auf Flugblättern, die Methoden der, wie sie formulierten, „Politsekte“ zu entlarven.

Im Zentrum der Kritik standen vor allem das an Sekten erinnernde System der offen bis aggressiven Mitgliederwerbung und die von Linksruck praktizierte – für trotzkistische Gruppen typische – Strategie der gezielten Unterwanderung mit dem Ziel der steuernden Einflussnahme (Entrismus). Nicht zuletzt wegen dieser gezielt angewandten Strategien verfügt Linksruck außerhalb der eigenen Anhängerschaft über wenig Rückhalt in der linksextremistischen Szene.

Ausländerextremismus

Einführung

Die jährlichen Berichte der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung zeigen, dass die ausländische Wohnbevölkerung – nicht zuletzt aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer – seit Jahren ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist. Für die meisten Ausländer ist die Bundesrepublik Deutschland zum Lebensmittelpunkt geworden. Ende 2000 lebten in Deutschland 7,29 Mio. Ausländer (8,9 %). Jeder vierte Ausländer stammt aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union (25,7 %), die größte Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung bildeten Ende 2000 die Türken mit etwa zwei Mio. (27,4 %). Die Anzahl der in Deutschland lebenden ausländischen Muslime wurde von der Bundesregierung auf 2,5 bis 2,7 Mio. Menschen geschätzt. In Niedersachsen sind nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 150.000 ausländische Muslime ansässig. Genaue Angaben sind nicht möglich, da in der Bundesrepublik die Religionszugehörigkeit nicht erfasst wird. Überdies enthalten solche Schätzungen keine Angaben über die Glaubensintensität. Zahlenmäßig dominieren in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt die Muslime türkischer Herkunft.

Ein Drittel der Ausländer lebt länger als zwanzig Jahre in Deutschland, über die Hälfte (55 %) länger als zehn Jahre. 67 % der Türken leben zehn Jahre und länger in Deutschland. Ein Viertel ist bereits in Deutschland geboren.[51] Während der Ausländeranteil in den westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen mit etwa 11–12 % und den westdeutschen Stadtstaaten Hamburg (15,4 %) und Berlin (12,8 %) relativ hoch ist, lag bisher der Anteil in den neuen Bundesländern bei unter 2 %. Niedersachsen hat einen ausländischen Bevölkerungsanteil von 6,7 %.

Nach wie vor sind die Ausbildungsquoten ausländischer Jugendlicher niedrig. Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern ist zwar leicht zurückgegangen (von 18,4 % im Jahr 1999 auf 16,4 % im Jahr 2000), im Vergleich zur Arbeitslosenquote insgesamt bleibt sie jedoch auf einem fortwährend hohen Niveau. Die insbesondere unter türkischen Jugendlichen hohe Arbeitslosigkeit – ein Indiz für gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen – stellt einen Ansatzpunkt für extremistische Organisationen wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), die Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine (ADÜTDF) und den im Dezember verbotenen Kalifatsstaat dar. Diese bieten den Jugendlichen

[51] Mit der am 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist die Zahl der Einbürgerungen um 30 % gestiegen. Die häufigsten Einbürgerungen waren bei Türken (82.861) zu verzeichnen. Bezogen auf die Gesamtzahl der jeweiligen Nationalität weisen Türken allerdings mit 4,1 % hinter Iranern (13,3 %), Libanesen (11,4 %) und Personen aus Sri Lanka (9,0 %) eher niedrige Einbürgerungsquoten auf. Das neue Gesetz sieht die Ergänzung des traditionellen Abstammungsprinzips (ius sanguinis) durch Elemente des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland (ius soli) vor. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erwerben mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt. Dies führte zu einem Rückgang des Ausländeranteils der in Deutschland geborenen Kinder von 12,4 % auf 7 % gegenüber dem Vorjahr. Zudem haben erwachsene Ausländer bereits nach acht statt wie bisher nach 15 Jahren einen Einbürgerungsanspruch. Dieser Anspruch ist fortan von ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache abhängig; die bisherigen Voraussetzungen der Unterhaltsfähigkeit und Straflosigkeit sind unverändert geblieben.

Orientierung und Identifikationsmöglichkeiten an und propagieren eine religiöse Rückkehr zum Islam. Die Einbindung in diese extremistischen Organisationen verbreitert die Distanz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und wirkt insgesamt integrationshemmend.

Die Aktivitäten der extremistischen Ausländergruppierungen, in denen insgesamt 59.100 (0,8 %) der 7,29 Mio. in Deutschland lebenden Ausländer aktiv sind, stellen in erster Linie einen Reflex auf die Entwicklungen und aktuellen Ereignisse in ihren jeweiligen Heimatländern dar. Bezogen auf die Herkunft dominieren bei diesen extremistischen und sicherheitsgefährdenden Gruppierungen Organisationen aus der Türkei und anderen islamischen Staaten. Die dortigen ethnischen und politischen Auseinandersetzungen bilden auch den Bezugsrahmen für viele ihrer politische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland bietet vielen Organisationen des Ausländerextremismus dafür in unterschiedlicher Gewichtung Rückzugsmöglichkeiten, ein logistisches Hinterland und einen Standort für Propaganda.

Neben der bundesweit 12.000 Mitglieder starken kurdischen PKK gehören die militanten linksextremistischen türkischen „Parteien" Türkische Kommunistische Partei (Marxisten/Leninisten) (TKP/ML) mit bundesweit 1.600 Mitgliedern sowie die bundesweit etwa 1.000 Mitglieder starke DHKP/C zu den sicherheitsgefährdenden ausländischen Bestrebungen in Deutschland, die die Verfassungsschutzbehörden beobachten. Die PKK verzichtet seit einiger Zeit auf öffentliche Gewaltaktionen. Andere Organisationen betrachten Deutschland in erster Linie als logistisches Hinterland und treten hier aus taktischen Gründen nicht gewalttätig in Erscheinung, während sie sich in ihren Heimatländern militanter und terroristischer Methoden bedienen. Hierzu zählen in erster Linie die islamistische, schiitische Hizb Allah, die vom Libanon aus gegen Israel operiert, oder Organisationen wie die tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die für einen blutigen Bürgerkrieg in Sri Lanka Verantwortung trägt, und der vom Irak aus operierende Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI).

Nicht zuletzt mit Blick auf die zwei Mio. in Deutschland lebenden Türken stellt die politische Entwicklung in der Türkei einen entscheidenden Bezugsrahmen für die türkischen in Deutschland aktiven ausländerextremistischen Organisationen dar. Die weitere Entwicklung der PKK hängt maßgeblich von einer Lösung des Kurdenkonfliktes in der Türkei ab, die neben der Fortführung des Demokratisierungsprozesses auch mitentscheidend für die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei sein wird. Insofern forciert die PKK – diese Ausgangssituation nutzend – einen „friedlichen", auf einen politischen Ausgleich mit der Türkei zielenden Ansatz. Türkische linksextremistische Organisationen wie die DHKP-C oder die TKP/ML leiten die Legitimation für ihr teilweise militantes Vorgehen ebenso von der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei ab. So stellten die Protestkundgebungen gegen die in der Türkei gewaltsam beendete Hungerstreikrevolte in türkischen Gefängnissen einen Reflex auf ein innertürkisches Problem dar. In vergleichbarer Weise wird auch die nationalistische ADÜTDF als verlängerter Arm der nationalistischen türkischen MHP in ihren Aktivitäten durch die Politik des Heimatlands beeinflusst.

Islamistisch-extremistische Bestrebungen

Die Terroranschläge vom 11. September rückten schlaglichtartig das Phänomen des politischen Islamismus in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Der politische Islamismus ist eine politische Ideologie, die ohne den Islam und Berücksichtigung der politisch-sozialen Lage im Nahen und Mittleren Osten nicht verstanden werden kann. Die das Alltagsleben prägende islamische Religion bestimmt in diesen Ländern zu einem wesentlichen Teil die Regeln des Zusammenlebens und nicht eine in der Aufklärung wurzelnde Denktradition. Wer politisch handelt oder politische Forderungen erhebt, trägt dort diesem Kontext Rechnung. Seit dem Scheitern des arabischen Sozialismus bekennen sich auch die Führer der Staaten dieser Region, die keine Demokratien sind, sehr bewusst zur islamischen Religion. Islamistische Gruppierungen, die sich in Opposition zu den herrschenden Regimen befinden, legitimieren ihren Widerstand, indem sie die Religion in einer politischen Weise instrumentalisieren. Bezugspunkt ihres Denkens ist die von Mohammad geführte islamische Frühgemeinde, die sie zu einem Idealstaat, zu einem von Gott gewollten Staat (Gottesstaat) verklären. Nach der Ideologie der Islamisten kannte die religiös integrierte, patriarchalisch organisierte islamische Urgemeinschaft keine Klassengegensätze. Für die Islamisten handelte es sich um ein vollkommenes System, das sämtliche Belange des menschlichen Lebens unüberholbar gut regelt und quasi automatisch soziale Gerechtigkeit für jedermann hergestellt hatte. Islamisten glauben, an dieses Staatsideal unmittelbar anknüpfen und dem Koran, der Tradition (sunna), der Lebensbeschreibung und den überlieferten Aussagen Mohammads in unverfälschter Form wieder Geltung verschaffen zu können. Allerdings blenden sie dabei die islamische Entwicklungsgeschichte, die von zahlreichen Glaubenskriegen und Glaubensabspaltungen geprägt ist, aus. Wie die Geschichte des Islams zeigt, sind die Grundlagen der Religion nicht eindeutig festgelegt, sondern interpretations- und damit entwicklungsfähig. Indem Islamisten die theologische Tradition insoweit ignorieren, erweisen sie sich selbst als Ideologen, die politische Vorstellungen religiös verkleiden. Den wahren, keiner Interpretation mehr zugänglichen Islam kann es aus kritisch-wissenschaftlicher Betrachtungsweise nicht geben. Das Urideal existiert nur in der heutigen Vorstellung der Islamisten.

Der politische Islamismus stellt historisch eine Reaktion auf die Modernisierungs- und kulturelle Orientierungskrise der islamisch geprägten Länder dar. Die durch die ungleiche Verteilung des Reichtums hervorgerufenen sozialen Probleme in den islamischen Staaten, die sich durch das rapide Bevölkerungswachstum noch vertiefen, bilden einen Resonanzboden für die Aktivitäten islamistischer Organisationen, die sich mit dem Aufbau von sozialen Netzwerken Ansehen bei der islamischen Bevölkerung verschafft haben. Ein Beispiel hierfür ist der palästinensische Zweig der Muslimbruderschaft, die HAMAS.

Die führenden Islamisten kommen nicht aus der sozialen Unterschicht. Vielmehr überwiegen neben Angehörigen der Mittelklasse akademisch geschulte Vertreter, die Abschlüsse wirtschaftswissenschaftlicher, technischer, medizinischer oder naturwissenschaftlicher Hochschuleinrichtungen besitzen. Die Attentäter des

11. September sind insbesondere diesem Personenkreis zuzurechnen.

Die Stoßrichtung des politischen Islamismus richtet sich gegen die kulturelle und wirtschaftliche Dominanz des Westens und gegen die mit dem Westen verbündeten Regimes in der islamischen Welt. Ihre Ideologie betrachten die Islamisten als eine Revolte gegen den Westen, als eine Reaktion auf eine westliche Verschwörung gegen das Haus des Islams. Die Grundlagen der westlichen Demokratien werden von Islamisten abgelehnt. Die westliche Vormacht USA verkörpert das dekadente Gesellschaftsmodell, weshalb sich der Hass bestimmter islamistischer Kreise auf die USA konzentriert. Ungeachtet ideologischer Übereinstimmungen im Grundsatz unterscheiden sich die islamistischen Organisationen dennoch deutlich im Grade ihrer Militanz. Die Extrempositionen markieren die Organisation Al-Qaida von Usama BIN LADEN, die sich offen zur Ermordung westlicher Bürger bekennt, und die türkische IGMG, die ihren Einfluss vorrangig auf geistig-kultureller Ebene ausdehnen möchte. Entsprechend unterschiedlich ist die Auseinandersetzung mit dem Islamismus zu führen.

Über die Existenz von Mitgliedern der Al-Qaida oder gar Al-Qaida-Strukturen in Niedersachsen liegen dem niedersächsischen Verfassungsschutz keine Erkenntnisse vor. Auch über die Existenz so genannter non-aligned Mudjahedin (autonome Kleingruppen ehemaliger islamistischer Afghanistan-Kämpfer) können nur Vermutungen angestellt werden. Um dieser zunächst abstrakten Gefahr entgegenzuwirken, haben die Sicherheitsbehörden ihre Aufklärungskapazitäten ausgeweitet.

Die Muslimbruderschaft, die 1928 in Ägypten entstandene älteste islamistische Organisation, ist in siebzig Ländern vertreten, u.a. auch in Deutschland. Niedersachsen bildet jedoch kein Schwerpunktgebiet. Hier leben nur einzelne Anhänger; Organisationsstrukturen existieren nicht. Weil die Muslimbruderschaft als international verzweigte Organisation eine wichtige Rolle bei der Rekrutierung so genannter Gotteskämpfer für den Befreiungskampf in Afghanistan gespielt hat, wird sie bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in besonderer Weise beobachtet. Der MB sind hochgradig militante Organisationen wie z. B. die HAMAS zuzurechnen. Ehemalige Afghanistan-Kämpfer mit Verbindungen zur Al-Qaida Usama BIN LADENs dürften in diese Organisationen zurückgekehrt sein.

Die schiitische Hizb Allah ist zwar die erste Organisation, die im Nahen Osten zum Mittel des Selbstmordanschlages gegriffen hat. Mit den Anschlägen vom 11. September ist sie jedoch nicht in Verbindung zu bringen. Allerdings muss der Organisation, der in Niedersachsen 110 Personen zugerechnet werden können, wegen ihrer Militanz weiterhin das Augenmerk der Sicherheitsbehörden gelten.

Die Aktivitäten der größten islamistischen Organisation IGMG, die sich von den Anschlägen in New York und Washington distanziert hat, sind unter anderen Aspekten zu bewerten. Anlass zur Sorge bereitet die auf muslimische Teile der in Deutschland lebenden türkischen Bevölkerung ausgeübte ideologische Einflussnahme, die auf einem anderen Normen- und Werteverständnis beruht als die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Aktivitäten der IGMG zielen auf die Etablierung einer islamistischen Parallelgesellschaft, obwohl die Führung der Organisation sich offiziell zum Ziel der Integration bekennt.

Während die IGMG ihre Ziele auf nichtmilitantem Weg verfolgt, basierte das Handeln der zweiten islamistischen türkischen Organisation, der am 12. Dezember verbotenen Kalifatsstaats-Organisation, auf Militanz. Nach der Zielsetzung des Kalifatsstaats sollte ein Gottesstaat auf gewaltsamem Wege, zunächst in der Türkei und dann weltweit, errichtet werden. Die Militanz des Kalifatsstaats führte im Dezember zum Verbot der Organisation. Zuvor hatten Vertreter des Kalifatsstaats die Anschläge des 11. September befürwortetet.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam" als Religion noch den Islamismus als religiös-politische Bewegung zur „Rückbesinnung" auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld sind vielmehr die islamistischen Organisationen, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert haben und dafür in der Bundesrepublik Deutschland auch politisch bestimmte Aktivitäten entfalten. Diese Form des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Gedanken der Völkerverständigung und/oder das friedliche Zusammenleben der Völker ausgehen oder wenn von ihnen Bestrebungen ausgehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden zur Abgrenzung als islamistische Extremisten bezeichnet.

Mitglieder-Potenzial extremistischer Ausländerorganisationen[52]

Bundesrepublik Deutschland	**2000**	**2001**
Islamistisch-extremistische Gruppen[53]	31.450	31.950
Extrem-nationalistische Gruppen	8.750	8.950
Linksextremistische Gruppen	18.600	18.250
Summe	**58.800**	**59.150**

Niedersachsen	**2000**	**2001**
Islamistisch-extremistische Gruppen	3.030	3.020
Extrem-nationalistische Gruppen	500	600
Linksextremistische Gruppen	2.015	2.165
Summe	**5.545**	**5.785**

[52] Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

[53] Nicht alle Mitglieder islamistisch-extremistischer Organisationen verfolgen oder unterstützen extremistische Zielsetzungen.

Kalifatsstaat

Sitz:	Köln	
Leitung:	Metin KAPLAN	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	1.100	1.100
Niedersachsen:	180	150
Publikationen:	Ümmet-i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)	

Die Militanz des Kalifatsstates, die nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, dass die Organisation seit 1996 den Jihad, den Heiligen Krieg – erforderlichenfalls unter Einsatz des „Schwertes“ und unter Inkaufnahme des Todes – zur weltweiten Durchsetzung eines islamistischen Gottesstaates propagierte, ließen in der öffentlichen Diskussion die Forderung nach einem Verbot laut werden. Dies umso mehr, als Vertreter des Kalifatsstaates die Terroranschläge in den USA mit Wohlwollen zur Kenntnis nahmen.

Metin KAPLAN

Außerdem gab es in den 90er-Jahren Versuche der Kontaktaufnahme zur Organisation von Usama BIN LADEN.

Die Änderung des Vereinsgesetzes, durch die das so genannte Religionsprivileg entfallen ist, schuf die Voraussetzung für das Verbot, das der Bundesminister des Innern am 8. Dezember nach §§ 3, 9, 14 und 15 des Vereinsgesetzes verfügte.

Das Verbot bezieht sich auf den Kalifatsstaat (Hilafet Devleti), die dazugehörige, in den Niederlanden registrierte Stiftung „Diener des Islam“, soweit sie sich in Deutschland betätigt, sowie 17 Teilorganisationen, weil sich deren Aktivitäten gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten. Außerdem gefährdeten sie die innere Sicherheit sowie insbesondere außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Die bundesweite Umsetzung der Verbotsmaßnahme erfolgte am 12. Dezember. Die Polizei stellte umfangreiche Unterlagen und Materialien sicher, darunter u. a. Computer, Datenträger, Videos, Publikationsmaterial sowie Bargeld und Sparbücher im Wert von nach vorläufigen Schätzungen annähernd 400.000 DM. Die im Eigentum der Stiftung „Diener des Islam“ be-

findlichen Grundstücke wurden durch Beschlagnahmevermerke in den jeweiligen Grundbüchern gesichert.

Die Durchsuchungen in Niedersachsen erstreckten sich auf 19 Privatwohnungen und insbesondere folgenden Objekte (Moscheen):

- Moslemische Brüdergemeinde KARBIR, Salzgitter-Watenstedt
- Verein zur Erhaltung des islamischen Glaubens, Salzgitter-Lebenstedt
- Islamisches Kultur- und Informationszentrum e.V., Göttingen
- Islamischer Verein der Türken in Wunstorf und Umgebung e.V., Wunstorf
- Dar-ul-Erkam-Moschee, Stadthagen
- HAKK-Moschee, Osnabrück.

Das Verbot hat zu einer entscheidenden Schwächung der Organisation geführt. Die wirtschaftlichen Aktivitäten des organisationseigenen Lebensmittelhandels „HAKK-BIR" GmbH und der Stiftung „Diener des Islam" wurden eingeschränkt. Die Verbreitung der islamistischen Ideologie durch das Verbandsorgan Ümmet-i Muhammed wurde unterbunden.

Nach einer anfänglichen Phase der Desorientierung erscheint seit Anfang 2002 eine neue islamistische Zeitung mit dem Titel Beklenen Asr-i Saadet (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit), die aufgrund der Autoren und der Ümmet-i Muhammed ähnlichen Aufmachung dem Kalifatsstaat zuzurechnen ist. Bei dem Personenkreis, der gewillt ist, die islamistische Ideologie des Kalifatsstaats fortzuführen, dürfte es sich jedoch nur um einen kleinen Teil ehemaliger Anhänger handeln. Von weiteren Kalifatsstaats-Mitgliedern ist zu erwarten, dass sie sich anderen islamistischen Organisationen anschließen.

Geschichte und Ideologie

Der Kalifatsstaat wurde am 25. November 1984 unter der Bezeichnung Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (Islami Cemaat ve Cemiyetler Birligi/ICCB) von Cemaleddin KAPLAN gegründet. Der Sitz der Organisation befand sich bis zu ihrem Verbot in Köln. Wie die IGMG ist auch der Kalifatsstaat aus der Islamischen Union Europa e.V. hervorgegangen, die ihrerseits der seit 1972 bestehenden Türkischen Union Europa e.V. nachfolgte. Die Islamische Union Europa e.V. spaltete sich, weil der charismatische religiöse Führer des ICCB, Cemaleddin KAPLAN, den legalistischen, auf parlamentarische Machtübernahme in der Türkei zielenden Kurs der IGMG bzw. ihrer von Necmettin Erbakan geführten Mutterorganisation in der Türkei, der Refah-Partei, verwarf. Seine Zielsetzungen, die auf eine revolutionäre Überwindung der türkischen

Republik durch einen auf der Scharia basierenden islamistischen Gottesstaat hinausliefen, brachte Cemaleddin KAPLAN in seinen programmatischen, für die Mitglieder der Organisation bis zuletzt verpflichtenden Schriften in aller Deutlichkeit zum Ausdruck:

> *„Wir sind eine muslimische Nation, Anhänger des Propheten Mohammads. Für uns sollte ein eigener Staat da sein, denn es ist eine religiöse Pflicht, einen solchen zu besitzen. Dieser Staat, dessen Existenz eine religiöse Pflicht ist, ist ein Staat des Kalifats, also ein Gottesstaat. Heute entbehren wir noch einen solchen Staat. Seit 1924 ist dies der Fall. Mustafa Kemal hat ihn abgeschafft. Seit jener Zeit fehlt es an einem islamischen Staat. Die Staaten und die Regierungen, welche durch Mustafa Kemal und seine Nachfolger gegründet worden sind, sind nicht rechtmäßig."*
> (Cemaleddin Hocaoglu [KAPLAN]: Die Rückgabe des Rechts an den Anspruchsteller, Köln 1994)

Die zunehmend sektiererische Organisation wirkte vor allem durch ihre Koranschulen. Die Militanz der dort verbreiteten Parolen brachte KAPLAN den Beinamen Khomeini von Köln ein. Sein überspannter religiöser Machtanspruch zeigte sich darin, dass er sich 1994 von seinen Anhängern zum Kalifen (Stellvertreter, Nachfolger Mohammads in der Führung der islamischen Gemeinde) ernennen ließ. Hieraus resultierte auch die im selben Jahr vollzogene Umbenennung des ICCB in Kalifatsstaat.

Nach KAPLANs Tod im Mai 1995 übernahm sein Sohn Metin die Führung der Organisation und den Titel Kalif. Metin KAPLAN fehlte das Charisma seines Vaters. Unter seiner Führung schrumpfte die in den 80er-Jahren mehrere tausend Mitglieder starke Organisation auf zuletzt 1.100 Mitglieder. Im Gegenzug nahm die Militanz der Organisation zu, wie folgende Auswahl von Zitaten verdeutlicht:

> *„Der Koran ist unsere Waffe. Wenn der Marsch in die Türkei von den deutschen Behörden verhindert werden sollte, werden wir auch die Deutschen kaputtmachen. Der Heilige Krieg hat begonnen!"*
> (Äußerung von Metin KAPLAN auf dem Jahreskongress des Kalifatsstaats in Köln im Mai 1998)
> *„Die Flagge des Heiligen Krieges ist gehisst! Wir fordern alle Moslems dieser Erde auf, sich unter die Obhut dieser Flagge zu begeben."*
> (Ümmet-i Muhammed, Nr. 246, Oktober 1998)
> *„Wer sich mit dem Koran nicht zur Vernunft bringen lässt, der wird es mit dem Schwert!"*
> (Ümmet-i Muhammed, Nr. 242, September 1998)

Metin KAPLAN verbüßt derzeit eine vierjährige Haftstrafe. Im Jahre 1997 war sein innerorganisatorischer Konkurrent Dr. SOFU, der sich zum Gegenkalifen hatte ausrufen lassen, von bislang unbekannten Tätern in seiner Wohnung erschossen worden. Metin KAPLAN hatte auf die Ausrufung des Gegenkalifen mit einem religiösen Gutachten reagiert:

> *„Was passiert mit einer Person, die sich, obwohl es einen Kalifen gibt, als einen zweiten Kalifen verkünden lässt? Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er getötet."*

Der Kalifatsstaat war hierarchisch aufgebaut, in verschiedene Gebiete („Bölge") gegliedert, an deren Spitze jeweils ein „Gebietsemir" stand. Die Anhänger praktizierten ihren islamischen Glauben in ca. 40 regionalen

Moscheen, die zum überwiegenden Teil von Vereinen mit eigener Rechtspersönlichkeit geführt wurden. Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgte über Mitgliedsbeiträge bzw. Spenden und den Verkauf der Verbandszeitschrift Ümmet-i Muhammed. Mit HAKK-TV unterhielt die Organisation einen eigenen Fernsehsender.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Sitz:	Kerpen bei Köln	
Vorsitzender:	Mehmet Sabri ERBAKAN	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	27.000	27.500
Niedersachsen:	2.600	2.600
Publikationen:	Milli Görüs und Perspektive (Neue Weltsicht und Perspektive)	

Die Vorgängerorganisation der IGMG, die „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V." (AMGT), ist 1985 wie der „Kalifatsstaat" aus der Islamischen Union Europa e.V. hervorgegangen. Im Frühjahr 1995 erfolgte die Aufteilung der AMGT in die IGMG, deren Aufgaben sich auf die Bereiche Religion, Sozialwesen und Kultur konzentrieren, und in die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG), die für die Verwaltung des Immobilienbesitzes der Organisation im Wert von ca. 100 Mio. DM zuständig ist. In Deutschland ist die IGMG vereinsrechtlich in Bonn gemeldet, ihre Vorstands- und Verwaltungsarbeit wird jedoch tatsächlich von der neuen Zentrale in Kerpen aus geleistet.

Deutschland ist Organisationsschwerpunkt der IGMG, weil hier die meisten türkischen Staatsbürger außerhalb der Türkei leben. Doch handelt es sich auch um eine in anderen europäischen Staaten, in Nordamerika, Australien und Mittelasien präsente Organisation mit ca. 500 Gemeinden weltweit, davon ca. 300 in Deutschland. Auf einer Versammlung der IGMG-Gebietsvorstände am 30. April in Frankfurt/M., an der etwa 2.000 Personen aus ganz Europa teilnahmen, berichtete ein Mitglied des IGMG-Bundesvorstands in einer Art Rechenschaftsbericht, dass die Organisation derzeit europaweit über 2.060 Mitgliedsvereine mit insgesamt 118.000 Einzelmitgliedern verfüge. Davon gehörten mehr als 33.000 Personen der Jugend- und mehr als 14.000 Personen der Frauenorganisation an. Auch wenn die IGMG dazu neigt, ihren Einfluss und ihre Mitgliederzahlen zu überzeichnen, geben diese Zahlen einen Anhaltspunkt dafür, dass es sich um eine Organisation mit einem starken gesellschaftlichen Einfluss auf die türkische Gemeinde in Deutschland und Westeuropa handelt. Bei der Bewertung des Organisationsgrades ist die

Mitgliederzahl der IGMG (27.500) in Relation zur Anzahl der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger (ca. 2,1 Mio., von denen die 400.000 bis 500.000 türkischen Aleviten ausgeklammert werden müssen) zu stellen.

Die Organisationsstruktur der IGMG ist von der Orts- über die Regional- bis zur Bundesebene hierarchisch aufgebaut. In Niedersachsen repräsentiert die „Islamische Föderation Niedersachsen" den Landesverband. Stark vertreten ist die IGMG in den Regionen Hannover, wo sich der Landesvorsitz befindet, und Braunschweig. Zahlreiche Vereine in Niedersachsen führen mit Unterstützung der IGMG-Zentrale Aktivitäten auf Ortsebene durch. Insbesondere werden dabei die Zielgruppen Kinder und Jugendliche sowie Frauen angesprochen.

Im Rahmen der Jahresversammlung der IGMG am 15. April im westfälischen Hagen wurde der bis dahin als Generalsekretär amtierende Mehmet Sabri ERBAKAN in Anwesenheit von 800 Teilnehmern, unter ihnen auch aus der Türkei angereiste Politiker der verbotenen Refah- bzw. Fazilet-Partei, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Im selben Wahlgang wurde auch über die Neuwahl des Generalsekretärs abgestimmt. Die Abstimmung über beide Funktionen erfolgte nicht in geheimer Wahl, sondern per Handzeichen. Vertreter der Medien waren zu der Veranstaltung nicht zugelassen, nur ein Team des über Satellit ausgestrahlten Fernsehprogramms „Kanal 7" war anwesend.

Besonderen Wert legt die IGMG auf die Nachwuchsförderung. Abiturienten mit deutschem Abschluss und guten deutschen Sprachkenntnissen werden in ausgewählten Studienfächern gezielt gefördert. Eine solche Nachwuchsarbeit ermöglicht es der IGMG perspektivisch, ihre Interessen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen im Sinne einer Pressure-Group wahrzunehmen. Veranstaltungen wie der am 13. Mai in Duisburg durchgeführte Jugend-Kulturtag, der von ca. 2.000 Teilnehmern besucht wurde, dienen der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an die Organisation. Den gleichen Zweck erfüllen Schulungen, die in der Regel in den Sommerferien durchgeführt werden. Nach IGMG-Angaben durchliefen diese Schulungsprogramme im Jahr 2000 21.000 Schüler. Für das Jahr 2001 rechnete die Organisation mit 30.000 Schülern, von denen 60 % nicht zur IGMG gehörten. Die Bezirksjugendabteilung der IGMG-Hannover führte im Harz in Anwesenheit von Führungsfunktionären und Repräsentanten der IGMG-Zentrale ein mehrtägiges Seminar für Jugendliche und Kinder durch.

Die IGMG finanziert sich neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten. Sie unterhält ein von Außen-

stehenden schwer durchschaubares Unternehmensgeflecht, vorrangig im Handelsbereich. Auch Pilgerfahrten nach Mekka und Medina werden von der Organisation veranstaltet.

Ideologie

Bei der IGMG handelt es sich um eine bislang nicht militant in Erscheinung getretene Organisation, deren Führer ständig ihren Willen zur Integration und zur Kooperation mit den deutschen Behörden betonen. Gleichwohl lassen die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden den Schluss zu, dass die IGMG-Führung unter Ausnutzung realer Desintegrationserscheinungen den Ausbau einer Parallelgesellschaft anstrebt, für die ein eigenes, auf der Scharia fußendes Normensystem gelten soll. Insbesondere die Orientierung an der verbotenen islamistischen Fazilet-Partei, die in der Türkei auf legalistischem Weg das republikanisch-demokratische System durch einen islamistischen Staat ersetzen wollte, steht im Widerspruch zur propagierten Integrationsbereitschaft.

Der in der Türkei mit einem politischen Betätigungsverbot belegte ehemalige Vorsitzende der verbotenen Fazilet-Partei, der von 1996 bis 1997 als türkischer Ministerpräsident amtierende Necmettin Erbakan[54], der des Öfteren als gefeierter „Gast" auf IGMG-Großveranstaltungen in Erscheinung trat, wird auch als wirklicher Führer der von seinem Neffen geleiteten IGMG angesehen. Dass es sich bei den von ihm geführten Parteien um Organisationen handelt, deren Programmatik in wesentlichen Teilen in Widerspruch zum Werteverständnis westlicher Demokratien steht, verdeutlichte der Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofs, der das 1998 in der Türkei gegen die Refah-Partei verfügte Verbot für rechtens erklärte. Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass Refah-Politiker mit Aufrufen zur Wiedereinführung der Scharia gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen hätten. Das politische Betätigungsverbot für Erbakan bleibt damit bis 2003 in Kraft. Die Refah-Partei war zum Zeitpunkt ihres Verbots mit 22% der Stimmen die stärkste im türkischen Parlament vertretene Gruppierung.

Inzwischen hat die Türkei auch die Nachfolgepartei der Refah-Partei, die Fazilet-Partei, verboten. Dieses Verbot hat erwartungsgemäß zu einer politischen Neuformierung in der Türkei geführt. Am 20. Juli gab der ehemalige FP-Vorsitzende Recai Kutan die Gründung der Saadet-Partisi (Partei des Wohlergehens) bekannt. Etwas mehr als die Hälfte der 100 früheren Abgeordneten der Fazilet-Partei haben sich der neu gegründeten, dem Gedankengut Necmettin Erbakans verpflichteten Partei angeschlossen. Die übrigen Abgeordneten der Fazilet-Partei orientieren sich am ehemaligen

[54] Necmettin Erbakan, geb. 1926, promovierte 1954 an der TH Aachen im Fach Maschinenbau. 1966 erhielt er eine Professur für Kraftfahrzeugsmechanik an der ITÜ in Istanbul. 1969 wurde er erstmals als unabhängiger Abgeordneter in das türkische Parlament gewählt. 1970 gründete er die islamistische Nationale Ordnungspartei (MNP) und nach deren Verbot (1971) im Jahre 1973 die Nationale Heilspartei (MSP). In den Jahren 1974 bis 1977 wirkte er in mehreren Kabinetten als stellvertretender türkischer Ministerpräsident. Erbakan wurde nach dem Militärputsch von 1980 festgenommen und mit einem siebenjährigen Politikverbot belegt. 1987 übernahm er den Vorsitz der 1983 von seinen Gefolgsleuten gegründeten islamistischen Refah-Partei, für die er 1996 in einer Koalitionsregierung das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Nach dem 1997 eingeleiteten Verbot der Refah-Partei wurde die inzwischen ebenfalls verbotene Fazilet-Partei gegründet, deren Führung Erbakan wegen des gegen ihn verhängten Politikverbots nicht übernehmen durfte.

Istanbuler Oberbürgermeister und Islamisten Erdogan, der am 14. August mit der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) eine zweite Nachfolgeorganisation der Fazilet-Partei gegründet hat. Erdogan zufolge soll die AKP keine islamistische Partei im traditionellen Sinne darstellen, sondern eine konservative Gruppierung mit religiöser Orientierung sein. Das Programm der AKP, der bei den kommenden türkischen Parlamentswahlen Erfolgschancen eingeräumt werden, sei proeuropäisch und vertrete die Konzeption einer sozialen Marktwirtschaft.

Der in der Türkei zwischen islamistischen „Reformern" und „Traditionalisten" der ehemaligen Fazilet-Partei geführte Richtungsstreit hat bislang noch zu keinen sichtbaren Kontroversen innerhalb der IGMG geführt. Sollte sich indes die Spaltung des parteimäßig organisierten Islamismus in der Türkei verfestigen, so wird dies nicht ohne Auswirkung auf die Entwicklung der IGMG in Deutschland bleiben. Neben ideologischen Auseinandersetzungen sind Streitigkeiten über die Verwendung der erheblichen Finanzmittel zu erwarten.

Erst im Anschluss an diese Auseinandersetzungen lassen sich die ambivalenten Äußerungen führender IGMG-Funktionäre endgültig daraufhin bewerten, ob die IGMG einen Wandlungsprozess durchläuft und sich auf die Rolle einer Vertretung für die Belange einer religiösen Minderheit innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft beschränkt oder weiterhin eine nach islamistischen Normen- und Werteverständnis organisierte Parallelgesellschaft anstrebt. Die Vergangenheit der Organisation, ihre langjährige Fixierung auf Necmettin Erbakan als Führer und der Kontext, in dem sich Stellungnahmen bewegen, die die Integration der türkisch-muslimischen Bevölkerung befürworten, lassen gegenwärtig noch nicht den Schluss zu, dass sich die IGMG auf diese Rolle beschränken möchte. So führte der IGMG-Vorsitzende ERBAKAN auf der Jahreshauptversammlung seiner Organisation am 15. April aus, dass möglichst alle in Deutschland lebenden türkischen Muslime die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und sich dann den deutschen Parteien anschließen sollen. Dann werde nicht mehr über sie, die türkischen Muslime, bestimmt, sondern sie könnten über die damit verbundene Mitbestimmung politisch gestaltend wirken.

Zu den Zielen der Einbürgerungskampagne unterschied Mehmet Sabri ERBAKAN – nach der Darstellung im Verfassungsschutzbericht 2001 des Bundes – in einem Interview der Milli Gazete, zwischen der IGMG als „religiöser Gemeinschaft" und andererseits den Mitgliedern, die ihre „politischen Interessen" erörtern und politisch aktiv werden sollten. Diese Unterscheidung bleibt jedoch theoretisch, da er erklärte

> *„Unsere Stellung wird hier eine religiöse Gemeinschaft sein. Aber unsere Mitglieder werden ihre politischen Interessen erörtern. Wir werden sie unterstützen und herausfordern. Unsere Mitglieder können durchaus solche Aktivitäten ergreifen."*
> (Milli Gazete, 7./8. 7. 2001)

Der stellvertretende IGMG-Vorsitzende Yavuz Celik KARAHAN sagte im Vorfeld von Wahlen in den Niederlanden:

> *„Wir müssen herausfinden, welches Wählerpotenzial wir haben, das ist von großer Bedeutung. Unsere Gemeinden müssen diesbezüglich Recherchen durchführen. In Europa steigt aus unterschiedlichen Grün-*

den die Anzahl der Muslime. Die Muslime werden eine große Bedeutung bei den Wahlen haben."
(Milli Gazete, 3. 7. 2001)

Auch wenn die Einbürgerungskampagne der IGMG vorgeblich der Integration türkischer Muslime in Deutschland dient, bestehen erhebliche Zweifel an dem tatsächlichen Integrationswillen. Das islamische Recht wird, der klassischen islamistischen Auffassung entsprechend, über jedes nicht-islamische staatliche Rechtssystem gestellt.

„Ein religiöser Muslim ist auch gleichzeitig ein Verfechter der Scharia. Der Staat, die Medien und die Gerichtsbarkeit haben nicht das Recht, sich einzumischen."
(Kolumnist Sevket EYGI in Milli Gazete, 7. 8. 2001)

Die Zeitung Milli Gazete ist kein Organ der IGMG, sie fungiert aber als propagandistisches Gelenkstück zwischen der SP und der IGMG. Die Verbindung bzw. die Nähe der IGMG ergibt sich auch daraus, dass sie für die Verbreitung dieser Zeitung wirbt und über ihren Bücherkatalog auch Publikationen von Milli-Gazete-Kolumnisten vertreibt. Geschäftsführer des Verlages ist Dr. Yusuf ISIK, der von April 1999 bis April 2001 kommissarischer Vorsitzender der IGMG war.

Necmettin Erbakan warb zum „Tag der Milli Gazete" auf einer Großveranstaltung mit großer Beteiligung von IGMG-Mitgliedern am 8. September in Düsseldorf für die Zeitschrift und führte wörtlich aus:

„Die Presse und Milli Gazete haben die wichtige Aufgabe, das Volk über die Wahrheit aufzuklären. Jeder Haushalt sollte die Milli Gazete abonnieren. Dies ist ein Muss, um die Geschehnisse richtig zu verstehen und sich darüber zu informieren."
(Milli Gazete, 11. 9. 2001)

Den panislamischen Anspruch der IGMG dokumentieren ihre Verbindungen zu verschiedenen islamischen Dachorganisationen. Der Islamrat soll nach dem Willen der IGMG-Führung als Dachverband aller in Deutschland lebenden Muslime Akzeptanz finden. Er wird diesem Anspruch als eindeutig von der IGMG dominierten Organisation jedoch in keiner Weise gerecht. Über viele Jahre stand der frühere IGMG-Funktionär Hassan ÖZDOGAN an der Spitze dieser Organisation. Er wurde am 26. Januar 2002 als Vorsitzender durch Ali KIZILKAYA, den Generalsekretär der IGMG, abgelöst. Obwohl die IGMG formal dem Zentralrat der Muslime Deutschlands (ZMD) nicht als Mitgliedsorganisation angehört, ist sie über die Person des EMUG-Vorsitzenden Ibrahim EL-ZAYAT, der zugleich als Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) fungiert, im ZMD vertreten. Vizepräsident des Islamischen Konzils, eines weiteren islamischen Dachverbandes, ist Hassan ÖZDOGAN.

Muslimbruderschaft (MB)

Sitz:	München/Aachen	
Leitung:	Dr. Ahmed AL-KHALIFA / Dr. Issam EL-ATTAR	
Mitglieder[55]	2000	2001
Bund:	1.800	1.800
Niedersachsen:	95	115
Publikationen:	Al Ra'id (Der Kundschafter) Sawt Almanya (Stimme Deutschlands)	

Die Entwicklung des Islamismus als Phänomen des 20. Jahrhunderts ist in besonderer Weise verknüpft mit der Muslimbruderschaft, die 1928 in Ägypten von einer kleinen Gruppe von Männern um den 1906 geborenen Grundschullehrer Hassan al-Banna als „Gemeinschaft der Muslimbrüder" gegründet wurde. Diese Gemeinschaft verstand sich als „Brüder im Dienste des Islam". Die Muslimbruderschaft ist weltweit zum Grundstein der islamistischen Bewegungen im Bereich des sunnitischen Islam geworden. Von Ägypten ausgehend gelang es der Muslimbruderschaft in allen Ländern der arabischen Welt sowie in Ländern, in denen arabische Muslime leben, Organisationsstrukturen zu schaffen. Von al-Banna straff geleitet, erfuhr die hierarchisch strukturierte Organisation einen raschen Bedeutungszuwachs.

Zwischen 1934 und 1939 nahm die Zahl ihrer Organisationseinheiten von 50 auf 500 zu. Dem Jihad, dem heiligen Krieg, maß die betont antiwestliche, in der damaligen Zeit antikolonialistische Muslimbruderschaft zentrale Bedeutung zu. Das symbolisierte sich in ihrem Emblem, ein Koran zwischen zwei Schwertern. Hassan al-Banna äußerte über die Bedeutung des Islam: *„Er ist Dogma und Gottesdienst, Heimat und Nationalität, Religion und Staat, Geist und Tat, Schrift und Schwert. Er ordnet für alle Zeiten die Lebensfragen bei allen Völkern und Nationen".* Durch strikte Bindung an Koran und Sunna – nach Auffassung al-Bannas die Verfassung eines Staates, dessen Lebensbereiche durch die Scharia gestaltet werden – sollte die Erneuerung der idealen Gemeinschaft der ersten Muslime unter den Bedingungen der modernen Welt erfolgen.

Das Programm der Muslimbruderschaft von 1936 beinhaltete die folgenden zentralen Punkte: Beendigung

[55] Mitgliederzahlen der MB einschließlich IGD und Islamische Avantgardisten. Wegen anderer Zuordnung sind die Zahlenangaben mit den Angaben im Verfassungsschutzbericht 2000 nicht vergleichbar.

des Parteienwesens, Einführung der islamischen Scharia, kulturelle Zensur sowie Wahrung islamischer Moralvorstellungen, Verbot von Zins und Profit sowie sozial orientierte Verteilung des Reichtums. Das Programm der Muslimbruderschaft mit dem Ziel eines alle Bereiche umfassenden politischen, ökonomischen und sozialen „islamischen Systems" muss im Kontext der Entkolonialisierung sowie der Konfrontation der traditionellen arabischen Gesellschaft mit den Einflüssen der westlichen Industrialisierung betrachtet werden[56]. Verunsicherte und entwurzelte muslimische Menschen fanden in den von der Muslimbruderschaft propagierten sozialen Werten und zwischenmenschlichen Solidarität Orientierung und Identität. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Teilung der Welt in zwei Machtblöcke entwickelte sich eine islamistische Ideologie eines eigenen islamischen Weges jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Wegen ihres sozialen und karitativen Engagements – die Muslimbruderschaft errichtete Schulen, Moscheen, Kindergärten und Musterfarmen – genoss die Organisation hohes Ansehen in sozial unterprivilegierten Bevölkerungsschichten. Anfang der 40er-Jahre hatte die Organisation über eine Million Anhänger sowie Zweigstellen in den meisten Nachbarländern. Das Palästinaproblem bildete in den 40er-Jahren einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Muslimbrüder. Nach dem Beschluss der Vereinten Nationen zur Teilung Palästinas im Jahr 1947 kämpften u. a. etwa 700 Muslimbrüder aus Ägypten, Syrien und Jordanien in den aus Freiwilligen bestehenden arabischen Verbänden der Arabischen Liga. Ägyptische Muslimbrüder beteiligten sich an dem Krieg zwischen den arabischen Staaten und dem am 14. Mai 1948 gegründeten Staat Israel.

Die neuere ägyptische Geschichte ist von der Organisation, die sich zur Erreichung ihrer Ziele auch terroristischer Methoden bediente, entscheidend beeinflusst worden. Hassan al-Banna wurde 1949 von der Polizei erschossen, nachdem der ägyptische Ministerpräsident 1948 einem Attentat eines Angehörigen der im Dezember 1948 verbotenen Muslimbruderschaft zum Opfer gefallen war. Die Situation für die Muslimbruderschaft verschärfte sich nach dem von einem Muslimbruder verübten, fehlgeschlagenen Attentat auf Staatspräsident Nasser am 26. Oktober 1954. In Ägypten setzte im Sommer 1965 eine Verhaftungswelle gegen Muslimbrüder ein, denen die Planung eines Staatsstreiches vorgeworfen worden war. Seyyed Qutb, der als geistiger Führer in der Nachfolge al-Bannas den Kampf revolutionärer Avantgarden propagierte, wurde 1966 zusammen mit drei anderen Muslimbrüdern als Reaktion auf ein fehlgeschlagenes Attentat auf den ägyptischen Staatspräsidenten öffentlich hingerichtet[57]. Erst der 1981 von Angehörigen des islamischen Jihad ermordete ägyptische Staatspräsident Sadat ermöglichte die Reorganisation der Muslimbruderschaft. Seither bedient sich die von unterprivilegier-

[56] Die Muslimbruderschaft entwickelte im Rahmen ihres „islamischen Systems" die Vorstellung eines „islamischen Sozialismus", der zwar Privateigentum erlaubt, doch ist dieses dem Eigner von der islamischen Gemeinschaft übertragen und muss von ihm in einem sozialen, die Gemeinde fördernden Sinn verwendet werden.

[57] Sayyid Qutb (1906-1966) entwickelte eine Revolutionsideologie, die sich gegen jede staatliche Ordnung richtete. Qutb stützte sich dabei auf das rechtsphilosophische Konzept des Führers der indopakistanischen Gama at-i islami, Maududi (1903-1979), der die ausschließliche Souveränität Gottes in Staat und Gesetzgebung postulierte.

ten Schichten getragene Organisation einer legalistischen Strategie zur Realisierung ihrer Ziele und verurteilt militante Aktionen anderer Organisationen, wie z. B. der Ende der 60er-Jahre in Ägypten entstandenen Jama'at Islamiyya. Im Gegensatz zu ihrer Gründungszeit tritt die Muslimbruderschaft heute für ein freies Parteiensystem ein, in dem sie als islamistische Partei einen Platz beansprucht. Sowohl das politische System als auch die ägyptische Gesellschaft werden von der Muslimbruderschaft als islamkonform charakterisiert.

Eigenen Angaben zufolge ist die MB in über 70 Ländern vertreten. Dabei tritt sie auch unter anderen Namen auf. Neben der ägyptischen ist die 1945/46 in Syrien entstandene Muslimbruderschaft die historisch bedeutsamste Organisation.

In der Bundesrepublik Deutschland übt die panislamisch orientierte MB, die dem Zentralrat der Muslime (ZMD) angehört, Einfluss auf verschiedene sunnitisch-extremistische Organisationen aus. Vorrangiges Ziel ist es, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für sich zu rekrutieren. Die Anhänger der Muslimbruderschaft operieren konspirativ und treten öffentlich nur mit ihren Publikationen in Erscheinung. Die von der Organisation betriebenen Islamischen Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen haben sie als Begegnungsstätten die Funktion einer Klammer für Anhänger islamistischer Organisationen diverser Länder.

Die größte mit der MB verbundene Gruppierung in Deutschland ist die 1960 gegründete, unter dem bestimmenden Einfluss des ägyptischen Zweiges der MB stehende Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) mit etwa 500 Anhängern. Das als Hauptstützpunkt der IGD fungierende Islamische Zentrum München (IZM) dient als Begegnungsstätte. Darüber hinaus verfügt die IGD über verschiedene Zweigstellen in der Bundesrepublik Deutschland, vornehmlich im süddeutschen Raum. In einem am 5. Februar 2002 im Internet veröffentlichten Interview beschrieb der neue Vorsitzende der IGD, EL-ZAYAT, seine Organisation als „Heimstätte des deutschsprachigen Islams" und verneinte eine der IGD attestierte ideologische Steuerung durch die Muslimbruderschaft:

> *„Die Muslimbruderschaft ist eine gesellschaftliche Bewegung in vielen islamischen Ländern, die eigentlich nie eine Vertretung oder offiziellen Ableger in Deutschland gehabt hat. Es gibt auch Mitglieder der Muslimbruderschaft, die sich intensiv an der Gründung und Errichtung islamischer Zentren beteiligt haben. D. h. noch lange nicht, dass am Ende eine Steuerung durch die Muslimbruderschaft erfolgt ist. Dies ist ganz klar zu verneinen."*

Eine weitere Gruppe sind die Anfang der 80er-Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Dr. Issam EL-ATTAR, gegründeten Islamischen Avantgarden, deren Ziele denen der IGD entsprechen. Untergruppierungen der 500 Mitglieder starken Organisation sind die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM).

Als algerischer Zweig der Muslimbruderschaft fungiert die im März 1989 in einer Phase innerstaatlicher Liberalisierung in Algerien gegründete Islamische Heilsfront (FIS – nach der französischen Bezeichnung Front

Islamique du Salut) mit dem Ziel der Errichtung eines islamischen Staatswesens in Algerien. Von der FIS hat sich im April 1992 die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA – nach der französischen Bezeichnung Groupe Islamique Armé) abgespalten. Nachdem die FIS im Jahre 1992 nach von ihr gewonnenen Parlamentswahlen von der algerischen Militärregierung verboten worden war, begann die Organisation über ihren bewaffneten Arm, die Islamische Heilsarmee (AIS), einen brutalen Bürgerkrieg. Während die FIS sich inzwischen um Verständigung mit der Militärregierung bemüht, setzen die GIA und die von ihr abgespaltene GSPC (Groupe Salafiste pour la Predication et le Combat) ihre terroristischen Aktivitäten fort. Bundesweit gehören allen drei Organisationen zusammen ca. 400 Mitglieder an. In Niedersachsen sind ihnen lediglich 15 Personen zuzurechnen.

Der im Mai 1981 im IZ München von Angehörigen der Muslimbruderschaft gegründete Islamische Bund Palästina (IBP) vertritt seit Beginn der ersten Intifada (Aufstand der palästinensischen Jugend) im Dezember 1987 die Interessen der bislang ausschließlich in Israel und den teilautonomen palästinensischen Gebieten terroristisch aktiven Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS).

Die HAMAS (deutsch: Eifer, Begeisterung), die sich aus dem palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft entwickelt hat, strebt die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas an. Die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche waren immer wieder begleitet von Terroranschlägen und Selbstmordattentaten der HAMAS, die Israel mit terroristischen Mitteln bekämpft und den Alleinvertretungsanspruch der von Arafat geführten PLO für die Palästinenser bestreitet. Seit Beginn der ersten Intifada (1987–1993) sind durch Selbstmordattentate etwa 200 Israelis getötet und 1.500 verletzt worden. Allein 1996 kamen bei vier Selbstmordanschlägen 61 Menschen ums Leben. Die blutigen Auseinandersetzungen in den palästinensischen Autonomiegebieten zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften, die insbesondere seit dem provokativen Besuch des israelischen Oppositionspolitikers Sharon auf dem Jerusalemer Tempelberg am 28. September 2000 zu einer gravierenden Beeinträchtigung des Friedensprozesses führten, waren von der HAMAS entscheidend beeinflusst. In ihrer radikalen und kompromisslosen Gegnerschaft gegenüber Israel und einer friedlichen Lösung des Palästina-Konfliktes sieht sich die HAMAS infolge der schweren Auseinandersetzungen bestätigt, die ihr zudem weiteren Zulauf gebracht haben. Die aktuelle Popularität von HAMAS dürfte weniger auf entsprechende islamistische Überzeugungen zurückzuführen als vielmehr der sich weiter verschlechternden ökonomischen und sozialen Situation der Palästinenser geschuldet sein. Diese sehen eine realistische Chance auf eine friedliche Lösung des Konfliktes und die Wahrung ihrer Interessen schwinden. Die Popularität der HAMAS in den palästinensischen Autonomiegebieten erklärt sich auch durch ihr soziales Engagement. Der Handlungsspielraum des palästinensischen Präsidenten Arafat wird durch die Machtposition der HAMAS eingeengt, die sich somit negativ auf den Friedensprozess auswirkt.

Der Gründer und geistige Führer der HAMAS, Scheich Ahmed YASSIN, kündigte in einem im April im Internet verbreiteten Interview die Fortführung

des bewaffneten Widerstandes und die Intensivierung von Selbstmordattentaten an. Die „Intifada" könne mit Unterstützung der Araber ohne zeitliche Begrenzung fortgeführt werden: *„Im Kampf gegen den zionistischen Feind werden die Waffen die Steine zwangsläufig ersetzen".*

Bisher waren HAMAS und IBP im Bundesgebiet lediglich propagandistisch tätig. Auf europäischer Ebene knüpft die HAMAS Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen, z. B. durch die Teilnahme an Konferenzen unter Beteiligung der GIA, der libanesischen Hizb Allah und dem Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Von den ca. 250 Anhängern im Bundesgebiet sind nur einzelne Mitglieder und Funktionäre in Niedersachsen ansässig.

Die En Nahda (deutsch: Wiedergeburt, Bewegung der Erneuerung), der tunesische Zweig der Muslimbruderschaft, wird seit 1991 aus dem britischen Exil und von Frankreich aus geleitet. In Deutschland sind von der in Tunesien verbotenen Organisation bislang keine organisatorischen Strukturen bekannt geworden. Es gibt jedoch Einzelmitglieder, die vorwiegend bei Veranstaltungen der unter dem Einfluss der MB stehenden Islamischen Zentren in Aachen und München auftreten.

Die Muslimbruderschaft reagierte mehrheitlich ablehnend auf die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York und Washington. Nur eine Minderheit hielt die Anschläge für gerechtfertigt. Die Motive für die ablehnende Haltung liegen vermutlich – wie bei anderen islamistischen Organisationen auch – in der Furcht vor staatlichen Reaktionen und entsprechenden Einschränkungen für die Arbeit der jeweiligen Organisation.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	2000	2001
Bund:	800	800
Niedersachsen:	110	110
Publikation:	Al Ahd (Die Verpflichtung)	

Die schiitisch-extremistische libanesische Hizb Allah (Partei Gottes) wurde 1982 nach der israelischen Militärinvasion im Libanon auf Betreiben des Iran von jüngeren libanesischen schiitischen Klerikern um deren geistlichen Führer Scheich Muhammad Husain Fadlallah gegründet.[58] Dank massiver iranischer Unterstützung entwickelte sich die zunächst kleine, im Wesentlichen aus

[58] Der 1934 im irakischen Nadschaf geborene Fadlallah widmete sich seit Mitte der 60er-Jahre der Ausbildung der schiitischen Geistlichkeit im Libanon. In seinem umfangreichen Schrifttum wird die Bestimmung einer weltaktiven islamischen Identität im kulturellen Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne sowie die ideologische Basis für seine revolutionären und kämpferischen Ideen deutlich. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges hatte der antiwestlich orientierte Fadlallah die Entwicklung einer eigenständigen islamischen Identität gefordert. („Kolonialismus und Kommunismus – die beiden Todfeinde des Islam").

radikalen Splittergruppen der 1975 von dem Schiitenführer Sayyid Musa as-Sadr gegründeten Amal-Miliz bestehende Gruppierung innerhalb kurzer Zeit zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkt im Bekaa-Tal, Südlibanon und in den Vororten von Beirut.[59] Die bis dahin führende vergleichsweise gemäßigte schiitische Amal-Miliz verlor Mitglieder an die Hizb Allah. Durch ihre Forderung nach einem islamischen Staat iranischen Vorbilds trat die Hizb Allah seit ihrer Gründung auf innerschiitischer Ebene quasi als Rivalin der Amal-Miliz an, die für eine zivile, säkulare Neuordnung der libanesischen Gesellschaft eintrat.

Vorbild für die Hizb Allah ist der revolutionäre Iran, die Lehren Khomeinis gelten als richtungsweisend. Das Fernziel der Organisation, die Umwandlung des Libanon in einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild, ist zwischenzeitlich zugunsten einer pragmatischeren Haltung in den Hintergrund getreten. Nach Beendigung des libanesischen Bürgerkrieges 1991 veränderten sich auch die politischen Koordinaten für die Hizb Allah. Wiederholt verkündete sie, die Interessen der anderen Konfessionen im Libanon berücksichtigen zu wollen. Der Libanon könne nicht gegen den Willen der Mehrheit ein islamischer Staat werden. Diese Mehrheit sei aber nicht in Sicht, betonte der Gründer der Hizb Allah, Scheich Fadlallah, in einem Interview. In den Vordergrund der Propaganda traten nunmehr libanesische Belange wie der als nationale Pflicht für alle Libanesen bezeichnete Widerstand gegen die israelische Besetzung. Gleichwohl bestehen die engen Verbindungen der Hizb Allah zum Iran fort. Weiterhin ist erklärtes Ziel die Vernichtung Israels und die „Herrschaft des Islam" über Jerusalem.

Das Emblem der Hizb Allah weist auf deren politische Ausrichtung, es zeigt in arabischer Kunstschrift den Namen der Organisation „Hizb Allah" (Partei Gottes). Eine hochgereckte Faust hält die Kalaschnikow, über der geschrieben steht „Hizb Allah ist der Sieger". Die Unterzeile unter diesem Signet weist auf die politische Zielsetzung: „Islamische Revolution im Libanon!"

Die Hizb Allah wurde vom Iran nicht nur ideologisch inspiriert, sondern in der Folgezeit auch finanziell und militärisch unterstützt. Aus dem Iran erhielt die Hizb Allah zu Lebzeiten Khomeinis jährlich ungefähr 100 Millionen Dollar, von denen etwa 60% in zivile und soziale Projekte flossen. Unter dem Dach der Hizb Allah agieren neben dem militärischen Arm „Al Moqawama Al Islamiya" (Islamischer Widerstand) verschiedene Wohlfahrtsorganisationen sowie eine seit 1992 im libanesischen Parlament vertretene libanesische Partei.

[59] Im Verlauf des libanesischen Bürgerkrieges (1975-1991) hatten sich die Schiiten zur zahlenmäßig stärksten Bevölkerungsgruppe entwickelt, nachdem sie im nachkolonialen System zunächst durch die christlich-muslimische Koalition von Maroniten und Sunniten marginalisiert worden waren.

Die Hizb Allah zeigt sich als unversöhnlicher Gegner jeglicher Friedensabkommen im Nahen Osten. Hauptfeind der Hizb Allah ist der Staat Israel, gegen den sie mit menschenverachtender Brutalität einen unerbittlichen Kampf in Form von Bombenattentaten, auch auf zivile Einrichtungen, führt. Ziele waren dabei israelische Einrichtungen im Südlibanon, aber auch im Ausland – u. a. in Istanbul, Ankara und Buenos Aires. Auch nach dem Abzug der israelischen Armee aus der seit Sommer 1985 bestehenden Sicherheitszone im Südlibanon und der Auflösung der mit Israel verbündeten Südlibanesischen Armee im Mai 2000 setzten Einheiten der Hizb Allah Raketenangriffe sowohl auf militärische Einrichtungen als auch auf in Nordisrael gelegene Ortschaften fort. Die etwa 15 Kilometer tiefe Sicherheitszone hatte als Puffer gedient, um den Norden Israels vor Angriffen der Hizb Allah zu schützen.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand". Sie sind weiterhin um die Verfestigung ihrer Strukturen bemüht, um ihren politischen Aktivitäten einen organisatorischen Rahmen zu geben. Wie auch in der Vergangenheit instruierten Funktionäre aus dem Libanon die Anhänger in den hiesigen Zweigorganisationen entsprechend der politischen Linie der Hizb Allah. Deutschland dient für die Hizb Allah genauso wie für die Muslimbruderschaft primär als logistisches Hinterland für Aktionen in den jeweiligen Heimatländern.

Am 25. Mai führte die Hizb Allah anlässlich des ersten Jahrestages des als Sieg über Israel gefeierten israelischen Rückzugs aus der Sicherheitszone im Südlibanon in München eine Veranstaltung mit etwa 100 Teilnehmern durch, bei der von Rednern die Fortführung des Kampfes bis zur Vollendung der islamischen Revolution durch die Befreiung von Jerusalem propagiert wurde.

Treffpunkte der 110 konspirativ in Ortsgruppen organisierten Anhänger der sich u. a. durch Spendengelder finanzierenden Hizb Allah in Niedersachsen sind insbesondere Moscheen in Münster, Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Einbeck sowie im Raum Osnabrück.
Hinweise auf Gewaltaktionen der Hizb Allah in Deutschland liegen nicht vor. Ein zu berücksichtigender Faktor bleibt jedoch die Gewaltbereitschaft vieler im Libanon militärisch geschulter Anhänger der Hizb Allah.

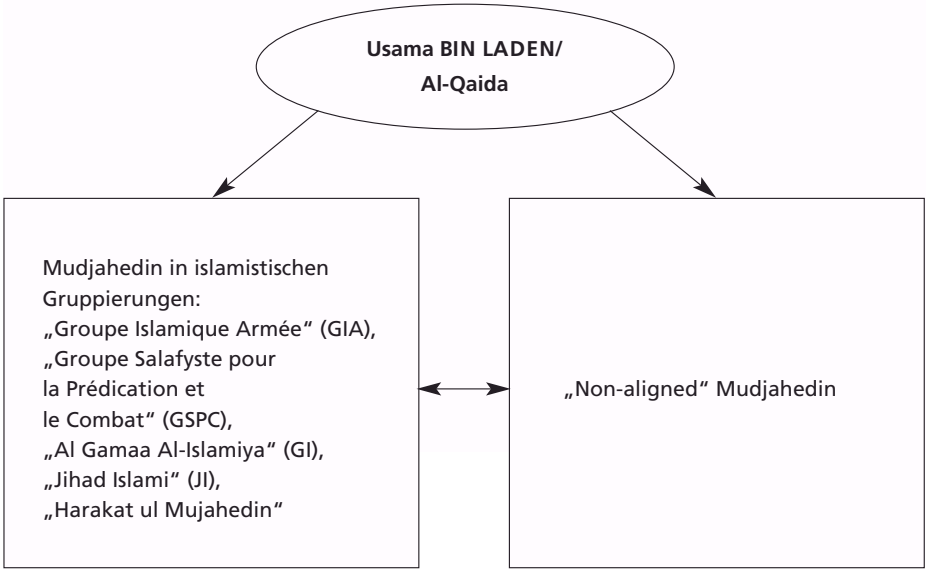
Die Reaktionen aus dem Bereich der Hizb Allah auf die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York und Washington sind als ambivalent zu bezeichnen. In einer am 18. September im Internet veröffentlichen Erklärung bedauerte die Hizb Allah zwar die Opfer der Anschläge, warnte die USA aber zugleich vor einer Fortführung ihrer Politik, die als ursächlich anzusehen sei für den Hass gegen die USA. Der Gründer der Hizb Allah und schiitische Gelehrte Scheich Fadlallah verurteilte in einem Zeitungsinterview im Oktober die Terroranschläge gegen die USA:

> *„Wir befinden uns nicht in einem Krieg mit den USA. Was dort passiert ist, war keine Märtyreroperation, sondern ein Selbstmordattentat. Das rechtfertigt der islamische Glaube nicht."*

Keine Islamische Bewegung könne nach Auffassung Fadlallahs allerdings die Existenz Israels akzeptieren.
Die gewaltsame Eroberung fremden Landes und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung seien aus islamischer Sicht nicht zu rechtfertigen.

Möglich sei allenfalls ein verlängerter Waffenstillstand. Weil sich die islamische Welt mit Israel im Kriegszustand befinde, seien dort auch „Märtyreraktionen“ erlaubt.
Bei den in Niedersachsen lebenden libanesischen Hizb Allah-Anhängern zeigte sich ein uneinheitliches Meinungsbild. Die Bandbreite reichte von heimlicher bis offen geäußerter Zustimmung, mehrheitlich äußersten sich die Hizb Allah-Anhänger jedoch ablehnend zu den Terroranschlägen.

Netzwerk der Mudjahedin



Arabische Mudjahedin

Die Entstehungsgeschichte des Netzwerkes der Arabischen Mudjahedin beginnt mit der sowjetischen Afghanistan-Intervention im Jahre 1979. Zur Bekämpfung der sowjetischen Invasionstruppen wurden so genannte Gotteskämpfer (Mudjahedin) in nahezu allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens mit finanzieller Hilfe aus Saudi-Arabien rekrutiert für den Dschihad gegen die sowjetische Invasion. Die Sicherheitsbehörden schätzen, dass mindestens 35.000 Mudjahedin aus mehr als 40 Staaten eine Ausbildung in pakistanischen und afghanischen Lagern erhielten. Auf diese Weise entstand ein sich über die gesamte islamische Welt erstreckendes Netz an persönlichen Beziehungen. Zu den Personen, die die Anwerbung und die Anreise der Mudjahedin organisierten und auch finanzierten, gehörte der saudische Millionär Usama BIN LADEN. Mudjahedin kämpften später auch in Bosnien-Herzegowina, Tschetschenien und im Kaschmir. Nach dem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan im Jahre 1989 wurden Israel

und die USA zu erklärten Feinden der Mudjahedin. Dies verstärkte sich noch durch den von den USA initiierten Krieg gegen den Irak zur Befreiung Kuwaits Anfang des Jahres 1991, als amerikanische Truppen auf saudischem Territorium, wo sich die heiligsten Stätten des Islam befinden, stationiert wurden.

Das Netzwerk der arabischen Mudjahedin ist auf drei Ebenen angesiedelt. Als elitäre Vereinigung kann die Organisation Al-Qaida gelten, die Usama BIN LADEN[60] 1988 gemeinsam mit Muhammad ATEF gründete. Die – nach Schätzungen – 5.000 Usama BIN LADEN persönlich verpflichteten Mitglieder der Organisation sollen einen Treueschwur auf den Dschihad geleistet haben. Eine von Usama BIN LADEN und dem Taliban-Führer Omar am 23. Februar 1998 unterzeichnete Erklärung einer „Welt-Islam-Front für den Dschihad[61] gegen die Juden und Kreuzzügler" enthält folgende Kampfansage an die westliche Welt, die als ein wesentliches Indiz für die Verantwortung Usama BIN LADENs für die Anschläge in den USA am 11. September gelten kann:

> *„Es ist die Pflicht jedes Muslim, Amerikaner und ihre Alliierten, sowohl Militärs als auch Zivilisten, wo immer auch möglich, zu töten. Dies gilt so lange, bis die Aksa-Moschee (in Jerusalem, d. V.) und die Haram-Moschee (in Mekka, d. V.) aus ihrem Würgegriff befreit sind und bis die amerikanischen Armeen geschlagen von allen Ländern des Islam abziehen, unfähig, einen Muslim zu bedrohen."*

Eine zweite Gruppe von Mudjahedin engagierte sich nach der Rückkehr in die Heimatländer eingebunden in bestehende islamistische Organisationen wie GIA, Libysche Kämpfende Islamische Gruppe, Tunesische Islamische Front oder Al Gamaa Al-Islamiya und Jihad Islami aus Ägypten, allesamt Organisationen, von denen sich in Deutschland allenfalls Einzelmitglieder aufhalten.

[60] Usama BIN LADEN wird 1955 als 17. von 57 Kindern eines jemenitischen Bauunternehmers in Dschidda geboren. 1977, BIN LADEN arbeitete zu diesem Zeitpunkt im Konzern seines Vaters, kommt er erstmals mit islamistischen Schriften in Berührung. 1980 beginnt sein Engagement für die Mudjahedin in Afghanistan, wo er unter den Einfluss des 1989 bei einem Bombenanschlag getöteten palästinensischen Islamisten Abdullah AZZAM gerät, der zu seinem Lehrer wird. 1986 errichtet BIN LADEN in Afghanistan ein Ausbildungslager für Mudjahedin, zwei Jahre später gründet er ein eigenes Djihad-Büro, das er al-Qaida, die Basis, nennt. Nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan kehrt BIN LADEN nach Saudi-Arabien zurück. Von dort begibt er sich 1991 als Reaktion auf die amerikanische Truppenpräsenz in Saudi-Arabien in den Sudan. Im Jahr 1993 beteiligte sich sein Netzwerk an Übergriffen auf US-Soldaten in Somalia, bei denen 18 Amerikaner getötet werden. Außerdem gibt es Verbindungen zu den Initiatoren eines Anschlags auf das World Trade Center im selben Jahr. BIN LADEN wird daraufhin 1994 die saudische Staatsbürgerschaft entzogen. Auf amerikanischen Druck muss er den Sudan 1996 verlassen. Mit seiner Familie begibt er sich erneut nach Afghanistan, wo er ein enges Bündnis mit den Taliban bzw. deren Führer Mullah Omar eingeht. Ein Bombenanschlag, dem im selben Jahr 19 US-Soldaten in Dharan (Saudi-Arabien) zum Opfer fallen, wird BIN LADENS al-Qaida angelastet.

[61] Der Begriff Dschihad bedeutet ursprünglich Anstrengung im Sinne eines Selbstläuterungsprozesses und impliziert nicht notwendigerweise Militanz. Insbesondere die Islamisten um Usama BIN LADEN interpretieren diesen Begriff in radikaler Zuspitzung als Aufruf zur Militanz und zum gewaltsamen Kampf. Omar Abder RAHMAN, einer der geistigen Wegbereiter Usama BIN LADENs, betrachtete den Dschihad als Weg, den Islam gewaltsam mit der Waffe zu verbreiten: „Wir sind hier, um den Islam zu verbreiten. Stellt sich uns jemand in den Weg, gibt es Djihad." (Michael Pohly und Khalid Duran: Osama bin Laden und der internationale Terrorismus. München 2001, S. 42). Dementsprechend verstehen sich diese militanten Islamisten auch als Djihadisten.

Auf einer dritten Ebene anzusiedeln sind Mudjahedin, die sich in Kleingruppen um einen örtlichen Führer organisiert haben (so genannte non-aligned Mudjahedin) und die autonom zu handeln in der Lage sind.

Die in den Ausbildungslagern geschlossenen persönlichen Kontakte bilden die Grundlage für ein schwer kontrollierbares Geflecht von Verbindungen zwischen den drei genannten Ebenen. Dieses Geflecht erschwert konkrete Gefährdungsprognosen erheblich. Selbst wenn Usama BIN LADENs Al-Qaida im Zuge der amerikanischen Militärintervention „zerstört" würde, wird es aller Voraussicht nach auf verschiedenen Ebenen weitere operationsfähige Einheiten der arabischen Mudjahedin geben, so dass die abstrakte Gefährdung unverändert hoch zu veranschlagen ist.

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) /Deutsche Türk-Föderation (ATF)

Sitz:	Frankfurt/Main	
Vorsitzender:	Cemal CETIN	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	7.800	8.000
Niedersachsen:	500	600
Publikationen:	Türk Federasyon (Türk Föderation) Ortadoyu (Der Nahe Osten) Bulletin der Türkischen Föderation Cerag (Die Fackel)	

Bedeutendste nationalistische türkische Organisation in Deutschland ist die 1978 in Frankfurt/M. durch den Zusammenschluss zahlreicher nationalistischer türkischer Vereine gegründete „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V." (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF), deren Anhänger auch als „Graue Wölfe" bezeichnet werden[62]. Die von der ADÜTDF auf ihrem Jahreskongress

[62] Als „Graue Wölfe" bezeichnet wurde ursprünglich die Jugendorganisation der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Der „Graue Wolf" hat für das politische Selbstverständnis der ADÜTDF bzw. der MHP symbolhafte Bedeutung. Um das Totemtier der Türken in ihrer zentralasiatischen Ursprungsregion (Altai-Gebirge) aus vorislamischer Zeit existiert eine mythologische Sage zur Herkunft der Türken: Der einzige Überlebende eines besiegten türkischen Stammes, ein zehnjähriger Knabe, wurde von einer Wölfin vor dem Hungertod gerettet. Die Wölfin gebar ihm in den Bergen des Altai zehn Söhne, die die ersten Turkstämme gründeten. Der „Graue Wolf" symbolisiert gleichsam das Leben der Türken in der Steppe.

am 5. Oktober 1996 in Essen beschlossene Umbenennung in „Deutsche Türk-Föderation“ (Almanya Türk Federasyon – ATF) wurde bislang im Vereinsregister nicht vollzogen, auch in schriftlichen Verlautbarungen verwendet die Organisation nach wie vor das Kürzel ADÜTDF oder die Bezeichnung „Türk Federasyon“. Dem ebenfalls 1996 neu gegründeten europäischen Dachverband Konföderation der idealistischen Türken in Europa (Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri – AÜTDK) obliegt seitdem die Koordinierung der Arbeit der einzelnen nationalen Türk-Föderationen in Europa.

Gemäß ihrer Satzung fühlt sich die von Cemal CETIN geführte ATF der „Förderung der Zusammenarbeit und Solidarität der in Europa lebenden türkischen Staatsangehörigen“ verpflichtet. Religiöse Einrichtungen wie Korankurse und Gebetsstätten sowie Kultur- und Sportvereine der ATF sollen den Zusammenhalt fördern.

Die ATF vertritt in Deutschland die Interessen der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die – aus den Parlamentswahlen im April 1999 mit 18 % der Stimmen als zweitstärkste Partei hervorgegangen – der von Ministerpräsident Ecevit von der Demokratischen Linkspartei (DSP) geführten türkischen Regierungskoalition angehört. Die MHP wurde in den 70er-Jahren mit zahlreichen Gewalttaten und Mordanschlägen gegen politische Gegner in Verbindung gebracht.

Die Politik der MHP ist eine Synthese aus nationalistischen und islamischen Elementen, wobei der Islam auf eine spezifisch türkische Weise interpretiert und als ein Attribut türkischer Großmachtpolitik betrachtet wird. Grundlegend ist ein türkisch-völkischer Nationalismus verbunden mit dem pantürkischen Gedanken der Errichtung eines alle Turkvölker vereinenden Großtürkischen Reiches. Ideologische Grundlage des MHP-Programms bildet die vom 1997 verstorbenen Gründer und langjährigen Vorsitzenden der Partei, Alparslan Türkes[63], ausgearbeitete nationalistische Interpretation der kemalistischen Prinzipien.

Unter dem 1998 als Nachfolger von Türkes zum neuen Vorsitzenden gewählten Devlet Bahceli ist die MHP in Abgrenzung von ihrer Vergangenheit bemüht, sich als staatstragender und damit verlässlicher Regierungspartner darzustellen. Unter Führung des MHP-Vorsitzenden und stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Bahceli hat die MHP einen politischen Kurswechsel eingeleitet. Statt der für die Ära Türkes charakteristischen Ideologieelemente Pantürkismus, Nationalismus, Antikommunismus und Ablehnung demokratischer Prinzipien stehen nunmehr das Bekenntnis zum parlamentarischen System der Türkei und zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union im Vordergrund.

Die Regierungsbeteiligung der MHP in der Türkei wirkt sich auch auf das Verhalten der ATF in Deutschland aus. So haben der ATF-Vorsitzende CETIN und der MHP-Vorsitzende Bahceli immer wieder an ihre in Deutschland lebenden Mitglieder appelliert,

[63] Der 1917 geborene Offizier Türkes, der wegen seiner Sympathien für Hitler 1944 kurzzeitig verhaftet wurde, war der führende Protagonist pantürkischen Gedankenguts. Er gehörte zu den Initiatoren des Militärputsches von 1960. 1980 wurde er wegen der von ihm über die Bozkurtlar („Graue Wölfe“) gelenkten Terroraktionen vor Gericht gestellt und verurteilt, 1995 aber letztinstanzlich freigesprochen. Von 1975 bis 1978 fungierte der nationalistische Politiker in zwei Regierungen als stellvertretender Regierungschef.

Besonnenheit zu wahren, deutsche Gesetze zu beachten, keine Gewalt anzuwenden und Konflikte auf deutschem Boden zu vermeiden. Die Publikationen der ATF wurden angewiesen, nationalistische Tendenzen in den Kommentaren zu vermeiden. Dennoch war in der Juni-Ausgabe 2000 ihres Zentralorgans „Türk Federasyon Bülteni" (Bulletin der Türkischen Föderation) in offen rassistischer Diktion von der „türkischen Herrenrasse" die Rede, die andere Völker beherrsche und Minderheiten assimiliere. Dem pantürkisch-nationalistischen Gedankengut entspricht das Postulat eines Führungsanspruches für alle Turkvölker, die östlich der Türkei siedeln.

Die ATF ist hierarchisch gegliedert. Bundesweit ist sie in über 180 Vereinen organisiert. Seit 1999 gehören die niedersächsischen Vereine – u. a. in Goslar, Hannover, Braunschweig, Göttingen und Salzgitter – zusammen mit nordhessischen und im nördlichen Nordrhein-Westfalen aktiven Vereinen zur Region („Bölge") Niedersachsen. Neben lokalen Veranstaltungen organisierte die ATF-Region Niedersachsen überregionale Kulturveranstaltungen wie am 16. Februar in Salzgitter-Lebenstedt mit 1.200 Teilnehmern, am 21. April in Osnabrück mit 1.500 Teilnehmern und am 5. Mai in Braunschweig zu einer Gedenkveranstaltung, bei der MHP-Abgeordnete als Gastredner die enge Verbundenheit der MHP mit der ATF zum Ausdruck brachten.

Die Bindung der ATF an die Mutterpartei MHP wurde erneut demonstriert anlässlich des 22. Jahreskongresses der ATF am 2. Juni in Oberhausen, an dem etwa 20.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie als Gast der MHP-Vorsitzende Bahceli teilnahmen. Bei der Wahl des Bundesvorsitzenden verließ ein Großteil der Delegierten aus Protest gegen die von CETIN betriebene enge Anbindung an die als zu liberal kritisierte MHP den Saal. CETIN wurde dennoch anschließend ohne Gegenkandidaten einstimmig in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Von zentraler Bedeutung in den Aktivitäten der regionalen ATF-Vereine ist die gezielte Jugendarbeit, die – vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Desintegration sowie Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt – auf die Entwicklung eines politischen, religiösen und sozialen Geborgenheitsgefühls bei den in Deutschland lebenden türkischen Jugendlichen abzielt. Im Mittelpunkt der Werbung von jugendlichen Mitgliedern steht die Propagierung türkisch-islamischer Werte, die ihre Entsprechung findet in der von MHP und ATF propagierten Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft, des Koranunterrichts in türkischer Sprache sowie des Tragens von Kopftüchern aus religiöser Überzeugung.

Die Terroranschläge in den USA vom 11. September wurden von der ATF als mit dem Islam unvereinbar kritisiert.

Türk Federasyon Bülteni
Ocak 2001
Yıl: 4 Sayı: 27
Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu'nun Aylık Yayınıdır.

Mit Blick auf die Beteiligung türkischer Truppen auf Seiten der USA bei den militärischen Aktionen in Afghanistan wurde den örtlichen ATF-Vereinen unter Androhung des Ausschlusses aus der Organisation eine kontroverse Diskussion über die Vorgänge untersagt. Aktivitäten gegen das Vorgehen der USA in Afghanistan sind von ATF-Gliederungen daher nicht zu erwarten.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Vorsitzender:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	12.000	12.000
Niedersachsen:	1.500	1.650
Publikationen:	Serxwebun (Unabhängigkeit), erscheint monatlich Kurdistan-Report, erscheint zweimonatlich	
Weitere Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen, z. B.:	Jina Serbilind (Die stolze Frau) Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans) Sterka Civan (Stern der Jugend) Ronahi (Licht)	

Die Geschichte der PKK ist untrennbar verbunden mit der Biografie ihres Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN, der 1973 mit sechs Freunden die Vorläuferorganisation der PKK, die Gruppierung Kurdistan-Revolutionäre, gründete. Am 27. August 1978 erfolgte die Umbenennung in Partiya Karkeren Kurdistan (PKK). ÖCALAN, der innerparteiliche Kritiker rücksichtslos verfolgte, entwickelte sich in den Folgejahren zur unumstrittenen Führungsfigur der Organisation. Beeinflusst von der an den türkischen Universitäten in den 70er-Jahren verbreiteten marxistisch-leninistischen Ideologie versuchte der aus Anatolien gebürtige Parteiführer, der in Ankara Politikwissenschaft studiert hatte, in den unterentwickelten kurdischen Siedlungsgebieten eine Widerstandsbewegung gegen die kurdischen Landbesitzer und die herrschenden Kurdenführer aufzubauen. Seine Bemühungen zielten darauf, das Gefühl von einer nationalen kurdischen Identität an die Stelle des tradi-

tionellen Denkens in Clanstrukturen treten zu lassen[64].

Nach einer mehrjährigen Vorbereitungsphase, während der im Osten der Türkei angeworbene PKK-Mitglieder eine Ausbildung in libanesischen Palästinenserlagern erhalten hatten, eröffnete die PKK am 15. August 1984 einen bewaffneten Guerillakampf, der sich zunächst auf Gendarmeriestationen und kleine Militärstützpunkte konzentrierte. Die Gewaltaktionen der PKK richteten sich in der Folgezeit aber auch gegen die kurdische Bevölkerung, soweit diese die Positionen der PKK nicht teilte. Die türkische Regierung reagierte mit der Verhängung des Kriegsrechts und der systematischen Verfolgung der PKK-Kämpfer durch die Armee, die bei ihrem Einsatz seit Beginn der 90er-Jahre immer wieder die Grenze zum Irak überschritt. Militärisch geriet die PKK zunehmend in die Defensive. Ihr Operationsspielraum schränkte sich entscheidend ein, als die syrische Regierung auf den von der Türkei ausgeübten politischen Druck im Oktober 1998 mit der Ausweisung der PKK-Führung reagierte. Vier Monate später, am 15. Februar 1999, wurde ÖCALAN in Kenia gefangen genommen. Er wurde in die Türkei gebracht und dort am 29. Juni 1999 vom Staatssicherheitsgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Eine endgültige Entscheidung über die Vollstreckung des Urteils ist bis zum Abschluss eines von ÖCALAN beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) angestrengten Verfahrens ausgesetzt. ÖCALAN macht in seiner Klage u. a. geltend, dass seine Verschleppung aus Kenia in die Türkei, das dortige Gerichtsverfahren und die gegen ihn verhängte Todesstrafe gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstießen. Die PKK und ihre Kampfeinheiten sind infolge dieser Entwicklung geschwächt worden. Ab August 1999 zogen sich die nach Darstellung der PKK noch immer operationsfähigen Guerillaeinheiten unter Mitnahme ihrer Waffen aus der Türkei zurück. ÖCALAN, dem die PKK – ähnlich wie die PLO Arafat – die Bedeutung eines Symbols für die nationale Einheit zuspricht, wurde auf dem Parteikongress der PKK im Januar 2000 trotz seiner Inhaftierung auf der Gefängnisinsel Imrali in der Funktion als Vorsitzender bestätigt. Sein politischer Führungsanspruch ist unangetastet, auch wenn die praktische Führung der PKK in den Händen eines Präsidialrates liegt.

Organisation

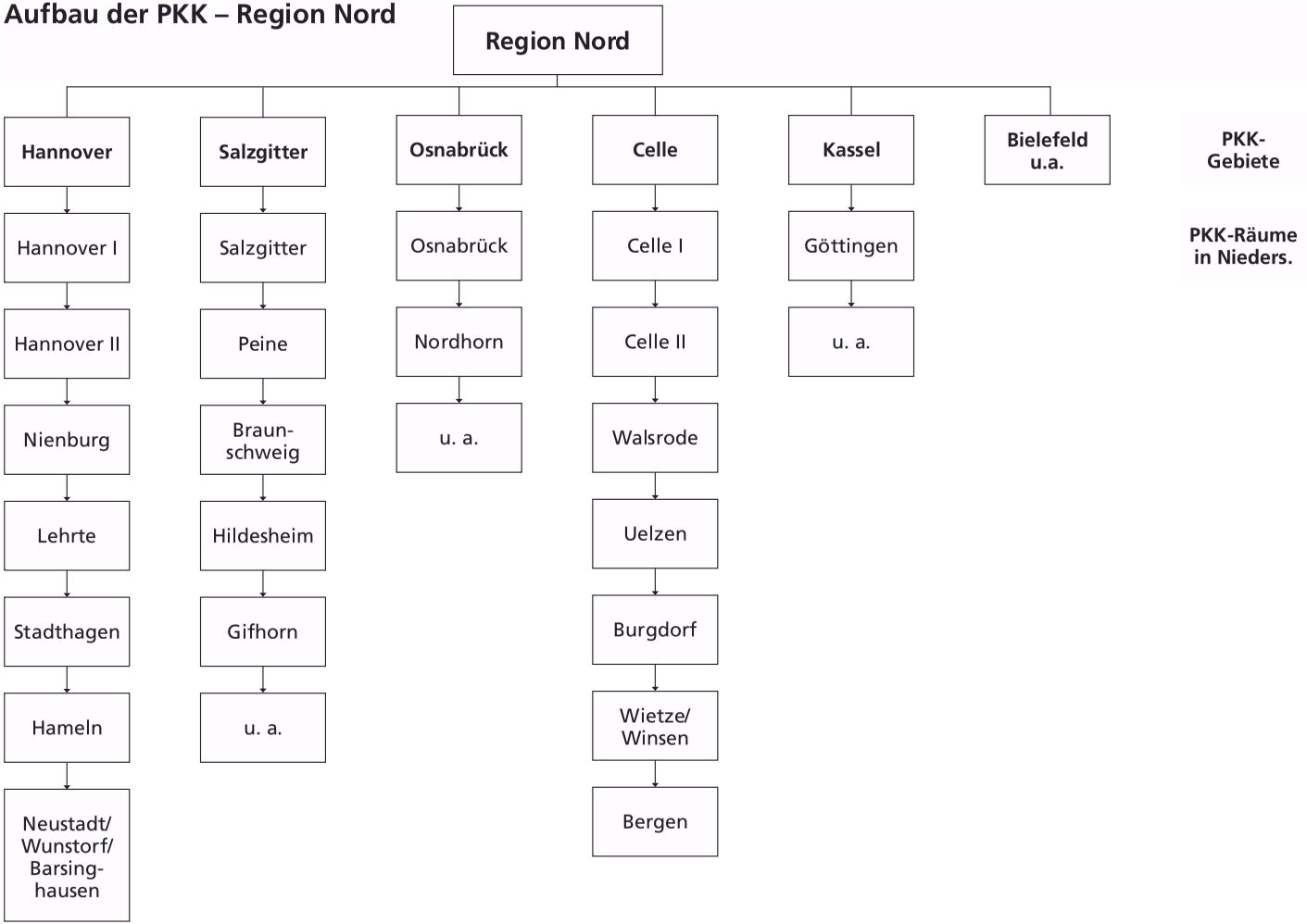
Die oberste Leitungsebene der PKK in Europa, die Europäische Frontzentrale ACM (Avrupa Cephe Merkezi), wurde Anfang 2000 in Volksvertretung/Einheitsparlament (Birlik Meclisi) umbe-

[64] Wenn behauptet wird, die Kurden seien das größte Volk ohne eigenen Staat, so täuscht dies über die Heterogenität der auf eine Zahl von 20 bis 25 Millionen Menschen geschätzten Kurden hinweg. Das kurdische Siedlungsgebiet verteilt sich auf vier Staaten: Türkei (ca. 13 Mio.), Iran, Irak (jeweils ca. 5 Mio) und Syrien (ca. 1 Mio.). Stark differierende Dialekte lassen eine sprachliche Verständigung z. T. kaum zu, zumal mit dem irakischen Sorani nur eine, den meisten Kurden nicht vertraute Schriftsprache existiert. Bemühungen um eine nationale Identität werden bis in die heutige Zeit hinein immer wieder durch die auf Stammesbewusstsein beruhende Struktur der kurdischen Bevölkerung und die damit verbundene Dominanz von Claninteressen konterkariert. In ganz besonderer Weise gilt dies für die im irakischen Kurdistan beheimateten Clans der Talabanis und Barzanis, die sich mit den von ihnen dominierten Parteien PUK bzw. DKP-I eigene politische Vertretungen geschaffen haben.

nannt. De facto stellt sie die politische Führung für Europa dar, während die Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK), vormals Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), für die Aktivitäten in Europa verantwortlich zeichnet. Organisatorisch ist Europa in PKK-Regionen unterteilt, wobei die mit Abstand größte und aktivste Anhängerschaft in Deutschland vorhanden ist. Das Bundesgebiet umfasst acht wegen des PKK-Verbotes konspirativ geleitete PKK-Regionen, während andere europäische Staaten jeweils nur eine Region oder manchmal mit anderen Staaten gemeinsam eine PKK-Region bilden. Den jeweiligen Regionen untergeordnet sind Gebiete, die wiederum aus Teilgebieten, so genannten Räumen, bestehen.

Die Einteilung der Bundesrepublik in PKK-Regionen folgt nicht der politischen Gliederung. So verteilt sich das niedersächsische Gebiet auf zwei Regionen: auf die Region NORD, die außerdem Teile von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen und Sachsen-Anhalt umfasst, sowie die Region NORD-WEST, die Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein einschließt.

Aufbau der PKK – Region Nord



Auf Niedersachsen bezogen umfasst die Region Nord-West das PKK-Gebiet Hamburg mit den Räumen Stade, Lüneburg u.a. sowie das PKK-Gebiet Oldenburg mit den Räumen Cuxhaven und Umland, Wilhelmshaven, Aurich, Emden, Delmenhorst, Papenburg, Leer und Cloppenburg.

Zahlreiche Teil- und Nebenorganisationen sichern den Einfluss der PKK auf das Leben der Kurden in Europa. In die YDK eingebunden agieren diverse Y-Gruppen[65]. So sollen beispielsweise die Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK), die Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK), oder auch die Partei der Freien Frauen (PJA – ehemals YAJK) die Politik der PKK vermitteln. Ein weiteres Ziel ist die Gewinnung neuer Mitglieder, der so genannten Kader. So führte die YXK vom 20. bis 22. Juli in Hengelo (Niederlande) ihr jährlich veranstaltetes Mazlum-DOGAN-Jugend-, Kultur- und Sportfestival durch. An der Veranstaltung nahmen kurdische Jugendliche aus Deutschland – auch in Niedersachsen wurde zur Teilnahme aufgerufen – und anderen europäischen Staaten teil.

Unter dem Dach der Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) sind darüber hinaus auf Ortsebene diverse Kurdische Kulturvereine in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK eingebunden.[66] In Niedersachsen gibt es zurzeit YEK-KOM-Mitgliedsverbände u. a. in Celle, Oldenburg, Peine, Hannover und Salzgitter.

[65] Der Begriff Y-Gruppen ist ein von den Sicherheitsbehörden verwendeter Begriff, der auf den Anfangsbuchstaben der Organisationen Bezug nimmt. Das Y steht für Yekitia und bedeutet Union oder Vereinigung.

[66] Die YEK-KOM ist im Anschluss an das 1993 erfolgte Verbot des Dachverbandes FEYKA-Kurdistan und seiner Mitgliedsvereine als „neue Föderation" neuer örtlicher „Kulturvereine" gegründet worden.

Finanzierung

Ihre Organisation und ihre politischen Aktivitäten finanziert die PKK in einem erheblichen Umfang aus Einnahmequellen in Deutschland und Europa. Neben monatlichen Mitgliedsbeiträgen der Anhänger, Erlösen aus dem Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten für Großveranstaltungen stammt der überwiegende Anteil der Einnahmen aus der jährlich durchgeführten Spendenkampagne. Bei den regelmäßig im Spätsommer beginnenden Spendenaktionen, die zu Gesamterlösen in Millionenhöhe führen, werden neben PKK-Anhängern auch kurdische Geschäftsleute aufgefordert, „freiwillige" Beiträge für die Organisation zu leisten. Die den einzelnen Organisationsebenen von der Parteiführung vorgegebenen Finanz-Ziele sind häufig unrealistisch hoch. So werden von den potenziellen Spendern Zahlungen erwartet, die deren Leistungsfähigkeit übersteigen. Auf Zahlungsunwilligkeit reagierten die Spendensammler der PKK in der Vergangenheit immer wieder mit psychischem und physischem Druck. Hatten sie sich in dieser Hinsicht im Jahr 2000 gemäß den Direktiven der Parteiführung, die ihre „friedliche Linie" nicht durch militante Übergriffe gefährden lassen wollte, zurückgehalten, so war die Spendenkampagne des Jahres 2001 – möglicherweise wegen zunehmender Spendenunwilligkeit – wiederum mit erhöhtem Druck verbunden. In Niedersachsen sind den Sicherheitsbehörden Bedrohungen und ein Fall von Körperverletzung bekannt geworden. Da die Strafverfolgungsbehörden von den Betroffenen aus Furcht vor weiteren Repressalien in der Regel nicht informiert werden, dürfte das Ausmaß der Spendengelderpressung um ein Vielfaches höher liegen.

Einen Beschluss des 7. Außerordentlichen Parteikongresses von Anfang 2000 aufgreifend, konzentriert sich die PKK inzwischen auch auf normale wirtschaftliche Unternehmungen. Auf ihr Betreiben fand vom 19. bis 21. Januar im niederländischen Rotterdam der „1. Kurdische Wirtschaftskongress" statt, auf dem nach einem Bericht der Zeitung Özgür Politika, dem Sprachrohr der PKK, 130 kurdische Geschäftsleute und Unternehmer aus Europa und Übersee einen Internationalen Kurdischen Arbeitgeberverband (KARSAZ) gründeten. Er soll die Interessen der kurdischen Geschäftsleute wahrnehmen. Ziel sei die Aktivierung des „kurdischen Kapitals" sowie die Schaffung eines „kurdischen Marktes" und dessen Anbindung an den Weltmarkt. Die Zentrale des neuen Verbandes ist in Frankfurt a. M. Wegen des Verdachts, die mit einem Betätigungsverbot belegte PKK maßgeblich finanziell zu unterstützen, hat das Bundesinnenministerium im November gegen KARSAZ ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Ermittlungen dauern an.

Erkenntnisse über Geldgewinne aus einer direkten Beteiligung der PKK im Bereich der organisierten Kriminalität liegen nicht vor. Ein Abschöpfen von Gewinnen aus dem kurdischen Drogenmilieu im Rahmen der Spendenkampagne der PKK ist jedoch als indirekte Beteiligung zu bewerten.

Propaganda

Das wichtigste Propagandamittel für die PKK stellt nach wie vor das Fernsehen dar. Seit Juli 1999 strahlt in Nachfolge des PKK-gesteuerten Senders MED-TV der Sender MEDYA-TV neben kulturellen Beiträgen auch Nachrichten und politische Magazine aus[67]. Ein weiterer kurdischer Sender, die TV-Station Mezopotamya Broadcasting A/S (METV), teilt sich seit dem Jahr 2000 mit MEDYA-TV im zeitlichen Wechsel eine Satellitenfrequenz. Beide TV-Stationen räumen der PKK und Interviews mit führenden PKK-Funktionären breiten Raum ein.

Ein weiteres wichtiges Propagandamittel der PKK ist die seit 1995 in Deutschland erhältliche türkischsprachige Tageszeitung Özgür Politika (Freie Politik), die ein Forum für PKK-Positionen ist. Özgür Politika spielt darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung zu regionalen und überregionalen Veranstaltungen. Die Publikationen von Nebenorganisationen der PKK erfüllen einen ähnlichen Zweck.

Die Präsenz der PKK im Internet ist stark ausgebaut worden. Neben ERNK, Kurdistan Report, MEDYA-TV und diversen Nebenorganisationen gestaltet auch das seit 1995 in Köln bestehende und seit Mai 1999 in Berlin ansässige Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) eine eigene Homepage, um die Öffentlichkeit im Stile einer Nachrichtenagentur aktuell über die Entwicklung in Kurdistan zu informieren. Seit dem 17. August können darüber hinaus auf einer ÖCALAN-Website Informationen in türkischer Sprache über „Leben, Werk und Schicksal" Abdullah ÖCALANs abgerufen werden.

[67] Die britische Fernsehbehörde entzog MED-TV 1999 nach vierjährigem Sendebetrieb die Lizenz, nachdem der Sender Gewaltaufrufe im Zusammenhang mit der Festnahme ÖCALANs verbreitet hatte.

Die Bedeutung des Internets dürfte für die PKK bis auf weiteres auf dem propagandistischen Sektor liegen. Der innerorganisatorische Nutzwert ist angesichts einer Mitgliedschaft, die zum größten Teil nicht über einen Internet-Zugang verfügt, von nachgeordneter Bedeutung.

Politische Aktivitäten

Die Aktivitäten der PKK haben sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr von der „militärischen" auf die politische Ebene verlagert. War die PKK in Deutschland trotz eines vom Bundesinnenministerium bereits 1993 ausgesprochenen Betätigungsverbotes bis in die zweite Hälfte der 90er-Jahre hinein mit militanten Aktionen in Erscheinung getreten, so versucht sie seit einigen Jahren ihr Image zu korrigieren, um in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck einer verständigungsbereiten, auf politische Lösungen drängenden Organisation zu erwecken. Drei aufeinander folgende so genannte Friedensinitiativen zeugen von diesem Willen. Die „1. Friedensinitiative" umfasste eine Gewaltverzichtserklärung, den Rückzug der Guerilla und die Absichtserklärung, den Kampf für die Ziele der Organisation auf politisch legalem Wege führen zu wollen. Eingebettet hierin sollte ein innerorganisatorischer Demokratisierungsprozess eingeleitet werden. Um die Abkehr von der Militanz zu belegen, erfolgte als erster konkre-

SERXWEBÛN

JI SERXWEBÛN Û AZADIYÊ BI RÛMETTIR TIŞTEK NÎNE

Yıl: 20 / Sayı: 234 / Haziran 2001

Kimliksiz yaşam özgürlüksüz barış olmaz

IDENTITÄT

KURD

LONG LIVE OUR LEADER APO

SOLI

PKK

ter Schritt die Umbenennung zahlreicher Teil- und Nebenorganisationen. So wurden z. B. die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) in Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK) und die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) in Volksverteidigungskräfte (HPG) umbenannt.

Im Mittelpunkt der „2. Friedensinitiative", die mit einer Kundgebung in Berlin am 31. Mai eingeleitet wurde, stand die so genannte Identitätskampagne. Am selben Tag appellierte Osman ÖCALAN, Mitglied des PKK-Präsidialrates und Bruder des Vorsitzenden, im Fernsehsender MEDYA-TV an die Kurden in Westeuropa, sich öffentlich zu ihrer kurdischen Identität und zu ihrer PKK-Mitgliedschaft zu bekennen. In der Folgezeit sammelten Aktivisten der PKK über mehrere Monate hinweg in ganz Europa Unterschriften zu der von der Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) formulierten Bekennung „Ich bin PKK'ler". Die Unterschriftenlisten sollten öffentlichkeitswirksam an politische Institutionen übergeben werden. Bis Dezember wurden im Bundesgebiet 40.000 Unterschriften abgegeben, davon 5.872 in Niedersachsen. Dieses Ergebnis blieb hinter den hoch gesteckten Erwartungen der KON-KURD von 200.000 Selbsterklärungen deutlich zurück. Auch in propagandistischer Hinsicht war die „2. Friedensinitiative" weit weniger erfolgreich als von den Initiatoren erhofft. Die Zielsetzung, im Rahmen der „Identitätskampagne" durch eine Vielzahl von rechtserheblichen Bekennungen das in Deutschland bestehende PKK-Betätigungsverbot ad absurdum zu führen, wurde durch die Praxis der Staatsanwaltschaften konterkariert, die ihre Ermittlungen auf die Organisatoren der Kampagne beschränkten. Überdies verhinderten viele PKK-Anhänger durch die offenbar gezielte Abgabe von unleserlich ausgefüllten Formularen die Einleitung von Ermittlungsverfahren.

Noch vor Beendigung der „Identitätskampagne" propagierte die PKK die „3. Friedensinitiative" als Ergebnis ihrer im August im Nord-Irak durchgeführten 6. Nationalkonferenz. Die „3. Friedensinitiative" soll sich auf Aktivitäten in der Türkei selbst konzentrieren. Die PKK möchte ihrer Zielsetzung mit Friedensmärschen, mit Erhebungen für den Frieden Nachdruck verleihen. Özgür Politika führte hierzu aus:

> *„Das kurdische Volk und seine türkischen Freunde werden großen Mut an den Tag legen und den Widerstand der Friedensgegner der Türkei zerbrechen. Auf dieser Grundlage sagen wir zu unserem Volk: Erhebt euch um des Friedens willen! Marschiert für den Frieden, ohne irgendein Hindernis anzuerkennen. Falls ihr dafür den Märtyrertod (den Tod auf dem Schlachtfeld) erleiden müsst, so akzeptiert auch das."*
>
> (Özgür Politika v. 30. 08. 2001)

In der für die PKK charakteristischen Weise verbinden sich solche, auf eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts zielenden Aktivitäten mit der Drohung, jederzeit zur „militärischen" Auseinandersetzung zurückkehren zu können, wenn das Friedenssignal von der türkischen Regierung zurückgewiesen wird. Typisch für diese ambivalente Position ist die Stellungnahme Osman ÖCALANs zur „Periode der Serhildane" (Periode der Aufstände):

> *„Wenn die Türkei darauf besteht, den Frieden zurückzuweisen, dann wird es von uns darauf eine Erwiderung geben. Offen gesagt, machen wir ganz deutlich, dass wir auch über einen Krieg diskutieren.*

Falls der Krieg beginnt, wird es auf beiden Seiten Tausende von Toten und materielle und immaterielle Katastrophen geben."
(Özgür Politika v. 30.08.2001)

Unmittelbar nach Verkündung der „3. Friedensinitiative" wurde ein von der PKK, der Demokratischen Volkspartei (HADEP)[68] und anderen Organisationen vorbereiteter Friedensmarsch von Diyarbakir nach Ankara, an dem sich 300.000 Personen beteiligen sollten, von den türkischen Sicherheitsbehörden unterbunden. Zu weiteren spektakulären Aktionen in der Folgezeit kam es nicht, weil die PKK-Führung vor dem Hintergrund der Terrorakte in den USA ein von der internationalen Staatenwelt geduldetes, unnachgiebiges Durchgreifen der türkischen Sicherheitskräfte befürchtete. Zu den Terroranschlägen in Washington und New York selbst ging die PKK-Führung auf strikte Distanz. Die PKK habe stets darauf hingewiesen, so formulierte das Mitglied des Präsidialrates Duran KALKAN in Özgür Politika vom 13. September, dass Gewalt nur solange legitim sei, wie sie *„der Schaffung der nationalen Identität und der Durchbrechung der Verleugnung dienlich ist".*

Die Veranstaltungen des Jahres 2001 orientierten sich an den Friedensinitiativen und verliefen friedlich. Seit Jahren bilden Jahrestage, die für die Geschichte der PKK von Bedeutung sind, Anlässe für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Ein solches Datum war der 15. Februar, der Jahrestag der Festsetzung ÖCALANs. An diesem Tag versammelten sich in der Innenstadt von Hannover 1.100 Personen, unter ihnen auch PKK-Anhänger aus Magdeburg, Bielefeld, Osnabrück und Nordhessen. An einer Solidaritätsveranstaltung für die HADEP in der hannoverschen Stadionsporthalle, die für diesen Zweck vom Sprecher der YEK-KOM Norddeutschland, ERASLAN, angemietet worden war, beteiligten sich zehn Tage später ca. 5.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Veranstaltungen aus Anlass des kurdischen Neujahrsfestes Newroz[69], die in früheren Jahren von gewaltsamen Ausschreitungen geprägt waren, verliefen entsprechend den Direktiven der Parteiführung friedlich. In Niedersachsen fanden zumeist von der YEK-KOM angemeldete Fackelaufzüge in Göttingen (150 Teilnehmer), Oldenburg (150 Teilnehmer), Braunschweig (150 Teilnehmer) und Hannover (400

[68] Die kurdische HADEP wurde 1994 nach den Verboten der beiden Vorläuferparteien HEP (Partei der Arbeit des Volkes) und DEP (Partei der Demokratie) als offizielle Partei in der Türkei gegründet. Ein 1999 angestrebtes Verbot der HADEP durch das türkische Staatssicherheitsgericht wurde bisher nicht realisiert. Es kommt jedoch immer wieder zu Festnahmen und Verurteilungen von Funktionären und Mitgliedern der Partei. Nach eigenen Angaben stellt die HADEP derzeit Bürgermeister in 37 Gemeinden der Türkei und engagiert sich für eine friedliche und demokratische Lösung des Kurdenkonfliktes unter Anerkennung kultureller und elementarer Menschenrechte der Kurden. Mit ihrer politischen Zielsetzung steht die HADEP der PKK nahe, die türkische Regierung betrachtet die HADEP als Unterstützungspartei der PKK. Die PKK betrachtet die HADEP als eine von ihr kontrollierte Partei. Dies belegt eine Äußerung des Präsidialratsmitgliedes Osman ÖCALAN, in der es heißt: „Ohne Zustimmung der PKK kann die HADEP überhaupt nichts tun."

[69] Das Neujahrsfest Newroz erinnert an den Widerstand der Kurden gegen die Tyrannei eines Despoten vor mehr als 2.500 Jahren. Seit dieser Zeit ist NEWROZ für die Kurden Symbol für Freiheit und Unabhängigkeit. Auch in der Türkei fanden in Städten mit hohem kurdischen Bevölkerungsanteil ebenfalls Feiern aus Anlass des NEWROZ-Festes statt, ohne dass größere Zwischenfälle zu verzeichnen waren. Im Gegensatz zu früheren Jahren hatten die türkischen Behörden solche Veranstaltungen genehmigt. Nach Angaben des PKK-nahen Kurdistan Informations-Zentrums (KIZ) in Berlin haben an den NEWROZ-Feiern in der Türkei annähernd 2 Millionen Menschen teilgenommen.

Teilnehmer) statt. Zu den zentralen Veranstaltungen am 24. März in Hannover, Hamburg und Düsseldorf kamen jeweils mehrere tausend Anhänger. An der Feier in der Stadionsporthalle in Hannover beteiligten sich ca. 4.000 Personen, darunter Vertreter des KNK[70]. Beifallsbekundungen für ÖCALAN und das Zeigen verbotener Symbole (ERNK-Fahnen) wurden durch die Verantwortlichen unterbunden.

Auch anlässlich des Jahrestages der Aufnahme des bewaffneten Kampfes (15. August 1984) führten Anhänger der PKK zahlreiche Aktionen durch. Dazu gehörte eine Kulturveranstaltung in Hildesheim am 12. August mit 400 Teilnehmern, unter ihnen Vertreter der PJA, der YCK, der YXK und der KNK. Weitere Gedenktage waren der 9. Oktober – am 9. Oktober 1998 musste ÖCALAN Syrien verlassen – und der 27. November, der Jahrestag der Organisationsgründung 1978. Eine am 9. Oktober in Hannover von der YEK-KOM initiierte Menschenkette zum Thema „Frieden statt Krieg in Kurdistan/Freiheit für ÖCALAN" blieb mit nur ca. 135 Teilnehmern hinter den Erwartungen des Anmelders zurück. Auch die Veranstaltung zum Jahrestag der PKK-Gründung in der niedersächsischen Landeshauptstadt erfüllte nicht die Erwartungen der Initiatoren. Obwohl in der PKK-Region NORD mobilisiert worden war, beteiligten sich am 25. November lediglich 1.700 Personen an der „Kurdischen Kulturveranstaltung" in der vom YEK-KOM-Sprecher ERASLAN angemieteten Stadionsporthalle.

Die größte bundesweite Veranstaltung war das „9. Internationale Kurdistan-Kulturfestival" der YEK-KOM am 1. September in Köln. Unter dem Motto „Lasst uns gemeinsam den Frieden säen" versammelten sich 45.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland im Müngersdorfer Stadion. Die seit 1993 unter maßgeblichem Einfluss der PKK durchgeführte Veranstaltung fördert den Zusammenhalt der PKK-Anhängerschaft, indem sie Verwandte und Bekannte zusammenführt und ihnen die Organisationsstärke veranschaulicht.

Abweichend von der „friedlichen Linie" erfolgten im Laufe des Jahres mehrere Brandanschläge mit PKK-Bekennung. So setzten am 25. August mehrere Personen den Belag einer Straßenkreuzung in Celle mittels Brandbeschleuniger in Brand und hinterließen am Tatort ein Flugblatt, das unterzeichnet war mit „Falken APOs, YCK". In dem Blatt wird die von der PKK begonnene „Friedensinitiative" unterstützt, jedoch die politische Haltung der Bundesregierung kritisiert. Neun Tatverdächtige konnten ermittelt werden, darunter zwei PKK-Kader. Weitere Brandanschläge gab es am 15. August in Bremen und am 22. August in Hamburg. Auch in diesen Städten kam es zu Bekennungen der PKK-Jugendorganisation durch Flugblätter und ein Spruchband. Dass die Gewaltakte lediglich Spontanaktionen

[70] Der Kurdische Nationalkongress KNK (Kongra Netewiya Kurdistan) konstituierte sich am 24. Mai 1999 nach mehrjähriger Vorbereitungszeit in den Niederlanden. Etwa 175 Delegierte aus über 30 kurdischen Parteien und Organisationen, deren Legitimation unklar war, nahmen an der Gründungsversammlung teil. Der KNK hat sich zum Ziel gesetzt, die nationale Einheit der in Kurdistan und in der „Diaspora" lebenden Kurden zu fördern und eine politische Lösung für das Kurdenproblem zu finden. Die PKK spielt im KNK eine bestimmende Rolle. Sie versucht, dieses Gremium zu einem Forum zu entwickeln, in dem alle relevanten Kurdengruppierungen in einer Interessenvertretung gebündelt werden können. Die Vorläuferorganisation, das ebenfalls von der PKK dominierte kurdische Exilparlament (PKDW), löste sich auf einer Generalversammlung am 26. September 1999 in Brüssel auf, um sich dem KNK anzugliedern.

einzelner Aktivisten darstellen, die nicht von der PKK-Führung angeordnet wurden – so die Stellungnahme eines YEK-KOM-Vertreters –, erscheint nicht glaubhaft. Ein Abweichen von den Weisungen der PKK-Führung gleich in mehreren Fällen ist aufgrund der strengen PKK-Parteidisziplin unwahrscheinlich. Vielmehr ist die Beteiligung von zwei PKK-Kadern an der Celler Aktion ein starkes Indiz für eine Steuerung der Einzelaktionen. Mutmaßliches Ziel könnte es sein, diejenigen PKK-Anhänger, die fehlende Erfolge der „friedlichen" Linie beklagen, durch spektakuläre Aktionen „ruhig" zu stellen.

Gerichtsverfahren

Am 23. Mai wurde Halat KESBIR durch das OLG Celle zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Grund war die Mitgliedschaft in einer terroristischen sowie die Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Anstiftung zum schweren Hausfriedensbruch in zwei Fällen. Davon in einem Fall in Tateinheit mit Landfriedensbruch. Die Urteilsverkündung blieb ohne öffentliche Reaktion der PKK. Der hochrangige PKK-Funktionär arbeitete seit etwa 1990 in Deutschland und anderen europäischen Staaten u. a. als Leiter der PKK-Regionen NORD und SÜD.

Neben KESBIR wurden im Jahr 2001 14 weitere niedersächsische PKK-Aktivisten wegen Spendengelderpressung, Spendensammlung für eine mit Betätigungsverbot belegte Organisation, Verstoß gegen das Vereinsgesetz, Entziehung Minderjähriger i. V. m. der Betätigung für die PKK verurteilt – in der Regel zu Bewährungsstrafen von mehreren Monaten.

Ausblick

Ihre auf politische Einflussnahme zielende „friedliche Linie" hat die PKK in Deutschland mehrere Jahre lang weitgehend durchgehalten, ohne dass sich bislang aus ihrer Sicht ein Erfolg dieser Taktik abzeichnet. Die Kurdenfrage ist ein Randproblem der internationalen Politik geblieben. Ernsthafte Interventionen westlicher Regierungen zugunsten der PKK zeichnen sich nicht ab. Auf der anderen Seite ist auch nur geringe Bewegung in der türkischen Kurdenpolitik zu registrieren. Die wegen ihrer Gewalttaten in der türkischen Öffentlichkeit verrufene PKK wird nicht als Gesprächspartner akzeptiert.

Die am 3. Oktober beschlossenen Änderungen der türkischen Verfassung entsprechen nicht den Erwartungen der PKK. So wurde die Todesstrafe nicht abgeschafft, sondern lediglich auf den Tatbestand des Terrorismus beschränkt, was für ÖCALAN bedeutet, dass er weiterhin mit der Vollstreckung des Todesurteils rechnen muss. Radio- und Fernsehsendungen dürfen nur dann in kurdischer Sprache ausgestrahlt werden, wenn sie die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung und die „republikanischen Grundsätze" nicht beeinträchtigen. Murat KARAYILAN, Mitglied des PKK-Präsidialrates, bewertete die Verfassungsänderungen in der Özgür Politika vom 7. Oktober wie folgt:

> *„Auch die neue Verfassung verleugnet das kurdische Volk. Die jetzige türkische Regierung ist als Regierung des Krieges nicht geeignet, Probleme zu lösen."*

Für die Führung der PKK stellt sich die Frage, wie lange sie vor diesem Hintergrund ihren Führungsanspruch und die von ihr vertretene „friedliche" Linie innerorganisatorisch noch legitimieren

kann. Ihre militärischen Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt, seitdem die Operationsbasis in Syrien verloren gegangen ist. In den nordirakischen Rückzugsgebieten ist die PKK nicht nur dem Druck der türkischen Armee ausgesetzt, die die Grenze zum Irak immer wieder überschreitet, sondern sie muss sich auch mit den konkurrierenden, teilweise von der türkischen Regierung unterstützten irakischen Kurdenorganisationen PUK und DKP-I auseinander setzen. Gelegentliche Hinweise von Mitgliedern der PKK-Führung sind ein Indiz dafür, dass sich die PKK die Rückkehr zu einer militanteren Taktik als Option offen hält, auch wenn kurzfristig keine Rückkehr zu Terroraktionen zu erwarten ist. Nach wie vor jedoch verfügt die PKK über das Potenzial und, wie die Brandanschläge vom August zeigen, auch über Aktivisten, um eine „militärische" Linie in die Tat umzusetzen.

DEVRIMCI SOL (Dev Sol)/DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol

Mitglieder	2000	2001
Bund:	1.000	950
Niedersachsen:	75	75

Die Organisation ist gespalten in:

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C) „KARATAS-Flügel"
Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke (THKP-C-Devrimci Sol) „YAGAN-Flügel"

Publikationen:		
	Vatan	Vaterland (Zeitung des KARATAS-Flügels)
	Tavir	Haltung (Zeitung des KARATAS-Flügels)
	Devrimci Cözüm	Revolutionäre Lösung (Zeitung des YAGAN-Flügels)

Zu den wichtigsten Organisationen im türkischen linksextremistischen Spektrum zählt die 1978 in der Türkei gegründete Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Der Ursprung der Devrimci Sol liegt in der „Revolutionären Jugendbewegung" (Devrimci Genclik), die 1969 in studentischem Umfeld gegründet worden war sowie in der ursprünglichen THKP-C (Türkische Volksbefrei-

ungspartei-Front)[71]. Die Devrimci Sol strebt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems in der Türkei über eine bewaffnete Revolution an. Nach dem Verständnis der Devrimci Sol steht der als „faschistisch" bezeichnete türkische Staat unter der Kontrolle des Imperialismus und der Oligarchie. Er könne nur durch den bewaffneten Kampf des Volkes in der Türkei und in den kurdischen Gebieten verändert werden. Zu den Feindbildern gehören alle „imperialistischen Kräfte", insbesondere die USA. Die nach dem Militärputsch von 1980 neu konstituierte türkische Verfassung bezeichnete die Devrimci Sol als eine „Institutionalisierung des Faschismus". Bereits am 12. September 1980 wurde sie nach zahlreichen Terroranschlägen in der Türkei verboten. Als erste Ausländerorganisation wurde die Devrimci Sol wegen zahlreicher Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Verstößen gegen das Vereinsgesetz am 27. Januar 1983 auch in Deutschland verboten. Das Verbot wurde u. a. damit begründet, dass die Organisation die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gefährde, da sie öffentlich Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworte. In der Folgezeit musste die Devrimci Sol ihre Aktivitäten konspirativ fortsetzen.

Jahrelange interne Flügelkämpfe führten 1993 zur Spaltung der Organisation in zwei Lager. Der „KARATAS-Flügel", benannt nach dem langjährigen Leiter der Devrimci Sol, Dursun KARATAS, gab sich die Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C, Devrimci Halk Kurtulus Partisi – Cephesi) und beanspruchte die legitime Nachfolge der Devrimci Sol. Deren Tradition verpflichtet verfolgt die DHKP-C den Umsturz des türkischen Staates mit dem Endziel der Errichtung einer kommunistischen Ordnung nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen. Die Organisation versteht sich als „internationalistische Bewegung, die weltweit revolutionäre Bewegungen unterstützt", sowie als „Avantgarde des türkischen und kurdischen Volkes". Ihren Befreiungskampf versteht die DHKP-C nicht als nationalen Befreiungskampf, sondern als Revolutionsprozess der anatolischen Völker auf dem Staatsgebiet der Türkischen Republik. Charakteristisch für die DHKP-C sind Terroranschläge gegen Personen des öffentlichen Lebens sowie gegen staatliche und militärische Einrichtungen in der Türkei.

Die DHKP-C unterteilt sich in der Türkei in einen politischen Arm – Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP) – und in einen militärischen Arm unter der Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC).

Der in Deutschland weniger bedeutende, nach dem 1993 getöteten Anführer Bedri YAGAN benannte „YAGAN-Flügel", Türkische Volksbefreiungspartei/-front - Revolutionäre Linke (THKP-C-Devrimci Sol-Turkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi-Devrimci Sol) –

[71] Die Devrimci Genclik vertrat die militante Linie der ursprünglichen THKP-C, die Ende der 60er, Anfang der 70er-Jahre mit anderen türkischen Linksextremisten den bewaffneten Kampf in der Türkei und in den kurdischen Gebieten führte und im März 1972 bei einer militärischen Konfrontation mit den türkischen Streitkräften zerschlagen wurde. Nach einer Phase der Neuorganisation übernahm die 1977 gegründete Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) quasi die Meinungsführerschaft. Wegen einer Abweichung von der ursprünglichen THKP-C-Linie in Fragen des organisierten bewaffneten Kampfes zur Konstituierung einer marxistisch-leninistischen Partei verließen militante Aktivisten die Devrimci Yol und gründeten 1978 mit der Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) eine neue politisch-militärische Organisation.

Willkommen auf den deutschen Seiten des VolksBefreiungsKampfes in der Türkei. Dies ist ein anti-Imperialistischer und anti-faschistischer Krieg gegen die Kräfte des Imperialismus und ihrer türkischen Helfer, der türkischen Oligarchie.Der Kampf für Freiheit, Menschenwürde und Sozialismus in der Türkei wird geführt von der DHKP/C

Revolutionären Volks Befreiungs Partei - Front

Wenn Sie noch nichts über die DHKP/C **wissen, schlagen wir vor, das Dokument** OUR COUNTRY IS RIPE FOR REVOLUTION **zu laden. Es existiert allerdings leider nicht auf deutsch. Es ist ein wichtiges Dokument der** DHKP/C. **Es beschreibt den Weg zur türkischen Revolution und wie die Türkei nach dem Sieg der revolutionären Kräfte im Befreiungskampf aussehen soll.Wenn Sie nichts englisches lesen wollen schlagen wir das Dokument** von der THKP-C zur DHKP-C vor.**Es enhält einen Abriss der Geschichte der** DHKP/C

in Anknüpfung an den Ursprungsnamen der Devrimci Sol – , weist nur in Nuancen ideologische Unterschiede zum „KARATAS-Flügel" auf und beansprucht ebenso die legitime Nachfolge der Devrimci Sol.

Beide Flügel der Devrimci Sol betrachten Gewalt sowohl in der Türkei als auch in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Zwischen den beiden Flügeln, die sich desselben Emblems, eines Hammer- und Sichel-Zeichens, bedienen, besteht eine erbitterte Feindschaft, die bis zu gegenseitigen Mordanschlägen führte. In einem Flugblatt des Publikationsorgans der THKP-C-Devrimci Sol, DEVRIMCI CÖZÜM, verurteilt die THKP-C Devrimci Sol unter der Überschrift „Die DHKP-C hat ihre Waffen abgefeuert, um noch mehr revolutionäres Blut zu vergießen" zwei bewaffnete Übergriffe der DHKP-C auf ihre Anhänger am 1. und 14. Mai in der Türkei. DHKP-C-Mitglieder hätten Anhänger der THKP-C-Devrimci Sol mit Rasierklingen, Messern, Holzbalken und Waffen angegriffen. Die in der Vergangenheit auch in Deutschland ausgetragenen gewalttätigen Auseinandersetzungen haben sich nicht fortgesetzt – eine Entwicklung, die auch auf die zahlreichen Strafverfahren gegen führende Mitglieder der DHKP-C zurückzuführen ist.

Als Devrimci Sol-Nachfolger wurden beide Flügel am 13. August 1998 durch das Bundesinnenministerium verboten. Während die DHKP-C als Ersatzorganisation der bereits 1983 verbotenen Devrimci Sol eingestuft wurde, erging gegen die THKP-C-Devrimci Sol ein Betätigungsverbot. Das Vereinsverbot der DHKP-C wurde am 1. Februar 2000 durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Die Verbotsverfügung hat den Handlungsspielraum der DHKP-C in Deutschland stark eingeschränkt. Vollversammlungen und Gedenkfeiern werden vor allem im benachbarten Ausland durchgeführt.

Organisationsstruktur und Aktivitäten

Beide Organisationen finanzieren sich aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Propagandamaterial, Veranstaltungserlösen und Spendengeldern, die in jährlich durchgeführten Spendenkampagnen mit einem vorher festgelegten Zielbetrag gesammelt werden. Anlässlich des 7. Jahrestages der Parteigründung und zum Gedenken an die „Gefallenen der Revolution" führte die DHKP-C am 21. April in s' Hertogenbosch (Niederlande) ihr von ca. 5.000 Personen besuchtes jährliches Parteifest durch.

Den Schwerpunkt der Aktivitäten der DHKP-C bildeten wie im Vorjahr die Solidaritätsaktionen mit den Hungerstreikenden in türkischen Haftanstalten, die damit gegen die Verlegung politischer Gefangener aus Großraumzellen in neue Strafvollzugsanstalten mit kleineren Zellen protestierten[72]. Mehrere hundert Gefangene, u. a. Angehörige der DHKP-C, hatten am 20. Oktober 2000 in der Türkei einen Hungerstreik mit anschließendem Todesfasten begonnen. Seit November 2000 solidarisieren sich türkische Linksextremisten in Deutschland mit den Hungerstreikenden im Rahmen vielfältiger Solidaritätsaktionen, die bisher weitgehend gewaltfrei verlaufen sind.

Am 21. März starb der erste Häftling in der Türkei – ein Mitglied der DHKP-C – nach 60-tägigem Hungerstreik. Am 23. April starb ein DHKP-C-Aktivist in Deutschland, nachdem er sich aus Protest gegen die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen mit Benzin übergossen und angezündet hatte.

Das im Jahr 2000 von der DHKP-C gebildete „Komitee gegen Isolationshaft" (IKM)[73] verbreitete im Frühjahr bundesweit Flugschriften, in denen erneut zur Solidarität mit den „kämpfenden Gefangenen in der Türkei" aufgerufen wurde. Das IKM macht darin Deutschland und die Europäische Union (EU) mitverantwortlich für den Tod der bei der Erstürmung der Gefängnisse im Dezember 2000 getöteten Gefangenen. Die EU habe den Bau neuer Gefängnisse mit „Isolationshaftzellen" zur Bedingung für die Aufnahme der Türkei in die EU gemacht. Die Mitverantwortung Deutschlands begründet das IKM mit der angeblichen deutschen Beteiligung an der Entwicklung und dem Bau der Strafvollzugsanstalten.

Anlässlich des 1. Jahrestages des Beginns der Hungerstreikaktionen am 20. Oktober gedachten mehrere linksextremistische türkische Organisationen der bislang an den Folgen des Hungerstreiks verstorbenen 42 Personen, bei denen es sich mehrheitlich um Mitglieder der DHKP-C handelte. An einer Gedenkveranstaltung der DHKP-C am 21. Oktober in Nürnberg betei-

[72] Mit der Errichtung von Gefängnissen des so genannten F-Typs reagierte die türkische Regierung auf eine Forderung des Europarates. Bei den neuen Haftanstalten handelt es sich um Gefängnisse mit Einzel- und Dreierzellen. Üblicherweise sind Gefangene in der Türkei in Schlafsälen untergebracht, die bis zu 120 Personen fassen. Die untragbaren hygienischen und humanitären Zustände in diesen Gefängnistrakten veranlassten den Europarat zur Intervention. Linksextremistische türkische Organisationen widersetzen sich der Verlegung in die neuen Gefängnisse zum einen aus der Furcht, dass ihre Mitglieder Folterungen schutzlos ausgeliefert seien, zum anderen weil die Möglichkeit der Rekrutierung neuer Kader, wie sie in den Sammelzellen seit den 70er-Jahren erfolgt, unterbunden wird. Die DHKP-C beispielsweise beherrschte jahrelang einen Trakt des Istanbuler Gefängnisses.

[73] Da die DHKP-C in der DETUDAK – „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei", einem gemeinsam von der DHKP-C, der TKP/ML und der MLKP geschaffenen Aktionsbündnis nur eine untergeordnete Rolle spielte, gründete sie das „Komitee gegen Isolationshaft" (IKM), in dem ausschließlich sie aktiv ist.

ligten sich etwa 800 Personen. Im Internet erinnerte das „Komitee gegen Isolationshaft“ (IKM) an den Jahrestag und beschrieb den Hungerstreik als Widerstand der Revolutionäre gegen die Einzelzellen, den „Imperialismus“ und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Der „unschuldige Völker massakrierende Imperialismus“ und dessen „Eroberungskriege“ erforderten erneuten Widerstand.

Die Proteste türkischer Linksextremisten in Europa setzten sich im Verlauf des Jahres nur noch deutlich vermindert fort. Ursächlich dürften die Ereignisse vom 11. September in den USA sein, die den anhaltenden Hungerstreik der Häftlinge in der Türkei in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit thematisch überlagerten. Auch ließ sich die Anhängerschaft linksextremistischer türkischer Organisationen offenbar nicht mehr in dem früheren Maße für Solidaritätsaktionen mobilisieren.

Die DHKP-C-Publikation Vatan begrüßte die Anschläge in den USA und wies darauf hin, dass die USA durch ihre Kolonialpolitik schuld am Tod von Millionen von Menschen in der Dritten Welt seien. Die DHKP-C sympathisiere zwar nicht mit den „Moslemfanatikern“ um Usama BIN LADEN, teile jedoch die Freude über den Schlag gegen den gemeinsamen Feind. Unter der Überschrift „Aufruf zur Wahrhaftigkeit“ beschreibt die DHKP in der Ausgabe ihres Bulletins vom 14. September den die Völker ausbeutenden „amerikanischen Imperialismus“ als Ursache der Anschläge in den USA. Diese Tatsache habe sich am 11. September vor den Augen der Welt in einem Schrei der Rebellion gegen Ungerechtigkeit, Gesetzlosigkeit und Hunger artikuliert. Nach einem Vergeltungsschlag der Amerikaner bleibe den unterdrückten Völkern als einzige Möglichkeit der Widerstand. In einer Erklärung vom 17. September ruft auch die DHKC zum Widerstand gegen „das amerikanische Imperium“ auf. In einer solchen Welt könne man nicht darüber diskutieren, warum es zu solchen Anschlägen kam, sondern warum es nicht mehr solcher Anschläge gegeben habe. Unter der Überschrift „Das ist ein Eroberungskrieg“ verurteilt die DHKC in einer seit dem 9. Oktober im Internet verbreiteten Erklärung die Militärschläge der USA in Afghanistan als „Kampf des Imperialismus“ um die Weltherrschaft, als „offene Terrorattacke gegen die Völker dieser Welt“. Das IKM kritisierte in einer am 8. Oktober im Internet veröffentlichten Stellungnahme die amerikanischen Militärschläge als „Feldzug für eine grenzenlose Ausbeutung.“

Regionaler Schwerpunkt der Aktivitäten der DHKP-C in Niedersachsen ist Hannover. Aktivitäten der im gesamten Bundesgebiet nur noch über Reststrukturen verfügenden THKP-C-Devrimci Sol waren in Niedersachsen nicht festzustellen.

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Mitglieder	2000	2001
Bund:	1.800	1.700
Niedersachsen:	160	160

Publikationen:
Özgür Gelecek (Freie Zukunft)
Halkin Günlügü (Tagebuch des Volkes)
Partizan (Partisan)
Isci-Köylü-Kurtulusu (Arbeiter- und Bauernbefreiung)
Devrimci Demokrasi (Revolutionäre Demokratie)

Die in der Türkei verbotene Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) wurde im Februar 1972 von dem 1973 in einem türkischen Gefängnis gestorbenen Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. In der Folgezeit führten von persönlichen Machtambitionen bestimmte interne Auseinandersetzungen mehrfach zu Abspaltungen und zu veränderten Organisationsbezeichnungen, ohne dass sich die ideologische Grundausrichtung auseinander entwickelt hätte. Auf der ideologischen Basis des Marxismus-Leninismus, ergänzt von Ideen Mao Tsetungs[74], strebt die TKP/ML die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung maoistischer Prägung auf dem Wege einer „demokratischen Volksrevolution" in der Türkei an. Zur revolutionären Durchsetzung dieses Ziels hat die Organisation eine Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) geschaffen, die in der Türkei einen bewaffneten Guerillakrieg führt. Die TKP/ML besteht in Deutschland zurzeit in Form von zwei Abspaltungen unter der jeweiligen Bezeichnung TKP/ML und TKP(ML). Beide unterhalten in Deutschland und anderen europäischen Ländern Basisorganisationen, die ihre Zugehörigkeit und Verbundenheit mit der Partei verschleiern.

Die TKP/ML verfügt als Basisorganisationen über die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) und die Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK).

Bei den Basisorganisationen der TKP(ML) handelt es sich um die Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF) und die Konföde-

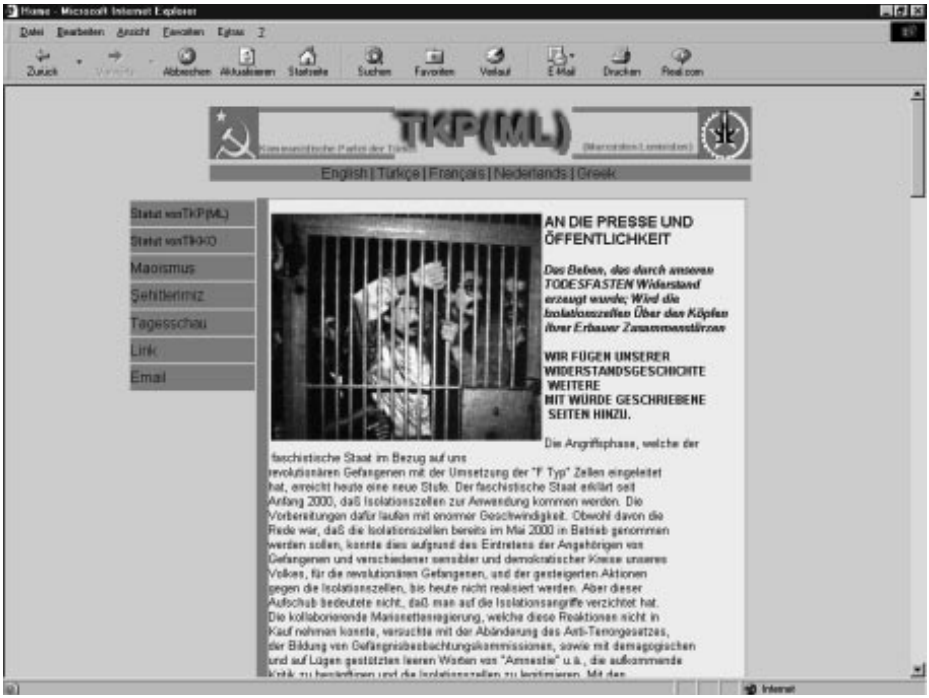
[74] Nach den Lehren des KP-Führers der Volksrepublik China Mao Tsetung (1893-1976) muss die Revolution in erster Linie gewaltsam als Volks- oder Guerillakrieg „vom Land in die Städte hinein" durchgeführt werden. Träger der Revolution muss nicht das Industrieproletariat, sondern kann - vor allem in wenig industrialisierten Ländern - auch die von der KP geführte Bauernschaft sein. Der Maoismus gilt im Hinblick auf sein Konzept des von der Bauernschaft getragenen Volkskrieges als Theorie des chinesischen Weges zum Sozialismus. In den 70er-Jahren spielte der Maoismus als Theorie einer gewaltsamen, „auf die Massen gestützten Revolution" im deutschen Linksextremismus eine bedeutende Rolle.

ration für demokratische Rechte in Europa (ADHK).

Jährlich durchgeführte Spendenkampagnen dienen zur Unterhaltung der Parteibüros, zur Finanzierung von Veranstaltungen und Protestaktionen sowie zur Unterstützung der Guerilla in der Türkei. Regionale Schwerpunkte der Aktivitäten in Niedersachsen sind die Städte Hannover, Gifhorn, Göttingen und Salzgitter.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der TKP/ML und der TKP(ML) stand – wie schon im Jahr 2000 – die Unterstützung der von linksextremistischen Zusammenschlüssen organisierte Widerstand gegen die Gefängnisreform in der Türkei. Am 20. Oktober 2000 traten in mehreren türkischen Haftanstalten Angehörige türkischer linksextremistischer Organisationen, u. a. auch der TKP/ML, aus Protest gegen die beabsichtigte Verlegung in Einzelzellen in einen Hungerstreik mit anschließendem sog. Todesfasten. Seit Anfang November 2000 solidarisierten sich türkische Linksextremisten, darunter auch die TKP/ML, in Deutschland mit den Hungerstreikenden. Es kam zu Solidaritätskundgebungen, die vor allem initiiert wurden durch das von der TKP/ML, TKP(ML) und der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) dominierte Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (Devrimci Tutuklu Dayanisma Komitesi = DETUDAK).

An einer vom DETUDAK gemeinsam mit der PKK-nahen „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V." (YEK-KOM) organisierten Demonstration gegen die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen sowie gegen die militärischen Angriffe auf die PKK im Nordirak am 27. Januar in Köln beteiligten sich ca. 16.000 Personen



aus dem gesamten Bundesgebiet. Zwei Drittel der Demonstranten waren Anhänger der PKK, ein Drittel Anhänger des DETUDAK.

In deutschsprachigen Flugblättern unter der Überschrift „Werdet nicht mitverantwortlich an den Massakern – Boykottiert den Urlaub in der Türkei" appellierte DETUDAK an alle Europäer, ihren Urlaub nicht in der Türkei zu verbringen. Die Türkei sei kein Urlaubsland, sondern vielmehr das Land der „permanenten Menschenrechtsverletzungen", des „Verschwindenlassens von politischen Gegnern", der „Mordfreiheit des Staates", der „Meinungsverbote", der „Folter" und „Massaker" sowie der staatlichen „Misshandlungen von Frauen und Kindern". DETUDAK hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass der Tourismus die wichtigste Quelle der Devisenbeschaffung dieses „Terrorstaates" sei. In einer Selbstdarstellung des Komitees heißt es:

> *„Wir als DETUDAK versuchen seit zwei Jahren auf die Gefängnissituation in der Türkei aufmerksam zu machen. Es ist nicht abzusehen wie viele Gefangene noch sterben werden. Deshalb ist das Ziel unserer Arbeit, die breite Öffentlichkeit nochmals auf die Situation in der Türkei aufmerksam zu machen und um Solidarität zu schaffen ... Es lebe unser Kampf für Revolution und Sozialismus! Nieder mit dem Imperialismus!"*

Anlässlich des 1. Jahrestages des Beginns der Hungerstreikaktionen in der Türkei gedachten mehrere linksextremistische türkische Organisationen der bislang an den Folgen des Hungerstreiks verstorbenen 43 Personen. Am 18. April besetzten etwa 15 Anhänger des DETUDAK kurzzeitig das NDR-Büro in Göttingen. Am 27. Juni beteiligten sich 30 Personen an einer in Hannover durchgeführten Informationsveranstaltung zur Lage in den Gefängnissen der Türkei.

Neben solchen auf innertürkische politische Ereignisse Bezug nehmenden Aktivitäten führten die TKP/ML und die TKP(ML) die traditionellen Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Gründers der TKP/ML, Ibrahim KAYPAKKAYA, durch. Die Veranstaltung der TKP/ML am 12. Mai in Ludwigshafen besuchten etwa 3.000 Personen, die TKP(ML) konnte für ihre Veranstaltung am 26. Mai in Oberhausen sogar ca. 4.000 Personen mobilisieren. Beide Veranstaltungen fanden unter Beteiligung von Aktivisten aus Niedersachsen statt.

Neben der TKP/ML und der TKP(ML) besteht als weitere Abspaltung der TKP/ML die in Deutschland über ca. 600 Anhänger verfügende MLKP. Die 1994 gegründete Organisation zielt auf die Zerschlagung der in der Türkei herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung durch eine gewaltsame Revolution. Mit der Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF) verfügt die MLKP im Bundesgebiet über eine Basisorganisation.

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) / Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)

Sitz:	Bagdad
Vorsitzender:	Massoud RADJAVI,

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Sitz	
International:	Bagdad
National:	Köln
Leitung:	Deutschlandsprecherin Dr. Masoumeh BOLOURCHI

Mitglieder	2000	2001
Bund:	900	900
Niedersachsen:	50	80

Publikation:	Mojahed (Glaubenskämpfer)

Die Volksmodjahedin Iran (Modjahedin-e Khalgh [MEK] = Glaubenskämpfer des Volkes)[75] wurden 1965 im Iran von jungen Intellektuellen aus der Teheraner Mittelschicht um Mohammed Hanif-Nedjad und Sejjed Mohsen als sozialrevolutionäre Oppositionsgruppe gegen das Schah-Regime gegründet. Die Ideologie der Organisation stellt eine Synthese aus Marxismus und einer sozialrevolutionären Interpretation des schiitischen Islam dar. Der 1972 hingerichtete Mohsen vermittelte in seiner Verteidigungsrede vor dem Teheraner Militärtribunal einen Einblick in das ideologische Selbstverständnis seiner Organisation:

> *„In der Gesellschaft, die wir errichten wollen, werden wir den Beispielen folgen, die uns von der Geschichte Irans vorgegeben sind. Unser Vorbild wird Imam Ali sein, der sich Schwielen holte, indem er Datteln erntete, Brunnen bohrte und Felder bewässerte. In der neuen Gesellschaft, die wir anstreben, werden die Spitzen der Hierarchie an den einfachsten Tätigkeiten mitwirken. Kein Verantwortlicher wird Ruhe haben, solange noch irgendein Armer kein Dach über dem Kopf hat. In unserem Kampf stehen wir dem amerikanischen Imperialismus, der kapitalistischen Bourgeoisie des Iran, dem monarchistischen System, der Bürokratie und dem Militär gegenüber."*

Die den bewaffneten Kampf propagierenden Volksmodjahedin waren Verbündete Khomeinis beim Sturz des Schah-Regimes. Ihr sozialrevolutionärer Ansatz brachte sie jedoch bald in Opposition zur neuen klerikalen Herr-

[75] Andere aus der englischen Namenswiedergabe abgeleitete Akronyme: MKO und PMOI.

schaftsschicht im Iran. Als sich die Organisation in der Folgezeit weigerte, die Waffen niederzulegen, kam es zu einem von beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführten Machtkampf, der zugunsten der islamischen Republik endete. Den Höhepunkt der Verfolgung markierten der 20. Juni („Tag des Widerstandes" – 30. Khordad nach iranischem Kalender) und der 21. Juni 1981 („Tag der Märtyrer"), als eine Großdemonstration der Volksmodjahedin in Teheran durch Einheiten der Pasdaran gewaltsam niedergeschlagen und viele Anhänger hingerichtet wurden. Der Tag gilt innerhalb der MEK als Beginn des revolutionären Widerstandes gegen das Regime der islamischen Republik Iran.

1981 musste der Vorsitzende der Volksmodjahedin Massoud RADJAVI aus dem Iran fliehen. Um ihrem Kampf gegen die neuen Herrscher in Teheran überparteiliche Legitimität zu verschaffen, initiierten die Volksmodjahedin noch im selben Jahr im Pariser Exil die Nationale Widerstandsbewegung Iran (NWRI), der linke Exilorganisationen und Einzelpersonen angehören. Faktisch jedoch dominieren die Volksmodjahedin den NWRI[76]. 1993 konstituierte sich der NWRI als „iranisches Exilparlament" und bestimmte Maryam RADJAVI, Ehefrau von Massoud RADJAVI, zur „künftigen iranischen Präsidentin"[77].

Während des iranisch-irakischen Krieges (1980-1988) kämpften die Volksmodjahedin auf Seiten des Irak. Dort entstand 1987 als militärischer Arm der Organisation die National Liberation Army (NLA), eine mehrere tausend Kämpfer zählende Guerillaarmee, die seit Jahren – seit 1997 wieder mit steigender Tendenz – bewaffnete Überfälle auf iranisches Gebiet und terroristische Anschläge gegen das iranische Regime durchführt. Durch diese Anschläge – darunter Überfälle auf Armee- und Polizeiposten – und wegen ihrer Kollaboration mit dem irakischen Kriegsgegner ist die Organisation bei der iranischen Bevölkerung diskreditiert und im Ansehen stark beeinträchtigt.

Wie in den Vorjahren kam es 2001 anlässlich von Besuchen iranischer Regierungsmitglieder in westeuropäischen Ländern zu Störaktionen durch Anhänger der Volksmodjahedin Iran-Organisation. So bei dem Besuch des iranischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen, Dr. Hossein Namazi, in Berlin im April. Eine andere Gelegenheit, auf die Ziele der Organisation aufmerksam zu machen, bot sich im Juni beim EU-Gipfel in Göteborg. Hier gelang es dem MEK, rund 2.000 Sympathisanten und Anhänger – darunter ca. 600 Angehörige aus Deutschland – für eine Demonstration gegen die Islamische Republik Iran zu mobilisieren. Anlass

[76] In einem Bericht des amerikanischen Außenministeriums vom Dezember 1994 werden die Volksmodjahedin als eine sektenähnliche, überwiegend konspirativ operierende militante Gruppierung bezeichnet, deren Geschichte geprägt ist von Terrorismus, Personenkult und totalitärer Beherrschung ihrer Anhänger. Die Volksmodjahedin haben die Ermordung mehrerer US-amerikanischer Staatsbürger im Iran zu verantworten, waren an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran beteiligt und haben Bombenanschläge verübt, denen zahlreiche Menschen, darunter auch Zivilisten, zum Opfer gefallen sind.

[77] Mit der Wahl einer Frau für das Präsidentenamt dokumentiert die Organisation im Gegensatz zum iranischen Regime ihren Willen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter. In der Führung der Organisation und in der Nationalen Befreiungsarmee sind weitere Frauen vertreten.

der Demonstration war neben dem EU-Gipfel der „30. Khordat", zu dem die Organisation jährlich um den 20. Juni Großveranstaltungen in Deutschland und im benachbarten Ausland durchführt. Entsprechende Propagandaaktivitäten bilden – parallel zu den terroristischen Aktivitäten der MEK im Heimatland Iran – einen festen Bestandteil der von der Organisation verfolgten Doppelstrategie im Kampf gegen das iranische System. Dabei zielen die Aktionen des NWRI kontinuierlich darauf ab, insbesondere den im Westen als liberal geltenden Staatspräsidenten Khatami öffentlich zu diskreditieren und die MEK – entgegen ihrer zunehmenden politischen Isolierung und Schwäche – als „handlungsfähige und einzige politische Alternative zum iranischen Regime" darzustellen.

Ihren erheblichen Bedarf an finanziellen Mitteln versucht die Volksmodjahedin Iran-Organisation durch Spendenkampagnen zu decken. Hierbei bedient sie sich des NWRI sowie unter dessen Einflussbereich stehender Vereine. In Niedersachsen gehören hierzu u. a. der Iran Solidaritätsverein Hannover e. V. und der Iran Solidaritätsverein Göttingen e. V. Bundesweit agieren u. a. folgende Vereine bei den Spendensammlungen: Iranische Flüchtlingskinderhilfe e. V. (IFKH) mit Sitz in Köln und Iranische moslemische Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (IMSV) ebenfalls mit Sitz in Köln. Die Spendensammlungen verlaufen nach dem gleichen Schema: Die Sammler geben vor, Geld für humanitäre Zwecke wie Medikamente, Nahrungsmittel oder Bekleidung zu sammeln oder Patenschaften für iranische Kriegswaisen zu vermitteln.

Die Kooperation mit dem irakischen Gewaltherrscher Saddam Hussein während des iranisch-irakischen Krieges, der extensive Personenkult um Massoud und Maryam RADJAVI sowie die Terroraktionen des NWRI haben das einstige Ansehen der Organisation weitgehend zerstört. Auch stellt der NWRI weder eine demokratische Alternative zum derzeitigen iranischen Herrschaftssystem dar, noch übt er innerhalb der iranischen Gesellschaft nennenswerten Einfluss aus. Mit dem erneuten Wahlsieg des iranischen Staatspräsidenten Khatami am 8. Juni, der 76,9 % der abgegebenen Stimmen erreichte, verbinden sich die Hoffnungen der jungen Iraner auf Vollzug der Reformen, die Khatami schon zu Beginn seiner ersten Amtszeit 1997 angekündigt hatte. Hierzu gehören mehr individuelle Rechte und vor allem ein liberaler Wirtschaftskurs mit ausreichenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Reformbestrebungen wäre mit der Ideologie der Volksmodjahedin Iran-Organisation unvereinbar und würde ihren Bedeutungsverlust in der iranischen Bevölkerung noch vergrößern. Hingegen würde ein Scheitern der Reformbemühungen – vor allem durch den Widerstand der Konservativen um den Religionsführer Khamenei – auch die gewaltbereite Volksmodjahedin Iran-Organisation erneut stärken.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz in Deutschland:	Oberhausen	
Vorsitzender:	Grovindarajah ANANDAN	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	750	750
Niedersachsen:	60	80
Publikationen:	Tamil-Land An der Front Das Land ist der Nabel Vulkan	

Dem Kampf der LTTE für einen eigenen Tamilen-Staat auf Sri Lanka, Tamil Eelam, liegen die Auseinandersetzungen zwischen der in Sri Lanka dominierenden singhalesischen Bevölkerung buddhistischen Glaubens (72 %) und der hinduistischen Minderheit der Tamilen (18 %) zugrunde, die zurückgehen auf die Zeit der britischen Kolonialherrschaft über Ceylon. Bis 1815 hatten tamilische und singhalesische Teilkönigreiche auf der 1505 von den Portugiesen besetzten Insel existiert, ein tamilisches im Norden und Osten, ein singhalesisches im Süden und Westen. Während Portugiesen und später Holländer die Trennung der Insel beibehielten, lösten die Briten die beiden Königreiche auf und vereinigten sie 1833 zur Kolonie Ceylon. In der Folgezeit entwickelte sich die damals gerade zehn Prozent der Bevölkerung zählende Minderheit der Tamilen zu einem von den Briten aus machtpolitischen Gründen privilegierten Herrschaftsvolk[78].

Nach der Unabhängigkeit Sri Lankas im Jahre 1948 und dem Wahlsieg der Singhalesen 1956 dominierte die singhalesische Bevölkerungsmehrheit Regierung und Verwaltung und erklärte den Buddhismus zur Staatsreligion. Die vorangegangene Bevorzugung der Tamilen durch die britische Kolonialmacht bildete den Nährboden für den ethnischen Konflikt zwischen der Singhalesen-Mehrheit und der Minderheit der Tamilen. Der durch die Unterdrückung der tamilischen Minderheit seit 1948 geschürte ethnische Konflikt führte in den 50er-Jahren erstmals zu schweren Ausschreitungen mit über 500 Toten. Antitamilische Ausschreitungen im Jahre 1983, die über 2.000 Todesopfer forderten, waren der Ausgangspunkt des bewaffneten Kampfes der wegen ihrer Bru-

[78] Die beiden Volksgruppen Tamilen und Singhalesen unterscheiden sich in ihrer jeweils eigenständigen Sprache, Religion und Schrift. Die Singhalesen, 72 % der etwa 19 Millionen Einwohner Sri Lankas, glauben, dass sie arischen Ursprungs und schon im 5. Jahrhundert v. Chr. aus Bengalen eingewandert sind. Die Tamilen nennen sie in ihrer Sprache „Kallathonis" – „Männer, die sich auf Booten ins Land schmuggelten." Ob die hinduistischen Tamilen vor den Singhalesen oder erst im 8. Jahrhundert n. Chr. von Südindien auf die Insel kamen, ist ungeklärt.

talität gefürchteten LTTE. Ihre Kämpfer zeichnet blinder Gehorsam bis hin zur Bereitschaft zu Selbstmordanschlägen aus. Zuvor hatte die singhalesische Regierung die Forderung der Tamilen, die Bildung eines tamilischen Staatsgebildes in die Verfassung Sri Lankas aufzunehmen, unter Strafe gestellt.

Die andauernden Kampfhandlungen beförderten auch den Aufstieg der 1972 von Velupillai PRABHAKARAN gegründeten Organisation Tamil New Tigers. Die einer revolutionär-marxistischen Ideologie verpflichtete Organisation, 1976 umbenannt in Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), trat als Verteidiger der Tamilen gegen Übergriffe der singhalesischen Mehrheit auf. Kernforderungen der LTTE waren seitdem der Rückzug der srilankischen Armee aus den Siedlungsgebieten der Tamilen im Norden des Landes sowie vor allem die Bildung eines eigenen, durch Selbstbestimmung zu gründenden Staates „Tamil Eelam".

Die in Sri Lanka seit dem 27. Januar 1998 offiziell verbotene LTTE demonstriert durch den Einsatz moderner Waffen -– schwere Artillerie und Raketen – bei ihren Kampfhandlungen militärisches Potenzial und enorme Gefechtsbereitschaft. Dabei tritt die LTTE mit großer Brutalität auf. Durch die Inszenierung von Mordanschlägen und Hinrichtungen auch unter den eigenen Leuten erzeugt sie Terror. Im Verlaufe des bereits 50 Jahre währenden ethnischen Konflikts und des seit 1983 andauernden Bürgerkriegs wurden nahezu 65.000 Menschen getötet und 1,6 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Die Aktivitäten der LTTE in der Bundesrepublik Deutschland sind darauf gerichtet, den Kampf auf Sri Lanka durch monatliche Spendensammlungen finanziell zu unterstützen. Für das Jahr 2001 hatte die LTTE-Zentrale

die Forderung aufgestellt, dass jeder im Ausland lebende Tamile eine Spende von mindestens 500 DM zu leisten habe. Weitere Spendensammlungen werden regelmäßig bei Kultur- und Heldengedenkveranstaltungen durchgeführt, die organisatorisch von der LTTE-Tarnorganisation World Tamil Movement (WTM) betreut werden. Für den Ablauf der Spendensammlungen zeichnen die jeweiligen Repräsentanten, die in Niedersachsens größeren Städten ansässig sind, verantwortlich. Um Strafverfolgungsmaßnahmen zu vermeiden, wird bei den Spendenkampagnen vorsorglich auf Gewaltanwendungen verzichtet. Darüber hinaus ist die LTTE bemüht, die Tamilen zur Überweisung größerer Geldbeträge auf die Bank of Tamil Eelam zu bewegen.

Von den rund 61.000 in Deutschland lebenden Tamilen leben schätzungsweise 5.000 Tamilen in Niedersachsen. Besondere Aktivitäten entwickelt die

LTTE im Harz und seinem Umland sowie in den Städten Hannover, Göttingen und Salzgitter.

In zahlreichen im Bundesgebiet durchgeführten Demonstrationen – unter Federführung der LTTE-Tarnorganisation Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) – wies die LTTE auf Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka hin und protestierte gegen die Abschiebungen von Tamilen nach Sri Lanka. Am 2. April beteiligten sich ca. 10.000 Tamilen aus Europa, darunter auch Teilnehmer aus Hannover, Goslar, Salzgitter, Seesen und Einbeck, an einer Demonstration vor dem UN-Gebäude in Genf, bei der das Selbstbestimmungsrecht zur Gründung eines eigenen Staates gefordert wurde. Jeweils ca. 150 Tamilen beteiligten sich am 1. Mai an gewerkschaftlich organisierten Veranstaltungen in Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf.

Um die Weltöffentlichkeit für die Forderung nach einem Tamilen-Staat zu sensibilisieren und von der singhalesischen Regierung erneut Friedensverhandlungen zu erzwingen, verübte die LTTE am 24. Juli einen Brandanschlag auf den Militärflughafen von Colombo auf Sri Lanka, bei dem 20 Menschen – darunter 13 LTTE-Mitglieder – getötet wurden.

Nach dem Wahlsieg der bisherigen srilankischen oppositionellen „United National Party" (UNP) und ihres Spitzenkandidaten Ranil Wickremesinghe am 6. Dezember 2001 wurden die seit Mitte 2000 insbesondere unter Vermittlung Norwegens geführten, durch Kampfhandlungen häufig unterbrochenen Friedensverhandlungen wieder intensiviert. Wickremesinghe hatte im Wahlkampf Friedensgespräche mit der LTTE zur politischen Lösung des ethnischen Konfliktes angekündigt.

Im Rahmen der im Herbst 2000 begonnenen Vermittlungsinitiative Norwegens hatte die damalige srilankische Regierung der LTTE weitgehende Selbstverwaltung in den tamilischen Gebieten angeboten, ausgeschlossen wurde jedoch weiterhin die Bildung eines unabhängigen tamilischen Staates.[79] Anders als die bisherige Regierung Sri Lankas signalisiert die neue Regierung unter Ministerpräsident Wickremesinghe Kompromissbereitschaft hinsichtlich einer Friedenslösung. So wurde die Forderung der LTTE nach Aufhebung der Blockaden des Nordostens bereits erfüllt. Mittlerweile scheint die LTTE ihre Forderung nach einem separaten Staat modifiziert zu haben und eine gestärkte Autonomie unter Gewährung gleicher Rechte wie die singhalesische Bevölkerungsmehrheit zu akzeptieren. So sprach sich der stellvertretende Chef der LTTE-Führung für eine politische Lösung des ethnisch-sozialen Konflikts aus.

Als Hürde für die Friedensverhandlungen erweist sich jedoch die Forderung der LTTE, vor Friedensgesprächen ihr seit 1998 bestehendes Verbot aufzuheben.

Am 28. Februar verbot das britische Parlament im Rahmen der Anti-Terror-Gesetzgebung insgesamt 21 als terroristisch eingestufte Organisationen, darunter auch die LTTE. Das Betätigungsverbot der LTTE, deren Auslandsorganisation ihren Sitz in London hat, wird erhebliche Auswirkungen auf die Organisation in Europa haben.

[79] Die im Sommer 2000 öffentlich verkündete Absicht der damaligen Ministerpräsidentin Kamaratunga, ethnische Rechte durch eine Verfassungsänderung zu stärken und der vor allem im Norden und Osten lebenden Minderheit größere Autonomie zu gewähren – der erste Versuch einer politischen Lösung seit Ausbruch des Bürgerkrieges –, war von der LTTE noch mit einem Selbstmordanschlag beantwortet worden, dem 21 Teilnehmer eines Friedensmarsches und der Industrieminister zum Opfer fielen.

Scientology-Organisation (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	Heber JENTZSCH David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltung)	
Mitglieder	2000	2001
Bund:	5.000–6.000	5.000–6.000
Niedersachsen:	750	600[80]
Publikationen:	u.a. Freiheit, Advance, CAUSE, Celebrity Center, Gold Line, FLAG, Freewinds, IAS-Zeitschrift, KSW News, Neue Zivilisation, International Scientology News, Scientology Today, Source, Ursprung, Dimensionen, Impact, Auditor	
„Kirchen/Gemeinden“:	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart	

Einführung

Mit der Veröffentlichung des Buches „Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ legte der amerikanische Science-Fiction-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911–1986) im Jahre 1950 den Grundstein für den Beginn der Entwicklung der Scientology-Organisation. Vier Jahre später gründete HUBBARD am 18.2.1954 die erste offizielle „Scientology-Kirche“ in Los Angeles.

HUBBARD entwickelte Dianetik als Methode, „ungenutztes geistiges Potenzial und wahre Fähigkeiten“ freizusetzen. Er begreift dabei den menschlichen Verstand als Datenbank, der nur dann alle Probleme lösen könne, wenn ihm vollständige und richtige Daten zur Verfügung stünden. Der Verstand bestehe aus einem „analytischen“ Teil, der für Problemlösungen zuständig sei, und einem „reaktiven“ Teil. In diesem seien schmerzliche Wahrnehmungen, so genannte Engramme, gespeichert, die die Problemlösung behinderten und für das Entstehen psychischer Störungen verantwortlich seien. Ziel der Dianetik ist daher, die Engramme zu löschen. Am Ende dieses schrittweisen Befreiungsprozesses soll ein Mensch mit übernatürlichen Qualitäten stehen, frei von körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen, der so genannte Clear.

Im Anschluss an die Selbsthilfemethode Dianetik, die sich ausschließlich

[80] Aufgrund einer verbesserten Erkenntnislage werden zahlreiche, bisher als Mitglieder gezählte Scientology-Sympathisanten wegen ihres geringfügigen Engagements für die Organisation nicht mehr dem Mitgliederbestand zugerechnet.

mit Körper und Verstand befasst, aber keinerlei religiöse Ansätze enthält, erfand HUBBARD „eine Lehre des Wissens", Scientology, in der Dianetik Bestandteil ist.
In der Lehre von Scientology werden die angeblichen Grundbestandteile des Menschen, Körper und Verstand, um einen so genannten Thetan ergänzt, einer das eigene Ich darstellenden „Geist-Seele" mit übersinnlichen Kräften. Laut HUBBARD könne der Thetan seinen Körper verlassen und unabhängig von allem Körperlichen existieren. Diese „Geist-Seele" müsse erkannt und geschult werden, damit man den „Zustand der völligen geistigen Freiheit", den „Operierenden Thetan (OT)", im Anschluss an den Grad Clear erreichen könne. Nach scientologischer Ansicht steigt man auf den so genannten „OT-Stufen" zur Ewigkeit auf.

Ziel der Scientology-Organisation ist die Erschaffung eines neuen Menschen scientologischer Prägung und einer neuen ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt. Scientology strebt die Weltherrschaft an. Die Notwendigkeit einer „Scientologisierung" der Gesellschaft wird damit begründet, dass die Welt in ihrer derzeitigen Erscheinungsform zum absoluten Untergang verurteilt sei. Die Errettung liege allein in der Anwendung scientologischer Technologie, womit die Organisation einen Absolutheitsanspruch auf den einzig wahren Heilsweg erhebt.

Beobachtung durch Verfassungsschutzbehörden

Im Zuge der internationalen Ausbreitung der SO stellten die deutschen Verfassungsschutzbehörden fest, dass das kollektive Verhalten der Organisation eine politische Zielsetzung erkennen lässt, die letztlich darauf ausgerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung auszuhöhlen bzw. zu beseitigen. Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat daher auf ihrer Sitzung am 5./6. Juni 1997 einstimmig tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bei der SO festgestellt und infolgedessen das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz bejaht. Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat auch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz nach Genehmigung durch den Innenminister im Juli 1997 mit der Beobachtung der Scientology-Organisation (SO) begonnen.

Tatsächliche Anhaltspunkte für scientologische Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, finden ihren Ausdruck u. a. in

- den programmatischen Äußerungen HUBBARDs und deren Ewigkeitsanspruch,
- aktuellen programmatischen Äußerungen der SO, ihre Ziele kämpferisch-aggressiv zu verwirklichen[81],
- der Absicht, die Regierung scientologisch lenken zu wollen und in dem Versuch, das scientologische Rechtssystem in der Gesellschaft zu etablieren.

[81] Die aktuellste Ausgabe des von Scientology-Gründer HUBBARD verfassten Buches „Einführung in die Ethik der Scientology" (L. Ron HUBBARD, Kopenhagen, 1998) enthält z.B. eine Passage, der zufolge das „gesamte gegnerische Lager" als „Geburtstagsüberraschung" in „Flammen" aufgehen könne und in der „der dumpfe Aufprall einer ihrer Gegner (Anmerkung: Gegner der SO) in der Dunkelheit" (Text Seite 181) thematisiert wird.

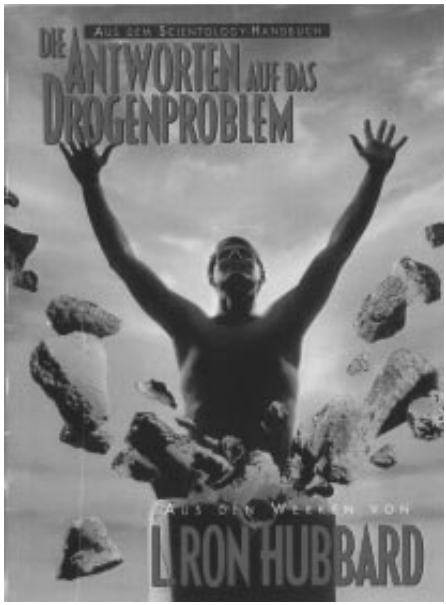
Das Verwaltungsgericht Saarland hat die Rechtmäßigkeit der Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz bejaht und mit Urteil vom 29. 03. 2001 festgestellt, dass die scientologischen Schriften Anhaltspunke für den Verdacht von Bestrebungen der SO zur Abschaffung bzw. Einschränkung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte (Rechte stehen Mitgliedern der Gesellschaft nicht gleichermaßen zu) und sonstiger wesentlicher Verfassungsprinzipien (Absolutheitsanspruch, totale Disziplin) enthielten. Darüber hinaus wolle SO die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und der vollziehenden Gewalt sowie der Rechtsprechung an Gesetz und Recht abschaffen (eigenes Rechtssystem mit organisationseigenen Normen). Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Organisation

Scientology ist heute eine streng hierarchisch durchstrukturierte weltweit operierende Organisation, die unter der Leitung von David MISCAVIGE (Vorsitzender des Religious Technology Center[82]) steht. Das geistige Hauptquartier befindet sich in Clearwater (Florida), während die europäische Zentrale ihren Sitz in Kopenhagen hat.

Das System der SO funktioniert nach den Grundsätzen von Befehl und unbedingtem Gehorsam, in dem sich jedes Mitglied einem rigiden Kontroll- und Disziplinarsystem unterwirft und Anweisungen übergeordneter Scientologen uneingeschränkt akzeptiert.

Die SO tritt teils offen, teils auch verdeckt auf. Als Teil der Scientology-Organisation sofort zu erkennen sind Einrichtungen, die sich in der Öffentlichkeit zumeist als „Kirchen" bezeichnen. Nach eigenen Angaben soll es in



mehr als 100 Ländern über 3.000 „kirchliche" Organisationsgruppen geben, von denen sich acht „Kirchen" (Orgs[83]), etliche „Missionen"[84] und 2 Celebrity-Centren[85] mit insgesamt ca. 30.000 Mitgliedern in Deutschland befinden sollen. Statistisch verlässliche Mitgliederzahlen existieren nicht. Von den Verfassungsschutzbehörden wird die Mitgliedsstärke auf 5.000 bis 6.000 Personen im Bundesgebiet geschätzt. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist die erhebliche Differenz in der Anzahl der Scientologen auf werbende Aspekte sowie auf den Umstand zurückzuführen, dass Scientology möglicherweise nicht zwischen einmaligen Kontaktaufnahmen und aktiven Mitgliedern

[82] Weltweit zuständiges Managementzentrum in Los Angeles.

[83] Org ist die interne SO-Abkürzung für Organisation.

[84] Mission ist eine von der SO in ihrer Größe nicht näher definierte Anlaufstelle.

[85] SO-Betreuungsstelle für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Musiker, etc.).

bei der Erfassung unterscheidet und Aussteiger nicht vollständig berücksichtigt sind.

Es gibt eine Vielzahl von Einzelorganisationen, wie z. B.

- Narconon,
- Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM),
- ZIEL – Zentrum für Individuelles und Effektives Lernen,
- Applied Scholastics International (Dachorganisation im Bereich Bildung/Erziehung),
- ABLE (Association for Better Living and Education),
- Criminon (Vereinigung, die sich um die Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft bemühen soll),
- WISE (World Institute of Scientology Enterprises),
- ALARM,
- New Era,
- Golden Era,
- Theta Books (Verlagswesen),
- MUT (Mitbürger unterstützen Toleranz),
- FRG (Freedom for Religions in Germany),
- HCA (Hubbard College of Administration),
- ATV (Aktion Transparente Verwaltung),
- The Way to Happiness Foundation,
- I HELP (International Hubbard Ecclesiastical League of Pastors),

deren Zugehörigkeit zur SO nicht ohne weiteres erkennbar ist, aber dennoch scientologische Einrichtungen sind.

Scientology in Niedersachsen

In Niedersachsen ist die Organisation mit einer „Kirche" in Hannover („Gemeinde Hannover der Scientology Kirche Hamburg e. V.") vertreten.

Daneben hat sich in Seevetal-Maschen die Firma New Era Publications Deutschland GmbH etabliert, die mit dem Vertrieb von scientologischen Druckschriften, Video- und Tonmaterial befasst ist. Bestrebungen, weitere Zentren in Niedersachsen zu gründen, konnten bisher nicht beobachtet werden.

Im Vergleich mit in anderen Bundesländern angesiedelten SO-Vertretungen nimmt die Org Hannover keine herausragende Position ein. Ihr ist es bisher auch nicht gelungen, weitere SO-Teilorganisationen (z. B. Celebrity-Centren oder Objekte im WISE[86]-Bereich) in Niedersachsen zu etablieren. Vermutlich aufgrund ihrer relativen Bedeutungslosigkeit im SO-Gefüge sowie der räumlichen Nähe zu etablierteren SO-Vertretungen haben sich viele der ca. 600 in Niedersachsen ansässigen Scientologen Einrichtungen in benachbarten Bundesländern, vor allem in Hamburg und Nordrhein-Westfalen, angeschlossen. Der Rückgang der Mitgliederzahl von 750 auf 600 basiert auf einer verbesserten Erkenntnislage, Personen mit geringem Engagement wurden aus dem bisherigen Bestand herausgerechnet.

„Gemeinde Hannover"

Nach hiesiger Einschätzung besuchen ca. 200 SO-Anhänger mehr oder weniger regelmäßig die Org Hannover. Von

[86] WISE = Das World Institute of Scientology Enterprises, mit dessen Unternehmen die von HUBBARD entwickelte „Verwaltungstechnologie" in der Wirtschaft etabliert werden soll.

DIE LÖSUNG FÜR EINE GEFÄHRLICHE UMWELT

Die Gewalt in der heutigen Gesellschaft kann siegreich sein, falls wir uns von ihr lähmen lassen. Wie überwinden Sie aber eine sehr reale Angst und Unsicherheit in Bezug darauf, was morgen geschehen könnte?

Die Scientology Kirche gibt seelsorgerische Beratungsdienste besonderer Art, die es den Leuten ermöglichen, ihre Angst zu bezwingen. Diese Dienste stellen wieder eine positive, aktive Einstellung zum Leben her, wie wir es bei Menschen an Orten menschlicher Tragödien gesehen haben: in Kosovo, in Oklahoma City und im Zentrum der Verwüstung in New York. Sie können es ihnen ermöglichen, Schock und Angst, die Sie haben mögen, zu überwinden und der Zukunft wieder zuversichtlich ins Auge zu sehen.

Alle sind sich einig, dass die Menschen wieder an die Arbeit zurückkehren müssen, zu ihrer Familie und zu einem Zustand, der wenigstens einigermaßen normal erscheint. Wir stellen unsere Dienste zur Verfügung, um Ihnen dies für Ihr Leben zu ermöglichen.

Alle sind willkommen. Es wird keine Spende erwartet.

Scientology Kirche Hannover

[redacted]

Praktische Hilfe für den menschlichen Geist

diesem Personenkreis sind rund 20 Scientologen als feste Mitarbeiter zu bezeichnen, die zum Teil als Vollzeitkräfte den reibungslosen Ablauf innerhalb der Einrichtung gewährleisten sollen.

Die im Jahr 2000 von Scientology verstärkt in Hannover durchgeführten Werbemaßnahmen (Ausstellung, Ansprache von Passanten, so genanntes Body-Routing, Informationsstände in der Innenstadt, Angebot eines „Stress-Tests" am E-Meter[87] in der Fußgängerzone) führten offensichtlich zu keiner Verbesserung der personellen Situation der ortsansässigen Org, weshalb im vergangenen Kalenderjahr zunehmend andere Städte (Stadthagen, Salzgitter, Gifhorn) aufgesucht worden sind. Zumeist unter dem Motto „Besser leben ohne Drogen" wurde in Fußgängerzonen mit geringem Erfolg versucht, Interesse für Scientology bzw. deren Teilorganisation Narconon zu wecken.

[87] Einfaches technisches Hilfsmittel der Scientologen, das zum „Sichtbarmachen von Gedanken" eingesetzt wird.

SO-Aktivitäten

Scientology bot mehreren hannoverschen Schulen schriftlich an, Informationsmaterial über das vom SO-Gründer HUBBARD entwickelte Drogenprogramm Narconon zur Verfügung zu stellen. Die scientologische Methode stelle im Gegensatz zur staatlichen Drogenpolitik einen funktionierenden, erprobten Weg im Kampf gegen die Suchtproblematik dar und sei zudem in der Lage, die Sorgen von drogengefährdeten Menschen im Vorfeld zu beseitigen.

Das niedersächsische SO-Vertriebsunternehmen New Era Publications Deutschland GmbH schrieb in werbender Absicht Schulen in Süddeutschland an und verwies auf die von HUBBARD entwickelten Lernmethoden, die von der Privatschule ZIEL vermittelt würden.

Die SO-Teilorganisation Criminon wandte sich mit einer Broschüre „Der Weg zum Glücklichsein" an Justizvollzugsanstalten, um ein angeblich „erfolgreich praktiziertes Konzept der Wiedereingliederung von Inhaftierten" vorzustellen.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Informationsfreiheitsgesetzen in einzelnen Bundesländern, welche dem Bürger mehr Rechte bei der Akteneinsicht in Behördenunterlagen einräumen sollen, gründete die SO die „Aktion Transparente Verwaltung (ATV)". Vordergründig dringt ATV – ohne jedoch auf ihre SO-Zugehörigkeit hinzuweisen – auf die Durchsetzung eines bundesweit gültigen Informationsfreiheitsgesetzes. Die kos-

tenpflichtige Vereinsmitgliedschaft dürfte darauf abzielen, persönliche Daten interessierter Personen zu sammeln, um diese der SO für ihre Zwecke (Werbung, Statistik etc.) zur Verfügung zu stellen. Ebenso wahrscheinlich ist die Verwendung von möglichen Fördergeldern (aus den Mitgliedschaften) für Zwecke der SO.

Die von Scientology in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Ausgabe der SO-Zeitschrift Freiheit verbreitete Feststellung, die Bundesregierung habe in ihrer Beantwortung der Kleinen Anfrage im Bundestag zum Thema „Psychogruppen mit hohem Gefährdungspotenzial" erstmals offiziell die Gesetzestreue der SO anerkannt, wurde sinnentstellend aus dem Kontext gerissen. Obgleich die Bundesregierung tatsächlich in ihrer o. g. Stellungnahme nochmals deutlich vor den von Scientology ausgehenden Gefahren unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft gewarnt hat, fordert die SO in einer bundesweiten Kampagne, unter Bezug auf die angebliche Anerkennung durch die Regierung von den jeweiligen Innenministern sowie den Verfassungsschutzämtern, die Einstellung der Beobachtung von Scientology mit nachrichtendienstlichen Mitteln.

Hinweistelefon

Für Hinweise steht im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz auch weiterhin der Telefonanschluss mit der Nummer

05 11/67 09-3 93

zur Verfügung.

Spionageabwehr

Einführung

Zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes gehört es, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Staaten auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu sammeln und auszuwerten. Die den deutschen Sicherheitsbehörden gegenüber geheim gehaltene Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste im Bundesgebiet stellt einen Angriff auf die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland dar.

Der Erfolg der Arbeit einer Spionageabwehrbehörde ist nicht allein daran zu messen, wie viele Agenten fremder Nachrichtendienste einer Verurteilung zugeführt worden sind. Das wesentliche Aufgabenspektrum liegt vielmehr darin, insbesondere zukünftige Ziele, Strukturen und Arbeitsmethoden fremder Nachrichtendienste aufzudecken und so Spionagetätigkeit zu verhindern. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, arbeitet der Niedersächsische Verfassungsschutz eng mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie mit den anderen Nachrichtendiensten zusammen.

Während zu Zeiten des „Kalten Krieges" die politische und militärische Spionage der ehemaligen DDR und der Sowjetunion im Vordergrund der Arbeit der Spionageabwehr standen, stellen sich die heute gegen deutsche Interessen gerichteten nachrichtendienstlichen Aktivitäten vielfältiger und unübersichtlicher dar. Neben den klassischen Bereichen Politik und Militär konzentrieren sich die Ausforschungsbemühungen fremder Staaten verstärkt auf Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen. Diese Bemühungen sind Ausfluss eines weltumspannenden Konkurrenzkampfes und dienen dem Ziel, der eigenen Volkswirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Dabei richtet sich der Blick der Spionageabwehr nicht nur auf die Nachrichtendienste der früher als gegnerisch bezeichneten Länder, sondern auch auf die unzulässigen Aktivitäten der Dienste befreundeter Staaten.

Das Aufklärungsinteresse der nah-, mittel und fernöstlichen Staaten richtet sich auch auf die Ausforschung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zum Regime des eigenen Staates stehen. Seit einigen Jahren bedeutend ist auch die nachrichtendienstlich gesteuerte Beschaffung von Proliferationsgütern[88], die auf das Machtstreben der Regierungen einzelner Krisenländer zurückzuführen ist.

Für die Verfassungsschutzbehörden ist daher die Aufklärung von Proliferationsbemühungen ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt geworden. Aufklärungsbemühungen gestalten sich allerdings immer schwieriger, da die nachrichtendienstlich gesteuerte Beschaffung von Mitteln zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen einem permanenten Versteckspiel gleichkommt. Ein wesentliches Charakteristikum der Proliferation besteht nämlich darin, dass sich die Weiterverbreitung „indirekt" vollzieht. So genannte Krisenstaaten – allen

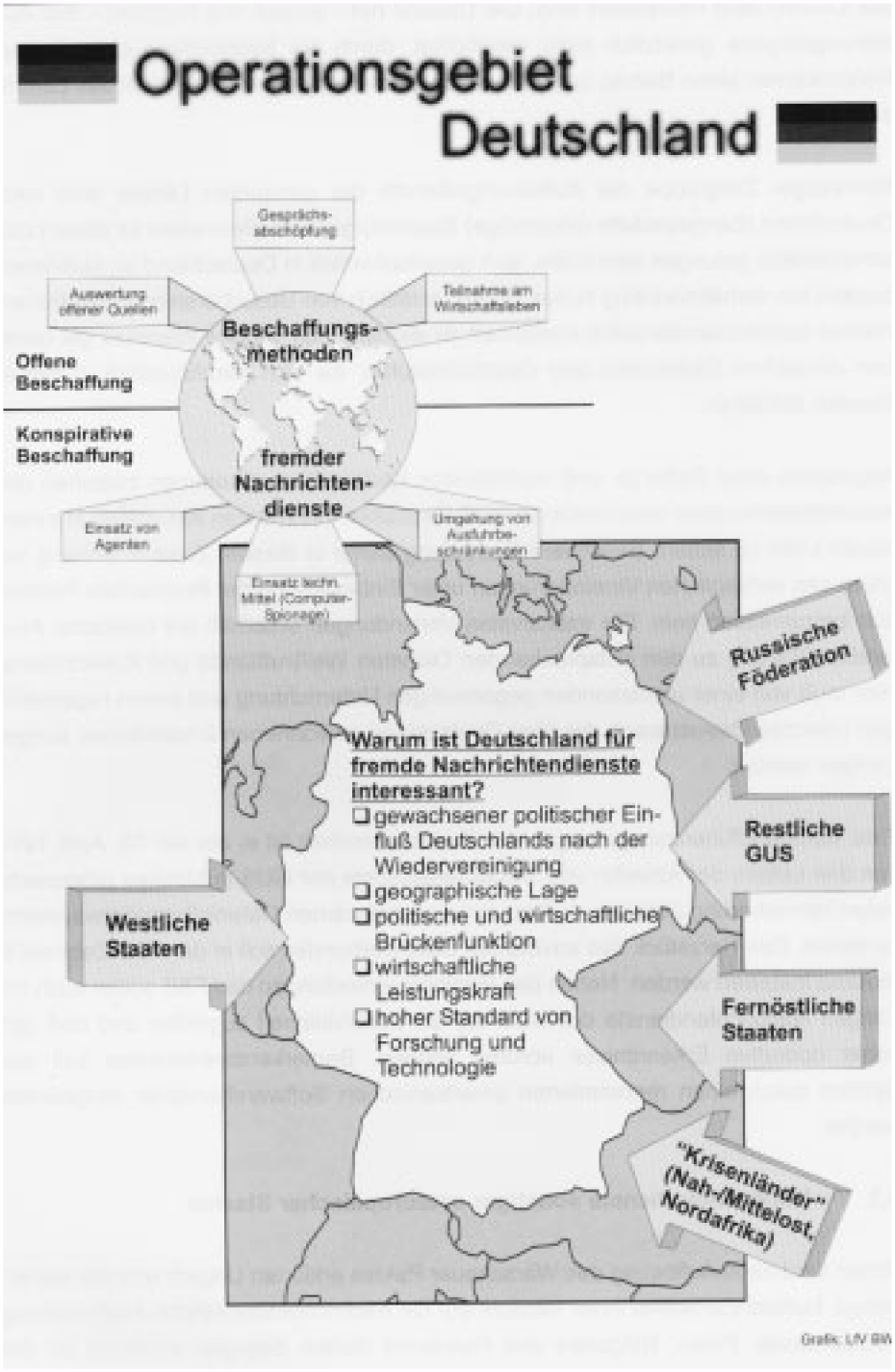
[88] Proliferation: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendbaren Produkte einschließlich des dafür erforderlichen Know-how sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen.

voran der Iran, aber auch der Irak und Syrien – versuchen, mit nachrichtendienstlich gesteuerter Hilfe unter Umgehung internationaler Exportbestimmungen Güter zu kaufen, die angeblich wissenschaftlichen oder zivilen Zwecken dienen, tatsächlich aber für Rüstungsprojekte bestimmt sind. Dabei bedienen sie sich zahlreicher Scheinfirmen mit unverdächtigen Namen.

Da bei den Proliferationsbemühungen die Beschaffung des technologischen Know-how eine wesentliche Komponente darstellt, erstreckt sich die Prüfung der Proliferationsrelevanz auch auf ingenieurwissenschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Informationsquellen in Bildung, Forschung und Wirtschaft westlicher Industriestaaten.

Zunehmend ins Visier der Sicherheitsbehörden gelangt der Bereich Information Warfare, den es in unterschiedlicher Ausprägung (Cyberwar, Cyberterrorismus, elektronic attack) bereits seit geraumer Zeit gibt. Information Warfare beinhaltet alle Aktivitäten, die zur Abwehr von Angriffen oder zur Beeinflussung gegnerischer Informationssysteme eingesetzt werden, wobei für den Verfassungsschutz Aktivitäten mit extremistischem oder terroristischem Hintergrund im eigenen Land ebenso von Interesse sind wie die Steuerung durch einen fremden Nachrichtendienst.

Die Arbeitsweise ausländischer Nachrichtendienste erfolgt nach wie vor in verdeckter Form wie auch in offener Aufklärung. Dabei kommt der Nutzung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen ein besonderer Stellenwert zu. Die Vertretungen bestimmter Länder (darunter die Russische Föderation, Iran, Syrien) werden von deren Geheimdienst als Stützpunkte für den getarnten Einsatz ihrer Mitarbeiter genutzt. Status und Tarnpositionen bieten vielfältige Möglichkeiten, mit interessanten Zielpersonen.


Operationsgebiet Deutschland
Gesprächs-abschöpfung
Auswertung offener Quellen
Teilnahme am Wirtschaftsleben
Beschaffungs-methoden
Offene Beschaffung
Konspirative Beschaffung
fremder Nachrichten-dienste
Einsatz von Agenten
Umgehung von Ausfuhrbe-schränkungen
Einsatz techn. Mittel (Computer-Spionage)
Russische Föderation
Restliche GUS
Westliche Staaten
Fernöstliche Staaten
"Krisenländer" (Nah-/Mittelost, Nordafrika)
Warum ist Deutschland für fremde Nachrichtendienste interessant?
❑ gewachsener politischer Einfluß Deutschlands nach der Wiedervereinigung
❑ geographische Lage
❑ politische und wirtschaftliche Brückenfunktion
❑ wirtschaftliche Leistungskraft
❑ hoher Standard von Forschung und Technologie
Grafik: LfV BW

Nachrichtendienste in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion am Beispiel der russischen Aufklärungsdienste SWR und FSB

Unter den für Verfassungsschutzbehörden bedeutsamen Nachrichtendiensten der SU-Nachfolgestaaten nimmt der zivile russische Aufklärungsdienst SWR (Sluschba Wineschnej Raswedki) eine Vorrangstellung ein. Nachdem Existenz, Aufgaben und Befugnisse aller russischen Aufklärungsdienste erstmalig 1992 in einem Bundesgesetz verankert und abstrakt geregelt waren, bezeichnet das „Gesetz über die Auslandsaufklärung der russischen Föderation" in der aktuellen Fassung vom 10. Januar 1996 den SWR als

> *„Auslandsnachrichtendienst in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militärstrategie, Wissenschaft, Technik und Umwelt sowie zur Sicherheit von russischen Einrichtungen außerhalb des Hoheitsgebietes der Russischen Föderation und zum Schutz russischer Bürger im Ausland, die von Amts wegen über Zugang zu Staatsgeheimnissen verfügen".*

Dieses Gesetz unterstellt alle russischen Aufklärungsorgane dem Präsidenten. Er ist damit nicht nur befugt, über deren Aufklärungsbereiche zu entscheiden wie auch deren Arbeit zu überwachen und zu koordinieren, sondern ist gleichzeitig auch für deren Auftragserteilung und Kontrolle zuständig, in der Regel unter Mitwirkung des mit allen russischen Geheimdienstleitern besetzten „Nationalen Sicherheitsrats", dem die Leiter der russischen Nachrichtendienste angehören.

Im Vergleich zu den anderen russischen Nachrichtendiensten sieht sich der SWR elitär und selbstbewusst in der Rolle einer intellektuell arbeitenden, im politischen Spektrum verankerten Behörde, die im Ausland beschaffte Informationen analysiert und hierdurch an der Politikberatung und Vorbereitung politischer Entscheidungen beteiligt ist.

Bereits 1995 hatte der damalige SWR-Leiter PRIMAKOW öffentlich erklärt, die wichtigste Aufgabe seines Dienstes bestehe in der aktiven Beteiligung an der Umsetzung russischer Außenpolitik gegenüber dem Westen, wie auch in der Erhöhung des Verteidigungspotenzials und der Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands. PRIMAKOWs Nachfolger TRUBNIKOW äußerte 1998 die Ansicht, dass die russische Auslandsaufklärung in gewissem Sinne eine „politische Organisation" sei, die neben dem Außenministerium den außenpolitischen Kurs des Landes sichere.

Nach Angaben des seit dem 20. Mai 2000 amtierenden SWR-Leiters General Sergej LEBEDEW gegenüber der russischen Presseagentur ISWESTIJA ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die Russland auf dem Gebiet der Außenpolitik und Wirtschaft, sowie im Sicherheitsbereich und in Fragen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik getroffen habe, immer auch nachrichtendienstliche Arbeit berücksichtigt worden. Die Nachfrage hinsichtlich tagesaktueller Geheimdienstberichte und geheimdienstlicher Informationen für den Präsidenten und andere Führungskräfte des Landes werde auch in Zukunft anhalten.

Als reiner Auslandsspionagedienst verfügt der SWR heutzutage nicht nur über Ansehen und Rückhalt bei der politischen Führung des Landes, sondern genießt auch in Teilen der russischen Bevölkerung Akzeptanz.

Nachdem unter PRIMAKOW Vorlesungsreihen über die Tätigkeit der Nachrichtendienste an Moskauer Hochschulen durchgeführt wurden, gibt es offenbar keine Nachwuchssorgen mehr. Als Kandidaten für den Eintritt in die diensteigene SWR-Akademie werden nur Hochschulabsolventen akzeptiert.

Zum Anforderungsprofil im Ausland eingesetzter Nachrichtendienstoffiziere des SWR hat dessen Chefberater KIRPISCHENKO im Dezember 2000 öffentlich geäußert, es handele sich um Spezialisten in auswärtigen Angelegenheiten, um Experten in der regionalen Geographie sowie um sprachbegabte und psychologisch geschulte Mitarbeiter, die in der Lage sein müssten, unter Tarnung als Diplomat, Journalist oder Angehöriger einer Handelsvertretung zu arbeiten. Es handele sich um „absolute Realisten", die Geschehnisse einschätzen könnten und objektive Informationen lieferten.

Im Gegensatz zum früheren KGB ist der SWR auch um eine Annäherung und Zusammenarbeit mit westlichen Staaten beispielsweise bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereit. So hat nach einem Bericht der Nachrichtenagentur AP vom 2. Oktober der Leiter des russischen Nachrichtendienstes FSB („Federalnaja Sluschba Besopasnosti" – „Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation"), PATRUSCHEW, den USA zu einem baldigen Vergeltungsschlag geraten, falls die Terroranschläge in den USA mit Usama BIN LADEN in Verbindung stünden. Wenn die USA vorbereitet seien und über vollständige Informationen verfügten, um einen Gegenschlag durchzuführen, sollten sie nach PETRUSCHEWs Meinung dieses Vorhaben nicht weiter hinauszögern. Russland werde sich zwar nicht aktiv beteiligen, den Kampf der USA gegen den Terrorismus aber mit Geheimdienstinformationen unterstützen.

Zu den Hauptaufgaben des FSB gehört – neben der Spionageabwehr – u. a. auch die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität. Im Rahmen von elektronischer Aufklärung werden auch systematisch inländische und ins Ausland gehende Fernmeldeverbindungen überwacht.

Der FSB vertreibt neuerdings Abhörtechnik mit der Verpflichtung an alle russischen Anbieter von Internet-Zugängen, diese zu installieren. Damit ist der FSB in der Lage, einen ständigen Zugriff auf den Datenverkehr zu haben und eine umfangreiche Internet-Überwachung zu betreiben. Für ausländische Staatsangehörige sowie Firmenniederlassungen, die sich in Russland des Internets bedienen, bedeutet dies, dass sie mit einer Überwachung durch den FSB rechnen müssen.

Die nach wie vor große Bedeutung des Standortes Deutschland für Spionageaktivitäten der russischen Nachrichtendienste wird deutlich durch ihre anhaltend hohe Personalpräsenz in den russischen Vertretungen auf deutschem Boden. Auch im Jahr 2001 konnten – zum Teil mehrmalige – Einreiseversuche erkannter Nachrichtendienstoffiziere bzw. solcher Personen, bei denen der Verdacht der Zugehörigkeit zu einem russischen Nachrichtendienst bestand, festgestellt werden. In ihren Anträgen auf Erteilung eines Einreisesichtvermerks für Deutschland werden häufig als aktuelle Arbeitgeber russische Staatshandels- oder Wirtschaftsunternehmungen oder auch Niederlassungen der deutschen Industrie in Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), dem Zusammenschluss ehemaliger Sowjetrepubliken, angegeben.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas

Wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung ist die Bundesrepublik Deutschland für Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrika weiterhin ein interessantes Ausspähungsziel. Neben der Spionage in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung werden auch die in Deutschland ansässigen eigenen Staatsangehörigen, die in Opposition zu dem politischen Regime im Heimatland stehen, ausgeforscht.

Iran

Seit der ersten Wahl von Präsident Khatami im Mai 1997 sind Liberalisierungstendenzen in der iranischen Politik erkennbar. Sein differenziertes Verhältnis zu Aufgaben und Befugnissen des iranischen Nachrichtendienstes VEVAK drückte Khatami 1998 bei einem Treffen mit Offiziellen aus.

Er betonte, dass der Nachrichtendienst durch Einhaltung der Gesetze eine Vertrauensbasis in der Gesellschaft aufbauen könne. Es sei für ihn auch wichtiger, politische Gegner in die Gesellschaft zu integrieren, als sie zu beseitigen. Khatami ersetzte den konservativen Geheimdienstminister Ghorban Ali DORI-NADJAFABADI durch den eher liberalen Ali YUNESSI. Allerdings halten klerikal-fundamentalistische Kräfte um den Revolutionsführer KHAMENEI nach wie vor zahlreiche wichtige Machtpositionen besetzt, die sie konsequent zur Bekämpfung der Reformbestrebungen nutzen.

Der iranische Nachrichtendienst bekämpft weiterhin die von in Deutschland lebenden Iranern gesteuerten und gegen die iranische Regierung gerichteten Aktivitäten. Primär gehen diese von den Volksmojahedin Iran (MEK) bzw. deren politischem Arm, dem Nationalen Widerstandsrat Iran (NWRI), aus. Der iranische Nachrichtendienst ist bestrebt, diese Oppositionsstrukturen zu infiltrieren, um Kenntnisse über deren Mitglieder und geplante Aktionen zu erlangen. Dies wird erneut belegt durch die Festnahme eines hier lebenden Iraners im Juli. Der Festgenommene steht im Verdacht, zielgerichtet Informationen über Mitglieder oppositioneller Organisationen und deren Aktivitäten für den iranischen Nachrichtendienst beschafft zu haben.

Das Interesse der iranischen Nachrichtendienste richtet sich weiterhin auf das Feld der Rüstungs- und Wirtschaftsspionage. So wurde im Herbst erneut ein iranischstämmiger Mitarbeiter einer Rüstungsfirma in Süddeutschland wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit zugunsten eines iranischen Nachrichtendienstes festgenommen. Er hatte einem Mitarbeiter der iranischen Botschaft angeboten, Unterlagen aus seiner Firma zu besorgen. Motiv für diese Kontakte war offensichtlich die Absicht des Täters, in sein Heimatland zurückzukehren.

Syrien

Der nach dem Tod des syrischen Präsidenten Al-Assad im Juni 2000 an die Macht gekommene Sohn Baschar Al-Assad hatte eine Liberalisierung im Innern und eine vorsichtige Annäherung an den Westen angekündigt, die sich dann aber nicht feststellen ließ. Die Ausforschung und Überwachung systemkritischer Landsleute im Ausland

ist aber nach wie vor einer der Schwerpunkte der syrischen Nachrichtendienste, wie Verurteilungen syrischer Agenten in den vergangenen Jahren belegen. Die syrischen Nachrichtendienste tarnen ihre geheimdienstlichen Aktivitäten über die diplomatischen und halboffiziellen Vertretungen ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland. Auch direkte nachrichtendienstliche Verbindungen nach Syrien wurden festgestellt. So wurde Anfang Dezember 2001 ein 42 Jahre alter syrischer Staatsangehöriger mit Wohnsitz in Mainz wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen syrischen Nachrichtendienst in Untersuchungshaft genommen. Er wird verdächtigt, seit 1996 in Deutschland lebende Landsleute hinsichtlich ihrer oppositionellen Haltung zur syrischen Regierung ausgeforscht zu haben.

Irak

Die wirtschaftliche Lage im Irak ist aufgrund des nach wie vor bestehenden Handels-, Finanz- und Militär-Embargos des UN-Sicherheitsrates weiterhin angespannt. Zwar wurden im Dezember 2000 durch die UN geringfügige Lockerungen der Sanktionen beschlossen, doch herrscht trotz allem eine große Perspektivlosigkeit in der Bevölkerung. Dieser Umstand erklärt auch den in den letzten Jahren festzustellenden Anstieg irakischer Asylsuchender, die nicht selten durch Schlepperbanden auch nach Deutschland gebracht werden. Die Asylsuchenden finden häufig Aufnahme in den hier existierenden irakischen Oppositionsgruppen. Primäres Ziel der irakischen Nachrichtendienste ist die Aufklärung dieser irakischen Auslandsopposition. Arbeitsschwerpunkt der Dienste ist dabei der Versuch, in diese Oppositionsgruppen einzudringen und Einflussagenten zu führen, die auch propagandistisch im Sinne des Irak wirken. Wesentliche Ziele sind dabei, die Uneinigkeit zwischen den verschiedenen oppositionellen Gruppierungen zu schüren und konkrete Informationen über deren aktuelle Absichten zu gewinnen.

Nach ernst zu nehmenden Hinweisen müssen Ausländer bei häufigen Reisen in den Irak mit der Möglichkeit rechnen, von den irakischen Diensten nachrichtendienstlich angesprochen zu werden.

Libyen

Die Ausspähungsaktivitäten gegen Dissidenten gehören zu den Aufgaben des libyschen Nachrichtendienstes in der Bundesrepublik, da sich das Regime durch oppositionelle Kräfte bedroht sieht. Libyen bemüht sich nach Aufhebung der Sanktionen durch die meisten Länder um proliferationsrelevante Güter, die über nachrichtendienstlich gesteuerte Beschaffungslinien in das Land gebracht werden sollen. Verbindungen des libyschen Nachrichtendienstes zu den islamistischen Rebellen sorgten für die Freilassung von Geiseln, die durch Rebellen auf den Philippinen festgehaltenen wurden, darunter auch die Mitglieder einer Familie aus Göttingen.

Türkei

Der türkische Nachrichtendienst MIT (Milli Istihbarat Teshilati) setzt die Ausforschung der in der Bundesrepublik lebenden Regimegegner und Oppositionellen unverändert fort.

Dabei gehen seine Aktivitäten nach wie vor von Mitarbeitern in den diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland aus. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Nachrichtendienste Chinas und Nordkoreas

China will seine Volkswirtschaft bis zum Jahre 2010 in ein komplettes „Marktwirtschaftssystem sozialistischer Prägung" umwandeln. Für dieses ehrgeizige Ziel nutzt China alle Formen der Kooperation mit den hoch entwickelten Industrienationen. Parallel zur offiziellen Kooperation werden allerdings auch gezielte Aufklärungsaktivitäten chinesischer Nachrichtendienste bis hin zum Einsatz nachrichtendienstlicher Quellen beobachtet.

Schwerpunkt hinsichtlich der Beschaffung von Informationen sind dabei nach wie vor die Bereiche Wissenschaft, Technik, Militär, Wirtschaft und Politik. In die konspirative oder offene Informationsbeschaffung sind neben den Nachrichtendienstoffizieren der Legalresidenturen auch getarnte geheime Mitarbeiter in gemischten oder rein chinesischen Firmen eingebunden. Darüber hinaus tarnen sich Mitarbeiter der chinesischen Nachrichtendienste bei ihrer Nachrichtenbeschaffung auch als Journalisten.

Für sein ehrgeiziges Rüstungsprogramm ist Nordkorea bestrebt, westliche Technologien und Ausrüstungsgegenstände zu beschaffen. Hinsichtlich der Beschaffung von sensitiven und proliferationsrelevanten Technologien bedienen sich die Nachrichtendienste ihrer Verbindungswege in den diplomatischen Vertretungen, in einigen Außenhandelsfirmen oder in dem weit gespannten Netz kleiner Beschaffungsfirmen.

Wirtschafts- und Geheimschutz

Seit über einem Jahr hat das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz das Sachgebiet Wirtschaftsschutz eingerichtet. Dieses befasst sich sowohl mit dem Geheimschutz in der Wirtschaft als auch mit dem Wirtschaftsschutz und konzentriert damit die bisherigen Maßnahmen in einem Arbeitsbereich.

Beim Geheimschutz in der Wirtschaft werden Unternehmen vom Niedersächsischen Verfassungsschutz betreut, die staatliche Verschlusssachen-Aufträge (VS-Aufträge) bearbeiten. Diese Aufträge haben Angelegenheiten zum Vertragsinhalt, die im öffentlichen Interesse von einer staatlichen Stelle für geheimhaltungsbedürftig erklärt worden sind. Je nach Schutzbedürftigkeit erfolgt eine Einstufung als VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, VS-VERTRAULICH, GEHEIM oder STRENG GEHEIM. Die zu treffenden personellen und materiellen Sicherheitsmaßnahmen richten sich nach dem Geheimhaltungsgrad und sind bei der Einstufung STRENG GEHEIM am höchsten. Als Beispiele für geheimschutzbetreute Unternehmen sind Kernkraftwerke oder Betriebe der Rüstungsindustrie zu nennen. In Niedersachsen befinden sich etwa 120 Unternehmen in der Geheimschutzbetreuung, die von Wirtschaftsministerium und Verfassungsschutz wahrgenommen wird. Im Rahmen jährlicher Sicherheitstagungen, deren letzte Anfang Dezember 2001 in Stade statt-

fand, informiert der Niedersächsische Verfassungsschutz Vertreter dieser Firmen über aktuelle Erkenntnisse.

Die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in diesem Bereich finden sich im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG), im Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (NSÜG), in der Verschlusssachenanweisung (VSA) und im Geheimschutzhandbuch für die Wirtschaft (GHB).

Der Wirtschaftsschutz wendet sich an die Unternehmen, die sonst ohne staatliche Betreuung auskommen müssen. Maßnahmen des Wirtschaftsschutzes begründen sich aus der Aufgabenzuweisung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 5 NVerfSchG, wonach das NLfV durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mitwirkt. So wird im Rahmen des Wirtschaftsschutzes zu etwa 150 ausgewählten Unternehmen in Niedersachsen Kontakt aufgenommen werden, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung besonders durch Wirtschaftsspionage bedroht sein können.

Die bisherigen Erfahrungen des NLfV werden in dem neuen Arbeitsbereich gebündelt und umgesetzt für die präventive Betreuung und Beratung von Wirtschaftsunternehmen und bei sicherheitsrelevanten Vorfällen. Fachvorträge, Informations- und Beratungsgespräche bei Firmen, die im Rahmen des Wirtschaftsschutzes betreut werden, sind ein elementarer Bestandteil des neuen Konzeptes, das zudem eine gezieltere und eingehendere Kontaktpflege zu Behörden und anderen Einrichtungen vor dem Hintergrund von Wirtschaftsschutzinteressen beinhaltet.

Obwohl öffentlich immer wieder die Gefährdung der deutschen Wirtschaft durch Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste dargestellt wird, ist die Bereitschaft zur Sicherung gegen Spionage noch nicht überall vorhanden. Erfahrungen aus Sensibilisierungsgesprächen zeigen, dass Unternehmen ihr Know-how zwar als geheimhaltungsbedürftig einstufen, aber selten über ein eigenes Sicherheitskonzept verfügen. Gerade die mittelständische Wirtschaft des Landes, die nicht dem Geheimschutz unterliegt, thematisiert Wirtschaftsspionage und die möglichen Schäden kaum. Prävention wird mitunter als Arbeitserschwernis angesehen. Informationsdefizite bezüglich der Kosten von Präventionsmaßnahmen sind ein weiteres Hemmnis, die betriebliche Aufmerksamkeit angemessen auf den Aspekt Sicherheit zu lenken. Defizite im Bereich der IT-Sicherheit, unkontrollierter Zugang zu sensiblen Bereichen der Unternehmen sowie sorgloser Umgang mit existenziellen Firmeninterna gegenüber Außenstehenden wurden deutlich.

Um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden, den Verbänden und der Wirtschaft zu ermöglichen, wurde am 6. November 2000 in Niedersachsen die Vereinbarung über die Bildung einer Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftskriminalität unterzeichnet. Bei den Partnern handelt es sich um die Vereinigung der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern (IHKV), den Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Niedersachsen e.V. und das Land Niedersachsen. Das Niedersächsische Innenministerium und der Wirtschaftsschutz des NLfV wirken in dieser Sicherheitspartnerschaft mit und beteiligen sich an regelmäßigen Erfahrungsaustauschen, an der Durchführung gemeinsamer Projekte zu sicherheitsrelevanten Themen und an der Koordination und Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten der beteiligten Vereinbarungsparteien.

Zum festen Bestandteil der Sicherheitspartnerschaft sind die Sicherheitsforen geworden, die bislang unter der Federführung der IHKV veranstaltet worden sind. Die Teilnehmerzahlen belegen das rege Interesse an aktuellen Sicherheitsthemen und den stetig wachsenden Informationsbedarf der Unternehmen.

In der vertraglichen Vereinbarung über die Bildung der Sicherheitspartnerschaft wurde u. a. festgeschrieben, anlassbezogene, gemeinsame Arbeitsgruppen einzurichten. Die Vertragsparteien haben sich darauf verständigt, einen Arbeitskreis IT-Sicherheit einzusetzen, dem Vertreter des Wirtschaftsschutzes des NLfV, des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, des Landeskriminalamtes, des Polizeiamtes für Technik und Beschaffung Niedersachsen sowie der IHK und von den Regionalkammern benannte Unternehmen aus Niedersachsen angehören. Das Ergebnis der ersten Sitzung des Arbeitskreises war die Erstellung einer umfassenden Checkliste zur IT-Sicherheit. Mit dieser Checkliste wird Unternehmensleitungen und EDV-Verantwortlichen eine Möglichkeit geboten, sich mit den verschiedenen Bereichen der IT-Sicherheit auseinander zu setzen und die vorhandenen Sicherungseinrichtungen im eigenen Unternehmen zu überprüfen. Diese Checkliste ist auf der Homepage der IHK Osnabrück-Emsland abrufbar (www.ihk-osnabrueck.de).

Um dem gestiegenen Sicherheitsinteresse der nicht geheimschutzbetreuten Unternehmen in Niedersachsen gerecht zu werden, wird der Arbeitsbereich Wirtschaftsschutz des NLfV neben anderen Betreuungsmaßnahmen im Frühjahr 2002 eine Sicherheitstagung veranstalten.

Ein weiterer Aufgabenbereich innerhalb des Arbeitsbereiches Wirtschaftsschutz ist der Sabotageschutz, der nach den Anschlägen des 11. September 2001 in Amerika eine deutlich stärkere Belastung erfahren hat. Insbesondere die Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atom- und Luftverkehrsgesetz wurden als Konsequenz der Anschläge ausgeweitet und haben zu einer fünffachen Erhöhung der Zahl der Zuverlässigkeitsüberprüfungen geführt. Sie beläuft sich jetzt auf 15.000.

Der Arbeitsbereich Wirtschaftschutz des NLfV ist wie folgt zu erreichen:

Niedersächsisches Landesamt für Verfassungsschutz
– Wirtschaftsschutz –
Postfach 4420, 30044 Hannover
Tel.: 0511-6709-247/246/245
Fax: 0511-6709-393
E-Mail: wirtschaftsschutz@nlfv.niedersachsen.de
Internet: www.verfassungschutz.niedersachsen.de

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 2001 waren für den Verfassungsschutz 220 Stellen ausgewiesen. In dieser Gesamtzahl sind auch die Bediensteten enthalten, die keine verfassungsschutzspezifischen Aufgaben haben, wie z. B. Schreibkräfte, Verwaltungspersonal, Hausmeister etc. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der mit originären Verfassungsschutzaufgaben befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 166.

Zur Intensivierung der Beobachtung des islamistischen Extremismus und Terrorismus wurde unmittelbar nach den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika der niedersächsische Verfassungsschutz mit zehn Stellen verstärkt. Auf diese Stellen wurden inzwischen Beschäftigte, schwerpunktmäßig solche mit Sprachkenntnissen nahöstlicher Länder eingestellt.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes hatte 2001 ein Ausgabevolumen von 22.321.100 DM. Davon waren 17.928.800 DM für Personalausgaben und 4.392.300 DM für Sachausgaben veranschlagt.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz ist – wie die übrigen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auch – gesetzlich befugt, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und in Akten und Dateien zu speichern, wobei das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz und restriktive Vorschriften bestimmte Speicherungsvoraussetzungen sowie Regelungen zur Sperrung und Löschung der Daten vorsehen. Deren Beachtung wird insbesondere durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD), das Innenministerium und den im NLfV bestellten behördlichen Datenschutzbeauftragten kontrolliert.

Aufgrund der in Art. 73 Nr. 10 des Grundgesetzes und im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) normierten Verpflichtung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterrichtung unterhalten alle Verfassungsschutzbehörden gem. § 6 BVerfSchG eine gemeinsame, beim BfV eingerichtete Datenbank, das sog. „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS).

Alle Teilnehmer dürfen dort die nach Maßgabe der jeweiligen eigenen rechtlichen Befugnisse erhobenen sach- und vor allem personenbezogenen Daten einstellen und auf den gesamten NADIS-Datenbestand zugreifen und Daten abrufen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und des Datenschutzes sind aus NADIS nur der Name der Person, die zu ihrer Identifizierung erforderlichen Merkmale wie z. B. Wohnanschrift, Staatsangehörigkeit, Kfz, sowie die speichernde Behörde und deren Aktenzeichen ersichtlich, das nach einem einheitlichen Aktenplan vergeben wird. Nicht gespeichert ist der Inhalt der jeweiligen Information.

Hat eine Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung Interesse an den Informationsinhalten der von einer anderen Behörde vorge-

nommenen personenbezogenen Speicherung, so fragt sie in der Regel auf elektronischem Wege bei ihr an. Der Informationsübermittlung ist eine Relevanzprüfung durch die speichernde Stelle vorgeschaltet.

Bedeutsam ist, dass es sich bei den in NADIS gespeicherten Daten nur teilweise um Personen handelt, die verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten (vgl. § 3 Abs. 1 NVerfSchG) entfaltet haben.

Im NADIS werden vielmehr auch Angaben zu Personen erfasst, bei denen eine Sicherheitsüberprüfung mit dem Ergebnis einer VS-Ermächtigung durchgeführt wurde oder die als Zielpersonen terroristischer oder geheimdienstlicher Aktivitäten gelten.

Vom NLfV waren am 31.12. 2001 folgende personenbezogene NADIS-Speicherungen veranlasst (Vorjahreszahlen in Klammern):

- im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen 10.035 (9.894)
- Im Zusammenhang mit originären Aufgaben im Bereich Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr 6.644 (6.120)

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 6 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes setzt das NLfV zur Beschaffung der für seine originären Aufgabenbereiche (Extremismusbeobachtung, Spionageabwehr, ausländerextremistische Bestrebungen, Bestrebungen gegen die Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker) erforderlichen Informationen auch die hier abschließend aufgeführten nachrichtendienstlichen Mittel (ND-Mittel) ein, soweit dies für die Erkenntnisgewinnung unverzichtbar ist.

Vor dem Einsatz von ND-Mitteln wird geprüft, ob die von den jeweiligen Aktivitäten ausgehenden Gefahren, sowie die Konspiration oder Gewaltbereitschaft einer Organisation den Einsatz dieser Mittel erfordern und durch welche Mittel die hiervon Betroffenen in ihren vom Grundgesetz geschützten Rechtspositionen am wenigsten belastet werden (Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs).

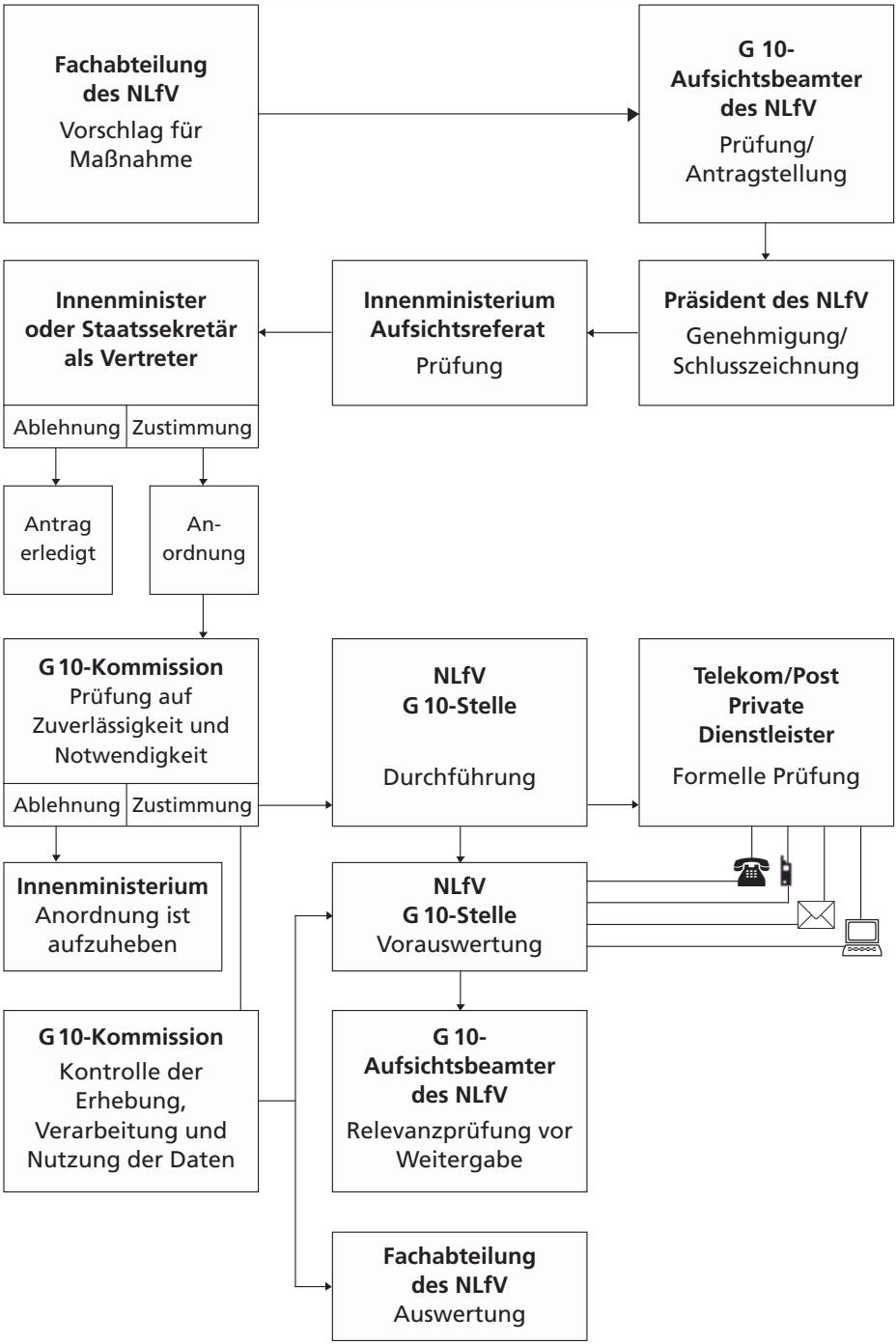
Bisher wurde auf den Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen verzichtet. Diese Mittel sollen für besondere Situationen vorbehalten bleiben.

Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beinhaltete im Wesentlichen die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten und sonstigen Informanten, verdeckte Ermittlungen und Befragungen sowie zeitlich befristete Observationen.

Von dem nachrichtendienstlichen Mittel der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG („G 10“) wurde während des Berichtszeitraumes vom NLfV wiederum nur in dem der Schwere des jeweiligen Verdachts angemessenem Maße Gebrauch gemacht, die Anzahl der G 10-Maßnahmen bewegt sich jährlich nur im einstelligen Bereich.

Die Grafik auf der folgenden Seite soll eingehend das Prüfungsverfahren verdeutliche, das einer G 10-Maßnahme vorausgeht.

Das G 10-Verfahren



Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

2001 wurden 25 Auskunftsersuchen gemäß § 13 NVerfSchG gestellt. In 16 Fällen hatte das NLfV keine Erkenntnisse gespeichert. Fünf Anfragenden wurde der ihrer Erfassung zu Grunde liegende Sachverhalt mitgeteilt. In weiteren vier Fällen wurden Erkenntnisse eingeschränkt mitgeteilt und die Auskunftsersuchenden gemäß § 13 Abs. 2 NVerfSchG an den Landesbeauftragten für den Datenschutz verwiesen.

Auch 2001 erreichten das NLfV zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger an das NLfV wandten und um Rat und Hilfestellung bezüglich vermuteter Grundrechtsverletzungen durch Behörden, Gerichte oder im persönlichen Umfeld baten.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes hat zwei zentrale Aufgabenstellungen: 1. Informationen für Bürgerinnen und Bürger über gesetzliche Grundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Verfassungsschutzes; 2. Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit sind informierte Bürgerinnen und Bürger, die selbst in der Lage sind, wirksam unsere Verfassung zu schützen. Der Gesetzgeber hat im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz ausdrücklich die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit festgeschrieben. Nach § 3 Abs. 2 NVerfSchG soll das Innenministerium die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten aufklären. Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt ergänzend durch eigene Maßnamen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mit.

Bereits 1975 hatte das Bundesverfassungsgericht die Verpflichtung des Staates zur Öffentlichkeitsarbeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen – in diesem Fall über die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – bekräftigt.

Mit der Umwandlung der Verfassungsschutzabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums in ein Landesamt im November 1992 wurde der Aufgabenbereich Öffentlichkeitsarbeit, in dessen Mittelpunkt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen stehen, um die Pressearbeit erweitert.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Die große Zahl von Einladungen zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen über den Rechtsextremismus, die seit dem bisher nicht aufgeklärten Sprengstoffanschlag vom 27. 07. 2000 in Düsseldorf den niedersächsischen Verfassungsschutz erreichte, hielt auch in der ersten Hälfte des Jahres 2001 an. Der militante Rechtsextremismus wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern – quer durch alle politischen Richtungen und gesellschaftliche Gruppierungen – nicht nur als Herausforderung, sondern vielfach auch als konkrete Bedrohung empfunden. Seit den Terroranschlägen durch islamische Extremisten am 11. September in den USA wurde ein großes Bedürfnis nach

Informationen über die Ziele und Aktivitäten islamistischer Organisationen festgestellt.
Die Nachfrage nach Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen stieg sprunghaft in die Höhe. Allein in den Monaten September bis Dezember 2001 erreichten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes rund 5.000 Bürgerinnen und Bürger, darunter zahlreiche Schülerinnen und Schüler, im Rahmen dieser Veranstaltungen und durch die Wanderausstellung „Demokratie gegen Rechtsextremismus".

Erscheinungsformen darzustellen, Hintergründe zu analysieren und auch auf Möglichkeiten des Zurückdrängens extremistischer Positionen einzugehen, steht bei den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Verfassungsschutzes im Mittelpunkt. Eingesetzt sind hier der Dezernent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und sein Vertreter, zwei wissenschaftliche Angestellte und die zuständigen Dezernatsleiter der Abteilung 2 des NLfV.

Im Jahr 2001 wurden rund 250 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, beispielsweise an der Universität Hannover, an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup, vor der Kriminologischen Forschungsgemeinschaft in Bremen, zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ebenso wie für Gemeinschaftskunde-Lehrerinnen und -Lehrer sowie Vorträge an zahlreichen Schulen in Niedersachsen. Vertreter des niedersächsischen Verfassungsschutzes referierten auch bei mehreren Veranstaltungen der politischen Parteien.

Pressearbeit

Im Rahmen der Pressearbeit gaben der Präsident und der Dezernent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit rund 350 Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien. Mehr als 100 Hörfunk- und Fernsehinterviews wurden gesendet. Im Mittelpunkt stand dabei die Information über islamistische Organisationen in Deutschland und ihre Gefahr für unsere Demokratie. Auch der Rechtsextremismus spielte eine große Rolle.

FAZ

Homuth neuer Verfassungsschutzpräsident

HANNOVER, 29. Januar (dpa). Der neue niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Volker Homuth sieht den Kampf gegen den Rechtsradikalismus als ein vorrangiges Ziel seines Amtes für die nächsten Jahre. „Insbesondere die Beobachtung des gewaltgeneigten Rechtsextremismus muß und wird einer der Schwerpunkte bleiben", sagte Homuth zu seiner offiziellen Amtseinführung am Montag in Hannover. Nur verläßliche Informationen ermöglichten wirksame Abwehr. Der bisherige Verfassungsschutzpräsident Minnier war zum Jahresen genen Wunsch vorzeitig in stand versetzt worden. Der 51 Homuth war seit 1994 als Vi der Behörde tätig. Als weite punkt des Landesamtes für schutz betrachtet er die Beob Linksextremisten unter den Castor-Transporte.

„Islamisten intensiver beobachten"

Der Verfassungsschutz wird künftig militante Moslems in Deutschland stärker überwachen als bisher. Über den neuen Schwerpunkt der Arbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes sprach die NP mit dessen Sprecher Rüdiger Hesse.

diesen Bereichen zu führen. Aber wir haben mittlerweile seit fast 30 Jahren unsere Erfahrungen damit. Es gibt sicher auch Bereiche verschwörerischer Kleinstgruppen, in die wir nicht eindringen können. Und letztlich können wir auch nicht für jeden möglicherweise Verdächtigen einen Observanten abstellen.

Neue Presse

Rechte bleiben im Visier

Mehr Personal für den Verfassungsschutz

Bartling stockt auch Staatsschutz bei der Polizei auf neue Sicherheitslage

DISKUSSION / Rechtliche Aspekte des NPD-Verbotes

Verfassungsfeinde in den Anfängen stoppen

„Kultur des Hinschauens" gefordert

Ausstellung „Demokratie gegen Rechtsextremismus" noch bis 10. Oktober im Krebshaus Goslar

Göttingen (kk). Hat die Bundesregierung Recht getan, als sie Donnerstagabend beim Bun-

Im Internet fühlen sich Neo-Nazis stark

Hannoversche Allgemeine Zeitung online

Politiker wollen Verfassungsschutz stärken

Zulauf bei Neonazis ungebrochen

Der Zulauf in der Neonazi-Szene ist nach Erkenntnissen des niedersächsischen Verfassungsschutzes ungr... wächst kontinuierlich", sa... des Verfassungsschutze...

Half Braunschweiger bin Laden?

Verfassungsschutz: 30-jähriger wollte am „heiligen Krieg" teilnehmen

Anhänger des „Kalifen" wollen die Weltherrschaft

sche Gemeinschaft „Milli... tagte im März der „Erziehur... Organisation

Links gegen Rechts

Verfassungsschutz-Homepage gegen Re...

Verfassungsschutz warnt: Castor-Gegner machen mobil

Umweltminister Trittin verteidigt „geheime" Atommüll-Lieferungen nach Frankreich

Wanderausstellung

Die außerordentlich positive Resonanz zur Wanderausstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzes „Demokratie gegen Rechtsextremismus“ setzte sich auch 2001 fort. Rund 10.000 Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Schülerinnen und Schüler, haben dieses Informationsangebot im Jahr 2001 genutzt. Die Ausstellung ist bereits bis zum September 2002 nachgefragt:

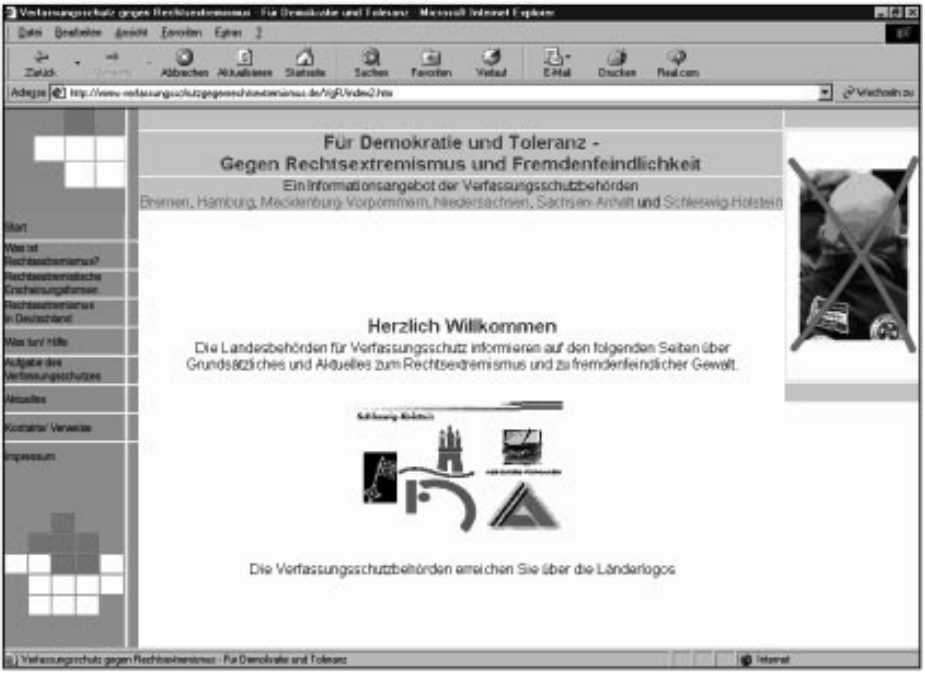
2000		
September	19.09. bis 28.09.	Hannover, Nds. Landtag
Oktober	09.10. bis 20.10.	Celle
November	07.11. bis 16.11.	Duderstadt
Dezember	11.12. bis 20.12.	Georgsmarienhütte
2001		
Januar/Februar	22.01. bis 09.02.	Lüneburg, Bezirksregierung
Februar	15.02. bis 26.02.	Gifhorn
	28.02.	Göttingen
März	01.03.	Lüneburg, Universität
	13.03. bis 29.03.	Melle
April/Mai	17.04. bis 03.05.	Wunstorf
Mai	05.05.	Hannover, Polizeidirektion
	07.05. bis 18.05.	Hannover, Universität
Mai/Juni	21.05. bis 15.06.	Nienburg
Juni	18.06. bis 29.06.	Stadthagen
August	08.08. bis 26.08.	Salzgitter
August/September	27.08. bis 19.09.	Braunschweig
September/Oktober	20.09. bis 10.10.	Goslar
Oktober	15.10. bis 31.10.	Hameln
November	01.11. bis 13.11.	Buxtehude
November/Dezember	19.11. bis 03.12.	Hildesheim
2002		
Januar	03.01. bis 21.01.	Leer
Januar/Februar	21.01. bis 08.02.	Horneburg
Februar	10.02. bis 28.02.	Osterholz
März	01.03. bis 20.03.	Oldenburg
April/Mai	15.04. bis 03.05.	Uelzen
Mai	07.05. bis 24.05.	Stadt Buchholz
Juni	03.06. bis 20.06.	Lingen
August	05.08. bis 16.08.	Helmstedt
August/September	19.08. bis 03.09.	Duderstadt

Internet

Die seit Dezember 2000 in das „world wide web“ (www) eingestellte Internetpräsentation „Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der norddeutschen Verfassungsschutzbehörden

www.verfassungschutzgegenrechtsextremismus.de

wird von der Öffentlichkeitsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes verantwortlich betreut. Beteiligt sind neben Niedersachsen die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.



Diese Präsentation findet national und international weiterhin eine sehr positive Resonanz.

Auch die Internetseite „Niedersachsen gegen Rechts“

www.niedersachsen.de

(seit September 2000), die im Portal der Niedersächsischen Landesregierung zu finden ist, findet weiterhin große Aufmerksamkeit unter den Internet-Surfern. Sie informiert schnell und umfassend ausschließlich zum Thema Rechtsextremismus.

Die über die Internetadresse der Niedersächsischen Landesregierung (www.niedersachsen.de) erreichbare Seite zum Verfassungsschutz in Niedersachsen ist ebenso Bestandteil der gemeinsamen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten gestalteten Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Innenministeriums zu Themen des Verfassungsschutzes und des Geheimschutzes wie die seit Herbst 2001 im Internet erreichbare Präsentation des NLfV. Die Seiten des Innenministeriums umfassen insbesondere politische Stellungnahmen, Grundsätzliches zum Verfassungsschutz und Geheimschutz. Auch die Verfassungsschutzberichte ab 1996 werden angeboten.

Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz ist seit Herbst 2001 über die Adresse

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

im Internet erreichbar.

Auf der Homepage des NLfV werden im Frühjahr 2002 auch ein Diskussionsforum zu Verfassungsschutz und Extremismus sowie eine Seite mit aktuellen Meldungen aus den Aufgabenbereichen des Verfassungsschutzes eingestellt.

Definition der Arbeitsbegriffe[88]

Ausländer-extremismus

Unter diesem Arbeitsbegriff werden von den Verfassungsschutzbehörden alle politisch bestimmten Bestrebungen von Ausländern zusammengefasst, wenn und soweit diese

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer1, 1. Alternative NVerfSchG), indem sie darauf ausgehen, z. B. eine Parallelordnung zu errichten;
- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 2. Alternative), indem sie politische Auseinandersetzungen ihres Heimatlandes gewaltsam in Deutschland austragen und damit die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden;
- in der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1, Ziffer 3) oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Der Sammelbegriff Ausländerextremismus schließt inhaltlich rechtsextremistisch-nationalistische, linksextremistische und sonstige extremistische Bestrebungen von ausländischen Personenzusammenschlüssen mit ein. Er stellt immer das zusammenfassende Ergebnis einer Bewertung anhand der dargestellten Tatbestandsmerkmale dar. Der Arbeitsbegriff vermag deshalb begrifflich die Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes für dieses Beobachtungsfeld selbst nicht zu begründen.

Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bezeichnen seit 1974 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einheitlich als extremistisch (extremus lat.: äußerst). Verfassungsfeindlich oder extremistisch sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen (Aktivitäten), die insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind. Organisationen, die erkennbar solche extremistische Bestrebungen verfolgen, werden von den Verfassungsschutzbehörden als verfassungsfeindlich bewertet.

[88] Unter Verwendung des Internet-Lexikons des Bundesministeriums des Innern.

Islamistischer Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiös-politische Bewegung zur „Rückbesinnung“ und Politisierung „ursprünglicher“ islamischer Werte und Glaubensinhalte (islamischer Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld sind islamistische Organisationen, die das islamische „Religionsgesetz“ (Scharia) verabsolutiert und als politische Ideologie instrumentalisiert haben und dafür in der Bundesrepublik Deutschland entweder

- politisch bestimmte Aktivitäten gegen die fdGO richten,
- durch Anwendung von Gewalt bzw. darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange Deutschlands gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Die Träger dieser Bestrebungen in Deutschland werden zur Abgrenzung von den in islamisch geprägten Ländern lebenden Islamisten als islamistische Extremisten bezeichnet. Durch diese Begriffsbildung wird der Islam als Religion von seiner islamistischen Übersteigerung getrennt und gleichzeitig z. B. der politisch inaktive Anhänger des „mystischen“ Islam von dem Extremisten. Die Zuordnung zum Extremismusbegriff dient auch der Ausräumung einer weiteren begrifflichen Unschärfe der Bezeichnung Islamist. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Islam wurde bisher auch als Islamistik bezeichnet und entsprechend tätige Wissenschaftler als Islamisten – vergleichbar der Begriffsbildung Romanistik und Romanist –.

Linksextremismus

Mit dem Arbeitsbegriff werden die linksextremistischen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfassungsfeindlichen Bestrebungen von deutschen Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die sich auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen, revolutionär marxistischen oder anarchistischen Ideologie in Deutschland und ihre tragenden Grundsätze richten. Für Linksextremisten vielfach kennzeichnend ist ein grundsätzliches Bekenntnis zur „revolutionären Gewalt“, obgleich sie tagespolitisch auf „legale“ Kampfformen setzen.

Rechtsextremismus

Als rechtsextremistisch werden von den Verfassungsschutzbehörden alle verfassungsfeindlichen oder extremistischen Bestrebungen bezeichnet, die auf der ideologischen Grundlage einer nationalistischen oder rassistischen Weltanschauung in Deutschland von deutschen Personenzusammenschlüssen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Rechtsextremistischem Denken liegt vielfach die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde.

Rechts- bzw. Linksradikalismus

Bis 1974 wurden die Begriffe Extremismus sowie „Radikalismus" bzw. „Rechts- oder Linksradikalismus" von den Verfassungsschutzbehörden nebeneinander als Synonyme zur Kennzeichnung verfassungsfeindlicher Bestrebungen verwendet. Der Radikalismusbegriff wird seitdem von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr für verfassungsfeindliche Bestrebungen benutzt, da er in der politischen Tradition der Aufklärung positiv besetzt ist und im Rechtssinne nur der Extremismusbegriff „der Tatsache Rechnung (trägt), dass politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine ... ‚radikale', das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben" (BMI Prof. Maihofer).
Wenn die Verfassungsschutzbehörden überhaupt noch den Terminus „rechts- bzw. linksradikal" verwenden, werden damit in Abgrenzung zu dem verfassungsfeindlichen Rechts- bzw. Linksextremismus politische Aktivitäten und Zielsetzungen bezeichnet, die sich grundsätzlich (noch) nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Ziel einer revolutionären Systemüberwindung richten.

Spionage

Staatlich gesteuerte Ausspähungsaktivitäten durch einen staatlich gelenkten Nachrichtendienst erfüllen den Straftatbestand der Spionage nach §§ 94 ff. Strafgesetzbuch. Die Beobachtung und Abwehr dieser Spionage ist eine gesetzliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dazu gehört grundsätzlich nicht der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zwischen konkurrierenden Unternehmen, der nach §§ 17 ff. des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb strafbar ist.

Terrorismus

Terrorismus ist eine Form des politischen Extremismus, der die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates mittels systematischer, massiver Gewaltanwendung zum Ziel hatte. Kennzeichen des Terrorismus ist eine nachhaltige Anschlagstaktik durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen.

Verfassungsfeindliche/ extremistische Bestrebungen

Als verfassungsfeindlich oder extremistisch werden politische Bestrebungen (Aktivitäten) bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch eine andere Ordnung zu ersetzen.

Verfassungsfeinde oder Extremisten wenden sich mittelbar oder unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, d.h. gegen die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte (wie insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sowie weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der Gewaltenteilung, die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie, die Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. zur Definition der fdGO BVerfGE Bd. 2 S. 12 sowie zur Definition verfassungsfeindlicher Bestrebungen § 4 NVerfSchG).

Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen/ Verfassungswidrigkeit

Die Innenminister des Bundes und der Länder dürfen nach dem Vereinsrecht das Verbot einer Vereinigung aussprechen, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, wenn sich diese nachweislich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet" (§ 3 Vereinsgesetz).
Mit dem rechtskräftigen Vereinsverbot ist festgestellt, dass die verfassungsfeindliche bzw. extremistische Organisation verfassungswidrig ist.
Auf Antrag der Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat kann bei einer politischen Partei allein das Bundesverfassungsgericht deren Verfassungswidrigkeit feststellen (Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz; § 13 Nr. 2, § 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei wird deren Auflösung insgesamt (oder eines selbständigen Teils der Partei) sowie das Verbot, Ersatzorganisationen zu schaffen, vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.
Solange verfassungsfeindliche Parteien und sonstige Organisationen nicht verboten sind, dürfen sie sich im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei betätigen.

Stichwortverzeichnis

A
Adelaide-Institut • 10
Aktion Transparente Verwaltung (ATV) • 162, 163
Aktionsbüro Norddeutschland • 27, 28
Alhambra • 73, **82**, 83
Al-Qaida • 112, 129, 130, 131
ANANDAN, Grovindarajah • 156
Anarchismus • 70, 73, 91, **94-95**, 102, 185
anti atom aktuell • 94
Anti-Atom-Plenum Berlin • 95
Anti-EXPO-AG • 82
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) • **75-76**, 78, 82
Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) • 76
Antifaschistische Aktion Hannover • 82
Antifaschistische Aktion Oldenburg • 82, 83
Antifaschistisches Plenum (AP) Braunschweig • 76
Antifaschistisches Plenum/Jugend Antifa Aktion (AP/JAA) • 83
Antisemitismus • 13, **14**, 17, 18, 20, 22, 24, 32, **42-43**, 55, **56-57**, 65, 66
APFEL, Holger • 49, 50
Arabische Mudjahedin • **129-131**
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) • 103, 110, **134-145**, 151, 152, 172
Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen (AG Ostpreußen) • 65
Arndt-Verlag • 18
Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) • 106
Auschwitz-Lüge • 10, 14, 17, 18
Aussteigerprogramm • 15
Autonome • 11, 70, 72, **73-98**, 102, 103
Autonome Antifa Lüdenscheid • 78
Autonome Antifa (M) (AA(M)) • 11, **75 f**, 79, 81, 84, 87, 89, 92, 103
Azadi • 103

B
Beklenen Asr-i Saadet • 115
BENOIST, Alain de • 66, 67
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) • **125**, 126, 129, 130
BIN LADEN, Usama • 112, 114, 129, **130**, 131, 149, 169
Blood & Honour-Skinheads • 19, 20, **21**, 23, 26
BOLOURCHI, Masoumeh • 153
BORCHERT, Peter • 36, 45
BÖRM, Manfred • 40
BOSSE, Georg-Albert • 65, 66
Bulletin der Türkischen Föderation • 131, 133
Bund Deutscher Patrioten (BDP) • 35
Bündnis gegen Rechts (BgR) Leipzig • 76

C
CARLS, Richard • 52, 54
Castle Hill Publishers • 18
CASTOR-Transport (Aktionen gegen den -) • 6, 11, 12, 28, 72, 74, 79 f, 93, **95-98**, 102
CETIN, Cemal • 131, 132, 133
Criminon • 162, 163

D
Dar-ul-Erkam Moschee • 115
DECKERT, Günther • 34
DELLE, Alexander • 50
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 70, 71, 82, 100, 101, 102, **104-106**
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) • **64 f**
Deutsche Stimme • 33, 38, 39, 40, 41, 42, 67
Deutsche Volksunion (DVU) • 15, 16, 17, **52-57**, 58, 64
Deutsches Kolleg • 38, 39, 40, 42, 43
Devrimci Sol (Dev Sol) • **145-149**
DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front) („KARATAS-Flügel") • 110, **145-149**
Dianetik • 159, 160
Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DDF) • **65 f**
DSZ - Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) • 53

E
EIGENFELD, Ulrich • 33, 34, 36
EinSatz! Zeitung für autonome Politik • 73, 81, 89
EISENECKER, Hans Günter • 50
EL-ATTAR, Issam • 122, 124
EL-ZAYAT, Ibrahim • 121, 124
En Nahda • 126
ENGEL, Stefan • 107
ERASLAN • 142, 143
ERBAKAN, Mehmet Sabri • 117, 118, 120, 121
Erbakan, Necmettin • 115, 119, 120
Ethnopluralismus • 68
Europäische Frontzentrale - ACM (neu: Volksvertretung/Einheitsparlament) • 135
Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) • 117, 121

F
Fadlallah, Muhammad Husain • 126, 127, 128
Fanzines • 19, **24**
FAURISSON, Robert • 18
FEYEN, Alexander • 35
FIEDLER, Michael • 44
Fight Back! Antifaschistisches (Jugend)Info Braunschweig • 73, 83
FLEGEL, Frank • 100
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) • 150

Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in Deutschland (AGIF) • 152
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)/Deutsche Türk-Föderation (ATF) • 109, 110, **131-134**
Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF) • 150
Freie Nationalisten • 27, 28, 35, 44
Freies Infotelefon Norddeutschland (FIT) • 28
Fremdenfeindlichkeit • 8, 9, **13 f**, 20, **40 f**, 51, **55 f**, 58, **60-62**, 68
FREY, Gerhard • 52, 53, 54, 55, 56, 57
FRICKE, Detlef • 104, 105
FRITSCH, Uwe • 105
Front National • 53
FSB • 168, **169**
FZ - Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) • 53

G
GERG, Jürgen • 35
Geschichtsrevisionismus • 10, 14, **17 f**, 41, 42, 55, **56 f**, 66
Globalisierung (Proteste gegen die -) • 11, 42, 43, 45 f, 72, 74, **77 f**, 79, 81, **90-93**, 96, 102, 108
göttinger Drucksache • 73, 81, 85, 88
Grabert-Verlag • 18
GRAF, Jürgen • 18
Graswurzelbewegung • **94 f**
Graswurzelrevolution • 95, 96
GREWE, Sven • 22
Geheimschutz • **172**, **173**, 183

H
HAKK-Moschee • 115
HAKK-TV • 117
HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung) • 111, 112, **125 f**
Hamburger Sturm • 26
Hammerskins • 20, **21 f**, 23
HEID, Bernd-Louis • 64
Heide-Heim e.V. und Heideheim e. V. • 26
HEINRICH, Anna C. • 100
HENNIG, Rigolf • 65
Hetendorfer Tagungswochen • 29
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) • 14, **30 f**
Hizb Allah • 110, 112, **126-129**
HUBBARD, Lafayette Ron • 159, 160, 161, 162, 163
HUPKA, Steffen • 29, 35, 44, 45

I
Indymedia • 11, 12
Initiative Libertad • 11, 88, 103
Institute for Historical Review • 18

INTERIM • 73, 75, 78, 79, 80, 81, 85, 86, 87, 89, 92, 93, 94
International Socialists (IS) • 107
Internationaler Kurdischer Arbeitgeberverband (KARSAZ) • 139
Internet (Nutzung durch Extremisten) • **6-12**, 18, 25, 27, 28, 32, 37, 38 f, 42, 51, 59, 79, 82, 88, 140 f, 169
Iran Solidaritätsverein Göttingen e. V. • 155
Iran Solidaritätsverein Hannover e. V. • 155
Iranische Flüchtlingskinderhilfe e. V. (IFKH) • 155
Iranische Moslemische Studentenvereinigung e. V. (IMSV) • 155
IRVING, David • **18**, 53
ISIK, Yusuf • 121
Islamische Föderation Niedersachsen • 118
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) • 121, **124**
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG) • 109, 112 f, 115, **117-121**
Islamische Heilsarmee (AIS) • 125
Islamische Heilsfront (FIS) • 124 f
Islamisches Zentrum München (IZM) • 124
Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 124
Islamischer Bund Palästina (IBP) • 125, 126
Islamischer Verein der Türken in Wunstorf und Umgebung e. V. • 115
Islamisches Kultur- und Informationszentrum e. V. • 109
Islamismus • **111-113**, 114-121, 122-126, 129-131, 185
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) • 121

J
JENTZSCH, Heber • 159
JUCHEM, Wolfgang • 65, 66
Junge Freiheit • 67, 69
Junge Nationaldemokraten (JN) • 15, 27, 34, 35, 36, 45, 46, 47, **48-52**

K
Kalifatsstaat (vormals ICCB) • 109, 113, **114-117**
KALKAN, Duran • 142
KAPLAN, Cemaleddin • 115, 116
KAPLAN, Metin • 114, 116
KARAHAN, Yavuz Celik • 120
KARATAS, Dursun • 146
KARATAS-Flügel • **145 f**
KARAYILAN, Murat • 144
KÄS, Christian • 59
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 150, 152
KESBIR, Halat • 144
KIZILKAYA, Ali • 121
KÖHNE, Rolf • 99
Komitee gegen Isolationshaft (IKM) • 148, 149
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) • 70, 71, **99-101**
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e. V. (ATIK) • 150
Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK) • 132

Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) • 150 f
Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) • 141
KREBS, Pierre • 67
Kurdische Demokratische Partei (DKP-I) • 135, 145
Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK), vormals Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) • 136, 138, 141
Kurdischer Nationalkongress (KNK) • 143
Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) • 139

L
Landser (Skinhead-Band) • 15, 23, 25
LAUCK, Gary Rex • **10**, 25, **32**, 33
LAUER, Peter • 58, 59, 60, 61
LEBEDEW, Sergej Nikolajewitsch • 168
Leuchter-Report • 18
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 110, **156-158**
Linksextremismus (Begriff) • 13, **70-72**, **186**
Linksruck • 71, 91, 95, **107 f**

M
MAHLER, Horst • 36, 38, 40, 42, 43, 50, 65
MARQUARD, Danny • 50, 51
Marxismus-Leninismus • 70, 71, 72, 73, 104, 106, 110, 134, 146, 150, 151, 185
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 151, 152
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 70, 71, **106 f**
MEDYA-TV • 139, 141
MEENEN, Uwe • 42
MENZNER, Dorothée • 99
METV • 139
militante Gruppe (mg) • 80, 84, 86
Milli Istihbarat Teshilati (MIT) • 171
MISCAVIGE, David • 159, 161
Mitteilungen der KPF • 99
MOCK, Heinrich • 65
Moin Moin Records, Versandhandel • 23
Moslemische Brüdergemeinde KAR-BIR • 115
MÜLLER, Ursula • 30
Muslimbruderschaft (MB) • 112, **122-126**

N
Nachrichten der HNG • 30, 31
Napster (Musiktauschbörse) • 9
Narconon • 162, 163
Nation & Europa • 69
National Liberation Army (NLA) • 154
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 14 f, 16, 27, 29, **33-48**, 49, 50, 51, 52, 58, 64, 84, 85, 87
NPD-Verbotsverfahren • 14, 42, 44, **46-48**

Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), jetzt Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK) • 136, 138, 139, 141, 143
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 110, **153-155**, 170
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland (NSAN) • 27
Nationalismus • 13, 41 f, 51, 54, 65, 132
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) • 10, 14, 17, 25, **32-33**
National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung • 17, **52**, 53, **55**, 56, 57
Neonazismus • 8, 9, 10, **13**, **14 f**, 16, 17, **19-33**, 34, 35, 36, **43-46**, 49
Neonazistische Kameradschaften • 14, 15, 16, **27-29**, 36, 49
Neue Rechte • **66-69**
New Era Publications Deutschland GmbH • 162, 163
Newroz • 142
Niedersachsen-Spiegel • 33, 37, 44
Non-aligned mudjahedin • 112, 129, 131
NORDBRUCH, Claus • 53
NS-KAMPFRUF • 32

O
OBERLERCHER, Reinhold • 42
ÖCALAN, Abdullah • 134, 135, 139, 142, 143, 144
ÖCALAN, Osman • 141, 142
offen-siv • 99, 100
Oi!-Skins • 20
ÖZDOGAN, Hassan • 121
Özgür Politika • 139, 141, 142, 144

P
Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) • 126
Partei der Freien Frauen (PJA), vormals YAJK • 138, 143
Patriotische Union Kurdistans (PUK) • 135, 145
PATRUSCHEW • 169
Phase 2 - Zeitschrift gegen die Realität • 76, 77, 78, 79
PLEIS, Cord • 23
POLECK, Benjamin • 50, 51
PRABHAKARAN, Velupillai • 157
Präsidialrat der PKK • 135, 141, 142, 144
Präventionsmaßnahmen • 15
PRIEMER, Rolf • 105
Proliferation • 165, 166, 171, 172

R
Radikal • 78
Radio Wolfsschanze • 8
RADJAVI, Maryam • 154, 155
RADJAVI, Massoud • 153, 154, 155
RASSINIER, Paul • 18

Rassismus • **13**, **14**, 21, 27, 29, 32, 40, 46, 65, 67, 68, 77, 80, 84, 87 f, 100, 133, 185
RAZZ - Zeitung für ein radikales Hannover • 73, 82, 84, 86
Recht und Wahrheit • 65
Rechtsextremismus (Begriff) • **13-15**,16, 185
REMER, Otto Ernst • 65
Republikaner, Die (REP) • 15, 16, 53, 57, **58-63**, 64
Republikanische Jugend Niedersachsens • 60
Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 (RPF) • 35, 44
RIEGER, Jürgen • 17, 29
ROEDER, Manfred • 40
ROßMÜLLER, Sascha • 36, 48, 49, 50, 51
Rote Hilfe e. V. • 71, **101-103**
ROUHS, Manfred • 69
RUDOLF, Germar • 18
Ruhsdorfer Beschluss der REP • 58

S
SANDERS, Tina • 106
SCHLIERER, Rolf • 58, 59, 61, 62, 63
Schöner Leben - Initiative zur Überwindung des Kapitalismus • 91
SCHÖNHUBER, Franz • 58
SCHÜTZINGER, Jürgen • 64
SCHWAB, Jürgen • 38, 40
SCHWERDT, Frank • 34, 45
Scientology-Organisation (SO) • **159-164**
Signal - Das patriotische Magazin • 69
Skinhead-Konzerte • 6, 21, **22 f**, 24, 27
Skinhead-Musik • 7, 8, 9, 10, 15, 21, **22-24**, 25
Skinheads • 15, 16, **19-25**, 26, 27, 34, 44, 46
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) • 15, 26, 27
Sleipnir • 69
SOFU, Yusuf Ibrahim • 116
Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK) • 148, 151 f
Soziale Volkspartei (SVP) • 34
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) • 82, 106
Sozialistische Reichspartei (SRP) • 33 f, 65
Spionageabwehr • **165-174**, 176, 186
STAWITZ, Ingo • 64
STEHR, Heinz • 104
Stiftung Unruhe • 94 f
SWR • 168 f

T
Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) • 158
Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 • 6, 32, 43, 45 f, 89, 105, 107, 111-114, 126, 128-130, 133, 142, 149, 169, 174 f, 178
TEUBER, Wolfgang • 105

THKP-C - Devrimci Sol (Türkische Volksbefreiungspartei/-front - Revolutionäre Linke) YAGAN-Flügel • **145 f**
Thule-Seminar • 67
TOBEN, Frederick • 10
Trotzkismus • 70 f, 91, **107 f**
Türkes, Alparslan • 132
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 150
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) • 110, **150-152**

U
Ümmet-i Muhammed • 114-117
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) • 138, 143
Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) • 138, 143
Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e. V. (UELAM) • 124
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e. V. (UMSO) • 124
Unsere Zeit (UZ) • 104 f

V
Verbote neonazistischer Vereinigungen • 15, 21, **26**, 27, 34 f, 49
Verein zur Erhaltung des islamischen Glaubens • 115
Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e. V. • 76
VEVAK • 170
Vierteljahreshefte für Geschichtsforschung • 18
Vlaams Blok • 53
VOIGT, Udo • 33 f, 36, 39-41, 45
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), neu: Volksverteidigungskräfte (HPK) • 141
Volksgemeinschaft • 13, **39-41**, 42, 67 f
Volksmodjahedin Iran - Organisation/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 110, **153-155**, 170
Volksverteidigungskräfte (HPG), vormals Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) • 141
Vrij Historisch Onderzoek • 18

W
WAGENKNECHT, Sahra • 99
Wehrmachtsausstellung (Aktionen gegen die -) • **41 f**, **46**, 51, 57
WETZEL, Bruno • 57
Wiesenauer Szene • 24
WINDHORN, Monika • 99
Wirtschaftsschutz • 172-174
WORCH, Christian • 28, 29, 35, 45
World Tamil Movement (WTM) • 157
WRIEDEN, Jörg • 28
WULFF, Thomas • 27, 35, 44 f

X
x-tausendmal quer • 11, 95

Y
YAGAN, Bedri • 145 f
YAGAN-Flügel • **145 f**
YASSIN, Ahmed • 125
YEK-KOM (Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland) • 103, 138, 142-144, 151
Y-Gruppen (der PKK) • 138

Z
Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) • 121, 124
ZÜNDEL, Ernst • 18

Ortsregister

(Niedersachsen)

Adelheidsdorf • 23
Aurich • 19, 23, 24, 138
Bad Bevensen • 28
Bad Harzburg • 34
Barsinghausen • 137
Bergen • 137
Braunschweig • 19, 24, 64, 73, 83, 92, 102, 103, 104, 118, 128, 133, 137, 142, 181
Buchholz • 102, 181
Burgdorf • 52, 137
Celle • 19, 23, 36 f, 50, 60, 137 f, 143 f, 181
Cloppenburg • 138
Cuxhaven • 138
Dannenberg • 96 f
Delmenhorst • 138
Diepholz • 36 f, 51
Einbeck • 128, 158
Emden • 138
Garbsen • 60
Gifhorn • 8, 137, 151, 163, 181
Gorleben • 11, 72, 93, 95, 98, 102
Goslar • 92, 133, 158, 181
Göttingen • 11, 30, 36 f, 45, 71, 73, 76, 81, 84 f, 88, 92, 96, 101-103, 115, 133, 137, 142, 151 f, 155, 158, 171, 181
Hameln • 51, 137, 181
Hannover • 5, 19, 23 f, 27, 29, 33, 35, 37, 51 f, 58-60, 63, 65, 71, 73, 82, 84, 86, 92, 96, 100, 102, 104, 107, 118, 128, 133, 137, 138, 142 f, 149, 151 f, 155, 158 f, 162 f, 179, 181
Helmstedt • 37, 181
Hildesheim • 19, 21, 128, 143, 181
Kirchseelte • 22 f
Langenhagen • 24
Langwedel • 48
Leer • 138, 181
Lehrte • 60, 137
Lüneburg • 19, 27, 33, 37, 51, 92, 96 f, 138, 181
Nienburg • 7, 36 f, 51, 137, 181
Nordhorn • 137
Northeim • 19
Oldenburg • 8, 19, 22, 24, 28, 36 f, 73, 82-85, 92, 106, 138, 142, 181
Osnabrück • 37, 102-104, 115, 128, 133, 137, 142, 174
Papenburg • 138
Peine • 137 f

Rhade • 36, 54
Rotenburg • 36, 51, 54
Salzgitter • 115, 133, 137 f, 151, 158, 163, 181
Schaumburg • 19, 51
Seesen • 158
Seevetal-Maschen • 162
Stade • 19, 37, 51, 138, 172
Stadthagen • 115, 137, 163, 181
Tostedt • 23
Uelzen • 17, 19, 28, 36 f, 137
Walsrode • 137
Wietze • 137
Wilhelmshaven • 60, 138
Winsen • 137
Wunstorf • 115, 137

Herausgeber:
Niedersächsisches Innenministerium
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Telefon: (05 11) 1 20-62 55
Telefax: (05 11) 1 20-65 55
E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
Internet: www.niedersachsen.de

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung: Missionshandlung – Druckerei – Hermannsburg

Gedruckt auf ungebleichtem Recycling-Papier